

# Kommune

*Forum für Politik und Ökonomie*



**WÄCHST GRÜN?  
WOHIN?**

## Liebe Leserinnen und Leser!

Die Abo-Verlängerungsaktion ist in vollem Gange und viele Verlängerungen sind schon eingetroffen.

Besonders erfreut haben uns die Umstellungen auf Förderabo. Es dürfen aber ruhig noch mehr werden!



Aber einige haben die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt, und sich auf das Anschreiben vom Buchvertrieb Hager in keiner Weise gemeldet, geschweige denn gezahlt.

Für diese wäre dies die letzte Ausgabe der Kommune — wenn sie nicht sofort die Überweisung vornehmen!



Ansonsten bleibt die Aufforderung an unsere alten und neuen Leserinnen und Leser:

Ein Jahresabo der Kommune!

Jetzt bestellen!

# Kommune

Ja, ich bestelle . . . . Abo(s) ab Heft . . . .

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Zustellpostamt

- Jahresabo der Kommune (12 Ausgaben) DM 60,00  
 Halbjahresabo der Kommune (6 Ausgaben) DM 30,00  
 Förderabonnement der Kommune DM 100,00  
 Jahresabonnement Ausland DM 70,00  
 Scheck / Bargeld liegt bei       Einzugsermächtigung liegt bei  
 Überweisung auf das Postscheckkonto BUCHVERTRIEB HAGER  
Kto. Nr. 187 490-607 Ffm.

Garantie: Diesen Abonnemентаuftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

## Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. . . . . Bankleitzahl . . . . .

Geldinstitut . . . . .

Ort . . . . .

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.  
Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

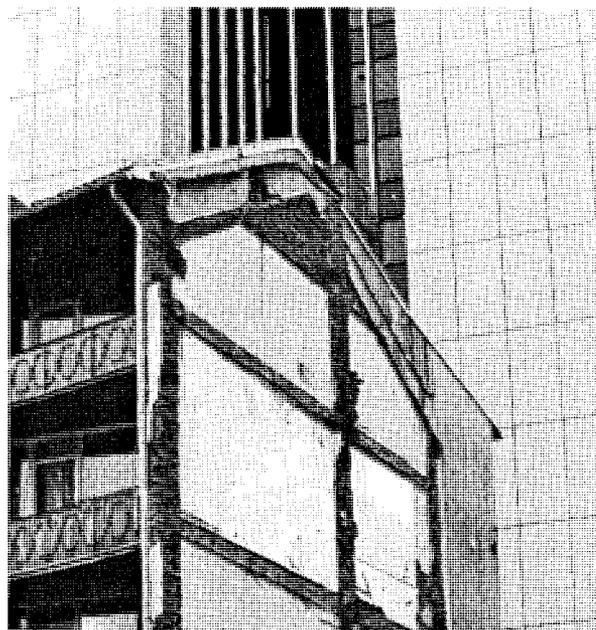
Datum / Unterschrift . . . . .

*Also das Absenden  
nicht vergessen!*

Buchvertrieb Hager  
Postfach 111162  
6000 Frankfurt 11

# IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Editorial / Impressum	4
Ist die Raketenstationierung noch zu verhindern?	5
Das Krefelder Menetekel	7
Erziehungsgeld – ein Widerspruch zur Emanzipation?	9
Wirtschaft & Politik	12/13
Wer gibt uns das Dach überm Kopf? Alternativen des Wohnungsbaus	14
Kapital gesucht	17
Gewerkschaften	20
Injektion der Hoffnung? Der Papst in Polen	21
Internationales	24
„Herr Qayoum, einigt sich der Widerstand?“ Interview mit dem Vorsitzenden der Nationalen Einheitsfront Afghanistans (NEFA)	25
AL Westberlin: Alternativer Parlamentsalltag – Erfahrungen	28
Bremen vor den Bürgerschaftswahlen: Das Listenchaos entspringt auch einem Defizit grüner Politik	31
Gegen Fundamentalopportunismus – die Kommune gehört den Bürgern	35
Grüne vor der Hessenwahl: Chance verpaßt, Luft holen	37
Manchmal erstaunlich borniert – Über Leo Koflers Buch „Zur Kritik der Alternativen“	63
Zeitschriften	65
Leserbriefe	66



## Grundbedürfnisse

Daß essen, wohnen und sich kleiden Bedingungen der Erhaltung und Fortpflanzung der menschlichen Gattung sind — eine Binsenweisheit. Eine ebensolche, daß die Befriedigung dieser Grundbedürfnisse in diesem System vom Geldeinkommen abhängt. **Friedemann Bleicher** entwickelt ein Konzept kommunaler Wohnungsbaufonds in genossenschaftlicher Verwaltung. **Seite 14**  
**Hilde Simon** setzt sich mit der christdemokratischen Propaganda eines Erziehungsgeldes für nicht erwerbstätige Mütter und den linken Einwänden auseinander **Seite 9**

## Was wollen/sollen/können/dürfen Grüne in den Parlamenten?

In Bremen und in Hessen wird im September gewählt. **Ralf Fücks**, grüner Kandidat in Bremen, beleuchtet die Unfähigkeit der regierenden SPD im Umgang mit tiefen Krise, schildert aber auch die Lähmung und Zersplitterung der Bremer Szene. **Seite 31**

**Jo Müller** grüner Nachrücker in Bonn, begründet auf dem Hintergrund der Tolerierungserfahrung in Hamburg und Hessen, warum er den Bremer Grünen — bei entsprechendem Wahlausgang — zur Koalition mit der SPD rät. **Seite 35**

**Micha Wendt**, der zwei Jahre die AL im Berliner Abgeordnetenhaus vertrat, nimmt Probleme zwischen „Basis“ (wer ist das?), Fraktion und AL sowie die Einflußmöglichkeiten alternativer Parlamentarier/innen aufs Korn. **Seite 28**

## Wider die Verdauung durch die neuen Zaren

Große Hoffnungen setzte das polnische Volk in den Besuch aus Rom — und die unmißverständlichen Worte des Kirchenfürsten stärkten sicher einen Moment lang den Widerstand, wo Resignation und Verzweiflung besonders unter den jungen Leuten um sich greifen. **Christian Semler** hat während eines Besuchs in Polen zur gleichen Zeit einiges gehört und gesehen. Er analysiert zudem die — auch historisch entgegen dem Mythos schon immer gegebene — ambivalente Politik der Kirche, die sich mal wieder mit Freiheit im Innern, im Gewissen zufriedenzugeben droht. **Seite 21**

Unter anderen Bedingungen als die Polen versucht der afghanische Widerstand die russische Besetzung loszuwerden. **Abdul Qayoum**, Vorsitzender der Nationalen Einheitsfront Afghanistans (NEFA), geht in einem Interview auf die Konzepte der getrennt operierenden Organisationen und die Chancen einer „politischen Lösung“ ein. **Seite 25**



### Kommune-Gespräch

Gespräch mit Rudolf Bahro über grüne Politik: „Wenn das Ding schon völlig stabil wäre!“ **Seite 39**

### Diskussion

Wolfgang Krüger: Entstaatlichung ohne „Entindustrialisierung“? Plädoyer für eine nicht (mehr) marxistische Staatstheorie **Seite 53**

Titelbild: Aquarell von M. Ackermann

## editorial

**E**twas anders als in den bisherigen Heften haben wir es diesmal mit dem Schwerpunkt gehalten. Beiträge unterschiedlicher Art und unterschiedlichen Inhalts zu der Frage „Wächst grün? Wohin?“ nehmen diesmal einen größeren Teil des Heftes ein als unsere üblichen Schwerpunkte.

Es gibt diesmal bloß einen längeren Artikel. Wolfgang Krüger setzt sich mit dem Artikel von Adelheid Biesecker „Verstaatlichung, Entstaatlichung – oder was?“ im Mai-Heft der *Kommune* auseinander. Mit der These „ohne Entindustrialisierung keine Entstaatlichung“ erweitert er die Fragestellung. Aber führt der Begriff der „Entindustrialisierung“ nicht in die Irre? Mühte man nicht zwischen Industrie und den kapitalistischen und staatsmonopolistischen Industriesystemen begrifflich unterscheiden, so wie man auch zwischen Maschine und Fabrikregime zu unterscheiden hätte? Maschine und Industrie sind Kategorien des Arbeitsprozesses. Bloße Arbeitsinstrumente beherrschen den Menschen nicht, auch wenn er sie beherrschen muß, damit er nicht von ihnen verhackstückt wird. Das Problem besteht doch darin, daß die Dinge, die Arbeitsinstrumente, Seel' in den Leib bekommen, wenn sie aus Arbeitsinstrumenten zu Einsaugern von lebendiger Arbeit werden. Aus der Gesellschaft ist das Leben in die Maschinen und die Industrie gefahren und deshalb herrschen die Fabrikate von Mensch und Natur über beide. Arbeitsinstrumente

und Industrie wird es sicher auch in Zukunft geben. Die Frage ist, ob sie der Gesellschaft Arbeit ersparen, ob die Menschen ihren Austausch mit der Natur mit ihrer Hilfe pfleglich vermitteln usw., alles Fragen, die man zumindest grundlegend wissenschaftlich untersuchen und klären kann.

Das wesentliche an den kapitalistischen und staatsmonopolistischen Industriesystemen ist doch nicht, ob Maschinerie und Industrie klein oder groß sind, daß es überhaupt Maschinerie und Industrie gibt, sondern daß die Arbeitsinstrumente die Menschen anwenden statt umgekehrt und die Einsaugung von Arbeitskraft zum Zweck und Akkumulation zum Selbstzweck geworden ist. Natürlich bestimmen solche Verhältnisse Maschinerie und Industrie bis in ihre materielle Konstruktion und ihre Funktionsweise hinein. Deshalb muß gesellschaftliche Umwälzung technische Umwälzung einschließen, wie auch bestimmte technische Umwälzungen gesellschaftliche Veränderungen bedingen. Aber die ökonomischen Formprobleme und die Entwicklung menschengerechter und naturgemäßer Arbeitsinstrumente sind nicht identisch. Letzteres bleibt ein technisches Problem. Mit Hilfe von Arbeitsinstrumenten und Industrie rationell zu produzieren, bleibt immer noch eine Aufgabe, die in neuen Formen und mit neuen Prioritäten gelöst werden will. *Beseitigung des Industriesystems und Umwälzung der Industrie* können zusammengehen.

In dem Gespräch mit Rudolf Bahro geht es um die strategischen Fragen, die auf dem Bundeskongreß der Grünen in Hannover angerissen wurden. Da vom Inhalt der dortigen Auseinandersetzung wenig Genaues bei Leuten ankommen konnte, die selber nicht dort waren, hatten wir uns vorgenommen, mit Bahro und Ebermann als den zwei Hauptkontrahenten der Auseinandersetzung ein Gespräch zu führen. Warum es trotz fester Zusage aller Seiten schließlich doch

nicht zu diesem Gespräch kam, kann in der redaktionellen Anmerkung zu dem Gespräch mit Rudolf Bahro nachgelesen werden. Wir hoffen, daß auch das Gespräch mit ihm allein etwas zur Aufklärung der Differenzen beiträgt. Vielleicht gelingt es ja zu einem späteren Zeitpunkt, das ursprünglich geplante Gespräch nachzuholen.

Auch sonst haben wir nicht alles zusammengeklappt, was wir angestrebt hatten. Klaus Timpe mußte einen Artikel über das Verhältnis von Grünen und Gewerkschaften verschieben. Vielleicht klappt es bis zur nächsten Nummer, hoffentlich aber spätestens dann, wenn im Bundesvorstand der Grünen rotiert wird. Jan Kuhnert wollte uns einen Artikel über die Lage vor den Hessenwahlen und die Perspektiven der Grünen schreiben, also aufgrund seiner Einschätzung der hessischen Erfahrungen auch zu den strategischen Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen Stellung nehmen. Er ist aber krank geworden und muß sich jetzt zunächst von den Parlamentsstrapazen und für den Wahlkampf erholen. Zu den Landtagswahlen in Hessen veröffentlichen wir deshalb nur einen kurzen Kommentar.

Ein Gespräch mit Bremer Betriebsräten über genossenschaftliche Ansätze und Produktionsvorstellungen ist bisher an Termenschwierigkeiten gescheitert. Wir hoffen mit den nächsten Nummern gut über den Sommer zu kommen, werden aber wahrscheinlich von der Redaktion aus mehr schreiben müssen. Für September haben wir zu einem Mitarbeitertreffen eingeladen. Wer Interesse hat und von uns bisher nicht angeschrieben worden ist, soll sich doch bitte an die Redaktion wenden.

Im letzten Editorial ist die Schlußpointe versaut worden. Es fehlt was. Da wir das Manuskript nicht mehr finden, können wir die Pointe auch nicht mehr nach dem Original rekonstruieren. Sie wird also auf immer verloren sein.

**Impressum** *Kommune*. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift **Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmacher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer **Gestaltung:** M. Ackermann **Beiträge**, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder **Adresse der Redaktion:** Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt 11 Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983 **Satz und Druck:** CARO Druck GmbH, Frankfurt **Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 34 **Postcheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60)** **Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung „Mit Rücksicht auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1.7.1983 werden die Abonnements, die vor dem 1.7.1983 begonnen haben und nach dem 30.6.1983 enden, in zwei Abrechnungszeiträume mit entsprechenden Teilleistungen aufgeteilt. Der erste Abrechnungszeitraum endet am 30.6.1983, der zweite beginnt am 1.7.1983. In dem auf die Zeit bis zum 30.6.1983 entfallenden zeitanteiligen Betrag des Bezugsgeldes ist die Umsatzsteuer in Höhe von 6,5 v.H. des Entgelts (6,1 v.H. des anteiligen Bezugsgelds) enthalten, in dem zeitanteiligen Bezugsgeld für die Zeit nach dem 30.6.1983 in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. des anteiligen Bezugsgelds). **Beginnt ein Abonnement am 1.7.1983 oder später, so enthält das Bezugsgeld insgesamt die Umsatzsteuer in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. Bezugsgelds).** **Spendenkonto:** „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00) **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahme“ ist keine Auslieferung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtauslieferung zurückzusenden ISSN 0723-7669



# Raketenstationierung noch zu verhindern?

Die Friedensbewegung bereitet sich auf die Herbstaktionen vor. Die etablierten Parteien tun das selber auf ihre Art. Die SPD gibt sich anpassungsfähig: Nicht mehr an der Nachrüstung, sondern am Widerstand scheiden sich die Geister. Sie will ihr gesamtes politisches Gewicht zur Zähmung der Anti-Raketen-Bewegung in die Waagschale werfen. Für die Friedensbewegung kommt es auf die Sicherung der politischen Selbständigkeit an.

Von Willi Preßmar

**I**m Dezember wird in der Bundesrepublik mit der Stationierung amerikanischer Pershing II begonnen. Darauf haben sich die wichtigsten Nato-Staaten geeinigt und erneut, von Williamsburg bis Stuttgart, Einigkeit und Entschlossenheit bekräftigt.

In Genf wird nichts mehr herauskommen. Die Positionen der beiden Supermächte liegen unverändert weit auseinander. Die Forderung der Sowjetunion nach Einbeziehung der französischen und britischen Potentiale wird von den USA kategorisch abgelehnt. Deren Forderung nach Verschrottung sämtlicher sowjetischer Mittelstreckenraketen wird dafür von der Sowjetunion höhnisch zurückgewiesen. Da nützen auch kleine Zugeständnisse oder starke Drohungen nichts, etwa Andropows Angebot, nicht nur die Raketen, sondern auch die Sprengköpfe beim Zählen zu berücksichtigen; oder seine Drohung, im Gegenzug weitere Mittelstreckenraketen außerhalb der Sowjetunion und auch gegen amerikanisches Territorium in Stellung zu bringen. Auch der Warschauer-Pakt-Gipfel, der Ende Juni klammheimlich in Moskau zusammentrat, brachte nichts außer einer Wiederholung der Vorschläge aus dem Januar. Was soll sich also noch bewegen? Nur ein Verhandlungswunder könne die Nachrüstung noch verhindern, meinte Kohl kürzlich in Krefeld in der ihm eigenen Sprachgewalt.

Die Bundesregierung ist entschlossen, die Aufstellung der Mittelstreckenraketen durchzusetzen. Sie muß zwar in Rechnung

stellen, daß das gegen den Mehrheitswillen geschieht. Jüngste Meinungsumfragen gehen davon aus, daß ca. 75 Prozent der Bevölkerung eine Stationierung zum Jahresende, also nicht generell, ablehnen und lediglich 25 Prozent die Position der Regierung teilen und einer Stationierung ab Dezember bei Fortsetzung der Verhandlungen zustimmen. Dennoch sieht sich die Bundesregierung durch die März Wahlen ausreichend legitimiert, die Stationierung durchzusetzen, während sie gleichzeitig Entgegenkommen und Dialogbereitschaft bekundet. Entgegenkommen will die Bundesregierung den Friedensbewegten bei den nuklearen Gefechtsfeldwaffen: sie will sich in Abstimmung mit der Nato für eine alsbaldige und drastische Reduzierung dieser Atomwaffen auf westdeutschem Boden einsetzen. Die Bundesregierung verspricht sich davon, der Friedensbewegung Wind aus den Segeln zu nehmen und die Wohlmeinenden vom Abrüstungswillen der Bundesregierung zu überzeugen. Die FAZ rät seit einiger Zeit zu einer solchen Initiative: Die Halbierung der rund 6000 nuklearen Gefechtsfeldwaffen sei ohne Not vertretbar, weil sie überflüssig seien und politisch nur noch Ballast bedeuteten. Na also!

Die SPD tut sich mit der Stationierungsfrage viel schwerer als die Regierungsparteien, obwohl sie sich mit ihren Positionen viel näher an den Auffassungen der Bevölkerungsmehrheit befindet. Die SPD fordert, daß nach dem 15. November in Genf ohne Stationierungsautomatik weiterverhandelt wird. Im Unterschied zur Bundesregierung und zur US-Regierung spricht sich die SPD für eine gewisse Berücksichtigung der französischen und britischen Potentiale aus. Ohnehin traut sie der amerikanischen Ver-

handlungsbereitschaft weniger als der sowjetischen. Falls auf Nachrüstung trotz aller Anstrengungen nicht verzichtet werden könne, sollen nur Cruise Missile, am besten seegestützt, stationiert werden. Inzwischen weisen alle Äußerungen, von Schmidt bis Bahr, darauf hin, daß die SPD auf dem Sonderparteitag Anfang November schließlich Nein zur Nachrüstung sagt. Fragt sich nur, was das noch bewirken soll.

## Wer soll über die Stationierung entscheiden – Nato, Parlament oder Volk?

Die Positionen der verschiedenen politischen Kräfte geben einigen Aufschluß über ihr Verhältnis zur oft beschworenen Volkssouveränität. In Teilen der Friedensbewegung wird seit einiger Zeit diskutiert, wie in Sachen Nachrüstung dem Volkswillen stärker Ausdruck verschafft werden kann. Die vielfältigen symbolischen Aktionen, ob als „Volksversammlungen“ oder als zahlreiche Aktionen vor Ort, werden bestimmt nicht ausreichen, die Staatsmacht zu beugen. Inzwischen wurde sich in der Friedensbewegung darüber verständigt, eine konsultative Volksbefragung, wie sie der Verfassungsrichter Simon vorgeschlagen hat, zu fordern. Die Grünen werden einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen (siehe dazu auch *Kommune* 6/83).

Welchen Standpunkt nehmen nun Regierung und Sozialdemokratie in dieser Frage ein? Die Position der Regierung ist bemerkenswert. Während der sicherheitspolitischen Debatte des Bundestages am 15. Juni erklärte Genscher, nicht der Bundestag habe zu entscheiden, sondern – die Nato! Die parlamentarische Entscheidung über

die Stationierung sei bereits 1979 getroffen worden. Jetzt sei die Nato an der Reihe. Sie habe auf der Frühjahrstagung Anfang Juni festgelegt: „Wenn konkrete Verhandlungsergebnisse ausbleiben, werden die Dislozierungen, wie geplant, beginnen, wie das bereits im Dezember 1979 entschieden worden ist.“ Basta! Folgerichtig hat die Regierungsmehrheit eine Woche später einen Antrag der SPD, der eben die Entscheidung über die Stationierung dem Bundestag zu billigen wollte, abgelehnt!

Die SPD hatte beantragt, der Bundestag solle nach dem vorläufigen Abschluß der Genfer Verhandlungen am 15. November darüber *entscheiden*, ob in der Bundesre-

publik Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen. Die Koalitionsmehrheit lehnte ab und beschloß statt dessen einen eigenen Antrag, wonach der Bundestag nach dem 15. November zu dieser Frage *Stellung nehmen* soll. Es scheint praktisch-politisch wurscht zu sein, ob der Bundestag nun entscheidet oder halt nur Stellung nimmt. Die Mehrheitsverhältnisse sind eh klar. Der Regierungskoalition kommt es aber offensichtlich darauf an, ganz prinzipiell festzustellen, daß das Parlament keine Entscheidungskompetenz in dieser Frage mehr hat.

Die Sozialdemokratie ist enttäuscht: „Wenn das Parlament das zentrale Forum der parlamentarischen

Demokratie ist, dann muß über die Nachrüstung auch durch das Parlament entschieden werden; und zwar nicht *en passant*, sondern in einer großen, für alle verständlich werdenden Debatte. Die Berufung auf eine Entscheidung von 1979 – als man den Verlauf der Genfer Verhandlungen nicht kennen konnte

ist genauso untauglich wie die auf die letzte Wahl, die von der Kontroverse um „Aufschwung“ entschieden wurde. Wenn das Parlament hier die Chance verpassen würde, sich als Forum der Nation zu präsentieren – und damit übrigens auch die Grünen gerade durch die Auseinandersetzung mit ihrem Widerspruch zu integrieren – entmachtet es sich selber“ (Peter Glotz, *Die Zeit*, 24.6.83).<sup>1</sup>

Glotz gerät schier ins Schwärmen ob der Möglichkeit, den Bundestag zum „Forum der Nation“ hochzupushen. Nur auch der Ausgang einer „großen Debatte“ stünde schon vorher fest. Weshalb mögen sich Glotz und die SPD in dieser Situation nicht für eine konsultative Volksbefragung erwärmen?

### SPD zwischen Friedensbewegung und Staatsräson

Die SPD greife den Vorschlag aus politischen Gründen nicht auf – es sei falsch, der Verfassungswirklichkeit zur Lösung eines noch so wichtigen Konflikts *ad hoc* ein neues Handlungsinstrument einzufügen. Das ist natürlich eine hochgestochene Phrase!

<sup>1</sup> Glotz war vom SPD-Vorstand beauftragt, ein Positionspapier zum Verhältnis zur Friedensbewegung vorzulegen. Inzwischen ist es in geänderter Fassung beschlossen.

Tatsächlich werden der *Verfassungswirklichkeit* ständig und ad hoc neue Handlungsinstrumente eingefügt, und zwar von den Volksmassen wie von der Staatsmacht. So erkämpfte die Studentenbewegung nach 1966 erstmals ein halbwegs uneingeschränktes Demonstrationsrecht und nahm sich das Recht der Meinungs- und Organisationsfreiheit; wie später die Staatsmacht in der Lage war, ein Amnestiegesetz und kurz darauf den Radikalerlaß zu verabschieden.

Glotz geht es um etwas anderes: „Man muß sich auch die Frage stellen, ob der konsultative Charakter nicht eine Fiktion wäre – könnte das Parlament gegen eine Mehrheit des Volkes entscheiden?“ Das ist es, was ihn mitsamt seiner Partei plagt. Eine wenn auch nur konsultative Volksbefragung würde die aktive Friedensbewegung in die politische Initiative bringen. Sie wäre eine Form, in der sie ihre Mehrheitsfähigkeit beweisen könnte. Die Volksbefragung wäre *unter den gegebenen Bedingungen*, die sich durch die Beteiligung der ganzen Gesellschaft an der Meinungsbildung über die Raketen aufstellung auszeichnet und in der die aktiven Träger der Friedensbewegung meinungsbildend in der Initiative sind, die adäquate Form, in der breite Volksmassen, deren politische Bewegungsform halt nicht Demonstrationen sind, ihren Willen ausdrücken könnten. Unter diesen Umständen könnte die politische Auseinandersetzung über das Raketen Thema den etablierten Parteien vollends außer Kontrolle geraten. Sie könnte nämlich nicht durch Apparate, sondern nur durch tausende und abertausende Aktivisten entschieden werden. Wer aber hat die? Das Parteienestablishment oder die Friedensbewegung?

Sicherlich wäre damit die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik noch nicht verhindert, aber die Staatsmacht wäre doch gehörig in der Defensive und zu allerlei Manövern gezwungen, deren Ausgang ungewiß ist. Die Friedensbewegung würde gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorgehen – und das ist auch nicht das Interesse der SPD, der es ja vor allem auf die Integration dieser Bewegung ankommt. Aus diesen Gründen werden die etablierten Parteien die Volksbefragung ablehnen, so daß es, bei Licht betrachtet, auch keine geben wird. Mit der Ablehnung im Parlament wird diese Form der Auseinandersetzung erledigt sein, denn sie funktioniert bloß, wenn sie legalisiert ist.

Zwar hat die Sozialdemokratie im Jahre 1958 aus ähnlichem Anlaß, damals gegen die Stationierung von Atomwaffen und gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit nuklearen Trägerwaffen, selbst eine Volksbefragung beantragt und eine entsprechen-



## Das Krefelder Menetekel

de Kampagne initiiert. Inzwischen ist die SPD nach sechzehn Jahren Regierungsverantwortung, noch ein ganzes Stück mehr *Staatspartei* geworden und hat ihre Lektionen gut gelernt. Die Hauptsorge unseres Freundes gilt einem Punkt: Sicherung des inneren Friedens. Glotz appelliert an alle Beteiligten, „alles zu unterlassen, was zur Eskalation der Gewalt führen könnte, und alles zu tun, was den Gemeinschaftsfrieden mit politischen Mitteln herstellt. Es wäre unverantwortlich, über eine noch so wichtige Kontroverse um die Sicherung des äußeren Friedens den inneren Frieden zu zerschlagen.“ Ihm schwebt statt dessen vor „in vernünftigen Argumentieren eine zwanglose Einigung zu versuchen.“ Dieser Ratschlag ist deshalb so widerwärtig, weil mit Kreide im Maul auf die Dummheit und Vergesslichkeit der Massen gesetzt wird. Hat es unter sozialdemokratischer Regierung jemals eine „zwanglose Einigung“ mit den vielfältigen Massenbewegungen gegeben? Wurden nicht die Interessen dieser Bewegungen brutal denunziert und nieder gemacht? Wie war das mit den Häuserkämpfen in Berlin unter Stobbe und Glotz? Wie war das mit der Startbahn West unter Börner?

### Der ideologische Druck auf die Friedensbewegung nimmt zu

Wie kaum eine andere Massenbewegung zuvor wird die Friedensbewegung kritisch begleitet, genießt große Aufmerksamkeit auch in den Medien der „bürgerlichen Öffentlichkeit“. Über mangelnde Publizität kann sie sich nicht beklagen. Je näher wir den Herbstaktionen kommen, desto penetranter werden die Mahnungen zum Wohlverhalten, den Rahmen der rechtlichen und verfassungsmäßigen Legalität zu respektieren und die Staatsmacht nicht herauszufordern. Selten fehlt der Hinweis auf die respektierlichen moralischen und ethischen Wertvorstellungen der Friedensbewegten, die Gewalttätigkeit von selbst verbieten. Das bunte, vielfältige und breite Spektrum, die unterschiedlichen politischen Traditionen, aus denen sich diese Bewegung rekrutiert, die starke naiv-pazifistische Strömung – diese und andere Merkmale der heutigen Friedensbewegung machen sie natürlich für allerlei politische und ideologische Manöver anfällig. Die Rückmeldung kommt erst mal in der Dauer-Beteuerung strikter Gewaltfreiheit. Das Etiketten-Karussell ist in Bewegung. Gewaltfreiheit – was ist das? Gar gewaltfreier Widerstand? Für die *FAZ* sind das nur Umschreibungen für allerlei Variationen von Rechtsbruch. „Mit der angeblichen Gewaltlosigkeit beginnt die Gewalttätigkeit; und wo die dann aufhören wird, weiß niemand.“

Die *Frankfurter Rundschau* fand wert aufzuspießen, was den Verantwortlichen des Arbeitskreises „Krefelder Friedenswochen“ ganz locker aus der Feder geflossen war. Es ging um die Distanzierung von jenen Leuten, die in Krefeld bei den Demonstrationen gegen Bush mit der Polizei und dem VIP-Konvoi aneinandergeraten waren: „Für ihr Auftreten in der Innenstadt trägt der Arbeitskreis genauso wenig Verantwortung wie der Oberbürgermeister für das Auftreten von Taschendieben und Betrunkenen auf seiner Philadelphiade oder der Pfarrer für das Auftreten von Opferstockdieben in seiner Kirche.“ Oberbürgermeister Pfarrer und die Pächter der Friedensbewegung, also die ganze ehrenwerte Gesellschaft auf der einen Seite, Taschendiebe, Betrunkene, Opferstockdiebe und Jugendliche, die sich provoziert fühlen, wenn ein Bush deutsch-amerikanische Freundschaft beschwört, als Abschaum auf der anderen Seite. Wenn Kohl unter dem Beifall der versammelten Turner die gleichen Jugendlichen aus der Nation hinausdefinierte, ist das auch nicht schlimmer

Stimmt es im übrigen, daß die selbstbestallten Pächter der Friedensbewegung „genausowenig Verantwortung“ für dieses „Auftreten“ haben wie der Oberbürgermeister für die Taschendiebe? Letzteres liest man ja auch manchmal anders, im Grobschnitt etwa so: Die Taschendiebe erwachsen aus den kapitalistischen Verhältnissen, der Oberbürgermeister schützt diese also. Bestimmte Friedensfreunde argumentieren bloß deshalb nicht mehr so, weil sich herausgestellt hat, daß es auch in Moskau Betrunkene und Taschendiebe gibt, gar nicht so wenig scheint's.

Aber ist die Verantwortung der Pächter der Friedensbewegung nicht sehr viel konkreter als die Verantwortung des Oberbürgermeisters für Taschendiebe? Hören wir nicht landauf, landab die Verfechter des Minimalkonsens' sagen, die Stationierung der US-Raketen sei der vorletzte Schritt in den „atomaren Holocaust“. Ist es nicht so, daß ihr Minimalkonsens sowieso von der Panikmache lebt, wenn erst die US-Raketen stationiert seien, sei alles aus und vorbei? Und sind es dann nicht wieder gerade die Verfechter des Minimalkonsenses, die alle Aktionen im Herbst so anlegen wollen, daß schon heute jedem klar ist, daß daraus nichts werden kann und daß die Hauptverantwortlichen für dieses Herangehen mit der Verhinderung der Raketenstationierung gar nicht rechnen, sondern darauf spekulie-

ren, wie schon so oft, aus dem Scheitern der Bewegung ihre Kadenschmiede zu machen. Wie kann man denn überhaupt bei der DKP landen? Doch nur wenn man ein für allemal gelernt hat: Ohne die Rückenbedeckung jenes sozialistischen Vaterlandes aller Werktätigen kann man hierzulande sowieso nichts machen. Dann sehen die SS 20 wirklich anders aus als die Pershing II.

Natürlich steckt die Friedensbewegung in einem wirklichen Dilemma und bloß deshalb können jene Friedensfreunde, die am liebsten in die Haut von Oberbürgermeistern schlüpfen würden, ans Ernten denken. Es ist offensichtlich, daß auf der Ebene von bloßer Meinungsbildung die Raketenstationierung nicht verhindert werden kann, denn die Wege dazu, qualitativ andere Regierung, Volksentscheid oder wenigstens Volksbefragung sind versperrt. Gleichzeitig ist aber die Meinungsbildung nicht so weit gediehen, den Machtkampf, um den es bei der Raketenstationierung, ob man will oder nicht, nun mal geht, auch schon gewinnen zu können. Das ist der Hintergrund, warum etliche denken, es könnte jetzt nur noch gehöriger Putz helfen und andere den Putz fast noch mehr fürchten als die Raketen.

Die Spaltung der Friedensbewegung ist also in der Situation selber nicht nur als Gefahr sondern als größte Wahrscheinlichkeit angelegt. Daher ja auch der Optimismus der Regierung, mit ihren Absichten durchzukommen, daher auch die hektischen Versuche, mittels Demonstrationsrecht diese Spaltung noch so richtig hervor zuzukitzeln. In Krefeld wurde diese Spaltung auch schon gleich räumlich vorgeplant: Wenn man von tödlicher Gefahr redet und seitab ein Friedensfest feiert, dann braucht man sich aber nicht zu wundern, daß einige der Gefahr zu Leibe rücken wollen, wenn sie glauben, diese in Gestalt eines US-Vizepräsidenten vor sich zu haben und sich von den Friedensfesten absetzen.

Die Mentalität „Nach den Raketen die Sintflut“ nimmt der Bewegung den Lebensatem für ihren unvermeidlich langandauernden Kampf – wie immer das im Herbst ausgeht. Die Mentalität des Minimalkonsenses führt in Resignation oder zu Abenteuerium. Und lassen sich nicht doch Aktionsformen finden, um die jetzigen Kräfte der Friedensbewegung auch als Macht zur Geltung zu bringen? Bonn eine Zeitlang blockieren, das könnte die Friedensbewegung doch schon? Friedlich natürlich und einheitlich! Ein bißchen „Machtphantasie“ könnte nicht schaden. *Joscha Schmierer*

### Widerstandsrecht und Generalstreik, zwei Floskeln

Für die SPD setzt sich Glotz mit den Handlungskonzepten der Friedensbewegung auseinander. Seine Stellung zum Volksbegehren wurde schon diskutiert. Andere Stichworte sind Widerstandsrecht und Generalstreik. Wer sich im politischen Kampf gegen die Stationierung auf die Verfassung beruft und ein Widerstandsrecht reklamiert, wird von Glotz (zu Recht) belehrt. Solches sieht diese Verfassung nicht vor



Dort heißt es lediglich: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ (Art. 20, 4) Es ist müßig, den politischen Widerstand gegen die Raketenstationierung mit diesem Verfassungsartikel zu begründen. Die Legitimation zum Widerstand und zum politischen Kampf läßt sich halt nicht immer juristisch absegnen – alles andere läuft auf platte Staats- und Rechtsgläubigkeit hinaus. Natürlich mögen die Sozialdemokraten auch nicht gewaltfreien Widerstand legitimieren, weil das auch schon zu weit geht. Worauf sich Glotz gerade noch einlassen will, ist „ziviler Ungehorsam“ der allerdings aus einer individuellen Gewissensentscheidung resultiert; „deshalb kann die Partei als Kollektiv dazu niemals auffordern.“ usw usw

Selbstredend wird von der Sozialdemo-

kratie das Mittel des Generalstreiks verworfen. Auch dieses Recht wird den Arbeitern nur zugestimmt, wenn die verfassungsmäßige Ordnung gefährdet ist. Also nützt auch hier der Rückgriff auf die Verfassung herzlich wenig. Aber die Losung vom Generalstreik, wie sie hie und da in die Debatte gebracht wird, ist aus politischen Gründen unangebracht. Natürlich ist es wichtig, die Gewerkschaften für den Kampf gegen die Stationierung zu gewinnen. Natürlich sind betriebliche Aktionen, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen während der Arbeitszeit von hohem Stellenwert. Mit einer Diskussion über Generalstreik ja/nein wird die Auseinandersetzung aber auf eine Ebene gehoben, auf der sie sowieso nicht entschieden werden kann. Wer solche Losungen wie eine Wunderdroge ins Spiel bringt, muß die Augen vor der politischen Entwicklung der Bundesrepublik und der Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung in diesem Zusammenhang verschließen. Den letzten Generalstreik hat es bekanntlich 1920 gegeben, als es um die Niederschlagung des Kapp-Putsches ging. In der Bundesrepublik hat es zwar zu Beginn der fünfziger Jahre eine kurze Debatte über Generalstreik und politischen Streik im Zusammenhang mit dem Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz der Adenauer-Regierung gegeben. Dazu gekommen ist es nicht. Seither gilt in dieser Republik der politische Streik oder auch ein Generalstreik als Nötigung von Verfassungsorganen, Hochverrat u.ä. Im Zusammenhang mit der „Kampf-dem-Atomtod-Bewegung“ im Jahre 1958 gab es erneut den Ruf nach dem Generalstreik, die Gewerkschaften unterstützten die Forderung nach Volksbefragung und führten (wie die ÖTV) teilweise Urabstimmungen für Streik durch. Zum Generalstreik (zeitlich befristet als „Demonstrationsstreik“) konnten sie sich nicht entschließen. Wie soll da heutzutage die DGB-Führung in der Lage sein, zum Generalstreik aufzurufen, wo doch die Gewerkschaften noch immer eine sehr abwartende Haltung zur Nachrüstung einnehmen. Immerhin hat der DGB inzwischen beschlossen, die Mitglieder zur Beteiligung an den „Volksversammlungen“ am 22. Oktober in Hamburg, Bonn und Stuttgart aufzurufen. Allerdings darf man sich keine Illusionen darüber machen, daß diese Beschlüsse spürbar zusätzlich mobilisieren würden. Linke Gewerkschafter haben bereits früher an Aktionen und Demonstrationen teilgenommen, wahrscheinlich ziemlich dieselben, die sich auch an den Maidemonstrationen beteiligen. Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder wird sich halt nicht beteiligen. So kommt dem DGB-Beschluß hauptsächlich im Hinblick auf die Meinungsbildung der Massen Bedeutung zu.

### Raketenstationierung und Perspektive der Friedensbewegung

Mit dem Ausgang der Bundestagswahl am 6. März haben sich die politischen Konstellationen in der Stationierungsfrage deutlich geändert. Mit der Kohl-Regierung wurde die Achse Washington – Bonn stabilisiert. Der Thatcher Wahlsieg hat den inneren Kreis der Nato vollends gefestigt. Widersprüche, die kleinere Nato-Länder wie Spanien, Griechenland, Dänemark, Belgien zur Nachrüstung haben, fallen nicht mehr so ins Gewicht.

Nach innen wird der Kohl-Regierung das Wahlergebnis genügend politische Legitimation verschaffen, die Stationierung auch gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. Sie konnte immerhin trotz ihrer Nachrüstungs-Position eine deutliche Mehrheit erzielen. In einer solchen Situation ist es für jede Bewegung schwierig, ihre Ziele gegen den Willen der Staatsmacht durchzusetzen. Zumal sich die Friedensbewegung bei aller Vielfalt die Aktionsformen ein Stück weit bereits hat vor schreiben lassen. Es wird sich um symbolische Aktionen handeln, die gewiß einen großen Eindruck auf die passiven Teile der Volksmassen machen, aber nicht ausreichen dürften, die Staatsmacht zu beugen. Die Volksbefragung wäre wahrscheinlich die einzige der eher symbolischen Aktionsformen, die der Regierung ganz offen und nachweislich die Legitimation zur Stationierung nehmen könnte. Spräche sich die Mehrheit gegen die Stationierung aus, müßte die Regierung manövrieren und Zeit gewinnen. Gerade aber die Zeit könnte für die Friedensbewegung wirken.

Erfolg oder Mißerfolg der Friedensbewegung hängen aber nicht einfach von der Frage ab, ob die Stationierung verhindert werden kann. Entscheidender scheint mir zu sein, daß die Friedensbewegung ihre Unabhängigkeit gegenüber den verschiedenen Bestrebungen bewahrt, sie fremden Interessen zu vereinnahmen, sei es für die sowjetischen oder auch für die Nato-Interessen, die dem Herbst folgende Ebbe übersteht oder vielleicht sogar vermeiden kann. Entscheidend wird sein, daß die Friedensbewegung die begonnene Auseinandersetzung über die herrschende Außen- und Sicherheitspolitik weiterführt und das allgemeine Interesse an einer solchen Auseinandersetzung mit dem Ziel nutzt, mehrheitsfähig zu werden, nicht nur in der Teilfrage der Raketenstationierung, sondern in der Entwicklung eigener außen- und sicherheitspolitischer Konzeptionen, die aus Nato und Blockzugehörigkeit herausführen. Für diese Zukunftschancen der Bewegung wird man sich im Herbst stellen müssen, obwohl die Aussichten für die Durchsetzung des unmittelbaren Aktionszieles schlecht sind.

# Erziehungsgeld — ein Widerspruch zur Emanzipation?

Der vorliegende Artikel ist entstanden aus Diskussionen, die seit der Gründung einer Frauengruppe im Bezirksverband Frankfurt des KBW Ende 1981 immer wieder geführt wurden ohne einheitliches Ergebnis. Er setzt sich mit Argumenten, Einwänden und Bedenken gegen ein Erziehungsgeld auseinander die wir selbst zu Beginn der Diskussion vorgebracht haben oder immer noch hegen. Ich halte sie für repräsentativ für einen Teil der Linken, z.B. für die Autorinnen der März-Nummer der *Widersprüche* oder auch für die Frauen, die für die *Prokla* schreiben. Politisch bleiben solche Positionen in dem Dilemma, daß frau im Interesse der Mehrheit der Frauen, die Erziehungsgeld will, eigentlich dafür sein müßte, obwohl sie es eigentlich gar nicht ist.

Die Einwände, die in der Linken — bei Frauen wie Männern — gegen ein Erziehungsgeld geltend gemacht werden, sind eine zutreffende Kritik an dem CDU-Konzept eines Erziehungsgeldes. Der CDU geht es bekanntermaßen um eine Stärkung der Familie und zwar der besser situierten, da die erbärmlich niedrige Höhe von 400 DM eines bisher auch nur propagierten Erziehungsgeldes für Hausfrauen den Genuß nur für diese attraktiv macht. Die jüngst von der Regierung beschlossene Kürzung des Mutterschaftsurlaubs von vier auf drei Monate und des Mutterschaftsurlaubsgeldes von 750 auf 600 DM wurde ja auch strategisch begründet: nicht einfach Kürzung von Leistungen, sondern positiv als Schritt in Richtung eines Erziehungsgeldes für Hausfrauen. Das CDU-Konzept knüpft den Anspruch auf Erziehungsgeld an die Aufgabe der Berufstätigkeit (was allerdings auch in der CDU nicht unumstritten ist vor allem Frauen lehnen diese Bedingung ab).

Die Kritik an den frauenfeindlichen Absichten der CDU spricht im Prinzip aber nicht gegen ein Erziehungsgeld, weil sie am Problem vorbeiredet und der Phrase von der Wahlmöglichkeit zwischen Beruf und Kindererziehung aufsitzt. Von einer Wahl-

„Eigentlich wärs ja ganz schön, wenn ich jetzt nicht mehr in dieses blöde Büro bräuchte und mit meinem Kind was unternehmen könnte, statt irgendwelche Briefe zu tippen, aber —“ —  
Schmelzen feministische Bedenken gegen Erziehungsgeld und Elternfreistellung einfach angesichts einer harten Realität dahin oder gibt es positive Begründungen für solche Maßnahmen, die eine Förderung der Emanzipation der Frau, wozu die Berufstätigkeit gehört, einschließen?

möglichkeit kann aber bei einer Frauenerwerbsquote von 52% und überproportional höherer Arbeitslosigkeit bei Frauen gar nicht die Rede sein. Erst recht nicht, wenn wir in Betracht ziehen, daß nur für 1 bis 2% der Kinder bis zu drei Jahren öffentliche Einrichtungen zur Verfügung stehen, die eine ganztägige erwerbstätige Beschäftigung beider Elternteile oder Alleinerziehender erlauben. Zwar entwickelt sich ein zunehmendes Angebot an Tagesmüttern aber dies ist wiederum Ausdruck wachsender Arbeitslosigkeit von Frauen und Spiegel der Nichtvereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung. Außerdem ist das System Tagesmutter wegen seiner geringen Zuverlässigkeit und Sicherheit für die Tagesmütter wie für die Eltern dringend verbesserungsbedürftig. Vom pädagogischen Interesse her bietet es kaum Vorteile gegenüber der Erziehung durch die eigene Mutter da die Erziehung weiter in der Kleinfamilie mit der bekannten Rollenteilung stattfindet.

Auch ist es für Mütter von Vorschul- und Schulkindern oft unmöglich, außer Haus arbeiten zu gehen, da die Unterrichtszeiten sehr verschieden sind und am Nachmittag auch keine Möglichkeit der Betreuung be-

steht. Eine Lösung wäre die Ganztagschule — aber es ist auch fraglich, ob dies für alle Kinder günstig ist, vielleicht brauchen Kinder nach anstrengendem Unterricht erstmal Ruhe und Entspannung und einen Vertrauten, der Zeit und Verständnis für sie hat, statt sich gleich wieder in den Streß einer größeren Kinderhorde zu stürzen.

Selbst wenn es die Wahlmöglichkeit zwischen Beruf und Kindererziehung gäbe, können wir Frauen eine Wahl zwischen beiden Alternativen auch nur als vorübergehende Entscheidung verstehen, die der Tatsache geschuldet ist, daß Beruf und Kindererziehung in dieser Gesellschaft zur Zeit nicht zu vereinbaren sind.

## Arbeitsteilung nicht nur im Haushalt

Es nützt uns auch wenig, ein Erziehungsgeld grundsätzlich deshalb abzulehnen, weil damit unser Hausfrauendasein verfestigt und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vertieft werden würde. Sicher, diese Gefahr besteht, aber wirken die heutigen Verhältnisse denn so förderlich auf unsere Emanzipation? Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung fängt lange vor dem privaten Haushalt an — drei Jahre Zuhausebleiben sind ein Klacks gegenüber der Existenz eines geteilten Arbeitsmarktes für Frauen und Männer (Dieses Problem behandelt eine bisher nicht veröffentlichte Untersuchung einer Frauengruppe aus Frankfurt, die in einer der nächsten Nummern der *Kommune* erscheinen soll.) Und weil Frauen wesentlich schlechtere Berufschancen und Arbeitsbedingungen haben und weniger verdienen, werden auch vor allem Frauen Elternfreistellung und Erziehungsgeld wahrnehmen. Das ist aber auch kein Rückschritt gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen, wo auch die Frauen aus oben beschriebenen Gründen zu Hause bleiben, allerdings ohne finanzielle Entschädigung, und selbst die wenigen Männer die gerne



die Erziehungsrolle während des Mutterschaftsurlaubs einnehmen wollten, daran gehindert werden, weil die Leistungen des Mutterschaftsurlaubs eben nur den Müttern zustehen.

Andererseits führt die Berufstätigkeit der Frau nicht automatisch zu einer partnerschaftlichen Teilung von Kinderbetreuung und Hausarbeit. Die Berufstätigkeit stärkt die Position von Frauen für die Auseinandersetzung darum, sie erübrigt aber nicht den tagtäglichen Kleinkrieg um Putzen, Waschen etc. Diesen Kampf nimmt uns sowieso keiner ab ob mit Erziehungsgeld oder ohne.

Das entscheidende Problem, dem sich eine Diskussion um Erziehungszeiten und Erziehungsgeld stellen muß, ist doch, daß mit

der Alten Privatsache war in dem Sinn, daß privat dafür aufgekommen werden muß. Angesichts steigender Scheidungsraten bei einer Quote von derzeit schon 30% droht das System Familie als Versorgungseinheit nicht mehr zu funktionieren, allein schon weil die Familienbande nicht auf Dauer halten und nach Scheidungen wieder neue Ehen eingegangen werden. Wer soll das bezahlen?

Wer kennt nicht die Klagen nach dem neuen Scheidungsrecht geschiedener Männer die für die geschiedene Frau und die Kinder blechen müssen und dadurch ihre Zukunft verbaut sehen? Die Tatsache, daß die am lautesten schreien, die es vorher ganz toll fanden, daß sie allein Frau und Kinder ernähren konnten, sollte nicht den Blick auf die berechnete Frage verstellen, wieso sie als Individuen nun zahlen sollen. Die Notwendigkeit privater Unterhaltszahlungen ist doch nur die Kehrseite davon, daß die Frau individuell, ohne von der Gesellschaft je einen Pfennig dafür gesehen zu haben, die Kinder betreut hat. Auch nach der Scheidung ist sie noch vom Geldbeutel des Mannes abhängig. Der Unterschied zu vorher ist nur daß sie ihre Ansprüche jetzt besser einklagen kann. Aber schön ist das ja auch nicht gerade.

Noch komplizierter und ekliger wird die Angelegenheit, wenn beide neue Beziehungen oder Ehen eingehen und der Mann z.B. an die Kinder aus erster Ehe weniger zahlen kann, weil in zweiter Ehe wieder Kinder dazu kommen. Der ständige Verweis, daß die Typen gefälligst zahlen sollen, kann Frauen nicht reichen und verfehlt das Grundübel: die unselige Verquickung von finanziellen und persönlichen Verhältnissen, unter der Frauen am meisten zu leiden haben.

Gehen wir grundsätzlich davon aus, daß es sich bei der Erziehung von Kindern um gesellschaftlich notwendige Arbeit handelt, die, auch wenn sie privat verrichtet wird, einen finanziellen Ausgleich verlangt, dann ist damit auch eingeschlossen, daß von der Gesellschaft Zeit zur Verfügung gestellt wird zur Wahrnehmung dieser Aufgabe. Dies in dem Fall, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind oder für berufstätige Alleinerziehende durch Arbeitszeitverkürzung. Die Führung eines Haushalts wird mit Kindern, die noch versorgt werden müssen, zu einer Angelegenheit, die nicht mehr locker nebenher erledigt werden kann und führt somit bei voller Berufstätigkeit zur Einschränkung in der Wahrnehmung und Entwicklung kultureller politischer wissenschaftlicher usw., ja selbst der allerpersönlichsten Bedürfnisse. Diese Beschränkung gibt es aber auch bei Müttern, die zu Hause bleiben und „nur“ Kind/Kinder versorgen. Denn das Kind hat nicht um fünf

Feierabend und verabschiedet sich ins Bett, und je nach Temperament läßt es die Mutter am Tag wenig oder gar nicht zur Hausarbeit kommen von seinen nächtlichen Bedürfnissen ganz zu schweigen. Schon ein einziger Säugling kann am Tag anstrengender sein als acht Stunden Büro (eigene Erfahrung).

**Gesellschaftliche Einrichtungen**

In diesem Zusammenhang ist es günstig, daß wir heute schon auf positive Beispiele und Erfahrungen von Eltern zurückgreifen können, die zur Selbsthilfe gegriffen und sich zusammengetan haben, um ihre Kinder gemeinsam und organisiert zu betreuen, was einerseits gut ist für die Kinder weil sie sich in der Gemeinschaft vielseitiger und besser entwickeln können, und gut ist für die Eltern, weil sie sich gegenseitig zeitlich entlasten können, was Raum schafft zur Wahrnehmung eigener Interessen. Allerdings sind diese Initiativen noch mit soviel Eigenarbeit verbunden, weil der Staat sie wenig oder gar nicht finanziell unterstützt, daß sich nur die an ihnen beteiligen können, wo ein Elternteil gar nicht oder höchstens halbtags schaffen geht.

Erziehungsgeld würde vielen die Möglichkeit eröffnen, in solchen Initiativen aktiv zu werden oder selbst welche zu gründen. Die Kommunen müßten diesen Prozeß unterstützen, indem sie den Initiativen Räume zur Verfügung stellen und auch offene, allen zugängliche Zentren schaffen bzw vorhandene finanziell unterstützen, in denen Eltern mit Kindern sich zwanglos treffen könnten. Hier ist noch vieles denkbar was einer gemeinschaftlichen Erziehung der Kinder und der Kommunikation im Stadtteil dienlich ist und das Ziel hat, die, die nicht arbeiten, nicht zu Hause allein ihrem Schicksal zu überlassen, sondern ihre Initiative auch auf anderen Gebieten als dem der Erziehung zu fördern. Zu tun gibt es ja genug. Das gilt für Berufstätige gleichermaßen.

Gegen ein Erziehungsgeld wird gerade von Kinderlosen eingewandt, daß die Entscheidung Kind/Kinder ja oder nein eine private Entscheidung sei und im übrigen Kinder ihren Eltern offensichtlich auch Freude bereiten. Sicherlich ist bei dieser besonderen Art von Arbeit die Grenze zwischen Arbeit und Entspannung, emotionaler Befriedigung fließend. Aber das kann nicht grundsätzlich gegen eine finanzielle Entschädigung sprechen beim Lohnarbeiter dem seine Arbeit Spaß macht, ist auch noch keiner auf die Idee gekommen, daß ihm deshalb der Lohn gekürzt werden müßte. Und Privatsache war das Kinderkriegen schon immer es geht darum, ob die Kosten auch Privatsache sein sollen.



Die Karikaturen von Franziska Becker entnahmen wir dem „Emma-Sonderband 2“ „Mein feministischer Alltag“ Sie stammen aus der Episode „Andersrum“

dem Großziehen und Erziehen von Kindern gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, überwiegend von Frauen und ohne finanziellen Ausgleich. Erziehungsgeld soll vor allem der Tatsache gerecht werden, daß gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, und damit auch dem unerträglichen Zustand abhelfen, daß Frauen oft kein Geld zu ihrer freien Verfügung haben. Anspruch auf Geldleistungen würde viel mehr als alle moralischen Aufwertungen der Mutterschaft eine gesellschaftliche Anerkennung von Kindererziehung ausdrücken.

**Versorgungseinheit Familie?**

Gesellschaftlich gesehen zeigt sich zunehmend, daß die Sicherung des Nachwuchses der Gesellschaft über die Familie als Institution, als Versorgungseinheit, an der gesellschaftlichen Realität vorbeigeht. Positiv zu beurteilen war es noch nie, daß die Sicherung des Nachwuchses der Gesellschaft und damit auch die Sicherung der Renten

# Als Haushaltsmuffel ertappt EG-Umfrage gibt deutschen Männern schlechte Noten

MÜNCHEN, 23. Juni (AP). Ein schlechtes Zeugnis wird den deutschen Männern in einer EG-Umfrage unter dem Leitmotiv "Wobei wollen Männer im Haushalt helfen?" ausgestellt. Das Ergebnis der Repräsentativumfrage, die Kommission in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft vorgenommen worden war, wurde am Donnerstag in München veröffentlicht. Danach haben die Männer in der Bundesrepublik weniger Interesse an der Hilfe im Haushalt als die Männer im Durchschnitt beim Versorgen der Babys zeigen sie wenig Bereitschaft, ihren Frauen zu helfen.

während im EG-Durchschnitt 30 Prozent der Männer dies selbstverständlich zum Windelwechseln konnten sich unter den deutschen Männern gar nur acht Prozent entschließen, gegenüber 17 Prozent im EG-Durchschnitt. Auch die anderen Ergebnisse der Umfrage bestätigen den ausgeprägten Trend zum Pascha bei den deutschen Männern: Beim Zubereiten einer Mahlzeit wollen nur 28 Prozent der deutschen Männer helfen gegenüber 43 Prozent im EG-Durchschnitt, beim Reinemachen 29 Prozent der deutschen Männer gegenüber 40 Prozent im EG-Durchschnitt, und beim Bügeln lediglich sieben gegenüber 14 Prozent.

Nur beim Einkaufen machen die deutschen Männer im EG-Durchschnitt das Rennen. Hier liegt der Prozentsatz bei 77 zu 73.

nu  
ter  
Sc  
Di  
da  
Ti  
Un  
dies  
scha  
Körp  
einges  
war,  
schau  
Raum  
Epide  
lauf  
400  
N  
M  
d  
e

Von der Dauer her müßte die Elternfreistellung bis zum vollendeten dritten Lebensjahr dauern, solange die Unterbringung von Kindern in der Regel erst ab dem Kindergartenalter möglich ist. Sind keine Kindergartenplätze vorhanden, muß auch nach dem vollendeten dritten Lebensjahr Erziehungsgeld gezahlt werden. Für die ersten drei Lebensjahre des Kindes sollte die Regelung möglichst flexibel sein, für Väter und Mütter und mit entsprechendem Anteil an Erziehungsgeld bei Teilzeitarbeit.

## Gegen Hausfrauenghetto

Um mit dem Erziehungsgeld nicht den Bumerang einer Verschlechterung der Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplatzchancen von Frauen einzuhandeln, sind darüber hinausgehende gesetzliche Maßnahmen nötig wie die Vorschrift der paritätischen Besetzung bei Ausbildungs- und Arbeitsplätzen (Quotierung). Ebenso eine Verbesserung der Fortbildungsmöglichkeiten für Frauen und Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Beruf. Aber auch ein vielseitiges kulturelles und bildendes Angebot, um mit dem Erziehungsgeld nicht ein Hausfrauenghetto zu reproduzieren und zu verfestigen, was wir schon zur Genüge kennen.

Der Königsweg „Emanzipation der Frau via Lohnarbeit“ ist durch die Realität schon versperrt, was nicht die Kritik dieser Illusion erübrigt. Was ist daran Emanzipation, wenn Frauen noch schlechteren Arbeitsbedingungen unterworfen werden als Männer? Sicher die finanzielle Unabhängigkeit ist grundlegend, aber soll sie nur durch Lohnarbeit erworben werden dürfen? Berufstätigkeit, vor allem in Zusammenhang mit einer Ausbildung, ist ein wichtiger und elementarer Teil der Emanzipation. Deshalb gilt es ja gerade, hier bessere Bedingungen für Frauen zu erreichen, auch heute noch!

Aber selbst wenn wir die Lohnarbeit überwinden, was ja die entscheidende Voraussetzung schafft zur Emanzipation des Menschen in und durch die Arbeit, wird sich der jahrhundertalte geteilte Arbeitsmarkt nicht so schnell umwälzen lassen. Ein Erziehungsgeld ist relativ schnell und problemlos realisierbar und schadet der Frauenemanzipation überhaupt nicht, wenn es mit flankierenden Maßnahmen verbunden ist, die das Ziel der Aufhebung der verknöcherten Arbeitsteilung vor Augen haben.

Auch heute schon bietet sich eine Finanzierungsquelle an: Das Ehegattensplitting, was ja nur eine patriarchalische Form der materiellen Anerkennung von Hausarbeit – für den allein- oder besserverdienenden Mann – ist. Das Ehegattensplitting gehört abgeschafft. □

Wie müßte ein Erziehungsgeld aussehen und mit welchen anderen Maßnahmen müßte es verbunden sein? Wir können hier auf die Beispiele anderer – auch kapitalistischer – Länder zurückgreifen, die wesentlich großzügigere und flexiblere Regelungen vorsehen als die BRD (siehe *Kommune* 6/1983).

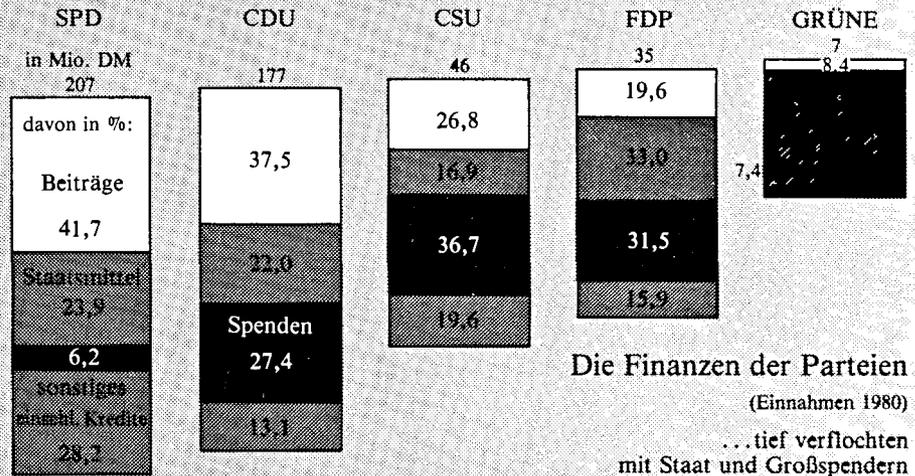
Eine Elternfreistellung müßte – wie die Bezeichnung schon ausdrückt – auch den Männern offenstehen, ebenso für Adoptiveltern und für Alleinerziehende in der Höhe, in der sie sonst beiden Elternteilen zusteht. Sie müßte mit einer Arbeitsplatzgarantie bzw. einem Kündigungsschutz versehen sein für vorher Berufstätige und ihnen wie in Schweden das Recht einräumen, die Elternfreistellung auch in Teilzeitarbeit umzulegen – also das Recht, sechs Jahre lang halbtags dem Beruf nachzugehen, statt drei Jahre ganz freigestellt zu sein.

Das Erziehungsgeld müßte eine solche Höhe haben, daß der Effekt, wie beim CDU-Vorschlag, vermieden wird, daß die Frau in den armen Familien sowieso schaffen gehen muß. In Schweden beträgt das Erziehungsgeld für das erste halbe Jahr 90% des vorherigen Lohnes. Denkbar und in meinen Augen günstiger – ist eine Pauschale, die sich am Durchschnittslohn orientiert, etwa 80%, die den Vorteil hat, daß sie ausschließt, daß die Frauen, die in Niedriglohngruppen sowieso schon elend wenig verdienen, beim Erziehungsgeld nochmal die Dummen wären bzw. es gar nicht als Alternative wählen könnten. Auch stellt sich bei einer Orientierung am vorherigen Gehalt die Frage, was denn die Hausfrauen, die nach dem ersten Kind zu Hause geblieben sind, erhalten sollen. Um diese Frauen nicht zu benachteiligen, müßte das Erziehungsgeld unabhängig von vorheriger Berufstätigkeit sein.

Und wenn damit auch die Reichen gefüttert werden, so ist dieser Nachteil doch verknäpft gegenüber einer Regelung, die die Berufstätigkeit unmittelbar vor der Schwangerschaft zur Voraussetzung für den Bezug macht, weil sie alle Frauen ausgrenzen würde, die aus verschiedenen Gründen nicht erwerbstätig sein konnten. Denkbar wäre auch eine Verdienstobergrenze, sie widerspricht aber dem Prinzip, daß allen Frauen, die Kinder versorgen müssen, eine finanzielle Unabhängigkeit vom Mann zugestanden werden muß. Andererseits müßte es sich aber auch finanziell lohnen, wenn Frauen mit kleinen Kindern berufstätig sein wollen und können, d.h. das Mehreinkommen durch Berufstätigkeit darf nicht wieder durch die Kosten für Kinderbetreuung aufgefressen werden. Öffentliche und selbstverwaltete Krippen, Kindergärten und Horte müssen unentgeltlich sein.

Daß es nach Einführung eines Erziehungsgelds überhaupt keine Krippen mehr gibt, wird befürchtet. Aber viel zu verlieren gibt es da – von der Bedarfsdeckung her gesehen – sowieso nicht. In der Vergangenheit hat jedenfalls das Interesse der Kapitalisten an weiblicher Arbeitskraft auch nicht die gewünschten und erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen gebracht. Eine Automatik gibt es da nicht. Andererseits könnte aber unsere Hoffnung, daß auch Männer und immer mehr Männer den Elternurlaub nehmen, das gemeinsame Interesse der Kapitalisten an solchen Einrichtungen beflügeln. Wenn sie nämlich fürchten müssen, daß sie auch ihre qualifizierten männlichen Angestellten, die nicht so einfach zu ersetzen sind, mal für 18 Monate freistellen müssen. Ebenfalls wird die Elternfreistellung den Aufbau dieser Einrichtungen von unten, durch die Betroffenen und nach deren Bedürfnissen, fördern.

Tief in der sozialen Hängematte wollen sie liegen bleiben, unsere staatstragenden Parteien. Nachdem die CDU (nach Bekunden der Carstens-Kommission) auch mit ihren Modellversuchen zur Anhebung des Beitragsaufkommens „vor Ort“ auf mangelnde Privatinitiative ihrer Mitglieder gestoßen ist, soll die Staatsmacht den geldhungrigen Parteiapparaten die Knete beschaffen. Eilig haben die Regierungsparteien just vor der Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf aus ihren Schubladen gezogen. Nicht nur die Wahlzirkus-Pauschale wird auf neue Höhen gehoben, auch die Zuwendungen verantwortungsbewusster Mäzene bedürfen staatlicher Nachhilfe. Im Ergebnis können künftig Spenden bis zur Höhe von 5% des jeweiligen Einkommens bzw. des Gewinns bei Unternehmen als Sonderausgaben von der Steuer abgesetzt werden. So kann sich jeder nach seinem Gewicht an der parteilichen Meinungsbildung finanziell beteiligen – steuerfrei. Und nebenbei wäre die leidige Spendenaffäre mit ihren Vorverurteilungen nachträglich legalisiert, die Wirtschaftskapitäne in den Vorstandsetagen wären vor der Ausschneffelung ihrer politischen Neigungen durch Steuerfahnder wirksam geschützt. Schließlich dienen Parteispenden, klug verausgabt, dem Unternehmenszweck.



## Erste Maßnahmen gegen Futtermittelimporte?

Futtermittelimporte und in Zusammenhang damit die „bodenunabhängige Produktion“ sind eines der modernsten Übel unserer Landwirtschaftlichen Produktionsweise. In einer Reihe von Entwicklungsländern wurde die Ausrichtung der Agrarwirtschaft auf den Export verstärkt, bei den Importländern sind zusätzliche ökologische Belastungen entstanden – und auch ökonomische, weil heimische Futtermittel nicht mehr wettbewerbsfähig waren und Überschussproduktion auf Lager genommen werden muß. Erstmals hat die EG nach Abzug der Futtermittelfuhren einen Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln von 100% erreicht. Dennoch werden im Durchschnitt etwa 17% der tierischen Erzeugung in den EG-Ländern mit Hilfe von Auslandsfuttermitteln erzeugt, in einigen Regionen reicht der Anteil bis 90%. Aufgrund der Futtermittelfuhren werden jährlich Agrarprodukte im Umfang von 35 bis 38 Mio. Tonnen Getreideeinheiten mehr hergestellt als verbraucht. Diese Überschussmenge ist so groß wie die Hälfte der gesamten Agrarproduktion der BRD.

Nach langem Zuwarten scheinen nun auch offizielle Stellen zu Maßnahmen bereit. Die EG-Kommission hat sich in jüngster Zeit für die Forderung erwärmt, die Mischfutterhersteller zur Beimischung einer Mindestmenge Getreide zu verpflichten, und Landwirtschaftsminister Kiechle hat vor dem Stuttgarter EG-Gipfel vorge-

schlagen, die Garantiepreise für Fleisch und Milch sollten nur noch dann gewährt werden, wenn das Vieh mit Futter vom eigenen Acker statt mit Importfutter aufgezogen wurde.

## Staatlicher Beitrag zur Gewaltfrage

Viel mehr um die Maximierung der Abschreckungskraft des zukünftigen Landfriedensbruchparagrafen als um die Bereinigung sachlicher Differenzen um das noch zu verabschiedende Gesetz geht es bei dem allseits breitgetretenen verbalen Schaukampf zwischen Justiz- und Innenministerium. Im Kern sind sie sich längst einig, die Unterschiede sind in der gerichtlichen Praxis fast ohne Bedeutung. Bestraft mit Gefängnis bis zu einem Jahr soll werden, wer sich bei einer Demonstration nicht von dannen macht, wenn die Polizei dazu auffordert, weil sie „Gewalttaten“ aus der Menge heraus entdeckt hat. Auch Teile von Demonstrationen, darin sind sich Zimmermann und Engelhard einig, sollen auf diese Weise aufgelöst bzw. in großem Fischzug in Polizeigewahrsam genommen werden können. Bislang noch, nach seit 1970 geltendem Recht, macht sich strafbar nur, wer „Gewalttätigkeiten“ als „Täter oder Teilnehmer“ begeht. Konkrete Täterschaft ist künftig unwesentlich, Polizei und Justiz können künftig gleich das ganze „Umfeld“ mitkassieren. Das erleichtert denen die Arbeit ungemain, Beweisschwierigkeiten werden umgangen, Strafverfahren ungemain gestrafft.

Belanglos demgegenüber, ob straffrei bleiben kann, wer abwie-

gelt oder wer „nachweislich“ abwiegelt. Erst mal ist die bloße Anwesenheit bei einer Demonstration strafbar so und so müßte also der Beschuldigte vor Gericht seine Unschuld im Sinne des Gesetzes durch Zeugen nachweisen. Und diese Zeugen sind entweder mitangeklagt, entlastende Aussagen daher nach allgemeiner Beweiswürdigung der Gerichte Schutzbehauptungen; oder sie konnten polizeilichem Zugriff entkommen, dann setzen sie sich mit ihrer Zeugenaussage ebenfalls der Strafverfolgung aus, was diese Aussage wiederum zur Schutzbehauptung entwertet. In Demonstrationsprozessen ist das fast immer so. Stückchen für Stückchen und durch die Hintertür ist das Demonstrationsrecht in den letzten Jahren eingeschränkt worden: So durch die Rechtsprechung in zivilrechtlichen Demonstrationschadensprozessen und durch Polizeikostenverordnungen. Jetzt wird die legale Grundlage für weitgreifende Polizeieinsätze und Treibjagden geschaffen, denn, so der Leitartikler der FAZ. „Wenn der Neugierige, der gern zuschaut, wie Schaufensterscheiben herunterprasseln, das unter Umständen mit ein paar ungemühtlichen Stunden auf der Polizeiwache bezahlen muß, könnte das seine Wirkung haben.“ Nicht nur das Demonstrieren wird gefährlich, schon der Aufenthalt in der Nähe einer Demonstration kann gefährlich werden.

Unmittelbar zielt das natürlich auf den Herbst. Über jeder Demonstration wird der Ruch polizeilicher Bannung als „gewalttätig“ hängen, Polizeistrategen werden

die richtigen Mittel und Desinformationen finden, die Bewegung politisch mit der Gewaltfrage zu beschäftigen und damit Thema und Klima zu bestimmen suchen. In der Praxis werden sie selbst kurz angebunden sein.

## Notlage von Ausländern perfide ausgenutzt

Nein, Zwang will die Bundesregierung nicht ausüben sie zieht den „Grundsatz der Freiwilligkeit“ vor. So jedenfalls Norbert Blüm in seinem Selbstkommentar zu den „Rückkehrhilfen“ die das Kabinett Ende Juni auf den Gesetzgebungsweg geschickt hat. Die Worte hört man wohl, allein es fehlt der Glaube.

Willkürlich schon die Bedingung, daß Anspruch auf die 10 500 Mark „Rückkehrhilfe“ nur hat, wer wegen Bankrott seines Kapitalisten oder wegen Betriebsstilllegung arbeitslos wird oder wer seit mindestens einem halben Jahr zur Kurzarbeit verdonnert ist. Unfreiwilliger Rauswurf also Voraussetzung für den freiwilligen Abgang aus dem Wirtschaftswunder-Reich. Und Glück im Unglück für Nicht-EGler die nicht einfach wegen Arbeitsmangel gekündigt werden, sondern auf deren Dienste wegen Geschäftsaufgabe verzichtet wird.

Eile ist Trumpf beim freiwilligen Abschied, für jeden Monat Verzögerung nach Eintritt der Arbeitslosigkeit werden 1 500 Mark abgezogen von der Abgangsprämie; die Antragsfrist endet zur Jahresmitte 1984. Auch spurlos muß der Abzug sein: Gezahlt wird nur wenn gleichzeitig auch die Familien der



überflüssigen Arbeiter das Land verlassen und zwar „auf Dauer“

Hauptsächlich aber haben Arbeitsminister Blüm und sein Kabinettskollege Stoltenberg darauf geachtet, daß die Sache sich für sie auch finanziell lohnt. Offiziell wird mit notwendigen Ausgaben in Höhe von 220 Millionen Mark gerechnet; andererseits rechnen die Minister auf die Auszahlung von Kindergeld und Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 320 Millionen Mark verzichten zu können.

Dieses 100 Millionen Mark Geschäft ist aber nichts gegen die flankierende Maßnahme bei der Rentenversicherung. Rückkehrende Ausländer sollen ihre Beiträge aus der Rentenversicherung ohne Wartezeit ausgezahlt bekommen. Doch nicht die ganzen Beiträge, die aufgrund versicherungspflichtiger Tätigkeit in die Versicherung gezahlt wurden, kommen zur Auszahlung. Erstattet wird lediglich der Arbeitnehmeranteil, einbehalten wird der Arbeitgeberanteil. So rechnet Blüm bei 55 000 Antragstellern kurzfristig mit Kosten von 680 Millionen Mark, denen langfristig durch entfallende Rentenansprüche Einsparungen in Höhe von 2,5 Mrd. DM entgegenstehen.

Die Auslandspfarren haben den betroffenen Ausländern empfohlen, auf die Rückkehrhilfe und die Rentenauszahlung zu verzichten. Die 10 500 Mark deckten kaum die Umzugskosten, und für die vorzeitige Beitragserrstattung gehen sämtliche Rentenansprüche verloren. Dennoch werden die Maßnahmen wirken, viele der Betroffenen werden sich sagen: „Besser als gar nichts.“ Ihre Notlage läßt ihnen keine andere Wahl als zuzugreifen, auch wenn sie um die Übervorteilung wissen. Kaltschnäuzig bauen die Bundesminister auf die Ausnutzung dieser Notlage. Haben sie Erfolg, können sie zwei Milliarden für die Haushaltssanierung verbuchen; die Zahl der Ausländer dürfte dann um etwa ein Hundertstel gesunken sein. Es wird also noch einiges folgen.

### Arzneimittelpreise vorn

Die gesetzlichen Krankenversicherungen wollen offenbar nicht mehr lautlos die Preise zahlen, die ihnen die Pharma-Industrie abverlangt. In einer gemeinsamen Presseerklärung weisen sie auf den ungebrochenen Höhenflug der Arzneimittelpreise hin. Im Mai hatten sich die Medikamente um 5,8% gegenüber dem Vorjahr verteuert; damit war ihre Verteuerung fast doppelt so hoch wie die allgemeine Inflationsrate. Die Preisanhebungen seien „vor allem bei den umsatzstärksten Arzneimitteln besonders augenfällig“ schreiben sie.

## Invalide zweiter Klasse

Die Aushängeschilder, die sich die christlich-liberale Koalition in der Regierungserklärung verpaßt hat, entsprechen der Wirklichkeit der Regierungspolitik kaum. Jüngstes Beispiel sind u.a. die Kabinettsbeschlüsse zur Rentenversicherung.

Die Kürzung der Sozialleistungen hat die Regierungskoalition stets mehr oder weniger offen vertreten, vorgeschoben aber sind schon die Prinzipien, nach denen dies geschehen soll. Verkündete Helmut Kohl im Mai noch, die Soziale Sicherung müßte auf die „wirklich Bedürftigen“ beschränkt werden, so sind es eben jene, die seither der Reihe nach zugunsten der Haushaltskonsolidierung zur Kasse gebeten werden. So werden die Rentenfinanzen ausgerechnet dadurch saniert (zu deutsch: geheilt), daß Gesundheitsgeschädigten und hier wiederum den vielbesungenen Trümmerfrauen die Invalidenrente verweigert wird.

Über die Hälfte der jährlichen Rentenzugänge werden aufgrund von Invalidität gewährt; bei den Frauen ist die Quote trotz der 60er Regelung höher als bei Männern, in der Arbeiterversicherung deutlich höher als bei den Angestellten. Das durchschnittliche Rentenalter liegt wegen der Frührenten derzeit bei etwa 59 Jahren.

An sich sind diese Zahlen seit Jahren Alarmzeichen hinsichtlich der Volksgesundheit – für die christlichen Sozialpolitiker folgt daraus bloß „sozialpolitischer Handlungsbedarf“.

Natürlich gehen die Bonner Sanierungsexperten nicht mit dem Hackbeil vor, sondern schneiden Stück für Stück ab – um eine höherwertige Begründung nicht verlegen. Nicht alle Invalidenrenten werden verweigert, das wäre zu dick. Blüm ist aufgefallen, daß 56% aller Frauen und 24% aller Männer, die 1982 erstmals eine Erwerbsunfähigkeitsrente erhalten haben, zu diesem Zeitpunkt nicht mehr versiche-

rungspflichtig beschäftigt waren. Das sagt freilich überhaupt nichts über Erwerbstätigkeit und Beitragsleistungen in früheren Jahren sowie über heutige Arbeit aus.

Schon nach geltendem Recht kann eine EU-Rente nur erhalten, wer mindestens fünf Jahre lang versichert war – wobei sich fragt, welche höhere Gerechtigkeit die Zahlung einer Rente verbietet, wenn Invalidität schon vor dieser Wartezeit eintritt. Die Rentenhöhe richtet sich nach der Versicherungszeit und den gezahlten Beiträgen, weshalb die EU-Renten für Arbeiterinnen im Durchschnitt die wildwüchsige Höhe von rund 330 DM haben, bei weiblichen Angestellten von etwa 525 DM.

Nach den Koalitionsplänen soll nun ab 1984 eine Invalidenrente nur noch bekommen, wer in den letzten fünf Jahren mindestens drei Jahre versicherungspflichtig beschäftigt war. Insbesondere Hausfrauen also, die zwar früher erwerbstätig waren, aber vielleicht die letzten zweieinhalb Jahre nicht mehr, oder die sich freiwillig versichert haben, werden damit von der Invalidenversicherung ausgeschlossen.

Auch die (ebenfalls bedrohte) Rente mit 60 können sie meist nicht in Anspruch nehmen, denn dazu ist mindestens zehnjährige Erwerbstätigkeit in den letzten 20 Jahren Voraussetzung.

Gerade noch haben sich Kohls Minister dazu bereit gefunden, Kindererziehungszeiten als mildernden Umstand anzuerkennen. Im günstigsten Fall lautet die Regelung z.B. für eine Mutter mit einem fünfjährigen Kind, daß sie in den letzten zehn Jahren (statt fünf) mindestens drei Jahre versicherungspflichtig beschäftigt sein mußte. Ist das jüngste Kind älter als fünf, so kriegt die Mutter bei Invalidität keinen Pfennig aus der Versicherung.

Blüm nennt das ganze eine „Strukturreform“, mit der die Rentenversicherung wieder

ausschließlich eine Versicherung der Arbeitnehmer werde; Rente dürfe nur noch gezahlt werden, wenn sie ausfallendes Erwerbseinkommen zu ersetzen habe.

Die ganze Sache ist freilich so widersprüchlich, daß das mehr oder weniger vorgeschoben ist. Einmal wird mit diesen Gesetzesänderungen mit Sicherheit die nächste Verfassungsklage provoziert; faktisch werden nämlich zwei Sorten Versicherung geschaffen, wo gleiche Beitragsleistungen einmal Alters- und Invalidenversicherung, das andere Mal bloß eine Altersversicherung begründen. Zum anderen ließe sich mit dem Lohnersatz-Argument auch die Altersrente all jenen vorenthalten, bei denen ihr Bezug nicht unmittelbar an Erwerbstätigkeit anschließt.

Blüm will davon ablenken, daß die Betroffenen auch dann arbeitsunfähig sind, wenn sie „bloß“ als Hausfrau tätig sind. Nicht selten übrigens hängt die Arbeitsunfähigkeit direkt mit früherer Erwerbstätigkeit zusammen, wie der hohe Anteil an Schädigungen des Bewegungsapparats als Invaliditätsgrund bei Frauen zeigt. Nichts anderes verlangen diese Frauen im Invaliditätsfall, als eine Rente entsprechend ihrer früheren Beitragszahlung. Der Ausschluss ist willkürlich.

Überhaupt muß die Blümsche Strategie zurückgewiesen werden. Die ganzen Widersprüche, die dann für jeweils einseitige Argumentation ausgeschlachtet werden, rühren aus der ungeklärten Einbeziehung der Frauen in Invaliden- und Altersversorgung. Und da ist es ganz falsch, auf das Kriterium der Erwerbstätigkeit abzustellen, es gibt nämlich auch noch andere gesellschaftlich notwendige Arbeit außerhalb der Erwerbsarbeit. Die Richtung, die Blüm eingeschlagen, oder auf die er sich eingelassen hat (und nicht nur in der Rentenversicherung), ist gefährlich. fb.

# Wer gibt uns das Dach überm Kopf?

Angesichts der Milliardensubventionen für den Wohnungsbau, deren vermögensfördernder Wirkung und des desolaten Zustands des Sozialen Wohnungsbaus scheint es nahe zu liegen, mit der Umwidmung der öffentlichen Gelder die neue Ära des Wohnens einleiten zu wollen. Kommunal solls sein und bewohnerorientiert. Der Staat aber bleibt Finanzier (und nicht nur das). — Weshalb eigentlich, wenn s auch anders geht?



Von Friedemann Bleicher

Die wohnungspolitische Diskussion hat sich immer wieder mit der speziellen Ökonomie der Wohnversorgung, ihren systematischen Unwägbarkeiten und ihren undurchsichtigen Modifikationen vermittels staatlicher Maßnahmen zu beschäftigen. Neue Wohnqualitäten bleiben rudimentär die Erfüllung der Wohnbedürfnisse dem kurzen Zügel der klingenden Münze unterworfen, wenn nicht die althergebrachten ökonomischen Zwänge durch neue Formen ersetzt werden, die den Möglichkeiten der Zeit angemessen sind. Es geht um die Verwirklichung anderer Wohnvorstellungen und Lebenszusammenhänge, wovon die alternativen Modelle zeugen, aber die Auseinandersetzung darum läuft nicht quer zur sozialen Schichtung unserer Gesellschaft, sondern folgt ihr letztlich. Die Wohnungsfrage ist immer wieder deshalb von besonderer Brisanz, weil das Wohnen wie kaum ein anderes Grundbedürfnis nach dem Einkommen differenziert wird. Eine Allianz unter dem Stichwort „schöner Wohnen“ gibt es schon, sie aber sucht ihr Glück im Privaten.

Wer mehr will, als für sich aus den vorgefundenen Bedingungen das Beste herauszuholen, muß auf politische Lösungen aus sein, die die Wohnsituation der Masse unserer Bevölkerung vom Oktroi der Kapitalwertungsverwertungsnotwendigkeiten befreien. Damit in Städtebau und Siedlungsstruktur andere Maximen gelten als „Gewerberecht

bricht Wohnrecht“, damit nicht mehr die zahlungskräftigen Stützen der Gesellschaft den verbleibenden Rest in beengte Wohnsilos verdrängen, Wohnungssuche zum Glücksspiel wird und das allgemeine Gesetz lautet: „Den letzten beißen die Hunde.“

Der Wohnungsmarkt ist vielfach unterteilt, in öffentlich und „frei“ finanzierten, nach Neubauten und Altbauten, in gemeinnützige, nicht gemeinnützige oder private Einzelbauherren, in Mietwohnungen und Eigenheime. Für alle Segmente aber gilt, daß sie am Kapitalmarkt hängen, ja im Grunde ist der Wohnungsmarkt eine besondere Sorte Kapitalmarkt, auf dem Kapital in Form von Wohnungen verliehen wird.

So fließen 80 bis 90% der Wohnkosten den Hauseigentümern als Grundrente und Gewinn auf das eingesetzte Kapital zu. Allerdings, da sie selbst mit geliehenem Kapital gebaut haben, haben sie rund die Hälfte ihres „Gewinns“ an Banken, Bausparkassen und sonstige Kreditgeber als Zins wegzuzahlen. In den Anfangsjahren machen die Bankzinsen sogar runde 70% der sogenannten „Kostenmiete“ aus – woran man sieht, daß der Begriff der Kostenmiete bedeutet, daß die Kapitalgeber auf ihre Kosten kommen.

Von den 110 Milliarden Mark, die das Statistische Bundesamt für gezahlte Mieten und Mietwerte der Eigentümerwohnungen ermittelt haben will (1981), werden ganze 23 Milliarden DM für Betriebskosten und

Instandhaltung angesetzt, die ausgeschiedenen Wohngebäude werden mit einem Wiederbeschaffungspreis von 7 Milliarden DM bewertet. Entsprechend gering ist der Anteil dieser Posten in den Mieten, entsprechend hoch der Anteil des wohnungswirtschaftlichen Gewinns und der Bankzinsen.

Kein Wunder daher daß die Alternativen um das *Finanzierungsproblem* kreisen, Abkopplung vom Kapitalmarkt und Zinsfreiheit der gemeinsame Nenner aller Alternativmodelle sind. Doch hinter den Finanzierungsfragen steht die Suche nach einer Wirtschaftsweise, die Bautätigkeit und Wohnbedürfnisse in Einklang bringen läßt. Und wieder einmal ist die Hauptfrage ohne daß dies offen zu Tage läge – , welche Rolle dabei dem Staat zugedacht sein soll.

## Kommunaler Wohnungsbau

Vor allem von der Berliner AL, bzw ihr zugehörigen Wissenschaftlern, wird ein Modell vertreten, das von ihnen „Kommunaler Wohnungsbau“ genannt wird. Ausgangspunkt ihres Konzepts ist die Kritik des Sozialen Wohnungsbaus.

Wahrscheinlich gibt es kein kapitalistisches Industrieland, das nicht durch *staatliche Subventionen* regulierend in den Wohnungsmarkt eingreift, um wenigstens halbwegs eine Mindestversorgung zu sichern. Über 30 Milliarden Mark dürften es gegenwärtig in der BRD sein, die zu diesem



Zweck aus öffentlichen Haushalten an Unternehmen, Hauseigentümer, Banken und – ganz zuletzt – Mieter ausgeschüttet werden. Das meiste sind Steuernachlässe, die einem Bauherrn gewährt werden, der sein Kapital in selbstgenutztem oder vermietetem Wohnraum anlegt. Lediglich ca. 2,7 Milliarden DM können der direkten Förderung des Sozialen Mietwohnungsbaus, weitere 2,2 Milliarden DM direkten Zuschüssen im Rahmen der Eigentumsförderung zugerechnet werden.

Laut DIW geht rund ein Drittel der Neubauinvestitionen im Wohnungsbau zu Lasten der öffentlichen Haushalte. Wohnungen im Bauherrenmodell werden mit durchschnittlich 115 000 DM begünstigt, im eigentlichen Sozialen Mietwohnungsbau betragen die Fördermittel gut 90 000 DM je Wohnung, und eigengenutzte Wohnungen werden einschließlich dem neu eingeführten

Schuldzinsenabzug mit weit über 70 000 DM im Durchschnitt gefördert.

Bei solchen Größenordnungen liegt es nahe, den Subventionstopf als Hebel von Umwälzungen einzusetzen, zumal er gegenwärtig bloß Kapitalanlage prämiert.

Sozialer Wohnungsbau ist vor allem eine Verzinsungsgarantie für die Kapitalanleger; im Gegensatz zum „freifinanzierten“ Wohnungsbau entstehen dem Eigentümer einerseits keine Anfangsverluste, andererseits fallen die späteren Entschuldungsgewinne bescheidener aus.

Während in den 50er und frühen 60er Jahren meist zinslose oder zinsgünstige Darlehen aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wurden, wird seit Mitte der 60er Jahre auch der Soziale Wohnungsbau (fast) ganz über den Kreditmarkt finanziert. Der Investor nimmt einen Bankkredit auf und zahlt der Bank dafür den üblichen Zins Jahr für Jahr, bis das geliehene Geld zurückgezahlt ist. Sozial ist daran, daß dem Bauherrn ein Teil seiner Zinsaufwendungen aus öffentlichen Mitteln erstattet werden und er in entsprechender Höhe seine Mietforderung zu mindern hat.

Bauherr (und Bank) erzielen die „Kostenmiete“, der Mieter zahlt aber nur die niedrigere Sozialmiete; die Differenz zahlt die öffentliche Kasse.

Angenommen, eine Wohnung kostet 1960 im Neubau 200 000 DM. Wird nun die Wohnung zu etwa zwei Drittel durch öffentliches Darlehen finanziert, so entsteht der Staatskasse in diesem Jahr ein fiskalischer Aufwand von etwa 130 000 DM. Das war im Prinzip das alte Förderungssystem.

Für den Mieter bedeutete dies, daß er für die Verzinsung der restlichen 70 000 DM mit seiner Miete zahlen mußte. Bei einem

Zinssatz von z.B. 8% p.a. würde das pro Monat mit knapp 470 DM zu Buche schlagen – oder bei einer 80 m<sup>2</sup> Wohnung mit 5,80 DM/m<sup>2</sup>

Nach dem neuen System sieht die Sache zunächst so aus, daß der Bauherr 8% Zins für die ganzen 200 000 Mark an seine Bank zu zahlen hat. Das sind 16 000 im Jahr. Angenommen nun, der öffentliche Haushalt übernehme etwa zwei Drittel der Zinskosten, sage 10 000 DM, so darf der Vermieter dem Mieter noch die restlichen 6 000 DM im Jahr in Rechnung stellen, 500 DM im Monat.

Für die Miethöhe macht das unterschiedliche Verfahren zunächst keinen Unterschied, wohl aber für den öffentlichen Haushalt. Im ersten Fall ist für jede geförderte Wohnung der einmalige Darlehensbetrag hier in Höhe von 130 000 DM – bereitzustellen; im zweiten Fall müssen im ersten Jahr der Förderung hingegen scheinbar bloß 10 000 DM als Zinszuschuß zur Verfügung gestellt werden. Mit derselben Summe öffentlicher Gelder könnte die 13fache Menge an Wohnungen gefördert werden.

Doch das dicke Ende kommt nach, und daran macht sich die Kritik fest. Die 10 000 DM Zinszuschuß müssen nämlich Jahr für Jahr über die gesamte Laufzeit des Bankkredits gezahlt werden. So wären in unserem Beispiel im Jahre 1980 für jeden der bis dahin geförderten 20 Jahrgänge jeweils 10 000 Mark Zinszuschuß zu zahlen, zusammen also 200 000 Mark – so viel wie der Neubau einer Wohnung insgesamt kostet. In den Folgejahren wird diese Fördermethode sogar teurer als wenn die Wohnungen gleich ganz auf öffentliche Kosten gebaut würden.



Im Konzept des Kommunalen Wohnungsbaus wird daher vorgeschlagen, die Förderung derart umzustellen, daß die Sozialwohnungen unmittelbar von den Kommunen gebaut werden und in ihrem Eigentum verbleiben. Die Abhängigkeit vom Kapitalmarkt wäre so aufgehoben, Zinszuschüsse würden entfallen und die Mieter hätten auch nicht für die Verzinsung des Leihkapitals in ihren Wohnungen zu zahlen, die Mieten wären niedriger. Zwar wäre in den Anfangsjahren ein höherer Finanzbedarf erforderlich, nach einigen Jahren allerdings wäre er geringer als beim jetzigen System.

Die Lösung scheint elegant, jedoch sind – ohne auf Einzelheiten einzugehen – einige schwerwiegende Einwände notwendig.

Das Konzept beschränkt sich auf den Sozialen Wohnungsbau. Das bedeutet zumindest, daß nicht der gesamte Subventionstopf zur Disposition steht, sondern lediglich die direkten Zuschüsse für den Sozialen Mietwohnungsbau. Werden die ganzen indirekten Subventionen einbezogen, so bleibt dies nicht ohne weitreichende Auswirkungen auf die anderen Bereiche und in der Folge auf den gesamten Wohnungsmarkt.

Die Verhältnisse im gesamten Wohnungsbestand bleiben unberührt. Lediglich beim Neuzugang der Sozialen Mietwohnungen ändert sich etwas. Es würde Jahr zehnte dauern, ehe sich für die Masse der Leute etwas änderte.

Schließlich verläßt sich eine solche Strategie ganz auf den fortdauernden Zuschuß aus öffentlichen Mitteln. Nicht die Ökonomie des Wohnungswesens wird umgewälzt, sondern Subventionen werden umgewidmet. Daß die Finanzierungsmittel für den Neubau ausschließlich aus Steuermitteln fließen, wird in keiner Weise problematisiert. Der große Topf wird als gegeben vor ausgesetzt – und zugriffen. Es ist, wie Stefan Krätke in einem Vortrag vor dem Berliner Mieterverein die Ansprüche des Konzepts beschrieben hat: „...daß man hier mit geringfügigen finanzierungstechnischen Basteleien nicht mehr weiter kommt, sondern eine neuartige Kalkulation benötigt.“ Als ob es mit einer „neuartigen Kalkulation“ getan wäre!

**Wer versorgt uns?**

Die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln als der Weisheit letzter Schluß ist durchaus gewollt. Wohnungsversorgung wird als öffentliche Infrastrukturmaßnahme gesehen. Wohnen sei ein Grundbedürfnis oder Grundrecht, wird ganz richtig bemerkt, und daraus der Schluß gezogen, die Wohnungsversorgung müsse zur „sozialen Aufgabe des Staates“ erklärt werden. Die Mie-

ter würden sich selbst beschließen, wenn sie nicht das Geld dort holten, wo es ist, Wohnen sei Teil „staatlicher Daseinsvorsorge“ – vergleichbar dem Betrieb von Schulen und Krankenhäusern.

Ökonomie kann man sich schenken, der „finanz-wirtschaftliche Kostenbegriff“ deckt das Erkenntnisinteresse ab, „ökonomisch unsinnig“ ist, was die Bewohner nicht zahlen können. Wer zahlt dann?

Freilich kann die einzelwirtschaftliche Ökonomie des Kapitals keine halbwegs zufriedenstellende Wohnungsversorgung gewährleisten, darauf aber mit einem Konzept antworten zu wollen, in dem der Staat (oder die Kommune, was schon besser ist) alles richten soll, ist kurzsichtig. Für gesellschaftliche Aufgaben müssen Formen gefunden werden, die sie durch die Gesellschaft selbst behandelbar machen. Wir dürfen uns für unser Dasein nicht durch den Staat oder die öffentliche Gewalt versorgen lassen, wo überhaupt keine Notwendigkeit besteht.

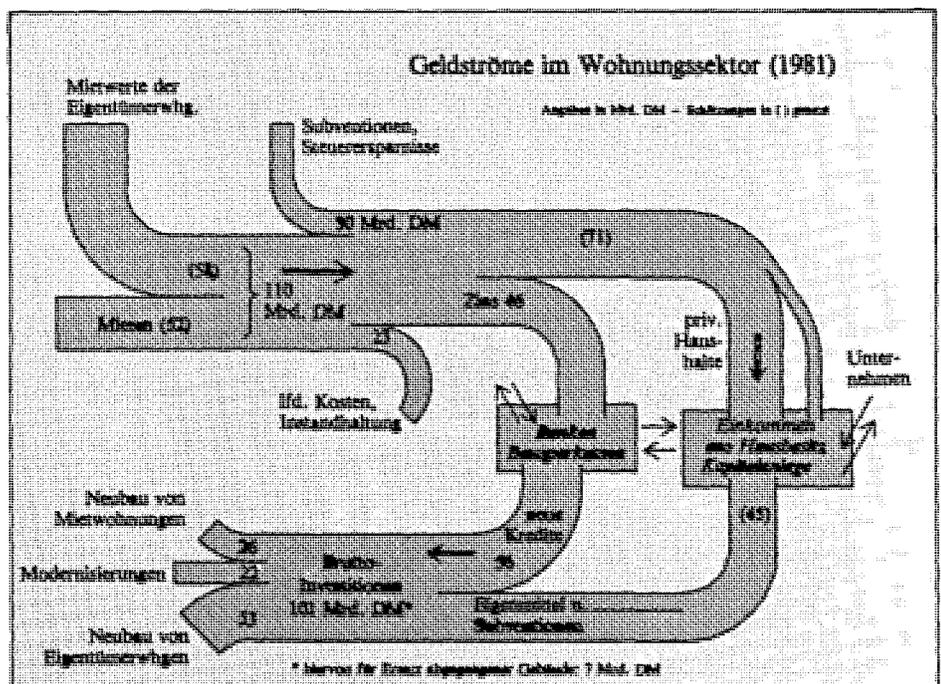
„Grundbedürfnis“ ist auch noch allerhand anderes außer Wohnen, am Ende hätten wir dann eine Gesellschaft nach dem Muster eines Kirchenordens – Kleidung, Nahrung, Wohnung usw werden in Naturalform zugeteilt. Politische Abhängigkeiten und Unterdrückungsverhältnisse wären unvermeidlich.

Und schließlich dürfen wir nicht so tun, als stellte sich das Problem der Verteilung der Arbeitskraft der Gesellschaft auf die verschiedenen Tätigkeiten nicht mehr. Das nämlich steckt hinter der leichtsinnigen Polemik, die soziale Gegensätze durch Ablehnung jeglicher ökonomischer Argumente bereinigen will.

**Selbstfinanzierte Wohnungsgenossenschaften**

Während das Konzept „Kommunaler Wohnungsbau“ von einer Veränderung des Subventionssystems zur Verbilligung der Sozialwohnungen und einer Verminderung des Subventionsaufwands ausgeht, setzt ein anderes Konzept, das vor allem von Klaus Novy in die Diskussion gebracht wurde<sup>3</sup>, unmittelbar an dem Gedanken an, die *Bewohner-Interessen* zu stärken. Das Finanzierungssystem soll vor allem dieser Absicht entsprechen.

Novy nennt sein Modell etwas umständlich Wohnungswirtschaftliche Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung (ww SVSF); tatsächlich handelt es sich um ein genossenschaftliches Modell, denn Träger des Wohnungsbestandes sollen die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Bewohner sein. Sie entscheiden letztlich über Nutzung und Gestaltung.



Die obige Darstellung kann natürlich nur in groben Umrissen die Geldströme im Wohnungssektor darstellen, zusammengestellt ist sie nach Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes und Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Insbesondere läßt sich der Mietwohnungsbau nicht gesondert erfassen, obwohl als sicher unterstellt werden kann, daß die Mieteinnahmen letztlich erheblich zur Finanzierung des Neubaus von Eigentümerwohnungen beitragen. Die Subventionen sind hier als Einnahmen dargestellt, weil sie zum Teil Zinszuschuß sind; andererseits können sie größtenteils als Investitionszuschuß aufgefaßt werden – sie stellen etwa ein Drittel der Investitionsmittel.

## Kapital gesucht

Grundgedanke der Finanzierung ist, daß die Mieteinnahmen erstens die laufenden Betriebs- und Instandhaltungskosten, zweitens die Kosten des Neubaus decken müssen. Öffentliche Zuschüsse wären (im Grundsatz) entbehrlich, die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt könnte entfallen, alle Nutzer des vorhandenen Wohnraums würden in ihrer Miete neben den laufenden Kosten über einen Solidarfonds Ersatz, Modernisierung und Erweiterung finanzieren. Ökonomisch wäre ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Miethöhe und Baumaßnahmen gegeben.

Angenommen der durchschnittliche Baupreis einer Wohnung betrage – wie im vorigen Beispiel – 200000 DM, die Neubaurate solle 2% des jeweiligen Bestandes betragen. Dann muß in der Miete der Durchschnittswohnung übers Jahr ein Betrag von 4000 DM zur Finanzierung von Baumaßnahmen an den Solidarfonds abgeführt werden bei 80 m<sup>2</sup> rund 4,20 DM im Monat. Dagegen würde sich die Zinsbelastung der Kapitalmarktmiete bei einem Zinssatz von 8% auf vergleichsweise 16000 DM im Jahr belaufen 16,70 DM pro m<sup>2</sup>.

Allerdings ist zweierlei zu beachten. Zum einen müßte die Solidarumlage nach dem Wiederbeschaffungspreis der Wohnung bemessen werden nicht nach dem ursprünglichen Anschaffungspreis. Dieser Teil der Miete müßte also entsprechend der Verteuerung der Bauleistungen jährlich steigen.

Zum zweiten hat die Solidarumlage nur Sinn, wenn sie in alle Mieten ohne Unterschied gleichermaßen eingeht. Dagegen hängt die derzeitige Zinsbelastung in der Miete ganz von den besonderen Finanzierungsbedingungen eines jeden Gebäudes ab. In der Regel sind die Gebäude nach 30 Jahren ganz entschuldet, die Kredite sind aus den Mieteinnahmen zurückgezahlt, die Zinsbelastung entfällt. Desweiteren bezieht sich die Zinsbelastung immer auf den Anschaffungspreis des Gebäudes, nicht auf den aktuellen Wiederbeschaffungspreis. Nach 10, 20 oder 30 Jahren macht es einen erheblichen Unterschied, ob der Zins auf die ursprüngliche Kreditaufnahme von z.B. 200000 DM berechnet wird oder auf den inflationsierten Gegenwartswert des Gebäudes von sage 400000 DM.

Obwohl ein gewisser Ausgleich dieser Unterschiede durch die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt geschieht, führen die unterschiedlichen Finanzierungsbedingungen namentlich im Sozialen Wohnungsbau zu den unsinnigsten Mietdifferenzen, die durch Unterschiede im Gebrauchswert der Wohnungen keineswegs begründet sind. Ein entsprechender Ausgleich der Mieten wäre ein wichtiger Nebeneffekt der Solidar

In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1982 widmet sich die *Deutsche Bundesbank* sehr eindrucksvoll dem Problem „Schwäche der Kapitalbildung und ihre Konsequenzen“

Zunächst lamentiert sie, daß vom Netto-sozialprodukt 1982, wie auch 1981 schon, nur 10% für die Bildung von Sachvermögen, dagegen 90% für konsumtive Zwecke Verwendung fanden. In den 70er Jahren seien dagegen 14,5%, während der 60er Jahre 20% des Netto-sozialprodukts „zum Aufbau des Volksvermögens – und damit der kapitalmäßigen Grundlage für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Produktivität verwendet“ worden.

So weit so üblich die Argumentation. Es wird eben zuviel konsumiert, und da die Unternehmer den größten Teil ihres Einkommens produktiv verwenden, die Masse der Bevölkerung dagegen beständig den größten Teil ihres Lohnes verkonsumiert, ist klar daß umverteilt werden muß denn nur so kann die Kapitalbildung „den Erfordernissen eines anhaltenden, arbeitsplatzsichernden Wachstums“ genügen.

Interessant ist, daß die Bundesbank nicht jede Art unternehmerischer Investitionstätigkeit begrüßt. Sie meldet gerade da Bedenken an, wo Hinz & Kohl den Auslöser für den „Aufschwung“ vermuten – im *Wohnungsbau!*

Im letzten Jahrzehnt seien 40% des gesamten Anlagenzugangs sprich der Nettoinvestitionen der Wohnungswirtschaft zugute gekommen, „also einem Bereich, in dem eine unmittelbare konsumtive Kapitalnutzung im Vordergrund steht“ Und was ist schlimm daran?

„Seit Jahren vordergründig mit Wohnungsmangel begründet, der nicht selten nur auf eine über verfälschte Preise gesteuerte Fehlverteilung von Wohnraum zurückgeht, wurde ein großer Teil der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis über Steuervergünstigungen, Wohnungsbauprämien, zinsverbilligte Darlehen usw. in den Wohnungssektor geleitet, während die Produktionsunternehmen, die ihren Fremdkapitaleinsatz weit überwiegend marktmäßig zu verzinsen haben, angesichts der wenig verheißungsvollen Ertragsperspektiven in ihren Investitionsplänen zurückhaltender wurden.“

Donnerwetter Schießt hier eine Kapitalfraktion gegen die andere, oder tritt die Bundesbank als eine Art ideeller Gesamtkapitalist auf, am Ende gar eine Ahnung entwickelnd, daß nur das „produktive Kapital“ mehrwert-heckendes Kapital sein kann?

Gerade diese Kapitalanlage im produktiven Bereich der Wirtschaft ist aber seit 1980 nur noch um 2,5% pro Jahr gestiegen (70er Jahre 3,5%, 60er Jahre 4,5%), was die Bundesbank bitter beklagt.

Die Forderungen sind klar und neoklassisch. Es geht nicht nur um Kapitalbildung, sondern um Akkumulation produktiven Kapitals, worunter Kapital zu verstehen ist, das fremde Arbeitskraft ausbeutet und dadurch Profit nicht nur aneignet, sondern auch produziert. Also muß im Wohnungssektor „der Markt wiederhergestellt“ werden; steigende Mieten sorgen dann ganz marktwirtschaftlich wie von selbst für eine Anpassung des Wohnungsbedarfs – und damit des Kapitalbedarfs an die Zielvorstellungen der Bundesbanker

Das gilt übrigens für die Eigenheime ebenso wie für die Mietwohnungen. Über den Umweg der Kreditaufnahme führen sie ebenfalls Kapital der „unmittelbaren konsumtiven Nutzung“ zu.

Die Bundesbank ist also durchaus konsequent, wenn sie prinzipiell „den Wohnungsbau“ über einen Leisten schlägt. Auf Dauer sollen alle mehr für ihren Wohnraum zahlen und gleichzeitig ihren Bedarf reduzieren. Weniger Wohnraum erfordert weniger Kapitalanlage; der subventionsbefreite Wohnungsbau zieht weniger Kapital an, und dieses kann dorthin fließen, wo es die Bundesbank haben will: in den „produktiven“ Bereich. Erforderlich seien vor allem Investitionen, „die letztlich der Realisierung des technischen Fortschritts dienen“ nur so sind die Waffen für die Weltmarktkonkurrenz zu führen.

Es ist klar daß das Festsetzen von Kapital in Wohnhäusern solcher Strategie im Wege steht. Auch FAZ-Kommentator Wilhelm Seuß hat dies erkannt: „Konjunkturell erfreuliche Entwicklungen können auf Dauer der strukturellen Besserung unter Umständen sogar schädlich sein.“

Also soll man sich von dem Theaterdonner nichts vormachen lassen, der jetzt um den „Bauboom“ und seine Lokomotivwirkung für die Konjunktur gemacht wird. Der Zug geht in eine andere Richtung, wobei nicht gesagt sein soll, daß es erst jetzt die falsche ist.

Bleibt zu hoffen, daß, obwohl die Konsumverzichts-ideologie heute äußerst breit sowohl reaktionär wie auch alternativ vortreten wird (was manche nach Vereinigung beider Argumentationsketten streben läßt), die angestrebten Umwälzungen am Wohnungsmarkt politisch nicht durchsetzbar sind. hag.

## Der Subventionsdschungel im Wohnungsneubau (1980)<sup>1</sup>

Investoren und Finanzierungsart	Wohnungen in Tsd.	Fläche Mio. qm	Kosten Mrd. DM	Subvention Mrd. DM	in % der Baukosten	DM pro qm
<b>1. Eigengenutzter Wohnraum</b>	<b>178</b>	<b>22,2</b>	<b>53,5</b>	<b>10,5</b>	<b>20</b>	<b>470</b>
— freifinanziert	122	15,8	37,8	6,2	16	390
— öffentl. gefördert	56	6,5	15,7	4,3	27	660
<b>2. Vermieteter Wohnraum / Private Haushalte</b>	<b>97</b>	<b>7,9</b>	<b>17,1</b>	<b>7,1</b>	<b>42</b>	<b>910</b>
— Bauherrengemeinschaften	21	1,7	4,5	2,4	54	1420
— Einzelinvestoren	51	4,4	9,4	3,1	33	700
— Mietshäuser freifinanziert	15	1,1	1,8	0,7	38	620
— Sozialer Mietwohnungsbau	9	0,6	1,1	0,8	74	1380
<b>3. Vermieteter Wohnraum / Unternehmen</b>	<b>58</b>	<b>4,5</b>	<b>9,1</b>	<b>4,7</b>	<b>51</b>	<b>1020</b>
Eigenheime u. Eig. Wohng.	18	1,7	3,6	1,6	44	930
Mietwohngeb. freifinanziert	14	0,9	1,4	0,6	45	690
Sozialer Mietwohnungsbau	27	2,0	4,1	2,5	60	1250
<b>Wohnungsneubau gesamt</b>	<b>333</b>	<b>34,7</b>	<b>79,7</b>	<b>22,2</b>	<b>28</b>	<b>640</b>

nachrichtlich: Nicht enthalten in den Tabellenwerten sind rund 1,4 Mrd. DM, die der 1983 eingeführte Schuldzinsenabzug gemessen an den Neubauzahlen von 1980 erbracht hätte, sowie rund 1,6 Mrd. DM, mit denen Prämien und Steuervergünstigungen für Bausparen anzusetzen sind. Außerdem betragen die Subventionen im Wohnungsbestand mindestens 2 Mrd. DM<sup>2</sup>; weitere 5 bis 6 Mrd. DM kommen durch die steuerlichen Entlastungswirkungen beim *Gebrauchtwohnungskauf* hinzu<sup>3</sup>. Für das Jahr 1980 kann man also von Zuschüssen aus öffentlichen Haushalten und Steuerersparnissen in Höhe von über 30 Mrd. DM ausgehen.

Quellen: (1) DIW Wochenbericht 8/1983; (2) Siegfried Brenke, a.a.O., (3) Knut Gustafsson, Reinhard Hoppe: Die Bedeutung des Immobilienmarktes für die Wohnungsversorgung, in: Bauwelt 12/1983 (Stadtbaupapier 77), S. 38 (428) ff.

## Eigentumsverhältnisse im Wohnungswesen (1978)

Im Eigentum von	Gebäude in Mio.	Wohnungen in Mio. und (in Prozent)		
		gesamt	Eigentümerw.	Mietwhg.
<b>1. Einzelpersonen, Ehepaaren, Erbengemeinschaften</b>	<b>8,9</b>	<b>17,6 ( 78)</b>	<b>7,8 (100)</b>	<b>9,8 ( 66)</b>
davon: nur selbstgenutzte Gebäude vom Eigentümer mitbewohnte Zweifamilienhäuser	4,6	5,2 ( 23)	5,2 ( 67)	—
vom Eigentümer mitbewohnte Mehrfamilienhäuser	2,0	4,0 ( 18)	2,0 ( 26)	2,0 ( 14)
Voll vermietete Gebäude	0,6	3,1 ( 14)	0,6 ( 8)	2,5 ( 17)
— Ein- u. Zweifamilienhäuser	1,7	5,3 ( 24)	—	5,3 ( 36)
— Mehrfamilienhäuser	1,2	1,6 ( 7)	—	1,6 ( 11)
— Eigentumswohnungen	0,4	2,9 ( 13)	—	2,9 ( 20)
	0,1	0,8 ( 4)	—	0,8 ( 5)
<b>2. steuerpflichtigen Wohnungsunternehmen</b>	<b>0,2</b>	<b>1,0 ( 4)</b>	<b>—</b>	<b>1,0 ( 7)</b>
<b>3. gemeinnützigen Wohnungsunternehmen usw.</b>	<b>0,7</b>	<b>4,0 ( 18)</b>	<b>—</b>	<b>4,0 ( 27)</b>
<b>Gesamt</b>	<b>9,8</b>	<b>22,6 (100)</b>	<b>7,8 (100)</b>	<b>14,8 (100)</b>
Wohnungen in Prozent		100%	34,5%	65,5%
öffentlich geförderte Wohnungen: 4,8 Mio.				

Quelle: Wohnungsstichprobe 1978, Siegfried Brenke: Fiskalische Wirkungen auf dem Wohnungsmarkt in Neubau und Bestand, in: Bauwelt 12/1983 (Stadtbaupapier 77), S. 422 ff. (32 ff.)

umlage, zumal weniger die Durchschnittsmieten als die Spitzenmieten das soziale Problem ausmachen.

Wenn die Zinsbelastung der Kapitalmarktmieten mit zunehmendem Alter der Gebäude relativ abnimmt und nach der Entschuldung fast ganz verschwindet, folgt daraus auch, daß der vorgenannte Vergleich zwischen Kapitalmarkt- und Solidar miete letztere zu günstig darstellt, weil sich der Vergleich bloß auf die Neubaumieten bezieht. Die Solidarmiete steigt mit der Inflation, während die Zinsbelastung der Kapitalmarktmiete im Durchschnitt aller Ge-

bäudejahrgänge viel geringer ist als in der Neubaumiete.

Behauptungen, die unter Hinweis auf den enormen Zinsanteil in der Neubaumiete ein hohes Verbilligungspotential nahelegen, sind daher übertrieben. Was heute an Zins und Profit Banken und Hauseigentümern zufließt, dient zum großen Teil auch wieder der Finanzierung von Neubauten. Allerdings geschieht das auf verschlungenen Wegen und unter Mißachtung der Bedürfnisse der Mieter und Bewohner – stets über den Umweg, das Vermögen der Eigentümer zu mehren. So hängt denn die Ver-

wirkung des Wohnrechts vom guten Willen der Besitzenden ab, der Besitzlose kann sein Wohnrecht nur verwirklichen vermittelt des Besitzenden.

Dennoch kann der Zinsanteil in der heutigen Miete seiner Größe nach nicht einfach verschwinden, jedenfalls ist dies nicht das wesentliche, sondern jener Teil der Wohnungskosten muß eine neue Bestimmung erhalten.

Bei der Kapitalmarktmiete zahlt der Mieter nach und nach die vorgestreckten Baukosten zurück, und er zahlt für die Verwertung des angelegten Kapitals. Was der Kapitalgeber mit seinem Vermögenseinkommen macht, ist in sein Belieben gestellt. Der eine zieht es aus dem Wohnungssektor raus, namentlich die Eigenheimbauer stecken zusätzliche Mittel aus ihrem Arbeitseinkommen rein. Allemal entscheiden Rentabilitätsgesichtspunkte. Die große Gleichheit des Kapitalmarkts läßt die wohnungssuchenden Arbeiter Familien oder Rentner mit dem kreditsuchenden Unter nehmen konkurrieren. Sieger ist, wer die höhere Rendite bietet. Obwohl die Verzinsung einmal aus der privaten Haushaltskasse zu zahlen ist, das andere Mal aus dem Zusatzprofit, zu dem der Kredit dem Geschäftsmann in der Regel verhilft.

Aus dieser ungleichen Konkurrenz gilt es, die Wohnungsversorgung zu befreien; allerdings muß sie sich dann auch selbst finanzieren, was grob gesagt heißt, daß Bau-tätigkeit und Miethöhe korrespondieren.

## Genossenschaften und kommunale Baufonds

An dem Konzept des Solidarfonds wird vor allem kritisiert, die Umlage erfasse entweder nur einen winzigen Teil der Mieter oder sie belaste die Masse der Mieter zusätzlich zu ihrer bisherigen Miete – während über den öffentlichen Haushalt alle zur Finanzierung herangezogen würden.

Das ist ein wunder Punkt, bleiben die neuen Genossenschaften von den bestehenden Geldströmen abgeschnitten, so sind sie zu Randerscheinungen verurteilt. Woher kommt das Geld für den ersten „selbstfinanzierten“ Bau? Schreibt denn auch Klaus Novy: „Ein Solidarfonds setzt also die Verfügung über einen Althausbestand voraus: keine Solidarfondsfinanzierung ohne entschuldeten und von Verwertungsansprüchen befreiten Hausbestand.“<sup>4</sup>

Ansatzpunkte hierfür scheint er vor allem in den bestehenden gemeinnützigen Genossenschaften und Kapitalgesellschaften zu sehen. Ihr Bestand an gebundenen Wohnungen (über 3 Millionen) müßte „jenes Potential bilden, das die neue Finanzierungsweise zur Voraussetzung hat.“<sup>5</sup> Doch in einem harsch gehaltenen Papier hat der

Gesamtverband der Gemeinnützigen abgewinkt: Allein in ihren im Jahre 1980 fertiggestellten Mietwohnungen steckten rund 2 Mrd. DM an Fremdmitteln, dazu die Kredite, die in früheren Baujahrgängen stecken. Eine Entschuldung von heute auf morgen stehe außerhalb jeder Diskussion.<sup>6</sup>

Insgesamt lasten auf dem Wohnungssektor Kreditforderungen in Höhe von über 500 Mrd. DM, woraus Banken und Bausparkassen fast 50 Mrd. DM Zins im Jahr ziehen, der zu ihrer freien Disposition steht. Der Sache nach besteht hier bereits der Fonds, der einerseits aus den Mieten gespeist wird und andererseits für Baumaßnahmen zur Verfügung steht. Ohne Zugriff auf ihn wird es kaum gelingen, die Ökonomie der Wohnungsversorgung von den Launen des Kapitalmarkts zu trennen und aus dem Ausgleich der Profitrate herauszunehmen.

In Zusammenhang mit der großen Bedeutung des Kreditwesens für den Wohnungsbau werden ihm allerhand mystische Eigenschaften angedichtet. In Wirklichkeit stellt es eine Form dar – wie andererseits die Kapitalgesellschaft als Unternehmensform, in der das Privateigentum als Einzel Eigentum aufgehoben ist – derer sich eine genossenschaftliche Wirtschaftsweise bedienen kann und bedienen muß. Das geliehene Kapital ermöglicht Verfügung über fremdes Eigentum, im Kredit ist das Kapital als Funktion getrennt gegenüber dem Kapital als Eigentum. So steht hinter dem Hausbesitzer der Kredit als gesellschaftliches Kapital, das das einzelne Hauseigentum in gesellschaftlichen Zusammenhang stellt und den Sektor Wohnungsversorgung der allgemeinen Verwertung des Kapitals einverleibt.

Die Macht des Kredits im Wohnungswesen rührt aus der speziellen Ökonomie dieses Bereichs. Der Bau einer Wohnung erfordert mit einem Schlag hohen Kapitalveranschlagung, und dieses Kapital fließt erst über Jahrzehnte zurück. Auch Instandhaltungsarbeiten oder Modernisierungen erfordern jeweils eine gegenüber den laufenden Mietzahlungen einmalige große Geldsumme.

Der einzelne Hausbesitzer kann also mit seinen Mieteinnahmen nicht in Neubauten investieren. Wohl aber reichen die Rückflüsse von – beispielsweise – 100 Wohnungen aus, um eine neue zu finanzieren. Im Kapitalismus vermittelt diesen Ausgleich das Kreditwesen, indem es die Mieteinnahmen oder Wohnkosten vieler Hauseigentümer über die Zinszahlungen zentralisiert und neuerlich als Kredit zur Verfügung stellt.

Die Notwendigkeit, die unregelmäßig anfallenden Geldflüsse auszugleichen, bleibt auch in einem genossenschaftlichen Wohnungssektor. Das Spannungsverhältnis zwi-



Die Wiener Siedlerbewegung 1918 bis 1934 – eines der bekanntesten Beispiele genossenschaftlicher Selbsthilfe im Wohnungsbau

sehen Bauträger und Finanzierung würde aber in neuem Zusammenhang stehen.

Es wären also zunächst kommunale Baufonds aus den jetzigen Mitteln des Sozialen Wohnungsfonds aufzubauen, unmittelbare Träger des Wohnungsbaus wären aber Genossenschaften, die auch gemeinsam die Verwaltung des Baufonds konstituierten.

Aus dem allgemeinen Bankgeschäft wäre die Wohnungsfinanzierung herauszutrennen – was zum Teil bereits der Fall ist –, die betreffenden Kreditforderungen wären sodann den kommunalen Baufonds zu übertragen, die im Gegenzug künftig auch die Finanzierung übernehmen. Entschuldete Altbauten wären mit einer Solidarabgabe zu belegen – was es ähnlich schon mal in Deutschland gegeben hat –, die Eigentümer müßten gleichzeitig zu Instandhaltung und Modernisierung verpflichtet werden. Nach und nach könnte über die Finanzbeziehungen das ganze Wohnungswesen umgewälzt werden, wenn von der anderen Seite her einzelne realisierte Genossenschaften Druck machen, beispielhaft wirken und die alten Wohnungsgenossenschaften von der Zwangsjacke des gegenwärtigen Subventionssystems befreit ihre Vorzüge wieder zur Geltung bringen können. Öffentliche Zuschüsse könnten auf den Ausgleich sozialer Härten reduziert werden.

Mannigfache Übergangs- und Mischformen sind denkbar. So könnte der Eigenheimbau in die Zuteilung von Fondsmitteln gegen Beteiligung an der Solidarumlage einbezogen werden, die indirekten Steuer subventionen mit ihrem Reichtumsbonus wären ohne gleichzeitige Verordnung einer bestimmten Wohnform als der ausschließlichen aufzuheben.

Entscheidend scheint mir zu sein, daß Wohnungsversorgung so tendenziell gesell-

schaftliche Dienstleistung würde statt Geschäft für Kapitalanleger. Das Sagen hätten die Bewohner als eigene kollektive Finanziers, nicht der von der Gesellschaft getrennte Staat. Die Koordinierung von Neubau und Bestandspflege geschähe auf kommunaler Ebene, die Notwendigkeit von Neubau bliebe konkret lösbar und ökonomisch direkt mit den Mietzahlungen verbunden. Extreme Einkommensdifferenzen wären zur Sicherung eines Mindeststandards durch unterschiedliche Miethöhen auszugleichen. Genossenschaftliche Organisation wäre ökonomisch abgesichert, Wohnen als Teil des Konsums aus der Kapitalzirkulation und damit der Kapitalverwertung herausgenommen.

1 Siehe dazu: Krätke, Stefan: Kommunalisierter Wohnungsbau als Infrastrukturmaßnahme, Frankfurt und Bern 1981; Goryanoff, Sergij; Krätke, Stefan; Schmoll, Fritz: Konzept für einen kommunalen Wohnungsbau, in arch + 67 (März 1983); (In vier Papieren zum selben Gegenstand, die als Schreibmaschinen-Manuskripte zwischen August und Oktober 1982 verteilt wurden, kamen dieselben Autoren zu teils deutlich abweichenden Ergebnissen bei der rechnerischen Konkretisierung); Krätke, Stefan: Probleme und neue Wege der Förderung und Organisation des Wohnungsbaus, Vortrag zur wohnungspolitischen Fachtagung der Evang. Akademie Berlin und des Berliner Mietervereins vom 24. 28. Jan. 1983, abgedruckt in: Alternativen in der Wohnungspolitik, Alternative Kommunalpolitik, Sonderheft 2, Bielefeld April 1983

2 Krätke, Stefan: Probleme ..., a.a.O., S. 105

3 Novy, Klaus: Wohnungswirtschaftliche Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung – eine ideengeschichtliche Montage, in: Leviathan 1/1982, S. 41–67 (Auszüge hiervon auch in: Alternativen in der Wohnungspolitik, a.a.O.); ders.: Die „überforderte Wohnungsbaugenossenschaft“ in: Stadtbauwelt 75, S. 302–304

4 Novy: Wohnungswirtschaftliche Selbstverwaltung ..., a.a.O., S. 61

5 ebenda, S. 63

6 Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen (GGW): Von der Utopie einer Sozialisierung der Wohnungsbaugenossenschaften. Eine Erwiderung zu Klaus Novy, Materialien Nr. 2

# gewerkschaften



Der Bundesvorstand des DGB empfiehlt den Mitgliedern die Teilnahme an den regionalen Friedensdemonstrationen soweit deren Veranstalter die Anwendung von Gewalt ausschließen. Außerdem sollen die Gliederungen des DGB am Antikriegstag dezentrale Aktionen und Veranstaltungen machen. Der DGB seinerseits wird am 4./5. Oktober eine internationale Konferenz zu „Frieden und Abrüstung“ durchführen.

Nun ist die offizielle Empfehlung zur Teilnahme der Gewerkschafter an den drei Demonstrationen in diesem Herbst sicher mehr als die bisher ablehnende Haltung des DGB gegenüber den Aktionen der Friedensbewegung. Allerdings inzwischen ist dies auch kein politisches Signal mehr, das zusätzlich Mobilisierung bewirken oder großen politischen Druck gegen die Nachrüster in Bonn und anderswo ausüben würde. Vielmehr empfiehlt der DGB etwas, was ohnehin spätestens seit dem letzten Jahr Realität ist.

Sprengkraft scheint gegenwärtig eine andere Debatte in und um die Gewerkschaften zu haben: Generalstreik. Bereits zu Jahresbeginn hatte der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine Überlegungen angestellt, die darauf zielten, zur Abwehr der Nachrüstung auch Produktstreiks und das Mittel des Generalstreiks einzusetzen. Die Wiederholung dieser Vorschläge auf der Zweiten Europäischen Friedenskonferenz in Berlin fand ein großes Echo, von links und rechts. Es gab Beschlüsse in den Gewerkschaften. Der IG Druck Landesbezirk Hessen: „Um den entschlossenen Widerstand der Gewerkschaften gegen den NATO-Raketenbeschluß unmißverständlich deutlich zu machen, muß dies Gegenstand von Betriebsversammlungen, Kundgebungen während der Arbeitszeit und notfalls auch Streiks bis hin zum Generalstreik sein.“ Die Landesverbände NRW der IG Druck und der GEW zogen nach, der Druck-Landesverband Bayern schob noch legalistisch das im Grundgesetz Artikel 20 vorgesehene „Widerstandsrecht“ nach.

Dagegen haben andere Vertreter der Gewerkschaften den Gedanken an einen „Generalstreik“ ebenso wie der DGB-Vorsitzende Ernst Breit für „völlig abwegig“ erklärt. Denn, so z.B. ebenso wie der IG Druck Vorsitzende Mahlein, IG Chemie-Chef Rappe, GdP Vorsitzende Schröder und der oberste Textiler Keller urteilte IG Metall-Vorsitzender Loderer: „Das in der Satzung des DGB vorgesehene Widerstandsrechts dürfe nur als allerletztes Kampfmittel angesehen werden, wenn die Demokratie in Gefahr ist.“ Dies treffe auch bei ei-

ner eventuellen Nachrüstung nicht zu.

Mit einem kühnen Kunstgriff sucht Detlef Hensche, designierter stellvertretender Vorsitzender der IG Druck, dieses Argument zu umgehen: „Letztlich gibt uns die Verfassung ein Widerstandsrecht gegen den Versuch, die verfassungsgemäße Ordnung zu beseitigen. Dies gilt erst recht, wenn die US-Regierung im Rahmen einer erklärten Politik des führbaren Atomkriegs Erstschlagswaffen aufstellt und dabei das handfeste Risiko der Vernichtung Mitteleuropas – und seiner Verfassung einkalkuliert. Im Grab gibts weder Parlament noch Rechtsstaat und Verfassung.“

Und wenn Hensche in diesem Zusammenhang auf die unbestrittene Kampfform des Generalstreiks in Italien und Frankreich hinweist, ändert dies nichts daran, daß dies ein unzulänglicher Vergleich ist. Italien ist nicht Deutschland, schon gar nicht BR Deutschland. Aus historischen Gründen ist der „Generalstreik“ ein faktisch konstituierendes Element (zur Verteidigung) des republikanischen Staats, nach den Notstandsgesetzen aufgrund gewerkschaftlicher Forderungen übrigens gerade im GG Art. 20 als „Widerstandsrecht“ institutionalisiert. Die ‚deutsche‘ Fassung des Begriffs geht auf die „Generalstreik“-Debatte innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften vor 80 Jahren, die November-Revolution, den Kapp-

Putsch und den nicht erfolgten Generalstreik 1933 zurück.

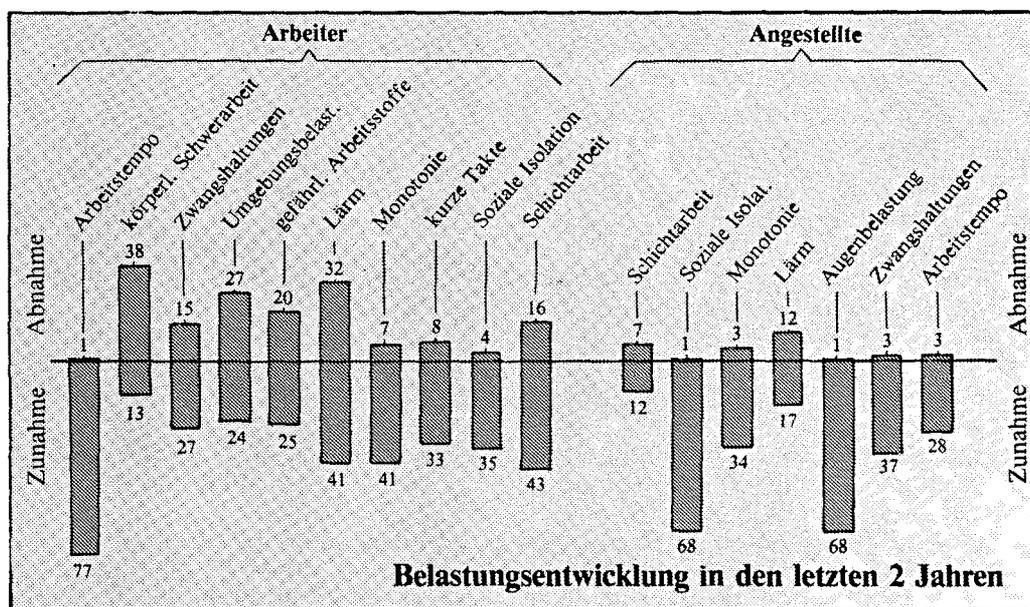
Zwar will auch Hensche (und wollen andere) den Generalstreik nicht heute, denn „das Problem ist die Umsetzung“ „Ein Generalstreik steht erst am Ende einer langen Stufenfolge des Protestes. Vorher kommen Demonstrationen, Kundgebungen und andere Veranstaltungen; vorher müssen noch Tausende und Millionen von Kollegen in den Betrieben gewonnen werden. Noch hat der Generalstreik keine Mehrheit.“

Ich sehe das Problem nicht so sehr in der Eskalation der verschiedenen Kampfmittel. Die Frage ist grundlegender: Hat die Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses in den Gewerkschaften und bei den Lohnabhängigen insgesamt eine Mehrheit? Ganz bestimmt hat sie nicht so eine Mehrheit, daß die Gewerkschaften offiziell zu umfassenden Streikaktionen aufrufen könnten, wenn sie es wollten. Der IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler voraussichtlicher stellvertretender Vorsitzender der IG Metall, hat Recht, wenn er anmerkt: „Man darf den großen Fehler nicht machen, das Bewußtsein, das man aufgrund seiner Einsicht hat, als

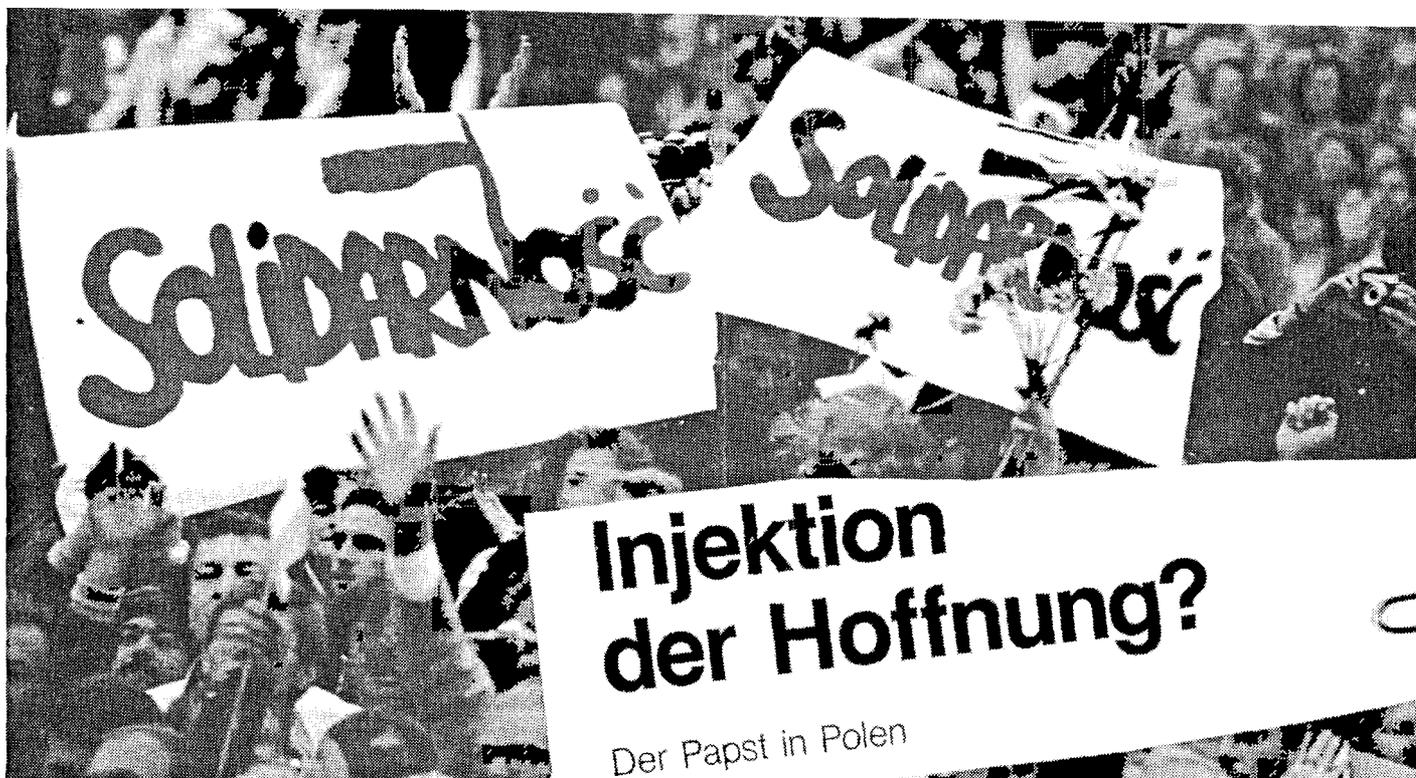
das Bewußtsein der Arbeitnehmerschaft zu unterstellen.“

Ich glaube, daß es notwendig ist, noch immer die „Einsicht“ der „Arbeitnehmerschaft“ zu verbessern. Da sieht es aber trüb aus. Das Interesse der Verteidigung oder anders der Nicht-Unterwerfung gegenüber einer anderen Gewaltherrschaft wird von einem großen Teil derer, die in der Friedensbewegung an einflussreichen Positionen sitzen, tabuisiert und Denkverbote auferlegt. In den Gewerkschaften werden die Denkverbote auch von anderen erlassen. Nach Eugen Loderers Bannstrahl gegen die vielen „sogenannten Friedensexperten, von denen es zuviel“ gäbe, sind in den Gewerkschaftspublikationen keine Überlegungen über alternative Verteidigungsmodelle oder Alternativen zur Blockbindung erschienen. Nur eine solche offene, breite Diskussion könnte die „Einsicht der Arbeitnehmerschaft“ die ja unerläßliche Voraussetzung für Aktionen welcher Art auch immer ist, verbessern.

Die Debatte auf „Generalstreik“ zuzuspitzen, hebt die Auseinandersetzung auf das Feld der Staatsmacht, auf der es gegenwärtig erst recht keine Mehrheit gibt. gh



Diese Ergebnisse stammen aus einer repräsentativen „Bestandsaufnahme“ der IG Metall in über 1100 Betrieben der Metallindustrie. Aufbauend auf diesen Ergebnissen will der IG Metall-Vorstand ein „Aktionsprogramm gegen die negativen Folgen von Rationalisierung und technischem Wandel“ vorlegen. Schwerpunkt soll dabei die Information der Betriebsräte sein, damit diese die Arbeitsprozesse und -mittel gestalten können, so bei der Vorstellung der Umfrage das IG Metall-Vorstandsmitglied K.H. Janzen.



Von einem Besuch in Polen zur Zeit der Reise von Johannes Paul II zurückgekehrt gibt der Autor Eindrücke der Erwartung und Wirkung des päpstlichen Auftritts. Die Kirche hat auch ihre eigenen Interessen — Erfüllung zum Preis der Beteiligung an der „Normalisierung“?

Von Christian Semler

**G**espräche in Warschau am Vorabend des Papstbesuches, während bereits die gelb-weißen Kirchenfahnen und Willkommensplakate (mit dem Schriftduktus von Solidarność) das Bild der Innenstadt prägen und sich allabendlich Hunderte von Gläubigen um das Blumenkreuz an der St. Anna-Kirche versammeln — unermüdlich singend und mit dem Anbringen bzw. Lesen zahlreicher regimefeindlicher Zettel und Kleinplakate beschäftigt.

### Was erwarten die Anhänger von Solidarność im Untergrund vom Besuch des Papstes?

J. Turowicz, der Chefredakteur der wieder zugelassenen aber streng zensierten katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ hat von einer „Injektion der Hoffnung“ gesprochen. Die Aktivisten von Solidarność spüren das Anwachsen von Resignation und Verzweiflung, besonders bei den Jungen. Sie erwarten vom Papstbesuch eine Manifestation der moralischen Einheit der Gesellschaft gegenüber der Staats-

macht. Die Konfrontation zwischen Jaruzelski bzw. der Machtelite und den 16- bis 20jährigen hat seit dem gewaltsamen Tod des Oberschülers G. Przemek eine Schärfe angenommen, die es schwer macht, an die Möglichkeit von Dialog und Verständigung, wie die Kirche sie fordert, zu glauben.

Auf dem Schreibtisch von Freunden, die ich besuche, liegen z.B. die Werke der großen polnischen Romantiker Ihre Einschätzung des zaristischen Rußland als einer despotischen, von Byzanz, aber mehr noch von der Mongolenherrschaft bestimmten Macht, wird als realistisch und treffend, auch für die heutige Sowjetunion gepriesen. Hier habe ich Krasińskis 1847 erschienenes „Les deux puissances“ gelesen, jenen Aufruf in dem für den Fall der Fortdauer der polnischen Teilung die Vorherrschaft des Zarismus in ganz Europa und der Sieg der kommunistischen Revolution im Westen beschworen wird — eine eigenartige Verknüpfung nationaler und sozialer Widersprüche, wie sie Marx und Engels zur gleichen Zeit mit umgekehrtem revolutionären Vorzeichen proklamierten.

In den Blättern des Untergrunds kann man aber auch Begrüßungen des Papstes lesen, die deutliche Zeichen der Selbstbeschwichtigung tragen. Der Papst müsse sich den protokollarischen Verpflichtungen bei der Begegnung mit den Machthabern unterziehen, tatsächlich aber sei er Gast der Nation, Ungerechtigkeit und Verbrechen würden durch formale Akte nicht gebilligt etc.

### Sind die Interessen der Kirche und der Gesellschaft identisch? Welche Bedeutung hat die Kritik am Verhalten des Primas Glemp gegenüber den Machthabern?

Ein bekannter katholischer Publizist und ehemaliger Abgeordneter des Sejm gibt ei-

ne überraschende Deutung: Glemp führe in Wirklichkeit nur zwei Prinzipien fort, die Wyszyński aufgestellt habe: die Kirche dürfe sich auf keinen Fall mit der politischen Opposition identifizieren, und sie müsse stets auf der Suche nach einem „modus vivendi“ mit der Staatsmacht bleiben. Eine Politik nach diesen Prinzipien schließe Kompromisse ein; der Unterschied zwischen dem verstorbenen Primas und Glemp liege eher in der Präsentation der Politik.

An Glemp würde kritisiert, daß er den grundlegenden Unterschied zwischen dem jetzigen Regime und der 1980/81 erstrebten Neuordnung nicht betone. Es fehle die Abgrenzung.

Tatsächlich hat die Kirche als Organisation gegenüber der Staatsmacht ein Eigeninteresse, dessen Berücksichtigung den Forderungen von Solidarność zwar nicht entgegensteht aber auch mit ihnen nicht gleichzusetzen ist. Nach wie vor besitzt die Kirche in Polen keinen juristischen Status. Es gibt kein Konkordat und die Übereinkünfte zwischen Regierung und Episkopat sind eine unsichere Grundlage. In den 60er und 70er Jahren sah sich der Episkopat der Gefahr gegenüber im Rahmen der vatikanischen Ostpolitik durch eine direkte Übereinkunft zwischen Vatikan und polnischer Regierung überspielt zu werden. In jenen Jahren formulierte Wyszyński Bedingungen für den Abschluß einer solchen Übereinkunft. Sie sahen neben den rechtlichen Regelungen vor allem ungehinderte Publikationsmöglichkeiten für die katholische Presse und Vereinigungsfreiheit für katholische Verbände vor — mithin einen partiellen Pluralismus bei Anerkennung der „führenden Rolle“ der herrschenden Partei.

Erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nahm die Kirche ausdrücklich nichtreligiö-



### Welche Klärung hat nun der Papstbesuch gebracht?

Er wurde zunächst und vor allem zu einer Dokumentation der Einheit zwischen katholischer Kirche und Volk. Die Existenz dieser Einheit ist oft konstatiert worden und gehört zu den Gemeinplätzen bei der Erklärung der polnischen Zustände. Meist wird auf die Kirche als einzigen Garanten der polnischen Nation durch die Jahrhunderte, die stets patriotische Haltung des Klerus und den tief verwurzelten, an der Hierarchie wie an den überkommenen liturgischen Praktiken hängenden Volksglauben verwiesen. Die These von der fortdauernden Einheit von Kirche und Nation ist natürlich ein Mythos, wenngleich ein mittlerweile geschichtsmächtiger. Während der Zeit der Teilungen hat die Kurie stets die Teilungsmächte unterstützt (zum Schmerz der katholischen Romantiker) und nicht wenige Angehörige des hohen Klerus in Polen haben sich mit den Teilungsmächten arrangiert. Es war gerade die Verbindung nationaler mit sozialen Emanzipationsvorstellungen, die den Vatikan vor einer Unterstützung der Aufstandsbewegungen zurückschauen ließ. Von der Haltung der Hierarchie muß die Haltung der katholischen Volksmassen und der einfachen Priester abgehoben werden. Wenngleich die christlich-soziale und nationale Strömung in der sich herausbildenden Arbeiterklasse Polens sicher die zahlenmäßig dominante war so hatte die marxistisch orientierte für nationale Unabhängigkeit kämpfende PPS prägenden Einfluß auf die Orientierung der Arbeiterbewegung. Nicht zuletzt führt – wie Jan Jozef Lipski es in „Zwei Vaterländer zwei Patriotismen“<sup>3</sup> beklagt hat die simple Gleichsetzung Katholische Kirche = Nation zu der Schlußfolgerung, den Beitrag von Juden, Protestanten und Orthodoxen zur Herausbildung der Nation als gänzlich irrelevant abzutun.

Tatsächlich war in der alten „Rzeczpospolita“<sup>4</sup> auch nach dem Sieg der Gegenformation der Katholizismus in der Minderheit. Erst die erneuten Grenzverschiebungen und Bevölkerungswanderungen nach 1945 führten in Polen zu einem katholischen Anteil von über 90%. Was war es also, was dem Katholizismus seine heutige Stellung verschafft hat? Einmal der Bankrott seines Widersparts, das zweimalige Scheitern einer Erneuerungsbewegung unter der Führung der Partei 1956 und 1970.

Anders als viele Kirchen des Westens war die Kirche in Polen in keiner Weise mit der Staatsmacht verbunden, hing nicht von staatlicher Finanzierung ab und hatte auch kein Eigentum, das sie an die Staatsmacht hätte binden können (die Kirche als Groß-

grundbesitzer war 1945 nicht mehr existent). Sie stützte sich allein auf die Frömmigkeit, die in dem Maße inbrünstiger wurde, wie ihr die Partei durch einen forcierten Industrialisierungs- und Verstärkerprozess den Boden unter den Füßen wegzuziehen suchte. Nowa Huta, als atheistische Arbeiterstadt der Zukunft hochgezogen und dann der Schauplatz erbitterter Kämpfe der Arbeiter für die Errichtung von Gotteshäusern, ist ein Symbol.

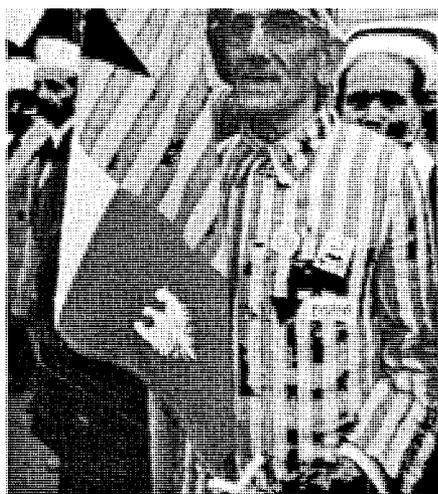
Die Kirche vermochte aber vor allem deshalb zum Kristallisationspunkt der intellektuellen und moralischen Gegenwehr zu werden, weil es in ihrer Ideologie etwas gab, was den Bedürfnissen der Arbeiter zutiefst entgegenkam. Schon in den 30er Jahren war die in Frankreich um die Zeitschrift „Esprit“ entwickelte Strömung des Personalismus in Polen auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Vorstellung von der Unzerstörbarkeit und Einzigartigkeit der menschlichen Person, ihre durch Christus garantierte Würde, die erst Zwischenmenschlichkeit, ja Praxis überhaupt möglich machte, gewann in dem Augenblick politische Brisanz, in dem sich die Menschen in Polen zum Objekt eines ökonomischen und politischen Prozesses degradiert sahen. Noch bevor der Begriff der Würde zur wesentlichsten Vorstellung in der Gedankenwelt des polnischen Arbeiters von 1980 wurde, war er es in der personalistischen Philosophie. Vom Marxismus angestoßen nahm diese Ideologie die Bedeutung der Arbeit für die Entwicklung des Menschen auf<sup>5</sup> natürlich in strikter Ablehnung der Marxschen These von der Entwicklung des Menschen und der menschlichen Beziehungen durch die Arbeit. Arbeit wurde als ein dialogisches Verhältnis interpretiert, Ausbeutung und Entfremdung unter sozialisti-

se demokratische Bestrebungen wie z.B. das KSS / KOR in Schutz und die Predigten des damaligen Krakauer Kardinals Wojtyła zu Fronleichnam 77/78 stellten die Forderungen nach Glaubensfreiheit ausdrücklich in einen weiteren demokratischen Rahmen (inwieweit ein unreflektierter Antiklerikalismus der „laikalen Linken“ in der Nachkriegsgeschichte die Haltung der Kirche in früheren Jahren mitbestimmt hat, versucht A. Michnik in „Die Kirche und die polnische Linke“<sup>1</sup> zu analysieren).

Das Problem besteht nun einfach darin, daß das Regime der Kirche eine Reihe von Konzessionen machen könnte, wie die vollständige Wiederzulassung der Klubs der katholischen Intelligenz, die Konzessionierung einer katholischen Tageszeitung, den Bau neuer Kirchen, die Aufhebung einer Reihe von Diskriminierungen Gläubiger etc. und die Kirche im Gegenzug zur Beteiligung an der „Normalisierung“ bereit wäre – unter Preisgabe der Errungenschaften des August 1980. Ja, daß schon das Winken mit solchen Konzessionen die Kirche objektiv zum Erfüllungsgehilfen Jaruzelskis machen könnte.

In seiner Analyse der polnischen Erneuerungsbewegung hat der amerikanische Soziologe A. Arato<sup>2</sup> eine solche Tendenz in der Kirche ausgemacht und sie als begrenzten und „behüteten“ Pluralismus, letztlich als korporativistische Lösung charakterisiert. Ich befragte einen ehemaligen Berater von Solidarność, ob die Kirche von der Forderung nach gewerkschaftlichem Pluralismus abgehen könne, wie sie bereits im Frühjahr 1982 im Dokument des gesellschaftlichen Rats beim Primas erhoben worden war und zuletzt beim Treffen der Vertreter der verschiedenen aufgelösten Gewerkschaften unter Assistenz kirchlicher Berater ausgesprochen wurde. Die Antwort war ganz eindeutig. Würde die Kirche in dieser Frage nachgeben, so verlöre sie die Massenbasis, die sie nach dem Krieg als Bastion gegenüber der Machtelite gewonnen hat. Schon jetzt sei der Druck, unter dem der niedere Klerus seitens der Bevölkerung stehe, bedeutend. Die einfachen Patres forderten eine unmißverständliche Unterstützung von Solidarność im Untergrund. Er sei überzeugt, daß der Papst anlässlich seines Besuches hier Klärung schaffen werde.





schen Bedingungen wurden als Zerstörung eines sinnhaften, moralisch bestimmten Verhältnisses von Menschen zueinander gesehen. Auch der spätere Papst betont in seinen philosophischen Schriften<sup>6</sup> die Arbeit, bzw. Praxis und Handeln allgemein, als die Äußerungsform der Person und erweitert damit das traditionelle Verständnis des Menschen im Katholizismus. Er geht systematisch vom Vorrang der Arbeit über das Kapital aus. Wojtyła war in seinen Schriften und Äußerungen aus den 60er und 70er Jahren im Grundsatz gleich kritisch gegenüber Kapitalismus wie (realem) Sozialismus eingestellt.

Aus all dem folgt, daß die Kirche den Arbeitern im Augenblick der Krise gesellschaftlicher Institutionen nicht nur die Hoffnung auf ein besseres Jenseits anzubieten hatte, sondern den Grundsatz einer gesellschaftlichen Alternative – die Souveränität der Arbeit, wie es Jozef Tischner Prediger auf dem Kongreß von Solidarność und Freund Wojtyłas, genannt hat. Souveränität als Ausdruck der Menschenrechte: In dieser Formel erkannten die jungen Arbeiter ihren Willen wieder nicht als Arbeitstiere funktionieren zu wollen, jemand zu sein, zu entscheiden. Soziologen, die in den Jahren um 1980 Untersuchungen zum Wertbewußtsein durchführten, stimmen in der Beobachtung überein, daß Wahrheit, dem Gewissen verpflichtete Verantwort-

lichkeit und Gleichheit die entscheidenden Werte waren.

In seinen Predigten während des Polen-Besuchs war der Papst vor allem bemüht, diese Werte-Gemeinschaft zu beschwören und zu befestigen. Die Predigt auf dem Jasna Góra bildete den Höhepunkt der Reise dramaturgie. Gerade hier aber erwies sich die Ambivalenz eines Denkens, das zur Bewahrung von Freiheit und Selbstbestimmung auffordert („Deshalb, Brüder sind wir nicht Kinder einer Sklavin sondern Kinder der Freien“ Galater 4,31 und 5,1) aber gleichzeitig diese Freiheit als „innere Freiheit“ faßt und ihre Verwirklichung der christlichen Liebe anheimgibt. Ganz im Sinne des Apostel Paulus warnte der Papst vor einem falschen Gebrauch der Freiheit, wer aber konnte der Adressat dieser Warnung sein? Jaruzelski wohl kaum. Von der individuellen Freiheit zur Freiheit der Nation. Frei ist eine Nation nach den Worten des Papstes dann, wenn sie ihre durch die Einheit von Kultur Sprache und Geschichte bestimmte Identität leben kann. Eine Staatsmacht werde man danach beurteilen, ob sie dieses Ziel gefördert oder behindert habe. Diese Fassung von Souveränität muß im Zusammenhang von Tischners Gedanken zur Souveränität gesehen werden: „Die souveräne Würde des arbeitenden Menschen stellt heute die Souveränität Polens dar. Vielleicht möchte jemand wissen, wie souverän Polen heute ist? Es ist so souverän wie das polnische Gewissen souverän ist und wie souverän die in seiner Stimme aufgerüttelten arbeitenden Menschen in Polen sind.“<sup>7</sup> Staatliche Souveränität wird also als Befähigung zur geistigen und moralischen Selbstbestimmung des Volkes aufgefaßt. Nach Meinung des Papstes ist die innere Festigung der Nation das Bestimmende. Zu dieser inneren Festigung sind selbständige Organisationsformen der Arbeiter und Bauern notwendige Voraussetzung. Diese Schlußfolgerung hat der Papst bei seinen Ansprachen in Posen und Kattowitz unzweideutig ausgesprochen.

### Wie sieht also die Vision des Papstes zur Lösung der Konflikte in Polen aus?

Die Errungenschaften des August sollen durch beharrliche erzieherische und selbsterzieherische Arbeit zu einem beständigen Wertbewußtsein geformt werden, das die polnische Nation prägen soll. Kraft dieser Imprägnierung wird jeder Versuch der „Sowjetisierung“ und „Gleichschaltung“ der Gesellschaft scheitern. Die Souveränität bleibt trotz fortdauernder Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag gewährt, da man kein Volk zu außenpolitischen Aktionen zwingen kann, die es einheitlich auf Grund seiner moralischen Überzeugungen ab-

lehnt. Früher oder später wird die Staatsmacht sich mit dem souveränen Volk arrangieren müssen.

Für die Aktivisten des Widerstands in Polen war was der Papst sagte, sicher nützlich. Sein Empfang Walesas, sein Beharren auf unabhängigen Gewerkschaften der Arbeiter und Bauern, sein Hinweis auf die Ungerechtigkeit des jetzigen Zustands und der Leiden, die er hervorgebracht hat, sind um vieles deutlicher als die Äußerungen von Glempl und stecken die Fronten ab. Die anlässlich der Messen versammelten Millionenmassen erlebten sich wieder als potentielle Kraft, als die Mehrheit. Nur: Wie soll auf der Grundlage gemeinschaftlichen Selbstvertrauens ein wirklicher Dialog mit der Staatsmacht erreicht, wie soll die angestrebte innere Souveränität abgesichert, wie die unabhängigen Organisationsformen ein weiteres Mal der Macht abgetrotzt werden? Die Meinungen reichen vom Pessimismus eines alten Funktionärs, der Änderungen nur für möglich hält im Gefolge einer tiefgehenden Krisis in der Sowjetunion selbst bis zu den Einschätzungen, wie sie ein ehemaliger Berater von Solidarność vertrat:

„Es wird Jaruzelski nicht gelingen, die Klassenbasis seines Regimes zu erweitern, noch wird er in seinen Anstrengungen Erfolg haben, den Untergrund zu zerschlagen und damit die Menschen in die Hoffnungslosigkeit zu treiben. Der letzte 1. Mai war im Gegenteil ein Zeichen der Stärke von Solidarność nach der Niederlage im November. Gehen wir davon aus, daß es Jaruzelski nicht gelingen wird, die Wirtschaft zu stabilisieren, gehen wir weiter davon aus, daß die westlichen Länder ihn nicht massiv unterstützen werden, so wird sich im Laufe von zwei oder drei Jahren auch für die Sowjetunion die Frage stellen, welche Konzessionen sie in Polen zu machen bereit ist, um eine halbwegs stabile Entwicklung zu gewährleisten. Damit wäre der Weg eröffnet für den zweiten Versuch einer Verständigung zwischen Gesellschaft und Staatsmacht in Polen.“ □

- 1 A. Michnik, Die Kirche und die polnische Linke, Von der Konfrontation zum Dialog, München 1980
- 2 A. Arato, „Civil Society“ gegen den Staat, Der Fall Polen 1980/81, in: R. Fenchel, A. J. Pietsch (Hrsg.), Polen 1980 – 82. Gesellschaft gegen den Staat, Hannover 1982
- 3 Jan-Józef Lipski, Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen, in: Gesellschaftliche Selbstverteidigung, Aufsätze angeklagter KOR-Mitglieder 1977 1982, Köln 1982
- 4 Vgl. N. Davies, Gods Playground, a History of Poland, Bd. 2, London 1981
- 5 Zum Verhältnis von Christentum und Marxismus in Polen, vgl. J. Tischner, Der unmögliche Dialog, Graz 1982
- 6 Zu Wojtyłas philosophischer Position vgl. A.N. Woznicki, A Christian Humanism: Karol Wojtyłas Existential Personalism, New Britain, 1980
- 7 J. Tischner, Ethik der Solidarität, Graz 1982, S. 137f.





## Jetzt auch in der Schweiz grüne Organisation

Am 12. Juni haben sich in Bern etwa 15 Gruppen zur „Grüne Alternative Schweiz“ zusammengeschlossen. Es handelt sich hierbei um die linke Version, die Rechten hatten einige Tage vorher die Föderation der Grünen Parteien der Schweiz (GPS) gegründet. Die Grüne Alternative versteht sich als Föderation völlig autonomer Gruppen und nicht als Partei. Es wurden zwar Organisationsstrukturen geschaffen, aber in einer wesentlichen Frage wurde keine Einigung erzielt, nämlich Verpflichtung der grünen Parlamentarier, sich an Beschlüsse der Föderation zu halten, und Rotation im Nationalrat. Diese Fragen bleiben vorläufig in der Kompetenz der lokalen Gruppen. Schnapsschüsse aus der Programmdiskussion: Ein Antrag, die Präambel zu ergänzen durch: „Grüne Politik bedeutet eine Absage sowohl an den Kommunismus östlicher Prägung wie an den Kapitalismus der westlichen Welt. Wir müssen daher die alten linken und rechten Ideologien überwinden“ wurde abgelehnt. Die Formulierung „Absage an das Industriesystem“ wurde abgeändert in „Infragestellung des Industriesystems“ Statt „einseitige Abrüstung“ heißt es jetzt: „Wir fordern einseitige Abrüstungsschritte als ersten Schritt zur allseitigen Abrüstung.“ (Wochenzeitung, Zürich)

## Glaubwürdigkeit angeschlagen

In der sozialistischen Regierung Spaniens kam es zu heftigen Dementis, als Industrieminister Solchaga verlauten ließ, er glaube nicht daran, daß die Regierung ihr Wahlversprechen einhalten könne, bis zum Ende der Regierungszeit 800000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Dementis können eigentlich nur propagandistischen Charakter haben, denn das Industrieministerium hat ein „Weißbuch über die Reindustrialisierung“ vorgelegt, das für eine radikale Umstrukturierung der spanischen Industrie und zur Förderung ihrer Konkurrenzfähigkeit 40000 Arbeitsplätze in der Textilindustrie, mindestens 20000 in der Schwerindustrie und weitere 140000 in den entsprechenden Zulieferindustrien geopfert sehen will. Das wären bis 1986 200000 Arbeitslose zusätzlich zu den jetzt zwei Millionen oder 16,3%. Offensichtlich ist Solchaga nur realistisch. 4000 Stahlarbeiter aus Sargunto streikten zwei Tage lang und fuhren nach Madrid, um gegen die Ruinierung der Stahlindustrie in

dieser Region, die auch die Ruinierung der Stadt Sargunto bedeuten würde, zu protestieren. 150000 demonstrierten in Madrid für den Austritt aus der Nato und für die Abhaltung eines Referendums. Beides hatte die PSOE bei der Wahl versprochen. Jetzt soll das Referendum aber erst 1985 stattfinden, und Verteidigungsminister Serra sprach sich für die Nato-Integration aus. Er nahm an der Nato-Tagung in Brüssel teil und wünschte eine Beteiligung der spanischen Armee an den Nato-Manövern. Nur für den Fall eines Ausschlusses Spaniens aus der EG drohte er mit dem Austritt aus der Nato. Der offene Druck der Bevölkerung für den Nato-Austritt zwingt die Regierung nun zum Taktieren.

## Pasok unter Druck

Anfang Juni sah sich die griechische Linksregierung einer breiten Welle von Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen ausgesetzt. Anlaß war der Gesetzentwurf „Sozialisierung der Unternehmungen im öffentlichen Sektor“. Dieses Gesetz, das durch die Pasok-Mehrheit verabschiedet worden war, gewährte keineswegs die Beteiligung an den Unternehmen, wie der Name nahelegt, sondern diene hauptsächlich der Einschränkung des Streikrechtes durch den Artikel 4. Mit diesen Auseinandersetzungen fliegt praktisch die bisher zumindest teilweise bestehende Zusammenarbeit von Pasok mit der moskauorientierten KP Griechenlands (KKE) sowie den weniger einflussreichen Inlandskommunisten (KP des Inlands, euro-kommunistische Richtung) auf. Die KKE verließ während der Abstimmung über das Gesetz das Abgeordnetenhaus. Vor allem für sie bedeutet das Gesetz eine Einschränkung ihrer Macht in den Gewerkschaften, da die oft von ihnen gestellten Gewerkschaftsvorstände viel schwieriger Streiks ausrufen können. Aber auch an der Basis der Pasok regt sich Unwillen, vor allem über die Art und Weise, wie die Regierung an der Bewegung vorbeieadministriert. Außenpolitisch hat die Regierung keinerlei Schritte in Richtung ihrer Wahllosungen „Raus aus der Nato“ „Raus aus der EG“ und „Weg mit den US-Stützpunkten“ unternommen. Es scheint eher, als seien diese Losungen damals aufgestellt worden, um als Druckmittel für eine Erneuerung der amerikanischen Stützpunktverträge mit weitergehenden amerikanischen Sicherheitszusagen zu dienen. Im Blick sind dabei wohl vor allem die Zy-

pernaisetzungen mit der Türkei sowie die türkischen Ansprüche auf griechische Inseln vor der türkischen Küste.

## Neuer Zypernkonflikt in Aussicht?

Eine mit großer Mehrheit angenommene UNO-Resolution forderte vergangenen Monat den Abzug der türkischen Besatzungstruppen aus dem Nordteil Zyperns. Die türkische Invasion von 1974 führte damals zur praktischen Teilung der Insel in einen vor allem von Griechen bewohnten und einen von Türken besiedelten Teil. Seitdem gibt es zwischen deren Vertretern, jetzt Kyprianou für den griechischen, Denktasch für den türkischen, Gespräche, um vielleicht zu einer Wiedervereinigung zu kommen. Bisher ohne Erfolg. Seit der UNO-Resolution, die

einer praktischen Anerkennung der griechisch-zypriotischen Regierung gleichkommt, sind diese Gespräche von Denktasch abgebrochen worden. Denktasch will nun ein Referendum unter den Türken auf Zypern abhalten lassen, um einen unabhängigen Staat auszurufen, womit die Teilung zementiert würde. Dahinter steckt auch die Hoffnung, durch einen eigenen Staat aus der Isolierung herauszukommen und einige ausländische Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Inselteils zu erhalten.

## Bringt's links?

Als die Labour Party 1979 die Wahlen gegen die Konservativen klar verloren hatte, war die Labour-Linke schnell mit ihrem Urteil zur Hand: Die Partei sei zu wenig links gewesen. Sie forcierte die Diskussion um eine *Alternative Economic Strategy (AES)*, eine alternative Wirtschaftspolitik, und führte auf den folgenden Parteitagen den Kampf um mehr innerparteiliche Demokratie.

Was sich da als Linksbewegung bei Labour regte, war allerdings nur eine einfache Radikalisierung der altbekannten staatsmonopolistischen Richtung. „Geldausgeben schafft Arbeitsplätze“ heißt es im Wahlprogramm, Keynes läßt grüßen, das Ganze gewürzt mit dem Versprechen, endlich eine Nationale Planungskommission zu schaffen, die zu einer Planwirtschaft übergehen soll, als sei deren „Vollendung“ durch die osteuropäischen Staaten nicht schon abschreckend genug. Diesen „Weg zum Sozialismus“ dann angereichert durch „Wirtschaftsdemokratie“, ein Modell, das nicht über die hier satzungsbekannt Mitbestimmung hinausgeht.

Die Analyse der Labour-Linken hatte von Anfang an zwei Haken. Erstens ist das von ihnen betriebene Wirtschaftsprogramm für 1983 kein linkes Programm. Das allenfalls in einem traditionellen Sinn. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß buchstäblich kein Wort über ökologische Erfordernisse zu finden ist. Zweitens geht ein solches Programm heute nicht mehr.

Der Niedergang von Labour verfehlt nicht seine Wirkung auf die anderen europäischen sozialdemokratischen (bzw. sozialistischen) Parteien. Zeigt das Beispiel Labour nicht, daß eine linke Radikalisierung in den Untergang führt? Das Dilemma dieser Parteien zeichnet sich schon ab: Radikalisieren sie sich nach Labour-Art, gehen sie unter. Bleiben sie auf einem „Mitte“-Kurs, sind sie oder werden sie demnächst auf Jahre hinaus zur Opposition verurteilt. Das mag höchstens für die Länder Südeuropas anders aussehen. Entwickeln sie sich wirklich nach links als (Mit)-Träger der notwendigen gesellschaftlichen Umwälzungen, dann sind es alsbald keine sozialdemokratischen Parteien mehr. *tm*

**D**reieinhalb Jahre Besetzung Afghanistans – ist der Widerstand immer noch spontan oder schon mehr organisiert?

Der Widerstand in Afghanistan hat spontan begonnen, und die Bewegung ist bis jetzt auch hauptsächlich spontan geblieben, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung und der aufständischen Kräfte Anhänger einer Partei sind. Fast alle Mudjahedin sind formell und offiziell Mitglied dieser oder jener Partei. Eine formelle Abhängigkeit oder formeller Zusammenschluß der Bevölkerung bedeutet aber für uns als Politiker nicht, daß sie richtig organisiert worden sind. Organisierter Kampf bedeutet, daß die Menschen, die Mudjahedin, die militärischen Gruppen ideologisch, politisch, organisatorisch, in ihrer politischen Linie, in ihren Aktivitäten von einer politischen Autorität, von einer politischen Organisation geführt werden. Aber wir sehen, daß alle Kräfte in Afghanistan nicht in solchen Verbindungen zu ihren Parteien und Organisationen stehen. Sie machen in ihrem Gebiet, was sie wollen, sie planen ihre Angriffe, sie planen ihre Auseinandersetzungen mit anderen Gruppierungen, sie gestalten und formulieren ihre Beziehungen zum Volk entsprechend ihren eigenen Interessen und Vorstellungen. Die Organisationen in Peshawa (auch Peschau, Stadt in Pakistan an der Grenze zu Afghanistan, in der viele Organisationen ihren Hauptsitz haben, d. Red.) können keine Politik, Organisation und Aktion ausarbeiten, die von den Widerstandskämpfern im Innern auch durchgeführt würde. Deshalb leidet unsere Bewegung bis jetzt auch unter Lokalismus, Fraktionismus und Spontaneismus, das ist eine Realität und man muß einen richtigen Weg finden, wie die Kräfte zu einer so großen Koordination finden, daß sie ihre offensiven und defensiven Bewegungen zum richtigen Zeitpunkt mit gezieltem Programm durchführen.

*Eure Organisation führt den Namen Nationale Einheitsfront Afghanistans. Wie will sie eine Vereinigung der Widerstandskräfte vornehmen und was hat sie bisher erreicht?*

In Afghanistan kann die Nationale Einheitsfront nicht mit einem Schlag hergestellt werden wie in anderen Ländern, wo sich die Hauptrepräsentanten der politischen Kräfte vorher sammeln und konstituieren konnten. In Afghanistan war die politische Lage so, daß es vorher keine politischen Organisationen gab. Wir müssen die Bildung einer Nationalen Einheitsfront daher als einen Prozeß betrachten. Bisher konnten wir verschiedene politische Organisationen, Stämme, unabhängige militärische Fronten und auch Massenorganisationen sowie unabhängige Persönlichkeiten in die nationale Einheitsfront einbeziehen. Wir haben auf einer Konferenz vor einem Jahr in Florenz unseren Plan für die Bildung der totalen Nationalen Einheitsfront

## „Herr Qayoum, einigt sich der Widerstand?“



Ein Interview mit dem Vorsitzenden der Nationalen Einheitsfront Afghanistans (NEFA), Abdul Qayoum, über die Einheitsbestrebungen des afghanischen Widerstands, die Gefahr einer Befreiung mit „iranischen Folgen“, das politische und militärische Konzept der NEFA, das Verhältnis zur europäischen Friedensbewegung und die Genfer Afghanistan-Verhandlungen. Bei dem Gespräch anwesend waren auch Dr. Said Hashem Saed und Sameullah Safi, die zusammen mit Abdul Qayoum auf Einladung der AL Westberlin und des Afghanistan-Solidaritätskomitees Hamburg die BRD besuchten.

formuliert. Wir streben an, daß die vollständige Einheit des afghanischen Volkes in zwei historischen Etappen realisiert wird. In der ersten Etappe die „Kleine Einheit“ und dann in der zweiten Etappe die „Große Einheit“. Mit der Kleinen Einheit meinen wir, daß sich einige große Organisationen, die nicht im Exil sind und die innerhalb Afghanistans kämpfen plus einige militärische Fronten, die unabhängig sind von den sogenannten Peshawa-Parteien, sowie einige Massenorganisationen, die sich in Form von provinziellen Unionen herausgebildet haben und eine Menge unabhängiger Persönlichkeiten vereinigen. Dann beginnt für uns eine zweite Etappe, um die Einigung mit den großen religiösen Parteien, die hauptsächlich ihr Hauptquartier in Pakistan haben, zu erzielen – das wäre die Große Einheit. Das ist eine sehr realistische

programmatische Zielsetzung, wie eine revolutionäre progressive Kraft in Afghanistan unter sehr schlechten und ungünstigen Bedingungen die Einheit des Volkes realisieren kann.

*Besteht nicht die Gefahr, daß nach einem Sieg über die sowjetischen Invasoren ähnlich wie im Iran ein islamischer Gottesstaat, eine Mullahrepublik aufgebaut wird, oder daß sich die islamischen Widerstandskräfte in einen Bürgerkrieg verzetteln?*

Der Islam ist in Afghanistan die Religion des ganzen Volkes, mehr als 95% der Bevölkerung sind fromme Moslems. Der Islam ist nicht nur eine Religion, d.h. eine Beziehung zwischen Mensch und Gott, sondern auch eine Kultur, ein wichtiger Faktor für das soziale Leben. Deshalb darf und kann keine politische Kraft in Afghanistan

den Islam als sozialpolitischen Faktor außer Acht lassen.

Die Lage in Afghanistan und Iran ist verschieden. Zwischen der schiitischen und sunnitischen Richtung bestehen politisch-organisatorische Unterschiede. Wir können beobachten, daß der Iran mit einem schiitischen Volk eine institutionelle Hierarchie besitzt, die es den religiösen Kräften ermöglicht, den Imam in der Gesellschaft als religiös-politischen Führer hinzustellen. Das geht aber nicht in einer sunnitischen Gesellschaft, die keine solche institutionelle Hierarchie hat. Das iranische Volk hatte keine Vorstellung von und Erfahrung mit seinen religiösen politischen Kräften. Es gab einen Volksaufstand und nach dem Volksaufstand kam das heutige Regime und das iranische Volk muß seine Erfahrungen mit dem heutigen Regime nach dem Sieg der Revolution erst aufarbeiten. Das afghanische Volk aber sieht und probiert alle politischen Kräfte während eines langandauernden Kriegs und daraus ergibt sich ein richtiges Bewußtsein vom Charakter vieler politischer Zielsetzungen und auch von den Methoden der politischen Kräfte. Das ist eine Garantie dafür daß in Afghanistan keine andere Diktatur möglich ist.

Aber trotzdem, eine Gefahr besteht natürlich, daß in Afghanistan nach der Diktatur der Russen eine andere Art von Diktatur herauskommt, die sich unter einem religiösen Mantel versteckt. Ein Bürgerkrieg ist auch möglich und diese Gefahr hängt eng zusammen mit den Kräfteverhältnissen in Afghanistan. Wenn die nichtdemokratischen Kräfte in Afghanistan bis zum Ende des Krieges die Oberhand haben, dann werden sie mit ihrer monopolistischen antidemokratischen Politik einen Bürgerkrieg vorbereiten und der wird dann unvermeidbar. Aber wenn die demokratischen Kräfte, die demokratische Verhältnisse nicht nur versprechen sondern während des Krieges auch praktizieren daß in unserer Gesellschaft verschiedene politische Strömungen das Recht haben zusammenzuarbeiten und wenn sie ihre Vorstellungen vor dem Volk offenlegen, dann ist das eine Garan-

tie, einen Bürgerkrieg in Afghanistan zu vermeiden.

*Die Sowjetunion kämpft auf allen Gebieten gegen euch, kulturell, mit Erziehung, mit weltweiter Politik. Ökonomisch und militärisch. Sie behaupten, fortschrittlich zu sein, die Alphabetisierung der Bevölkerung voranzutreiben und eine Landreform. Wie sieht euer Kampf dagegen aus?*

Es ist richtig, daß sich die Kolonialisten in Afghanistan multidimensionell bewegen. Und es ist auch richtig, daß sich unsere Bewegung aufgrund ihres sehr spontanen Charakters sich nur in einer Dimension, der militärischen, sehr stark entwickelt hat und in vielen Widerstandsgruppen die anderen Dimensionen des Krieges vernachlässigt wurden. Wir haben von Anfang an gesagt, daß der Imperialismus nicht nur eine militärische Kraft ist, sondern eine politische, ökonomische, psychische und internationale Kraft.

Die Regierung behauptet zwar daß sie fortschrittlich ist, aber ökonomisch ändert sie nur die Form der Ausbeutung in Afghanistan. Die Ausbeutung der Bauern durch Feudalherren wurde abgelöst von der Ausbeutung der Bauern durch die neue bürokratische Bourgeoisie zugunsten des russischen Kapitals. Oder nehmen wir die Alphabetisierung. Das hat kaum stattgefunden. Das sind meist nur Fernsehoperationen, wo sie einige Sachen zeigen. Bis jetzt gibt es in Afghanistan immer noch mehr als 80% Analphabeten. Aber Alphabetisierung ist auch eine leere Sache, wenn sie nicht mit der Befreiung des Volkes vom Ausbeutungssystem zusammengeht. Warum sollen die Menschen sich alphabetisieren wenn nicht, um ihre Weltanschauung zu ändern und die Umwelt, in der sie leben? Im kolonialen Rahmen sind diese Maßnahmen auch koloniale Maßnahmen.

Für uns ist ein nationaler Befreiungskampf nicht nur eine Kommandoaktion, sondern eine richtige Revolution mit der Teilnahme der Bevölkerung, in der nicht nur der Kolonialismus geschlagen wird sondern die Umwelt, die soziale und politische Lage geändert wird. Unsere Möglichkeiten

in der heutigen Situation sind natürlich sehr begrenzt, aber innerhalb dieser Möglichkeiten bewegen wir uns sehr aktiv. Wir haben Kliniken, wir haben landwirtschaftliche Projekte, Schulen und Kindergärten. Einheit schaffen, politisieren, mobilisieren, organisieren und dann Waffen verteilen. Das ist der Weg, den wir gehen. Ohne Einheit, Organisation und ohne politisches Bewußtsein zu schaffen, den Menschen Waffen zu geben, ist eine reine Kommandoaktion.

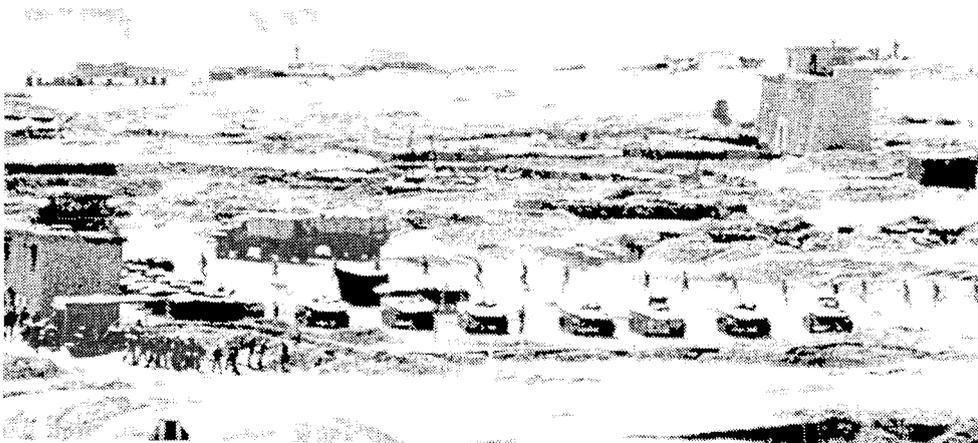
*Welche Hilfe bekommt die NEFA aus dem Ausland?*

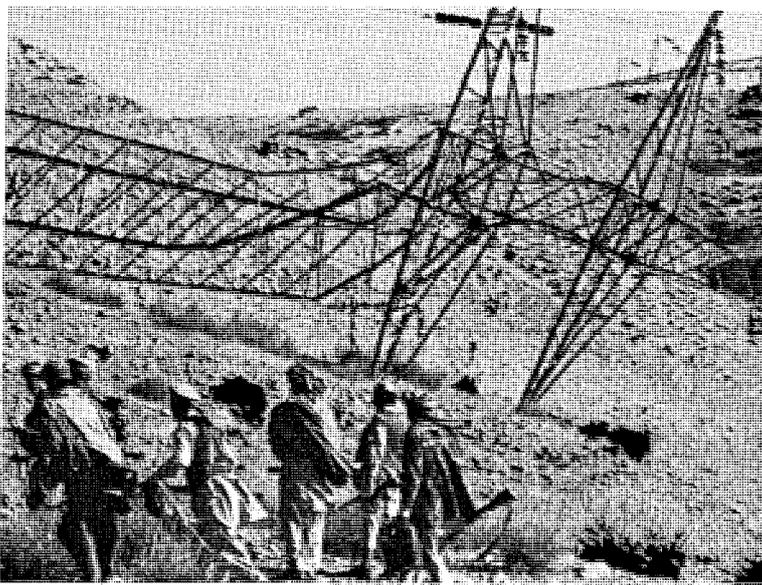
Das afghanische Volk hat das Recht, internationale Solidarität in jeder Form einschließlich militärischer Hilfe entgegenzunehmen. Natürlich ist Afghanistan nach dem Einmarsch der Sowjetunion zu einem Krisenpunkt geworden, an dem alle internationalen Kräfte interessiert sind und natürlich leisten sie für diese oder jene Gruppe Hilfe. Wir sehen schon, daß einige Organisationen materielle und auch technisch-militärische Hilfe bekommen. Woher dann diese Hilfe kommt, ist uns nicht ganz klar. Man liest in der internationalen Presse, sie komme von den Amerikanern oder von Saudi-Arabien. Wir sind uns über die Quellen nicht sicher aber einige Organisationen bekommen sicher solche Hilfe.

Wir haben demgegenüber unsere eigene Strategie und Konzeption des Krieges. Wir haben von Anfang an gesagt: mit den russischen Waffen gegen die Russen. Wenn man uns fragte, wo bekommt ihr eure Waffen her haben wir gesagt, unsere Waffen werden in russischen Fabriken hergestellt. Wir haben Garnisonen und Polizeistationen angegriffen und unsere Waffen bekommen. Die NEFA hat bis jetzt keine einzige Waffe aus dem Ausland bekommen. Natürlich haben wir einige Projekte, klinische Projekte, Schulen usw. Internationale Hilfe wurde nicht für militärische Zwecke genutzt sondern ging direkt an diese Projekte, als Teil unserer politischen und sozialen Arbeit. Prinzipiell sagen wir daß wir diese Solidarität nur unter der Bedingung annehmen, daß diese Solidarität bedingungslos ist, daß unsere Freiheit und Unabhängigkeit nicht verletzt wird und daß sich niemand in unsere inneren Angelegenheiten einmischet.

*Es gibt wenige afghanische Genossen im Ausland, konkret in der BRD und dennoch sind sie unter verschiedene Gruppen gespalten. Ist das nötig oder unvermeidlich?*

Die Spaltung hier im Ausland ist teilweise eine Widerspiegelung der Realität in Afghanistan. Sie hat einmal historische Ursachen, da wir einen Vielvölkerstaat mit verschiedenen Nationalitäten, verschiedenen





Sprachen, verschiedenen Provinzen bilden, die sozioökonomisch voneinander getrennt waren bzw. noch sind. Dies drückt sich in der heutigen Situation politisch und militärisch auch in verschiedenen Organisationen aus, die untereinander gespalten sind. Zweitens gibt es programmatische Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen, weil in einem nationalen Kampf verschiedene soziale und politische Schichten zustande kommen, die ihre eigenen Programme und Ziele haben. Auch Komplote von Feinden und anderen Kräften gibt es, die eine einige Front in Afghanistan verhindern wollen. Dann gibt es aber auch im Ausland besondere Emigrantkrankheiten, da sie sich nicht mit der Realität in Afghanistan befassen können. Das fördert subjektivistische Tendenzen. Aber auch die psychische Unterdrückung, der psychische Druck, daß sie in einem anderen Kulturbereich leben, führt zu Konflikten unter den Afghanen. Diese Spaltung zwischen den Afghanen ist auch eine große Gefahr weil besonders diejenigen, die in Europa arbeiten und studieren, unser großes Kapital für die Zukunft sind. Wenn sie sich nicht vereinigen, dann werden sie später ihre sektiererischen Haltungen mit nach Afghanistan bringen.

*Es gibt hier keine richtig im Volk verwurzelte Solidaritätsbewegung mit dem afghanischen Volk. Was ist eure Forderung an die Linke, an die bewußte Opposition im Westen, z.B. auch an die Friedensbewegung?*

Die Ursache hierfür ist, daß es in Afghanistan um einen antiimperialistischen Kampf gegen die Sowjetunion geht. Nach dem II. Weltkrieg wurden die meisten Befreiungskämpfe gegen westliche Imperialisten geführt und dies hat zu einer Tradition besonders innerhalb der Linken geführt. Aber einen Befreiungskampf gegen ein Land zu unterstützen, das sich sozialistisch nennt und das die Linke lange Jahre verteidigt hat, ist ein bißchen schwer. Zweitens verstecken sich die Russen und das Regime in Afghanistan unter den Begriffen Sozialismus und soziale Reformen. Drittens wird die Bewegung in Afghanistan durch die

Presse als Glaubenskrieg dargestellt, und ein Glaubenskrieg weckt natürlich nicht die Solidarität insbesondere der Linken.

Wenn die Friedensbewegung in Europa sich nicht mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Nationen verbindet, dann besteht die große Gefahr daß sie eine eurozentrische Konzeption bleibt. Frieden nicht nur für Europa, sondern Frieden für alle Völker Frieden für uns bedeutet Freiheit, daß wir aus der Diktatur herauskommen und in einer demokratischen Gesellschaft leben. Diese Verbindung zwischen der Befreiung der Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika und der Friedensbewegung in Europa ist eine Garantie dafür daß diese Friedensbewegung nicht mißbraucht wird. Das ist eine große Gefahr daß die Friedensbewegung, die besonders in der BRD gegen die USA ausgerichtet ist, von demagogischen Kräften und von den anderen Imperialisten, der Sowjetunion, mißbraucht wird.

*Eine militärische Lösung ist für mich in Afghanistan momentan nicht absehbar. Gibt es den Ansatz einer politischen Lösung, z.B. über die Genfer Afghanistan-Konferenz?*

Eine politische Lösung ohne einen militärischen Aufstand des afghanischen Volkes ist nicht realisierbar. Eine politische Lösung kommt zustande, wenn die Widerstandskräfte in Afghanistan so stark sind, daß sie politisch, ökonomisch, psychisch und auch militärisch die Invasoren zwingen können, eine gerechte Lösung für das afghanische Volk zu akzeptieren. Eine militärische Lösung in ihrer begrenzten Bedeutung, d.h. die Fragen in Afghanistan nur mit militärischen Instrumenten zu lösen, ist für die Russen nicht realisierbar und vielleicht auch nicht für uns als kleine Nation. Jeder militärische Konflikt soll einmal ein Ende finden. Die NEFA ist nicht gegen eine politische Lösung des Konflikts. Aber für jede politische Lösung sehen wir zwei Hauptbedingungen. Einmal, daß die beiden Hauptkontrahenten einbezogen sind und die Lage diskutieren. Dabei sind die Russen die eine Seite, da sie unser Land okkupiert haben,

und die andere Seite ist das Volk Afghanistans, vertreten durch die Widerstandsgruppen. Zweitens müssen wir wenn wir eine Lösung des Konfliktes anstreben, den Kern des Konfliktes lösen. Der Kern ist die Besetzung. Die Sowjetunion soll die Okkupation und Aggression beenden.

Wenn wir zu Nebenfragen übergehen, z.B. Flüchtlingsfrage, Garantiefragen, dann sind sie als Ergebnis einer Okkupation und Aggression zu behandeln. Die heutigen Genfer Verhandlungen gehen einen falschen Weg, weil dort weder die afghanischen Völker noch die Russen vertreten sind. Obwohl die Russen sich das indirekt anschauen und ihren Einfluß haben. Die russischen Kolonialisten wollen mit dieser Konferenz zwei Ziele erreichen. Einmal, sich von den allgemeinen Kritiken der Weltöffentlichkeit befreien, zweitens eine Illusion aufbauen, sie seien für Frieden und eine gerechte Lösung der afghanischen Frage. Wir wollen, daß der Konflikt eine baldige Lösung findet, aber wir wollen vor allem eine richtige Freiheit, Souveränität und territoriale Integrität. Wir sind überzeugt, daß der Krieg trotz aller Wünsche nach Frieden noch eine lange Zeit dauern wird. Wir haben zwei Gründe für diese Feststellung. Einmal ist das afghanische Volk nicht vereinigt. Ein militärischer und auch politischer Erfolg kann für uns nur erreichbar sein, wenn unsere Nation, unser Volk, unsere politischen Organisationen einig sind. Keine Organisation kann diesen Krieg, auch nicht die politischen Verhandlungen, im Alleingang zum Erfolg führen. Das würde nur zu einem Bürgerkrieg führen. Zweitens sehen wir den imperialistischen Charakter der SU. Sie wird nicht auf eine gerechte Lösung eingehen, solange sie das afghanische Volk uneinig sieht. Sie stellt z.B. die Vorbedingung, daß die jetzige Regierung an der Macht bleibt, oder daß die ausbeuterischen Verträge eingehalten werden. Diese Vorbedingungen sind solcherart, daß keine politische Macht innerhalb Afghanistans oder auf internationaler Ebene das für die Sowjetunion garantieren könnte oder würde.

*Das Gespräch führte Günter Schabram*

Zu berücksichtigen ist, daß sich alternative Parlamentsarbeit in einem vielfältigen Spannungsfeld bewegt, genannt sei hier das Verhältnis zur Basis, wobei zwischen der Basis in der eigenen Organisation und der Basis, die durch andere außerparlamentarische Gruppen und Initiativen dargestellt wird, unterschieden werden muß. Zum Bezugsrahmen alternativer Parlamentsfraktionen gehören natürlich auch die etablierten Parteien und Medien, sie sind abhängig von konkreten Mehrheitsverhältnissen sowie dem Auf und Ab außerparlamentarischer Bewegungen. Unter welchen Gesetzmäßigkeiten alternative Parlamentsarbeit sich abspielt, dürfte nur herausgearbeitet werden können, wenn man die Arbeit verschiedener Fraktionen unter ihren jeweiligen Bedingungen analysiert. Zwei Jahre nur einer Fraktion sind dazu zu wenig.

### Die Basis

Es ist durchaus nicht klar wer die Basis ist. Gegenüber der Parlamentsfraktion fühlt sich die gesamte Alternative Liste als Basis, die Definition wird jedoch um so unklarer je weiter man den Kreis zieht. So begreifen viele AL-Mitglieder nach wie vor auch alle außerhalb der Liste organisierten „Basisinitiativen“ also z.B. Bürgerinitiativen und Hausbesetzer als Basis, andere definieren gar die „AL Wähler“ als Basis. Die Definition ist aus dem Selbstverständnis der Grünen und Alternativen durchaus von erheblicher Bedeutung, weil die wie auch immer definierte Basis in diesem Selbstverständnis ja der Träger basisdemokratischer Entscheidungen sein soll. Allgemeinplätze wie „die Betroffenen sollen selbst entscheiden“ erfordern eine klare Feststellung, wer denn nun die Betroffenen sind. In der Frage der Hausbesetzungen ist aus dem alternativen Selbstverständnis heraus klar das die Besetzer und nicht die Wohnungsbaugesellschaften „die Betroffenen“ sind; schwieriger wird es schon, wenn es zu Konflikten zwischen Besetzern und umliegenden legalen Mietern kommt.

Aus dieser Zwickmühle befreit sich der alternative Parlamentarier häufig recht pragmatisch: Für ihn stellen sich als Basis der Entscheidungsfindung in der Regel diejenigen dar die in irgendeiner Art und Weise an seiner parlamentarischen Arbeit Anteil nehmen. Diese pragmatische Entscheidung muß sicherlich problematisiert werden, weil sie häufig Einzelinteressen in den Mittelpunkt rückt und eine Art alternativen „Lobbyismus“ fördert. Umgekehrt ist selbstverständlich die Berufung auf eine



# Alternativer Parlamentsalltag — Erfahrungen

Mit Beginn der parlamentarischen Sommerpause ist in Berlin erstmals eine alternative Parlamentsfraktion ausgewechselt worden. Aber nicht das Rotationsprinzip der Grün/Alternativen soll Thema dieses Beitrages sein, sondern es soll der Versuch gemacht werden, aus der Rückblende einige Aspekte alternativer Parlamentsarbeit zu beleuchten.

„schweigende Mehrheit“ in deren Sinne man einen Interessenausgleich vornimmt, für ein alternatives Politikverständnis ebenso unakzeptabel.

Es hat sich in der Praxis jedoch als Utopie erwiesen anzunehmen, es gäbe innerhalb der außerparlamentarischen Bewegung keine Interessengegensätze und alternative Politikkonzeptionen könnten sich aus der Addition von Einzelforderungen ergeben. Die Notwendigkeit parlamentarischer Stellungnahme, und sei es auch nur im Abstimmungsverhalten, produziert die Notwendigkeit zur Einigung. So hat es sich als sinnvoll erwiesen, Initiativen mit z.T. gegensätzlichen Zielvorstellungen auf gemeinsamen Treffen zusammenzuführen und unter dem Druck einer bevorstehenden Parlamentsabstimmung zu einer gemeinsamen Haltung zu bewegen.

Wo es nicht gelang, aus unterschiedlichen Positionen zu einer Einigung zu gelangen, etwa in der Frage „Verhandeln oder Nichtverhandeln“ in der Hausbesetzerfrage, konnte weder die Parlamentsfraktion noch die Bewegung als solche erfolgreich agieren.

Nicht das imperative Mandat, das etablierte Politiker als Gängelung der Abgeordneten durch die Basis verstehen, stellt

sich als wesentliches Problem eines alternativen Abgeordneten dar weil diesem Mandat in aller Regel ein gemeinsamer Willensbildungsprozeß vorausgeht, sondern in relativ aussichtsloser Lage befindet er sich immer dann, wenn die Basis zu einem kollektiven Willensbildungsprozeß nicht in der Lage ist oder kein Interesse an ihm hat. Fast jede grüne oder alternative Arbeitsgruppe, die mit einem Parlamentarier zusammenarbeitet, fühlt sich durch seinen Wunsch nach gemeinsamer Willensbildung häufiger belästigt als anmiert, ein imperatives Mandat zu „verhängen“

Der parlamentarische Entscheidungsdruck kann aber eine produktive Funktion wahrnehmen, wenn es gelingt, dadurch die Notwendigkeit der kollektiven Willensbildung einer außerparlamentarischen Bewegung zu verstärken, weil diese Notwendigkeit auch jenseits der Parlamentsnotwendigkeit existiert.

Die sich daraus ergebenden Konsequenzen, zu denen im Konflikt auch die Durchsetzung des kollektiven Willens gegen Minderheiten gehört, weisen jedoch über die Probleme alternativer Parlamentsarbeit weit hinaus und berühren grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von Bewegung und Organisation (Partei).

### Parlamentarische Kompromisse

Es muß festgehalten werden, daß es innerhalb der Grünen und Alternativen keine theoretische Konzeption ihrer Parlamentsarbeit gibt. Zwar wird der Gedanke des Parlaments als Tribüne für eigene politische Vorstellungen formuliert, es ist aber keineswegs von der Beschränkung auf diesen Ansatz auszugehen. Hier ist auch eine veränderte Haltung gegenüber den eigenen Erwartungen festzustellen. Anders als bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen im Mai 1981 gab es bei der ersten Wahlbeteiligung der Alternativen Liste 1979 eine Festlegung für das Verhalten im Parlament: danach wäre es den Abgeordneten lediglich gestattet, „Vorschläge und Vorhaben zu unterstützen, die unseren Zielen entsprechen“ (Wahlprogramm 1979). Ernstgenommen würde diese Formulierung das aktive Aushandeln von Kompromissen auf parlamentarischer Ebene verbieten.

Durchhaltbar ist diese Vorstellung schon deshalb nicht, weil es im Konfliktfall häufig die außerparlamentarischen Initiativen waren, die die Parlamentsfraktion zum Kompromiß drängten, weil der mögliche materielle Teilerfolg für diese Gruppen von größerer Bedeutung ist, als der Erhalt der reinen Lehre. Dabei haben die außerparlamentarischen Gruppen z.T. erhebliches taktisches Fingerspitzengefühl entwickelt, daß manchmal bis zu dem Vorschlag an die Fraktion reichte, einen Kompromiß nur dann abzulehnen, wenn sichergestellt sei, daß er mit der Mehrheit der anderen Fraktionen angenommen wird.

Damit soll keineswegs Klage über die Kompromißbereitschaft der außerparlamentarischen Initiativen geführt werden. Das Suchen nach parlamentarischen Kompromissen ist schon deshalb sinnvoll, weil es Voraussetzung dafür ist, Widersprüche im Lager der anderen Parteien ausfindig und nutzbar zu machen. Die Nützlichkeit dieses Vorgehens besteht dabei weniger darin, die Möglichkeit materieller Teilerfolge zu schaffen, dies ist unter den Verhältnissen einer CDU/FDP-Mehrheit in der Regel unrealistisch, sondern auf zwei anderen Faktoren. Zum einen hat sich gezeigt, daß unsere parlamentarischen Initiativen durch die Unterstützung zumindest von Teilen der SPD für die Medien interessanter werden und so eine größere Öffentlichkeit erreichen; zum andern – dies halte ich für wesentlicher – gelang es uns dadurch, zumindest in Einzelfällen exemplarisch die Kompromißunfähigkeit der Sozialdemokratie aufzuzeigen.

Nach meiner Auffassung hat ein relevanter Anteil der Bevölkerung ein politisches

Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen von uns und den Sozialdemokraten. Für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen uns und der SPD wird es wesentlich sein, wenn diese Menschen die Schuld für ein Scheitern dieser Zusammenarbeit zuweisen, vor allem auch dann, wenn es um parlamentarische Initiativen geht, die von der Bevölkerung für die ureigenen Anliegen der Sozialdemokratie gehalten werden, wie es die hessischen Grünen derzeit mit ihrem Entwurf zum Personalvertretungsgesetz vorexerzieren.

Ohne Zweifel geht von der Suche nach parlamentarischen Kompromissen auch die Gefahr aus, zur Manövriermasse vor allem der Sozialdemokratie zu werden, die uns immer wieder schlicht vor die Alternative zu stellen versucht, entweder ihren Antrag zu unterstützen oder völlig leer auszugehen. Hier ist von alternativen Parlamentariern Standfestigkeit und der Mut gefordert, einen möglichen materiellen Teilerfolg auch einmal auszulassen, denn wer sich auf dieses Spiel einläßt, wird sich notwendig überflüssig machen. Die Zeiten, in denen die SPD sich dadurch die Zustimmung der Linken erpressen konnte, indem sie sich als das

kleinere Übel zur CDU darstellte, müssen ein für allemal vorbei sein.

Man soll mein Plädoyer für die Suche nach Kompromissen mit der Sozialdemokratie nicht falsch verstehen. Der Verlauf der Hamburger und hessischen Tolerierungsverhandlungen sowie das Verhalten der Berliner SPD – obwohl in der Opposition weisen lediglich auf den wahren Gehalt der „Mehrheit links von der Union“ auch dort hin, wo sie numerisch möglich ist, und es ist ja wohl eine unserer Zielvorstellungen in der Parlamentsarbeit, mit Illusionen aufzuräumen.

### Erfolg und Mißerfolg

Ein zentrales Problem alternativer Parlamentsarbeit ist, daß es für Erfolg oder Mißerfolg keine anerkannte Meßlatte gibt, wenn man dazu nicht wie die etablierten Parteien den jeweils nächsten Wahlakt heranziehen will. Ähnlich wie bei den etablierten Parteien stellt sich auch den Grün/Alternativen nach jeder Parlamentsdebatte die Frage, wie man in den Medien „rüber gekommen“ ist, eine Frage die angesichts der Realität der bundesdeutschen Medienlandschaft fast immer zu enttäuschenden

Häuserkampf in Westberlin. Der CDU-Senat ist in den letzten Wochen immer mehr auf Konfrontationskurs gegangen.



# WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT



WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

**Schwerpunkt:**

Haushaltstechnik: Bauknecht weiß, was Frauen wünschen \* Der Weg zum elektrischen Haushalt \* Technisierung des Haushaltes - Im Interesse der Frauen? \* Tante Linas Kriegstagebuch \* Arbeiterhaushalt um 1930 \* Zum Beispiel Waschen \*

**Weitere Themen:**

Prinzip Selbstorganisation - eine neue Hoffnung? \* Brennholz in Indien \* Berliner Bibliotheksverbund \* Krebs \* Computertechnik und Militär \* Leben in Schutzräumen \*

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG  
Gneisenastr 2, 1000 Berlin 61

DM 5.- Einzelheft

DM 20.- Abonnement für 4 Hefte  
(incl. Versandkosten).

erscheint vierteljährlich

Antworten führt. In dieser Betrachtung liegt darüberhinaus eine Überschätzung der Überzeugungskraft von Parlamentsreden, auch wenn sie „gut“ sind.

Da unter den gegebenen Macht- und Mehrheitsverhältnissen die Möglichkeiten alternativer Parlamentsarbeit, zu materiellen Veränderungen beizutragen, absolut marginal sind, kann auch hier kein Erfolgsmaßstab zu finden sein.

Es ist uns zwar gelungen, entsprechend unserem Wahlversprechen, den außerparlamentarischen Initiativen Informationen zu verschaffen; Skandale aufzudecken ist aber mühsamer als mancher denkt. Es spricht für die vollständige Fehleinschätzung des Parlamentarismus, wenn sich einige Berliner Hausbesetzer gar zu der Vermutung verstiegen, die Räumung besetzter Häuser würde unter unserer Anwesenheit im Ausschuß für „Inneres, Sicherheit und Ordnung“ vorbesprochen. In den vergangenen beiden Jahren sind alle unsere drei Anträge auf Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse abgelehnt worden, obwohl zu deren Einsetzung 25% der Abgeordneten ausgereicht hätten. Lediglich wenn es uns gelang, „Betroffene“ als Zuschauer parlamentarischer Wirklichkeit zu mobilisieren, konnte Empörung über eben diese Wirklichkeit geschaffen werden. Das Parlament selbst kann nur im geringen Umfang als Tribüne für die eigenen politischen Vorstellungen dienen.

Ob die Parlamentsarbeit sich schließlich als Erfolg oder Mißerfolg erweist, wird außerhalb der Parlamente entschieden. Die Eigenschaft, Abgeordneter/Fraktion oder Parlamentspartei zu sein, verschafft Foren zur Diskussion, die in der Vergangenheit unzugänglich waren, seien dies nun Altenheime oder gewerkschaftliche Mitglieder versammlungen von Großbetrieben, auch die sporadische Medienöffentlichkeit gehört dazu. Dazu gehört natürlich auch, mit parlamentarischen Initiativen nachzuweisen, auf welcher Seite man steht, und ob es uns nachzuweisen gelingt, daß wir in der Lage dazu sind, die Wirklichkeit zu verändern.

### Parlamentarisierungsprozesse

Es ist im Nachhinein nicht mehr nachzuweisen, wer diesen Begriff zuerst geprägt hat. Hans-Jochen Vogel benutzte ihn jedoch in seiner Berliner Zeit gern, wenn er unsere zukünftige Entwicklung vorherzusagen versuchte. Der Begriff bedeutet auch das allmähliche Akzeptieren der ungeschriebenen Gesetze des Parlamentsalltages. Wenn man einmal so lächerliche Fragen wie die der Kleidung ausblendet, so ist diese Angelegenheit in der Tat zweischneidig, weil eine Reihe dieser ungeschriebenen

Gesetze tatsächlich auch Schutzrechte parlamentarischer Minderheiten darstellen. Wer nicht bereit ist, sich an die Regel zu halten, daß ein Antrag vertagt wird, wenn auch nur eine Fraktion dies wünscht, wird sich gefallen lassen müssen, daß darüber mit Mehrheit entschieden wird, und dabei ziehen wir allemal den kürzeren. Soweit solche Schutzrechte als ungeschriebene Gesetze existieren, brauchen sich Alternative im Konfliktfall keine großen Kopfschmerzen über deren Einhaltung machen, weil sie dann in der Regel doch von der Mehrheit umgestoßen werden.

Mit Parlamentarisierung ist natürlich noch viel mehr gemeint, so das Akzeptieren parlamentarischer Mehrheiten und von Gerichtsentscheidungen auch außerhalb des Parlaments, der Verzicht auf imperatives Mandat und Rotation der Abgeordneten, der Verzicht auf „unparlamentarisches“ Auftreten im Plenarsaal und andere Dinge mehr

Als praktisches Problem stellt sich je doch für mich nicht die Parlamentarisierung der alternativen Parlamentarier dar hier gibt es ausreichende Aufmerksamkeit und Kontrolle der Basis, manchmal sicher auch ungerechte Kritik. Als Problem wird sich auf Dauer in der Praxis die Frage erweisen, wieweit sich die Grünen und Alternativen als Organisationen parlamentararisieren. In der ersten Phase bedeutet dies keineswegs inhaltliche Anpassung. Das Überspringen der 5%-Hürde hat Grünen und Alternativen jedoch in Windeseile zu einem Apparat verholfen, dessen Existenz von ihrer Vertretung in den Parlamenten abhängig ist. Hier liegen mit Sicherheit erhebliche Gefahren.

Parlamentarisierungsgefahren gehen für Grüne und Alternative schließlich auch von ihrem eigenen Unwillen aus, politische Machtzentren zu schaffen. Wer sich wie in Berlin eine aus Berufspolitikern bestehende Parlamentsfraktion mit entsprechendem Apparat leistet, aber nicht Willens ist, innerhalb der eigenen Organisation eine Art Vorstand zu schaffen, der wenigstens tendenziell mit dieser Fraktion mithalten kann, der wird es in der Praxis erdulden müssen, wenn die Fraktion selbst mit all ihren Unzulänglichkeiten zum einzigen Repräsentanten der eigenen politischen Vorstellungen wird.

Nach außen wird sicher die Parlamentsarbeit der Grünen und Alternativen auch weiterhin die größte Beachtung finden, entscheidend für ihre innere Entwicklung wird aber neben der Auseinandersetzung der in ihnen vertretenen unterschiedlichen politischen Strömungen die Frage sein, wie sie mit den Rückwirkungen ihrer Repräsentanz in den Parlamenten fertig werden. □

# Das Listenchaos entspringt auch einem Defizit grüner Politik

Am 25. September gleichzeitig mit den Neuwahlen in Hessen, werden in Bremen und Bremerhaven der Landtag und die beiden Stadtparlamente gewählt. Der folgende Artikel skizziert zunächst die politischen und wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen, um anschließend auf die aktuellen Wirrnisse und Kontroversen um die Listenbildung in Bremen einzugehen.

---

Von Ralf Fücks

---

**D**ie Wahlen zur Bremer Bürgerschaft finden unter finsternen wirtschaftlichen Vorzeichen statt. Bremen droht zum Detroit Norddeutschlands zu werden. Wie in einem Brennspeigel konzentriert sich hier die Krise der wirtschaftlichen *Struktur* die in den fünfziger und sechziger Jahren Grundlage des stürmischen Wachstums war. Hafenwirtschaft mitsamt ihrem Umfeld von Reedereien, Speditionen und Großhandelsfirmen, Stahlindustrie (Klößner), Schiffbau, Fischfang und -verarbeitung, Flugzeugindustrie (VfW/MBB), Unterhaltungselektronik (Nordmende), Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Tabak, Bier, Kaffee).

## **Bremer Ökonomie – ein sinkendes Schiff**

Die Stagnation des Weltmarkts, die weltweite Überproduktion in zentralen Industrien, die Umwälzungen in der internationalen Arbeitsteilung (Verlagerung von Produktionskapazitäten und Aufbau konkurrierender Industrien in den „Schwellenländern“) schlagen voll auf die Bremer Ökonomie durch. Bereits heute sind offiziell 13% Arbeitslose registriert, in Bremerhaven, wo die Abhängigkeit von Schiffbau und Fischwirtschaft besonders groß ist, liegen die Zahlen noch höher. Eine „Wende“

---

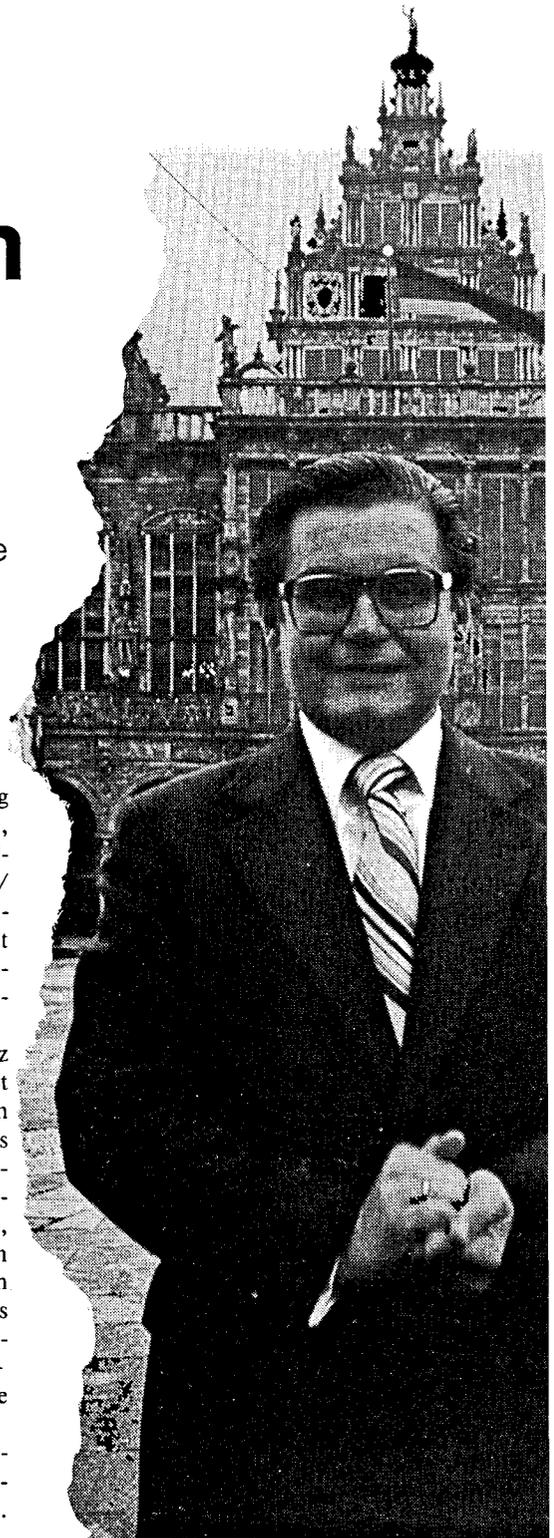
*Ralf Fücks ist Kandidat der Grünen für die Bürgerschaftswahlen in Bremen*

dieser Tendenz zur industriellen Verödung und sozialen Verarmung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: im Schiffbau droht der Kollaps der beiden Großwerften (AG Weser / Bremer Vulkan); die vom Senat als „Rettungsaktion“ betriebene Fusion schließt Kapazitätsabbau und Arbeitsplatzvernichtung ein (die Rede ist von ca. 1200 Entlassungen).

Klößner Ende der 50er Jahre als Ersatz für die Automobil-Pleite bei Borgward mit rund 250 Millionen DM Subventionen nach Bremen geholt, steht ebenfalls am Rand des Konkurses. Unter dem Druck der fixen Kosten, die umgekehrt proportional zur Kapazitätsauslastung die Rentabilität belasten, hat Klößner in den vergangenen Jahren beständig über die von der EG-Kommission festgelegten Produktionsmengen hinaus produziert und sich damit Bußgelder in Höhe von 190 Millionen Mark zugezogen – werden diese Sanktionen vollstreckt, wie von den vereinigten Konkurrenten Klößners gefordert, stehen fast 7000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. 20, ja 25% Arbeitslose in Bremen sind ein sehr realer Alptraum.

## **Ebbe in der Staatskasse – Hilflosigkeit im Senat**

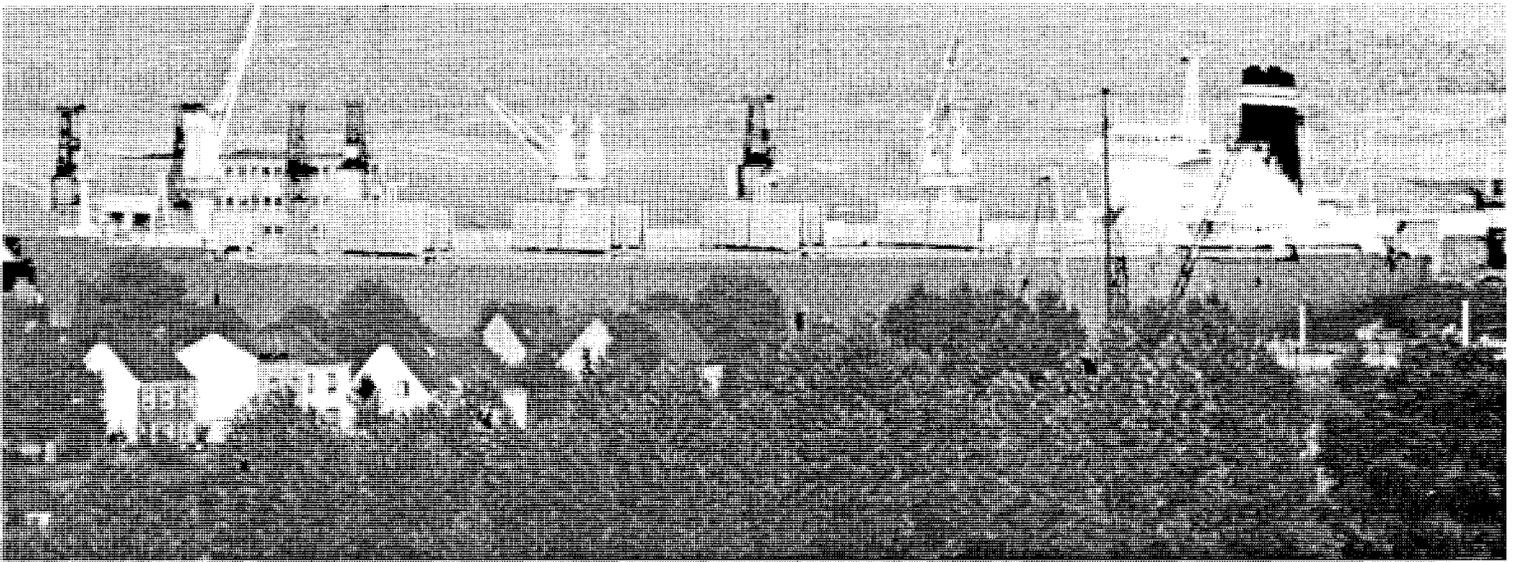
Der industrielle Niedergang schlägt sich als Krise der Landes- und Gemeindefinanzen nieder. Bremen liegt als Bundesland und Großstadt mit weitem Abstand an der Spitze der Pro-Kopf-Verschuldung in der BRD. Die Zins-Belastung des Haushalts nähert sich 15 % der Gesamtausgaben; sie übersteigt 1983 die Neuverschuldung. Diese Finanzklemme ist nun keineswegs Ergebnis sorgloser Verschwendung öffentlicher Mittel, wie die bürgerliche Opposition unter



---

Bislang kann Koschnick noch lächeln – die absolute Mehrheit im Kreuz. Aber wie wird die Lage nach dem 25. September aussehen!? Wird die Listenzersplitterung auf der Linken unter Umständen sogar destabilisierend wirken in bezug auf eine Mehrheit gegenüber CDU und FDP?

---



Das idyllische Bild täuscht natürlich. Heute ist nicht mal mehr klar, wie lange die Skyline noch zu sehen sein wird. In der Werftindustrie geht es drunter und drüber. Alternative Vorstellungen gibt es, aber die Kräfte, die sich durchsetzen, sind wohl noch nicht formiert.

stellt, jedenfalls nicht vorrangig. Sie ist Resultat einer bis 1980/81 durchgehaltenen antizyklischen, keynesianischen Finanz- und Wirtschaftspolitik: die kreditfinanzierte Ausdehnung der Haushalte sollte die Stagnation von privatem Konsum und privaten Investitionen auffangen und eine neue Spirale von Nachfrage und Produktion in Gang setzen. Eine Auswirkung dieser Politik war die starke Aufblähung des öffentlichen Dienstes – mit dem Ausbau gesamtgesellschaftlicher Aufgaben (Bildung, Gesundheitswesen etc.) wuchs auch der bürokratische Apparat, der sie verwaltet.

Diese Art Haushaltspolitik stand und fiel schließlich mit der Hoffnung auf eine neue, selbsttragende Hochkonjunktur mit den alten Wachstumsraten. 1981 warf die SPD auch in Bremen das Ruder herum und begann sich der bundesweit längst vorherrschenden restriktiven Ausgabenpolitik anzupassen. „Sparen“ heißt jetzt die Devise und zwar im „konsumtiven“ Bereich (Soziales, Bildung, Kultur/Personalkosten generell) wie bei den Investitionen. Langfristig sollen über Kürzungen der konsumtiven Ausgaben zusätzliche Mittel für akkumulationsfördernde Investitionen gewonnen werden, aktuell aber verstärkt die „Sparpolitik“ in beiden Sektoren die wirtschaftliche und soziale Krise.

Bei der jetzigen Struktur von Einnahmen und Ausgaben schrumpfen die kommunalen Finanzierungsspielräume für eine aktive Krisenpolitik gegen Null, ganz zu schweigen von der Fortsetzung sozialstaatlicher Reformpolitik alten Stils. Schon die Wahrnehmung der bestehenden Rechtsansprüche auf Sozialhilfe, Wohngeld etc. durch alle in Frage kommenden Bürger würde den Haushalt sprengen. In der Praxis hat die SPD denn auch den behaupteten Anspruch auf „qualitative Strukturpolitik“ zugunsten bloßer Krisenverwaltung aufgegeben. Marktwirtschaftlich orientierte Rationalisierungs-Subventionen werden als „Siche-

rung der Arbeitsplätze“ verkauft; ökonomisch bodenlose und ökologisch verheerende Industrieansiedlungsprojekte stur weiter verfolgt, als wäre nichts geschehen, was zum Umdenken zwingen würde; die „Verantwortung der Unternehmen“ „weltwirtschaftliche Zwänge“ und „bundespolitische Hindernisse“ werden beschworen, um die Unwilligkeit und Unfähigkeit des SPD-Senats zu einer *in die Produktionsweise eingreifenden* Anti-Krisen-Politik zu rechtfertigen.

### Gegenwehr?

Bremen gilt immer noch als Hochburg sozialen Widerstands und außerparlamentarischer Opposition. Dieser Mythos – genährt durch die Septemberstreiks 1969 das politische Überleben traditionslinker Arbeiterkader in einigen Großbetrieben, den anfänglichen Vormarsch der neuen kommunistischen Gruppen (v.a. des KB Bremen/KBW) in Betrieben, Gewerkschaften und Schulen zu Beginn der 70er Jahre, die „rote Kaderschmiede“ Universität, die Bremer Anti-AKW-Bewegung und die spektakuläre Auseinandersetzung um die öffentliche Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 – hat sicher einen realen Kern. In kaum einer anderen Stadt der BRD dürfte es ein (prozentual) so großes und weit-verzweigtes oppositionelles Potential in und außerhalb der Betriebe / Gewerkschaften geben. Die alternative Infrastruktur – ein Netz von Projekten, Kulturzentren, Kneipen, Läden, Wohngemeinschaften, politischen Initiativen aller Art – wächst. (In den Hochburgen der Alternativszene haben die GRÜNEN bei der Bundestagswahl im März bis zu 30 % der Stimmen erhalten). Vor allem aber: diese politisch-kulturelle „Gegenwelt“ ist nicht ghettoartig isoliert, von der „offiziellen“ Gesellschaft abgetrennt. Die Übergänge sind fließend, und das Echo des politischen und sozialen Protests reicht bis in die großen Medien, die Bildungseinrich-

tungen und in die SPD. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die außerparlamentarischen Bewegungen alles andere als auf der Höhe der Herausforderungen sind, denen sie sich gegenübersehen. Es herrscht eher Flaute, Ratlosigkeit, Resignation und Rückzug ins Private als Initiative, Aktivität und Kampf Stimmung.

Die Gewerkschaften reagieren hilflos auf die Krise, ohne Konzept und politische Initiative, die „kämpferproben“ Belegschaften der „linken Hochburgen“ (Klößner Vulkan) blieben bisher angesichts der Bedrohung ihrer sozialen Existenz passiv – Fatalismus und Resignation vor den „Sachzwängen“ der Ökonomie statt kollektives Aufbegehren. Wo sich Ansätze von Gegenwehr zeigen, drücken sie vorwiegend den Appell an Senat und Bundesregierung aus, durch Subventionen Arbeitsplätze zu sichern. Lichtblicke, weil Ansätze zu selbständigem Handeln, Suche nach neuen Wegen aus der Krise, bilden der Arbeitskreis für alternative Produktion bei VöW die Bürgerinitiativen zur Verteidigung der Werftarbeitsplätze (die der Idee nach den betrieblichen mit dem Widerstand in den Stadtteilen verbinden sollen) und eine erfolgreiche Initiative der Voith-Belegschaft. Die Bremer Filiale des Maschinenbauunternehmens sollte auf Beschluß der Heidenheimer Zentrale geschlossen werden, rund 170 Beschäftigte sollten ihren Arbeitsplatz verlieren. Angeregt durch das Beispiel Lucas Aerospace konnte die Belegschaft die Übernahme des Betriebs in eigene Regie durchsetzen, alternative Produktvorschläge wurden entwickelt; der Bremer Senat sichert die Umstellungsphase finanziell ab.

Mit den außerbetrieblichen Bewegungen sieht es kaum besser aus. An eine mitreißende, mobilisierende Aktion, geschweige denn an einen durchschlagenden Erfolg kann sich kaum jemand erinnern. Auffällig ist, daß die Ausdifferenzierung des oppositionellen Potentials, das Auseinanderdriften seiner verschiedenen politischen, sozia-

len und kulturellen Bestandteile in den letzten Jahren trotz gemeinsamer Aktionen zu einem Großereignissen eher noch zugenommen hat. Es gibt keinen gemeinsamen theoretisch-politischen Bezugsrahmen, keine kontinuierliche übergreifende Diskussion, keine gemeinsame Sichtweise der Probleme und keine gemeinsame Sprache – allenfalls punktuelle Absprachen zwischen traditionellen Linken, Alternativen, Grünen, zwischen Gewerkschaftsaktiven, Ökologen, Feministinnen, Kulturinitiativen, Pazifisten und Militanten. In dieser sich jeder parteipolitischen Vereinnahmung und weltanschaulichen „Vereinheitlichung“ entziehenden Vielfalt liegt viel Produktives – Erprobung unterschiedlichster Ansätze, Vielfalt von Widerstandsformen, Unberechenbarkeit für die Staatsseite, und ihr experimenteller provisorischer Charakter entspricht der Komplexität der Probleme, mit denen wir zu tun haben, ebenso wie dem Zusammenbruch der geschlossenen Theoriegebäude. Gleichzeitig bildet das zusammenhanglose *Nebeneinander* der verschiedenen Bewegungen und Richtungen eine Schranke für ihre Durchsetzungs- und Mehrheitsfähigkeit ein Problem, das auch nicht durch die bloße *Addition* der unterschiedlichen Interessen und Strömungen gelöst werden kann, weshalb die Bremer Grünen sich zurecht gegen das Konzept einer Aktionseinheitsliste zur Bürger-schaftswahl gewehrt haben.

**1, 2, 3, viele Listen**

Im Herbst werden voraussichtlich außer SPD/FDP/CDU kandidieren: Die Grünen (Landesverband der Bundespartei), die Bremer Grüne Liste (BGL), das Betrieblich-Alternative-Bündnis (BAL), die Liberalen Demokraten (FDP-Dissidenten) und -last not least- die Frauenpartei.

Dieses Gemenge ist nicht nur im Hinblick auf die Stimmensplitterung bei den Wahlen fatal – insofern sich in ihm tiefgehende politische Spaltungslinien zeigen, kann es auch gefährlich für die gemeinsame Handlungsfähigkeit der außerparlamentarischen Bewegungen werden. Außerdem zeichnet sich ab, daß viele Initiativen angesichts des Hickhacks um die Listenbildung auf Distanz gehen und ohnehin tiefisitzende anti-parlamentarische Einstellungen neue Nahrung erhalten.

Auch die Bremer Grünen wissen, daß angesichts von Bonner Wende und Bremer Krise, von „Nach“rüstung und Waldsterben die Zusammenarbeit von betrieblichem Widerstand, von gewerkschaftlichen, ökologischen und Friedens-Initiativen überlebenswichtig ist. Weshalb haben sie sich dennoch gegen das „breite Bündnis aller

oppositionellen Kräfte“ entschieden? Die Antwort erschließt sich aus dem politischen Charakter der verschiedenen Listen:

**Die BGL**

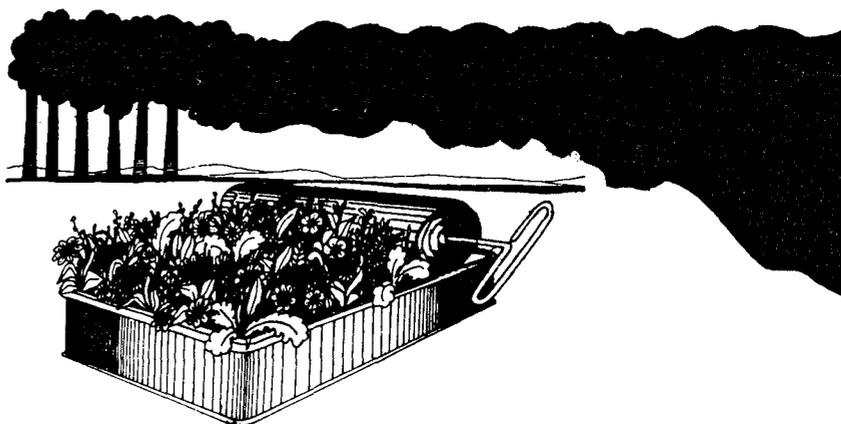
Vor vier Jahren gelang der BGL als erster „grünen Liste“ der Sprung in einen Landtag. Ihren Kern bildeten ehemalige Sozialdemokraten (u.a. Olaf Dinné und Peter Willers). Deren Hauptmotive für den Bruch mit der SPD waren die Kritik an ihrer antiökologischen „Wachstumspolitik“ und an der bürokratischen „Verfälschung“ von wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und staatlichen Apparaten mit der Parteiorganisation der SPD (die in Bremen seit dem Krieg ununterbrochen regiert).

Die BGL verstand sich zunächst als Wählerinitiative, die den außerparlamentarischen Protest in das Parlament verlängern wollte. Weder besaß sie eine aktive politische Basis noch ein fundiertes Programm. Arbeitsstrukturen, die eine organische Verbindung von Parlamentsfraktion und außerparlamentarischer Bewegung ermöglicht hätten, fehlten und wurden auch später nicht geschaffen. Von Anfang an grenzte sich die BGL nach links ab, eine Fusion mit der „Alternativen Liste“ wurde abgelehnt. Als prägend für ihr Verständnis von Ökologie erwiesen sich Gruhls „Ein Planet wird geplündert“ und der Club-of-Rome-Bericht über die „Grenzen des Wachstums“ – also eine vom theoretischen Verständnis und den politischen Schlußfolgerungen her konservative Auffassung des Problems.

Parteiblatt „Weser-Report“ entsprechend gern gesehen. Inzwischen – Peter Willers, der als einziger die Verbindung zur außerparlamentarischen Bewegung aufrechter hielt, hat die BGL verlassen und sich den Grünen angeschlossen – speist sich das politische Credo der Rumpf-BGL komplett aus den Stammtischweisheiten des gehobenen Mittelstands: Ökologie – alle müssen den Gürtel enger schnallen; Jugendarbeitslosigkeit – die bürokratischen Ausbildungshemmnisse beseitigen; Friedenspolitik kein Zurückweichen vor der Aufrüstung des Ostens; Sozialpolitik – Selbstverantwortung statt Sozialstaat. So kann's gehen, wenn halbverdaute ökologische Theorien, Arroganz gegenüber den außerparlamentarischen Bewegungen und persönlicher Ehrgeiz zusammenkommen. Mit der BGL können und wollen die Bremer Grünen jedenfalls nicht.

**Die BAL**

Sind gegenüber der BGL die Fronten klar so bereitete den Grünen die Entscheidung, kein Bündnis mit der BAL einzugehen, erhebliche Kopfschmerzen, und zwar wegen des Doppelcharakters diesser Liste: das „Betrieblich-Alternative-Bündnis“ als beherrschende Kraft der BAL ist politischer Ausdruck einer sozialen Bewegung, repräsentiert einen gewichtigen Teil der Bremer Betriebs- und Gewerkschaftslinken – und zugleich ist es parteipolitisches Instrument der übriggebliebenen altlinken Organisationen (zuallererst der DKP von der die BAL



Diese Tendenzen haben im Lauf der Zeit immer deutlicher die Oberhand in der BGL gewonnen. Sie entfremdete sich dem außerparlamentarischen Widerstand und suchte entsprechend Dinnés Strategie ihren politischen Widerhall in der „Mitte“ – als fortschreitende *Anpassung* an den spießbürgerlichen „gesunden Menschenverstand“ Hauptfeind war die SPD, die zum Sündenbock für alle gesellschaftlichen Krisenerscheinungen erklärt wurde. Kommentare der BGL-Abgeordneten waren im CDU-

personell und organisatorisch abhängt, in 2. Linie der Gruppe Arbeiterpolitik, in 3. Linie des KB, der Volksfront-KPD etc). Das BAB ist ein Schritt zur politischen Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit der Arbeiterlinken über den eigenen Betrieb hinaus – aber dieser Fortschritt ist eingebunden in ein verschlissenes Ideologiegebäude, ein historisch überständiges politisches Milieu, an denen er zugrunde zu gehen droht.

Programm und Politik der BAL sind aufgebaut nach dem Muster des „Minimal-

# »Was machen DIE GRÜNEN im Parlament?«

— Haushaltsdokumentation 1983 der GRÜNEN IM RÖMER —

## Beispiele aus zwei Jahren GRÜNER Kommunalpolitik in Frankfurt



Haushaltsdokumentation 1983 der GRÜNEN IM RÖMER

Beispiele aus zwei Jahren GRÜNER Kommunalpolitik in Frankfurt

**Inhalt:** Einbringung des Haushaltes 1983 Frankfurt Bilder Übersicht über die GRÜNEN Anträge zum Haushalt 1983 **Arbeitsschwerpunkte:** Basisdemokratie Repräsentation und „Imagepflege“ Bildung, Schule und Volkshochschule Kultur Wohnen Verkehr Umwelt und Gesundheit Sozialpolitik Wirtschaft und Finanzen Stellungnahme zur Verabschiedung des Haushaltes Pressespiegel Haushaltsdiskussion in den Ortsbeiräten Register aller GRÜNEN Anträge und Anfragen in 2 Jahren Im Rückblick 1 Stellungnahme zum Haushalt 1982 Im Rückblick 2: Startbahn West 1981/82.

452 Seiten, 72 Fotos, DIN A 4 Einzelexemplar 15 DM plus 2,50 DM Versand.

Ab 5 Ex. 30% Wiederverkäuferrabatt an Buchläden, Bürgerinitiativen und GRÜNE.

Versand erfolgt ausschließlich gegen Vorkasse (Überweisung oder Scheck). Wir bitten um Verständnis, daß wir wegen Arbeitsüberlastung keine Bestellungen ausführen werden, die nicht vorher bezahlt sind.

DIE GRÜNEN IM RÖMER

6000 Frankfurt am Main 1

Tel. 0611 / 283702 / 03

Kto. Nr. 204536, Ffm Sparkasse v. 1822

konsens“ Strittige Grundsatzfragen werden ausgeklammert; eine grundlegende Auseinandersetzung über gesellschaftliche Zielvorstellungen, über Realsozialismus, Friedenspolitik, Verstaatlichungskonzept und Industrialismus, über Alternativen zur Lohnarbeit, Kritik des Sozialstaats und Veränderung der Lebensweise würde die oberflächliche Einheit sprengen, hat also zu unterbleiben. Das „Bremer Blatt“ den Grünen nicht unbedingt wohlgesonnen, charakterisierte die Grundsatzklärung der BAL als „phantasielose Abhandlung ohne jeden Biß und ohne Bezug zur Bremer Situation.“ Ihr Politikkonzept bleibt dem traditionellen Etappenmodell verhaftet (Eroberung der politischen Macht durch Klassenkampf, Enteignung des Kapitals, danach kann mit der Veränderung der Produktionsweise begonnen werden einsteilen geht es um die Radikalisierung von Abwehrkämpfen): Antworten, die schon vorgestern in die Niederlage führten, auf die Fragen von heute. Teile der Betriebslinken – gerade die ökologisch aufgeschlossensten: Voith, Vulkan – haben sich von Anfang an gegen die Wahl-Verwandtschaft mit der DKP gesperrt und sind dem BAB ferngeblieben. Auch dessen Mitgliedern scheint inzwischen zu dämmern, daß sie in einem solchen Wahl-Bündnis nur ihre betrieblich-gewerkschaftlichen Positionen riskieren, ohne politisch aus dem altlinken Ghetto ausbrechen zu können. Ganze vier Leute aus dem betrieblichen Bereich erklärten sich bisher zu einer Kandidatur für die BAL bereit. Die letzte Entscheidung darüber, ob die BAL zur Bürgerschaftswahl antritt, soll Anfang August fallen. Es steht zu fürchten, daß massive Ressentiments gegen die Grünen im Verein mit parteibornierten Interessen stark genug sein werden, die Kollegen in eine absehbare Niederlage zu treiben. (Daß es zu den Zielen der DKP gehört, die Grünen wieder zum Verschwinden zu bringen, ist klar der KB schwadroniert davon, nach dem „grünen Rechtsruck in Hannover“ müßte bundesweit die Bildung alternativer Listen gefördert werden; noch einmal der Schnee von vorgestern).

### Die Grünen

Die Grünen sind sicher mitverantwortlich dafür daß es zu dieser fatalen Konfrontation kam. Nicht nur formal, weil sie es waren, die letztlich das Konzept der Einheitsliste auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner ablehnten. Ihre langwährende Passivität gegenüber betrieblich-gewerkschaftlichen Problemen und Bewegungen hat den interessierten Gruppen Stoff geliefert, um die einschlägigen Vorurteile gegen die Grünen zu schüren („sozialreaktionär gewerk

schaftsfeindlich, zurück ins Mittelalter“ etc.). Die eigene soziale Abgehobenheit (nicht untypisch sind die Bremer Grünen v.a. eine Partei des öffentlichen Dienstes, und zwar der gehobenen Ränge), der geistig-politische „Abschied vom Proletariat“ und Bahros Polemiken gegen „grüne Reparaturen am Industriesystem“ trübten dem grünen Landesverband so lange die Wahrnehmung für die Brisanz der Wirtschaftskrise wie für die Ansätze betrieblicher Gegenwehr, bis die Polarisierung Grüne BAB perfekt war Der Versuch, über eine offensive programmatische Auseinandersetzung die Position der DKP zu erschüttern und den Weg für eine gemeinsame Listenbildung mit ökologisch aufgeschlossenen Teilen der Betriebslinken zu öffnen, kam zu spät, zumal er nur halbherzig vorgetragen wurde.

Am Ende stand die Entscheidung zwischen der oberflächlichen „Einheit der oppositionellen Kräfte“, eingebunden in altlinke Sichtweisen, Sprache, Strategien, in erstickender Allianz mit dem DKP Spektrum, oder der Weiterentwicklung des mühsam gewonnenen politischen Profils der Grünen als einer historischen Alternative zu Kapitalismus und „realem Sozialismus“ In diesem Dilemma offenbarte sich, daß die Grünen nicht einfach der „verlängerte Arm der außerparlamentarischen Bewegungen“ sein können, wenn sie nicht ihre Aufgabe als politische Partei verfehlen wollen: sowenig sie der Versuchung nachgeben dürfen, die außerparlamentarischen Initiativen für sich zu vereinnahmen, sowenig sind sie bloßes Sprachrohr ihrer Forderungen. Die Grünen müssen ihre eigenständige Programmatik, Strategie und Politik in ständiger Kommunikation mit außerparlamentarischen Bewegungen entwickeln. Aber sie müssen auch den Mut haben, sich zu politischen Differenzen zu bekennen und zu den Unterschieden in Aufgaben und Arbeitsweise zwischen einer politischen Partei und einer Bürgerinitiative zu stehen (auch wenn es sich um eine „Partei neuen Typs“ handelt, die kein abgehobener parlamentarischer Apparat sein will). Als Resultat einer fast einjährigen Vorarbeit in den offenen Arbeitsgruppen von „Grün ‘83“ (dem Rahmen für die Kooperation der Grünen mit undogmatischen Linken) liegt jetzt ein umfangreiches, ebenso grundsätzliches wie konkretes kommunalpolitisches Programm vor das auf den Umbau der Strukturen von Leben und Arbeiten in der Region Bremen zielt. Aber Programme sind bekanntlich noch keine Politik. Entscheidend wird sein, das Programm in konkrete politische Initiativen umzusetzen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Initiativen in der Praxis zu beweisen. □

**I**ch gehe in diesem Papier davon aus, daß wir unsere Wahlkampfziele in den Bürgerschaftswahlen erreichen:

- Wir wollen die absolute Mehrheit der SPD brechen.
- Wir wollen die Wende-FDP aus der Bürgerschaft raushalten.
- Wir wollen eine große Koalition aus CDU/SPD verhindern.

Für diese Ziele haben wir gute Gründe, wir meinen es Ernst mit den Perspektiven und Zielen unseres Programms.

Ob wir es beispielsweise schaffen, die FDP aus der Bürgerschaft herauszuhalten, steht *hier* nicht zur Debatte, denn wir wollen nicht unvorbereitet, wie die hessischen Grünen, in eine Situation schlittern, über die kaum diskutiert worden ist. Die hessischen Grünen, insbesondere die fundamentaloppositionellen Freunde im Römer hatten die dann eingetretene Situation verdrängt, indem sie ganz „fromm“ von einem Wahlsieg der Dreggerschen CDU ausgegangen waren. Self-fulfilling-prophecy-mäßig ist dieser wohl erst in den Herbst-Wahlen in Hessen mit Herrn Wallmann zu erwarten. Das ist das Peinliche an der Fundamentalopposition: Je schlimmer es kommt, um so besser Man ist halt verliebt in die „Bewegung“ und vergißt die Ziele, deretwegen die „Bewegungen“ angetreten sind. Deutlich wurde dieser „Bewegungsoptimismus“ als die „Bewegungsprofis“ des Volkszählungsboykotts das Bundesverfassungsge-

richtsurteil gegen die Volkszählung als üble Machenschaft der Reaktion kritisierten.

Auch weil die hessischen Grünen unvorbereitet waren, ist ihnen mit ihrem Trend zur Fundamentalopposition nichts Besseres eingefallen, als ständig zu betonen, daß sie mit *allen* Parteien (d.h. auch mit der CDU) Gespräche führen wollen. Wenn man dies nicht mit der besonderen Kritik an Latten-Holger erklärt, dann zeigt sich an diesem Verhalten die Konsequenz einer linksradikalen Haltung: Völlige Undifferenziertheit in der Beurteilung der etablierten Parteien, die katastrophale Sozialfaschismusthese der Weimarer KPD läßt grüßen! Dies sage ich, gerade weil ich die SPD für eine historisch überholte Partei halte, die in ihrer staats- und technikaffirmativen Grundposition im negativen Sinne des Wortes konservativ ist. Abgesehen davon, daß die SPD in Hessen unter der Führung von Börner offensichtlich keine ernsthafte Kooperation wollte; spätestens in der Debatte um die Verabschiedung des Haushaltes zeigte es sich, daß die hessische Linie der kaschierten Duldung an der Haushaltsfrage schenterte. Wie in Hamburg haben die hessischen Grünen nichts erreicht, d.h. sie sind keinem ihrer Ziele näher gekommen.

*Ich glaube nicht, daß wir uns angesichts von Naturzerstörung, Sozialabbau, Ausgrenzung von sozial Schwachen und Minderheiten, Hochrüstungspolitik und Massenarbeitslosigkeit diesen Luxus noch lange leisten können!*

Damit sage ich nicht, daß durch die Beteiligung von Grünen in Parlamenten und Koalitionen allein etwas zu erreichen wäre im Gegenteil – es kommt darauf an, gerade auf kommunaler Ebene den Zielen der sozialen Bewegungen zum Durchbruch gegen Bürokratie und Filz zu verhelfen. Allerdings sind für mich die Parlamente weder „Schwatzbuden“ (faschistische Kritik) noch „Tribünen des Klassenkampfes“ (kommunistische Kritik), sie sind – so verkommen sie sein mögen – schlichtweg die Legislative. Dem Joschka Fischer ist zuzustimmen, wenn er im *Pflasterstrand* zum Parlamentarismus sagt: „Ich empfinde ihn als einen Fortschritt. Es ist der Versuch des regulierenden Interessenausgleichs von sozialen Klassen und Gruppen, die sonst mit nackter Gewalt aufeinander losgingen, der ernsthafte Versuch der Legalisierung von archaischen Bürgerkriegsformen von Interessengruppen.“ ( ) Mich interessiert in der Politik hauptsächlich die Handlungskonsequenz. *Eine Handlungslogik, die tendenziell immer den Bürgerkrieg impliziert, kann man nicht durchhalten.*“

Das mit dem Bürgerkrieg ist natürlich überzogen, es geht eigentlich um etwas anderes. Viele von uns übertragen *ihr* Bewußtsein auf andere, und dies geschieht arrogant und autoritär Viele von uns staunen ungläubig, wenn sie hören, daß viele unserer Wähler sich eine Koalition zwischen SPD und Grünen wünschen.

---

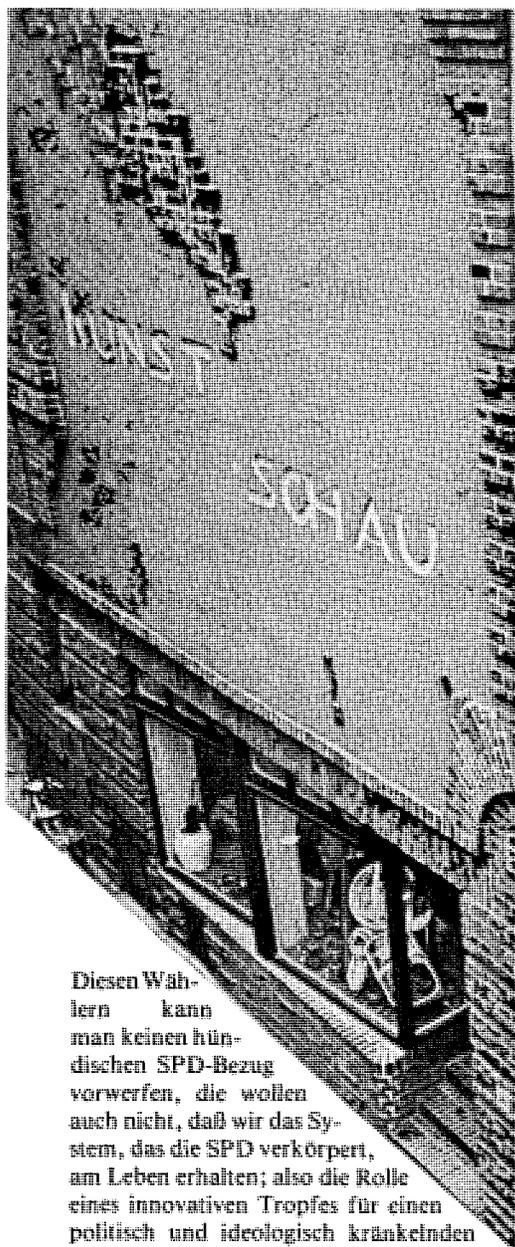
Von Jo Müller

---

# Gegen Fundamental- opportunismus — die Kommune gehört den Bürgern

*Jo Müller ist Mitglied  
der Fraktionsgemeinschaft  
der Grünen im Bundestag*

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um ein Redemanuskript für eine Mitgliederversammlung der Grünen-Bremen Anfang August. Auf dieser Versammlung soll, nachdem das Wahlprogramm bereits verabschiedet und veröffentlicht ist, über taktische Fragen nach den Wahlen entschieden werden. Jo Müller hat seine Auffassung vorab aufgeschrieben und verschickt. Wir veröffentlichen das Manuskript ungekürzt. Immerhin wird hier mal das Tabu „Koalitionsfrage“ offen angegangen, und die unfruchtbare Frontstellung von Fundamentaloppositionellen und Tolerierern etwas durcheinandergewirbelt.



Diesen Wählern kann man keinen hündischen SPD-Bezug vorwerfen, die wollen auch nicht, daß wir das System, das die SPD verkörpert, am Leben erhalten; also die Rolle eines innovativen Tropfes für einen politisch und ideologisch krankelnden „Partner“ übernehmen. Diese Wähler sehen vielmehr keine Perspektive in einer Strategie der totalen Politisierung ihres Alltags; und da gehen diese Wähler sehr konform mit den Grünen, die mit der Betonung von Basisdemokratie, Rotationsprinzip, der Betonung von Alltags- und Lebenszusammenhängen weder für sich noch für ihre Funktionsträger eine totale Politisierung wollen.

Die mühsame Veränderung des Alltags ist das Entscheidende, und das schließt schon kräftemäßig die totale Politisierung aus!

Die Hamburger haben wenigstens für ihre Popularität die Hamburger Verhältnisse genutzt. Sie haben wenigstens realitätstüchtiger als die Hessen in den Verhandlungen mit der SPD der Öffentlichkeit gezeigt, daß sie sachkompetent ihre Ziele vertreten können. (Allerdings, in der Bundestagswahl hat die Hamburger GAL trotz ihrer Popularität weniger Stimmen bekommen als die Bremer Grünen, und das insbesondere in Arbeitervierteln.) Und immerhin Tramper ist im Vorstand, Ebermann gelingt es im dritten Versuch in Sindelfingen, die For-

derung nach Lohnausgleich für mittlere Einkommen bei der Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Doch was bleibt unterm Strich? Ebermann mußte in die Elbe (!) baden gehen, weil er gewettet hatte, daß die SPD die absolute Mehrheit in der zweiten Wahl nicht erreichen würde, und da die Hamburger GAL zumindest so ökologisch ist, daß sie weiß, wie verseucht die Elbe ist, müssen sie sich ihrer falschen Einschätzung schon sehr sicher gewesen sein. Hausbesetzer fliegen in Hamburg immer noch innerhalb von 24 Stunden wieder raus. Die Hafenerweiterung findet statt, die bereits staatlichen HDW entlassen genauso brutal wie alle anderen Werften usw. Doch das Schlimmste ist: Das Konzept „Krise plus Repression“ wird von dem Machtfilz der SPD fast so gut beherrscht wie von der CDU in Bonn. Und in einem Punkt ist die Ideologieproduktion von Herrn Dohnanyi der von Herrn Kohl überlegen: Er kann glaubwürdig versichern, er habe etwas von den jungen Leuten der GAL gelernt! Also gerade die Inkonsequenz der Duldung führte zur ideologischen Tropf-Funktion! Wie gesagt, es bleibt einem keine Peinlichkeit erspart.

Zur Bundestagswahl hat es sehr viele Wählerinitiativen – insbesondere aus dem gewerkschaftlichen Bereich – für die Grünen gegeben. Jede Wählerinitiative, also ein großer Teil unserer engagierten Basis, hat darauf hingewiesen, daß „die Wende“ nur durch Grüne und SPD zurückgewiesen werden kann. Jede Wählerinitiative hat darauf hingewiesen, daß so einer Politik der Friedenserhaltung und der Abwendung der ökologischen Katastrophe näher zu kommen sei. Unter dem Druck dieser Wählerinitiativen haben die Grünen in Sindelfingen beschlossen, eine Regierung Vogel gegebenenfalls zu dulden. Zu mehr durfte und konnte man sich nicht entschließen, denn schließlich werden durch Regierung und Parlament in Bonn die Gelder für Rüstung und Atomprogramm verteilt, allerdings dort, und nicht in Bremen. Einzige Bedingung – und das entsprach dem Wunsch unserer Wählerschaft – war die Verhinderung der Raketenauflistung. Für viele unserer Wähler und weit darüber hinaus war es eine große Hoffnung, die Wende à la Genscher/Kohl/Strauß mit Hilfe der Grünen abzuwehren. Denn was verkörpert unter anderem Herr Zimmermann eigentlich: ein Programm, in dem der Innenminister dem Umweltminister mit Polizeiknüppeln zu Hilfe kommen wird, wenn es darum geht, unliebsame Initiativen und Demonstrationen aufzulösen. Mit einer Verschärfung des Demonstrationsrechts werden sich die Bedingungen unseres Handelns sicher nicht verbessern. Und wer da glaubt, die

Zunahme der Repression biete den Bewegungen eine Chance, der irrt gewaltig und hat „Deutschland im Herbst“ zu schnell verdrängt! Also gerade für die außerparlamentarische Bewegung nicht für diejenigen, die in diesen Bewegungen ein Instrument ihres Ideologietransportes sehen – war es richtig und notwendig, für eine diese Wende verhindernde Mehrheit zu kämpfen. Damit behaupte gerade ich nicht, daß die Repression nicht auch von der SPD organisiert wird und ausgeht – ich weiß recht genau, wo und von wem der Hamburger Erlass erdacht worden ist, mir ist die technokratische „Utopie“ der SPD und der realexistierenden Arbeiterbewegung vertraut. Aber gerade deswegen fürchte ich die Summe aus repressivem, friedensfeindlichem und antiökologischem Potential, die sich wie bei der Notstandsgesetzgebung in einer großen Koalition aus CDU/SPD ergeben würde. Was also die außerparlamentarische Bewegung von uns erwartet – und soweit erst einmal die defensive Argumentation – ist eindeutig Schutz und Verbesserung der Handlungsbedingungen. Sie erwartet aber auch entsprechend unserer Programmatik – die Entwicklung von gestaltenden Perspektiven realpolitischer Art, gerade in der Krise.

Da die ökonomische Krise in Bremen besonders deutlich zum Ausdruck kommt, seien die beiden Möglichkeiten des politischen Umgangs mit den Auswirkungen dieser Krise diskutiert. Die eine besagt, daß wir fundamentaloppositionell davon ausgehen, daß die Krise das Bewußtsein in unserem Sinne verändert und wir konkrete Alternativen von unten (?) durchsetzen können. Ich halte diesen Standpunkt, der politisch mit dem Zusammenbruch kalkuliert, für unrealistisch, perspektivlos und zynisch. Dies einerseits, weil hinter der politischen Kalkulation mit dem Zusammenbruch sei er ökologisch oder ökonomisch – entweder das bislang immer frustrierte Frohlocken steht, endlich die Systemkritik an den Mann/die Frau bringen zu können<sup>1</sup> andererseits der Krise bislang immer das Opfer gefolgt ist, im Extremfall ein Holocaust (Menschenopfer).

Die Alternative vor der wir stehen, ist damit benannt: Propaganda oder Gestaltung. Da eine rein propagandistische Politik gar nichts bringt, insbesondere eine zynische, die mit der Katastrophe kalkuliert, bleibt nur die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten von Gestaltung. Und dies hat konkret für uns hier und jetzt zu erfolgen.

<sup>1</sup> In Großbritannien ist die ökonomische Krise ausgeprägter und schon wesentlich länger als hier, Thatchers Wahlsieg spricht Bände. Circa 30% ihrer Wähler sind übriges Arbeiter!

## Chance verpaßt, Luft holen

### Für eine plebiszitäre Politik der Wiederaneignung der Kommune durch ihre Bürger – ein „Szenario“ der Entstaatlichung

Ich gehe davon aus, daß wir nach den Wahlen vor der Situation stehen, in der die SPD sich zwischen einer Koalition mit der CDU oder einer mit den Grünen entscheiden muß. Dies ist wahrlich keine beneidenswerte Situation für die Bremer SPD aber das ist erstmal nicht unser Problem. Eine Duldungslinie à la Hessen und Hamburg schließe ich aus folgenden Gründen aus:

– Sie denkt zu kurzfristig, wegen der Haushaltsgesetzgebung.

– Die Arroganz der Macht, die in Bremen täglich zu spüren ist, ist nicht allein die einer Regierung mit absoluter Mehrheit, es ist die Macht eines Interessensyndikats, das sich in alle Poren dieser Gesellschaft einnistet hat und von der SPD bedient sein will. Dieses System aus Filz, Interessen, „konkurrenzlosem Arbeitsmarkt“ wegen der richtigen Parteimitgliedschaft usw. erinnert in seiner Ignoranz teilweise fatal an das „System der organisierten Verantwortungslosigkeit“ wie es unter anderem von Bahro beschrieben worden ist. Dieses Syndikat schlägt immer dann zu, wenn Bürgerbeteiligung und Bürgerinteresse droht nur was kanalisierbar ist, wird geduldet.

Kurzum, dieser Apparat wird sich die Schenkel blutig klopfen vor Lachen, wenn wir ihn fundamentaloppositionell dulden!

Nun kann es aber nicht allein darum gehen, circa drei sozialdemokratische Senatoren von ihren Sesseln zu jagen (Bildung, Umwelt, Finanzen o.ä.); dies allein kann nicht unser Ziel sein. Es geht vielmehr darum, was ich als „Objektivierung des Staates am Beispiel der Wiederaneignung einer Kommune“ nennen möchte.

Mir geht es um die Entwicklung einer basisdemokratischen politischen Kultur der gestalt, daß überall dort, wo wir als Grüne Zipfelchen von Gestaltungsmöglichkeit also auch Macht haben, diese auf der Basis plebiszitärer Beteiligung und Voten zurückgeben. Ich weiß, daß ein Aufschrei bei allen Staatsableitern leninistischer Prägung kommen wird, wenn ich dafür plädiere, den Staatscharakter „unserer“ Kommune zu objektivieren, indem dieser auf ein „Dienstleistungsunternehmen“ der Bürger für die Bürger reduziert wird. Dazu ein *vereinfachendes* Beispiel: Nehmen wir einmal an, die Grünen stellen den Bildungssenator und wir wollen das Fach Ökologie an den Schulen zur Geltung kommen lassen. Der „normale“ Weg wäre ein Erlaß, ein Lehrplan, eine Verordnung, ein Modellversuch, ein Gesetz, zehn Gutachten und Streit mit dem Finanzsenator wenn das was kostet.

Auch in Hessen wird im September gewählt. Man braucht sich ja Geschichte nicht unbedingt wie Bismarck vorzustellen und ihre Chancen am Rockzipfel ergreifen wollen, aber wiederholbar ist sie halt nicht. Soziale Umwälzungen und politische Bewegung findet unter unseren Augen statt, und früher oder später werden sie das Ganze ändern. So weit so gut. Aber im kleineren Maßstab betrachtet, sieht das schon anders aus. Die Möglichkeit, die „Wende“ zu stoppen, bevor sie voll ausgefahren wird, und eine „Erneuerung“ anderer Art einzuleiten, als sie Kohl im Sinn hat, bestand im Herbst letzten Jahres und besteht so heute nicht mehr. Diese Möglichkeit war ganz gering, aber sie ist verspielt worden, ohne überhaupt versucht zu haben, sie zu verwirklichen. „Hamburger“ und „hessische Verhältnisse“ standen einmal für diese Möglichkeit. Aber das war bloß objektiv so. Die Ironie der Geschichte, und so was scheint's wirklich zu geben, war daß beide Varianten grüner Politik sich in ähnlichen Verhältnissen zu bewähren hatten und jeweils nicht viel zustande brachten. Subjektiv unterschieden sich die Hamburger und die hessischen Verhältnisse ja darin, daß in Hamburg die Tolerierer das Sagen hatten und in Hessen die Fundamentaloppositionellen. Unabhängig von diesem „schroffsten“ Widerspruch grüner Politik verlief die tatsächliche Entwicklung beide Male ziemlich ähnlich. Vielleicht ist der Unterschied zwischen Fundamentaloppositionellen und Tolerierern also gar nicht so bedeutungsvoll? In Hamburg wie in Hessen jedenfalls versumpften die politischen Verhältnisse, und daß in Hamburg die Sozialdemokratie darin aufblühte und in Hessen vielleicht die CDU macht einen so großen Unterschied nicht. Jedenfalls ist hier wie dort die Chance vorbei, eine qualitative Änderung der Regierungspolitik herbeizuführen und wäre diese Qualität auch ziemlich unscheinbar. In Hamburg wurde offiziell über die Bedingungen der Tolerierung verhandelt, aber in der Initiative blieb die Sozialdemokratie. In Hessen wurde niemals offiziell verhandelt, aber dafür ganz schön toleriert. In der Initiative blieb ebenfalls die Sozialdemokratie, bloß daß das in Hessen halt vielleicht der CDU nutzen wird.

Aber immer noch bestimmen bei den Grünen die alten Auseinandersetzungen das Feld. Auf der hessischen Landeskonzferenz der Grünen wurde aus der Not eine Tugend gemacht, aber die Not, strategische Ziele mit taktischem Handeln zu verbin-

den, ist bloß noch größer geworden. Erst müsse man einen selbständigen grünen Wahlkampf führen und danach werde man sehen. Man hat es aber schon gesehen: Es kam nichts heraus dabei. Die Landtagsgruppe geriet, fundamentaloppositionell hin oder her ins Fahrwasser der SPD und wenn sie abzudriften drohte, schlug dann wieder die Stunde der Fundamentalopposition. Zuletzt ging das so weit, daß Grüne und SPD zusammen über die entsprechenden Ausschüsse einen Antragsappell gegen sauren Regen an die Landesregierung einbrachten, den die Landtagsgruppe der Grünen dann in der Mehrheit ablehnte. Dann aber die Tolerierer! Auf der Landeskonzferenz der Grünen hatten sie keinen anderen Vorschlag als den, es doch noch mal wie in Hamburg zu versuchen. Unter der Hand lief das darauf hinaus, auch im Wahlkampf sich darauf zu beschränken, was die SPD ideologisch zu schlucken bereit ist. Ob es mit ihr zu machen wäre, ist nochmal eine andere Frage.

Die Debatte über Fundamentalopposition oder Tolerierung ist von den Tatsachen überholt. Sie entsprach ihnen von vornherein nicht. Es ging in Wirklichkeit um die Frage, ob die Grünen und mit ihnen die ganze Linke in der Lage sein würden, eine Situation zu nutzen, in der ihr Verhalten auf die Entwicklung einen beschleunigenden und richtungsgebenden Einfluß hätte ausüben können. Im Herbst 1982 stand eine Wende an, ob so oder so. Diese Situation konnten die Grünen nur nutzen, wenn sie offen den Anspruch erhoben, eine Wende im Sinn der gesellschaftlichen Bewegung herbeizuführen und deshalb auch um die Regierungsbildung unter ihrer direkten Beteiligung zu kämpfen. Ob das gegangen wäre oder nicht, kann heute niemand sagen, aber daß dieser Kampf von Millionen gesucht wurde, kann eigentlich auch niemand bestreiten. Fundamentalopposition ist ziemlich zeitlos, jedenfalls solange der Gang der gesellschaftlichen Entwicklung nicht durch die Menschen, sondern durch das Kapital diktiert wird. Tolerierungspolitik ist auf die Dauer tödlich und war gerade im vergangenen Herbst zu wenig. Diese Alternativen sind nicht mehr gefragt, weil sie sich als verfehlt herausgestellt haben. In Hessen bleibt jetzt nichts anderes als ein Wahlkampf der sich auf die programmatischen Fragen konzentriert. Das ist ein undankbares Geschäft. Es zur Privatangelegenheit der Grünen zu erklären, wäre dumm. Langen Atem hätten wir so oder so gebraucht.

Joscha Schmierer

Bei einem „grünen“ Weg würde der Beginn eine Lehrer Eltern-, Schülerversammlung sein, die darüber berät und entscheidet, ob man dieses Fach überhaupt will und welche Bedeutung es einnehmen soll. Ein Bildungssenator hätte dann die Bedingungen für den Entscheidungsprozeß und für die Durchsetzung sicherzustellen. Natürlich ist dieses Beispiel naiv aber ich gehe davon aus, daß gerade in Bremen in einem sehr großen Teil der Bevölkerung der Wunsch vorhanden ist, die Geschicke der Kommune in die Hand zu nehmen. Die hohen Einschaltquoten von „Buten und Binnen“ be weisen zumindest ein sehr großes Interesse. Man könnte einwenden, aber um Himmels willen, die „objektiven Bedingungen“! Bremen ist pleite, sollen etwa Grüne den Spar kommissar machen? usw. Ich finde dieses Argument zynisch, denn es setzt wie Herr Kohl und Herr Lambsdorff auf den „Aufschwung“, und wir können uns die Bedingungen des Handelns nicht aussuchen.

Ich halte es auch für zynisch und illusionär, heimlich oder offen deswegen auf die große Koalition zu setzen, weil dadurch Gelder und Entscheidungen aus Bonn für Bremen locker zu machen wären. Abgesehen davon, daß das nur um den Preis des Konzeptes „Krise plus Repression“ zu haben sein würde, was wäre denn bestenfalls zu erwarten, außer Rüstungsaufträgen für die Werften? Lambsdorff und Co. haben überaus deutlich gemacht, daß sie mittelfristig keine Industrien stützen werden, die sie nicht für wachstumsfähig halten, und in Bonn und im Ruhrgebiet ist man sich bei Big Labour und Big Business längst einig, daß es überaus angenehm wäre, wenn Klöckner dicht machen würde. Es wird schon sehr laut darüber nachgedacht, ob mit dem Verkauf der Stahlquoten von Klöckner nicht ein Sozialplan zu finanzieren sei!

Der Wahlkampf der CDU wird darauf gerichtet sein, sich als potentieller Retter von Bremen zu stilisieren. Das wird genau so wenig eintreffen wie der Abbau der Arbeitslosigkeit durch einen wann auch immer eintretenden konjunkturellen Aufschwung. Die Alternativen, die wir in unserem Programm entwickelt haben, die sind ernsthaft gemeint, lebensnotwendig, und ich halte sie auch für durchsetzbar

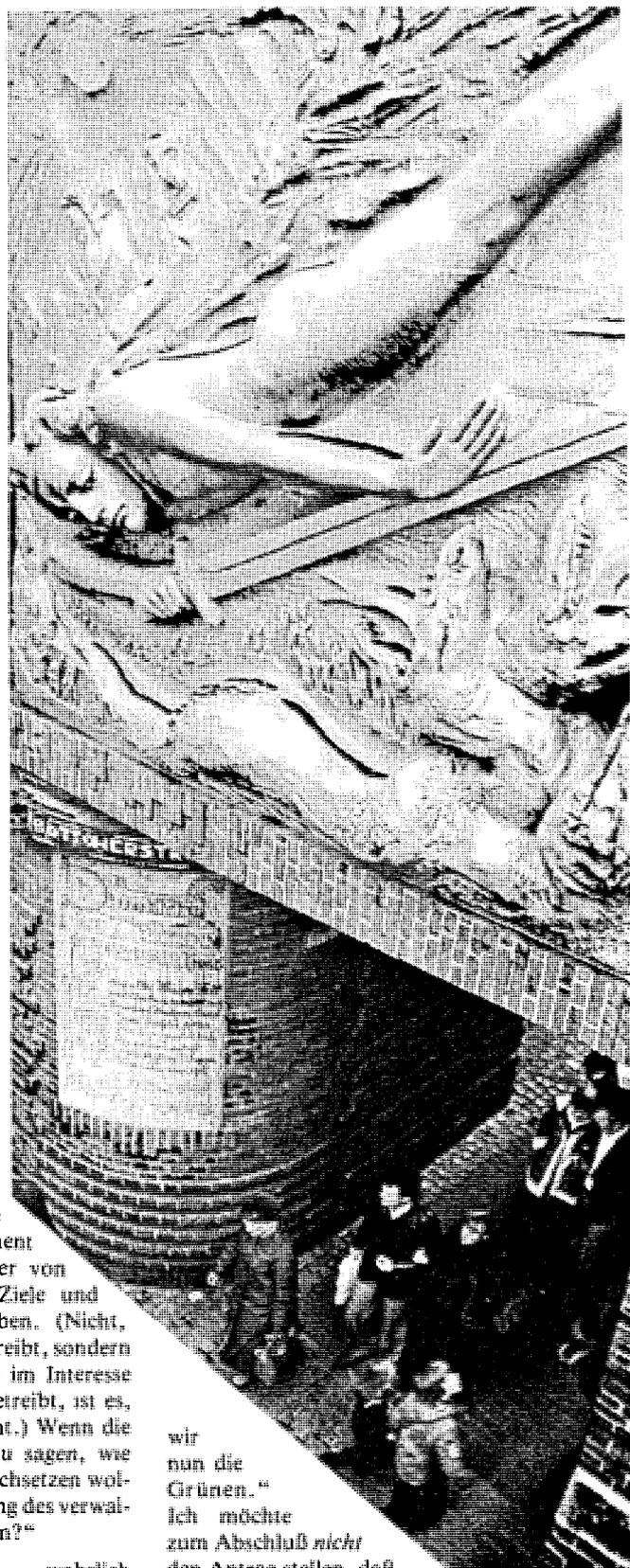
Ich bestreite nicht, daß eine Koalition mit einem Partner wie der SPD, die über alle Tricks und über einen Apparat verfügt, risikoreich ist. Mir ist auch klar daß so mancher Bauch rebelliert bei der Vorstellung, in eine Koalition auf der Basis unserer Forderungen einzusteigen. Eine Koalition ist allerdings keine Ehe, und nur weil ich davon ausgehe, daß bei uns Bremer Grünen kein „hündischer SPD-Bezug“ zu fürchten

ist, finde ich eine Koalition in Bremen erwägenswert, d.h. ich verstehe im obigen Sinne eine Koalition nicht als Friedenspflicht, sondern auch als kritische gewaltfreie Auseinandersetzung, die in einer Kommune wie Bremen allemal öffentlichen Charakter haben wird. Was können wir eigentlich Richtigeres tun, als die neuen – teilweise ökologischen

Sprüche der SPD so ernst zu nehmen, als zu sagen: „Wenn ihr wirklich so sozial und ökologisch seid, wie ihr zur Zeit tönt – selbst Börner denkt zur Zeit laut über die Schließung von AKWs nach! – dann bitte auch in der Realität, dann gerne mit uns gemeinsam – hic Rhodos hic salta!“ Und es geht nicht darum, die neue FDP zu werden; allerdings zu diesem Problem stellt ausgerechnet in der Kritik an den hessischen Grünen die Frankfurter Sponti-Zeitung *Pflasterstrand* folgendes fest:

„Wenn das Parlament in dieser Gesellschaft einer der Orte ist, in denen Macht ausgeübt wird (nicht der einzige, da haben die schlaunen Parlamentarismuskritiker schon recht), dann muß die Grüne Partei im Parlament Machtpolitik im Interesse der von ihr vertretenen politischen Ziele und sozialen Bewegungen betreiben. (Nicht, daß die FDP Machtpolitik betreibt, sondern daß sie Politik ausschließlich im Interesse der eigenen Mandatsträger betreibt, ist es, was sie so unappetitlich macht.) Wenn die Grünen darauf verzichten, zu sagen, wie und mit wem sie ihre Ziele durchsetzen wollen – wer soll dann die Führung des verwalteten Reformlagers übernehmen?“

Und Daniel Cohn-Bendit wahrlich kein Reformist – denkt im selben *Pflasterstrand* gleich mal ein bißchen strategisch: „Nur in Angeboten an die SPD muß ja nicht der Glaube stecken, daß die SPD darauf eingeht, sondern in den Angeboten muß eine Substanz stecken, die ein bestimmtes Wählerpotential bewegt, sich von der SPD loszulösen. Also Angebote, die einem bestimmten Wählerpotential signalisieren, diese Forderungen sind richtig, in der Auseinandersetzung zwischen SPD und Grünen vertreten die Grünen diese Forderungen glaubwürdiger also unterstützen



wir nun die Grünen.“ Ich möchte zum Abschluß nicht den Antrag stellen, daß

die Grünen eine Koalition mit der SPD eingehen, wenn es darum geht, eine große Koalition zu verhindern. Ein derartiger Antrag widerspricht dem oben dargestellten basisdemokratischen Politikverständnis. Ich möchte nur beantragen, daß wir diese Frage bis nach den Wahlen offen lassen und unsere Entscheidung an eine öffentliche Versammlung der Grünen, Grün 83 und unsere Wähler binden. Sollte eine derartige Versammlung gegen eine Koalition mit der SPD votieren, dann fehlt dafür auch die Basis, und dann haben wir es zu lassen!! □



# „Wenn das Ding schon völlig stabil wäre!“

Gespräch mit Rudolf Bahro über grüne Politik

Nach dem Hannoveraner Bundeskongreß der Grünen und seinen weitgehend unaufgeklärt gebliebenen strategischen Kontroversen, erst recht nachdem wir die Zeitungsberichte gelesen hatten und mitkriegen, was sonst so als angeblicher Inhalt der Auseinandersetzung durchsickerte Tenor: Bahro will mit der CDU, und dagegen gibt es (noch) Widerstand hielten wir es für sinnvoll, von der *Kommune* aus ein Gespräch mit den Hauptkontrahenten auf dem Bundeskongreß, mit Rudolf Bahro und Thomas Ebermann, zu führen. Beide waren gleich dafür und einverstanden. Länger dauerte es dann, bis wir schließlich einen Termin zustande gebracht hatten, der allen in den Kram paßte. Schließlich sollte das Gespräch am 29. Juni in Bremen stattfinden für uns schon mitten im Satzbeginn. Die Gesprächsrunde erweiterte sich dann noch, weil Michael Stamm für die *MOZ* daran teilnehmen wollte. Uns war das recht. Daß die *MOZ* erst im August erscheinen würde, war nicht unser Problem. Die Vereinbarung stand also nach allen Seiten hin.

Am 28. Juni erfuhren wir dann durch Zufall von Thomas Ebermann, daß Michael Stamm schon seit einer Woche den Termin hätte verschieben sollen, weil die beiden eine längere Vorbereitungszeit wünschten. Am Morgen des 29. Juni rief Michael Stamm schließlich Ru-

dolf Bahro an. Eine Telefonnummer von uns hatte er die Woche über nicht auftreiben können, so daß wir auch keine Möglichkeit mehr hatten, umzudisponieren.

Der ursprüngliche Sinn, die beiden Kontrahenten in einem Gespräch beieinander zu haben, war damit vorläufig verrätzt. Wir führten dann das Gespräch mit Rudolf Bahro allein. Wenn wir bei manchen jetzt in den Ruf kommen sollten, uns zu seiner Hauspostille mausern zu wollen, können wir's auch nicht ändern. In diesem Heft drucken wir den Teil des Gesprächs ab, der sich direkt auf die Auseinandersetzung auf dem Bundeskongreß bezieht und politische Fragen der Grünen behandelt. Wenn wir im nächsten Heft Platz haben, werden wir dort den Teil des Gesprächs veröffentlichen, der sich um Bahros kommunitäre Perspektive dreht. Daß es zu dem Gespräch von *Kommune* und *MOZ* mit Bahro und Ebermann in nächster Zeit noch kommt, ist schon wegen Terminproblemen der Beteiligten fraglich. Daß es über die jetzige Veröffentlichung hinaus viel Neues bringt, müßte sich erweisen. Sollte beides der Fall sein, wird in der *Kommune* sicherlich Platz sein.

Das Gespräch mit Rudolf Bahro führte für die *Kommune* Joscha Schmierer. Die schriftliche Endfassung konnte Rudolf Bahro nicht mehr vorgelegt werden.

**K**ommune: Manchmal hat man den Eindruck, daß sich die Grünen auf heftige Kämpfe existierender Flügel einlassen, die die Extrempositionen bei der Lösung der jeweiligen Probleme besetzen, das Problem insgesamt aber mehr oder weniger verfehlen.

Vielleicht handelt es sich um so eine Kontroverse, wo zwei Extrempositionen bezogen wurden, ohne daß es zu einer wirklichen Debatte über die verschiedenen Aspekte des Problems gekommen ist, auch auf der Bundeskonferenz. Vielleicht ging es dort um die strategische Frage, wie man um in Deiner Terminologie zu bleiben den direkten Übergang von schwarz zu grün einleiten kann einerseits, aber andererseits erledigt sich ja damit nicht die taktische Frage, wie in nächster Zeit auf parlamentarischer Ebene überhaupt Mehrheitsverhältnisse gesucht werden, die Spielräume für die Bewegung schaffen. Ich habe keine Probleme mit der strategischen Konzeption, daß man zusehen müßte, sich mit einem beträchtlichen Teil der Wähler der CDU direkt zu verständigen und daß das überhaupt die Bedingung ist, um eine Mehrheit für grundlegende Veränderungen in der Bundesrepublik zustande zu bringen. Erhebliche Bedenken aber habe ich dagegen, wenn Du meinst, damit hätte sich die taktische Bündnisfrage auf der Ebene der Parlamente erledigt.

**Bahro:** Du meinst, weil ich in den Thesen gesagt hatte, es gibt keinen Bedarf an Realpolitik, an grünem Reformismus und so weiter weil im Bundestag sowieso keine machtpolitischen Einflußmöglichkeiten gegeben sind?

**Kommune:** Das meine ich unter anderem. Ich glaube halt, daß die Grünen oder eine Politik, die jetzt mit grün bezeichnet wird, in der Lage sein muß, sich direkt mit den Konservativen auseinanderzusetzen, ihre Basis zu schwächen, Kräfte dort zu gewinnen, halte es aber für unabdingbar daß, um überhaupt den Freiraum zu schaffen für die gesellschaftliche Bewegung, ebenfalls versucht werden muß, die Bündnisfrage auf der parlamentarischen Ebene zu lösen. Und da sehe ich keine andere Möglichkeit, als das mit der SPD zu versuchen. Nun hatte ich den Eindruck, daß die Leute um Thomas Ebermann praktisch nur diese taktische Position festhielten und die strategische Frage, die Du aufgeworfen hattest, abgelehnt haben, sie gar nicht gesehen haben, daß aber umgekehrt Du diese taktische Frage völlig vernachlässigt hast.

**Bahro:** So weit das geschehen ist, ist sie wissenschaftlich unberücksichtigt geblieben.

**Kommune:** Warum?

**Bahro:** Weil ich sie nicht interessant finde. Um mal darüber zu reden, was ich da unter taktischen Gesichtspunkten gemacht habe, da habe ich doch – ja wie soll ich das überhaupt bezeichnen – angesichts der kümmerlichen Querelen, die mit der Konstitu-

zung der Fraktion, mit den Verhältnissen Bundeshauptausschuß und Partei den Vordergrund bestimmten, gesagt: Erstmal geht es in dieser Situation darum, auf der Ebene der grünen Partei, dem Basisanspruch entsprechend, inhaltlich ein Gegengewicht zur Fraktion zu setzen. Daß wir sie nicht bürokratisch kontrollieren sollten – das geht sowieso nicht auf – sondern daß wir von dem ideologischen Prozeß her den wir organisieren, einen Einfluß auf das Verhalten und auf die Fragestellungen, die in der Fraktion in den Mittelpunkt rücken, ausüben müssen.

Ich bin ja davon ausgegangen, wir können die Fraktion verlieren, aber nicht weil die Leute da alle böse sind – abgesehen davon, daß es in der Fraktion Positionen gibt, die mir näher liegen, und welche, die mir weniger nahe liegen – sondern die Gefahr besteht einfach strukturell. Das ist eine Maschine mit mehreren Schwungrädern: die Gesamtgesellschaft hier dieser bürokratisch-industriell-korporatistische Block; dann hat man das Parlament, das die Parteistrukturen widerspiegelt und in Wirklichkeit von der Regierungsmaschinerie geprägt wird; und dann hat man da dieses kleine Rad grüne Fraktion, und die werden voll gepackt mit solchen Stapeln Papier – wenn sie die fleißig durchlesen, sind sie uns eigentlich schon verloren gegangen – wenn sie nur sozusagen die Modulationen des Prozesses behandeln. Also habe ich die Sa-

mit strategischen Dingen zusammenhängt, war daß ich zum frühest möglichen Augenblick nach dem Wahlergebnis uns auf die Fernperspektive einstellen wollte, und 1987 sehe ich unter der Fernperspektive.

Ich wollte, daß wir die Ökologie und Friedensbewegung – wobei ich, was die Ökologieseite betrifft, in der Ebene des Feminismus etwas Grundlegenderes sehe als eine Kraft mit hegemonialem Anspruch betrachten, nicht im Sinne euphorischer Berechnungen, wie unsere Prozentsätze steigen werden, und in der Hoffnung auf irgendwann irgendwelche 51 Prozent, mit denen man dann da sind die Einsichten Berlinguers sicher richtig – auch nicht regieren kann, sondern nur ein totes Rennen produziert. Ich meine die Hegemonie in diesem weitesten Sinne von Gramsci, die Vorherrschaft einer politischen Konzeption, erstmal die richtigen Fragen zu stellen, dann aber auch die besten Antworten zu geben, an denen die Mehrheit der Gesellschaft irgendwie nicht vorbei kann, die ak-

einleiten müssen. Jedenfalls in dem traditionellen Sinn reproduzieren wir ja genau das Schema, in dem wir nicht gewinnen können. Auf dieser Ebene bleiben wir also eine Kraft, die darauf angewiesen ist, irgendeine andere politische Kraft zu verbessern. Ich wollte also, kurz gesagt, jegliche Bündnisfrage im strategischen Sinne streichen, im strategischen Sinne, wohlgemerkt.

Da find ich selbst den Johannes Rau noch besser – wenn er die Bündnisfrage wenigstens für Berufsgruppen usw. stellt, statt auf der Ebene von Parteien. Ich kenne die SPD gar nicht mehr als ein Subjekt, das für einen Reformblock anzusprechen wäre, weil die Hälfte des dahinter stehenden Potentials mal reformieren wollte, aber nicht mehr reformieren will. Die wollen doch genauso wie die CDU bloß halten, was geworden ist, nur daß die eben das „Modell Deutschland“ in der Variante Schmidt halten wollen, und andere wollen es in der Variante Adenauer/Erhard halten, wobei das zweite die fundamentalere Ebene ist, weshalb sie auch den Auftrag gekriegt haben. Deswegen wollte ich diese taktischen Fragen nicht stellen, was gar nicht heißt, daß ich die negieren will. Da sehe ich aber auch auf Bundesebene gar keine Probleme. Wir brauchen mit der SPD um mit ihr in bestimmten Dingen, wo wir zufällig übereinstimmen, zu stimmen, nicht zu verhandeln. Wir können im gegebenen Fall dann auch mit dem Ignaz Kiechle stimmen, wenn er was Vernünftiges vorschlägt in der EG-Agrarpolitik. Der Punkt ist, daß wir unser Profil bisher nicht soweit geklärt haben, daß für die Mehrheit der Bevölkerung schon klar wäre, was wir sind, ob wir nun in einem bestimmten Fall mit der SPD oder in einem anderen Fall mal mit der CDU stimmen, daß das nicht die fundamentalen Dinge betrifft, die wir vertreten, sondern daß wir dort realistisch, pragmatisch, vernünftig jeweils dem kleineren Übel den Vorzug geben in einer ganz konkreten Frage. Oder anders: Wenn man die Frage so taktisch stellt, dann wird ausgeblendet, daß die Pakete, die Container die die Parteien dort im Prinzip für eine Wahl anliefern, unverbindbar sind. Das SPD-Paket und



„Ich bin ja davon ausgegangen, wir können die Fraktion verlieren, aber nicht weil die Leute da alle böse sind“

che einfach so gesehen: Was aus den Grünen wird, das hängt davon ab, was wir aus der Partei machen. Wir haben doch praktisch das Wahlergebnis überhaupt nicht eingeschätzt, überhaupt nicht bewertet, und ich war erstmal dafür – das wird bewertet, und habe dann meine Bewertung in diese Thesen erstmal reingeschrieben. Im Bundesvorstand gingen die dann nicht durch. Das hat mich nicht überrascht, weil sich da niemand festlegen will auf bestimmte Thesen. Aber die Thesen haben dann doch die Vorbereitungsdiskussion irgendwie mit beeinflußt. Das war die erste taktische Erwägung. Die zweite und wesentlichere taktische Erwägung, die nun allerdings schon

tiven Kräfte überhaupt nicht, und mit denen die passiven Kräfte zumindest freundlich sympathisieren, so wie jetzt passiv auch mit der Friedensbewegung sehr weitgehende Sympathien bestehen, daß wir das als Gesamtkonzept durchbringen. Diese Fragen müssen wir so früh wie möglich aufwerfen, das heißt, daß wir die unvermeidliche Auseinandersetzung darüber gleich anfangen müssen.

Wenn das Ding schon völlig stabil wäre! So muß man sagen, daß Hagen nicht günstig war – so kurz vor der Wahl noch so fundamentalen Streit auszutragen, keine mittleren Formulierungen zu haben. Wenn man das nächste Mal besser fahren kann, kann das nur gut sein. Meine Grundeinstellung war daß wir nachdem wir in der Eigenschaft als Linkspartei ins Parlament eingezogen sind, frühzeitig einen Umdenkprozeß

das Paket, das wir haben vor allem das, was wir haben sollten, muß ich allerdings hinzufügen die sind nicht verbindbar In gewisser Hinsicht ist es ja grotesk: Ausgerechnet die Grünen waren diejenigen, die die im DGB nunmehr bestätigte Linie auf 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen in der Programmatik hatten, nicht die SPD Das ist ja schon ein Witz. Im ganzen gesehen, müssen wir auf den Punkt kommen, wo für die ganze Gesellschaft klar ist, worin eigentlich das grüne Profil besteht und daß das durch temporäre Koppelung mit der oder jener Einzelentwicklung in der Umweltpolitik oder in beliebigen anderen Politikbereichen nicht berührt ist. Und das geht bei der Art und Weise, um einen Extremfall zu nehmen, wie Joschka Fischer Politik versteht, völlig unter

*Kommune:* Aber war nicht ein Problem, daß Du auf dieser Bundeskonferenz und in der ganzen Diskussion bisher die Frage, eigenes Profil zu gewinnen, eine solche Anziehungskraft auf die ganze Bevölkerung zu entwickeln, daß es gelingt, auch die konservative Basis der CDU aufzubrechen, unmittelbar verbunden hast mit der Behauptung, der „grün-rote Reformblock“ seit mit den Wahlen vom 6. März erledigt? Wenn man freilich ein eventuelles parlamentarisches Bündnis von Grünen und Sozialdemokratie als rot-grünen Reformblock faßt, dann sieht es so aus, als ob dies das *strategische* Bündnis wäre, mit dem die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen durchgeführt werden könnten. In dem Sinne meine ich auch, ist es erledigt, weil es diesen Reformblock im strategischen Sinn, als Bündnis mit der SPD nicht geben kann und weil die Frage der Parlamentsmehrheiten auch nicht entscheidend ist. Aber auf der Bundeskonferenz und das mußt Du ja auch an den Reaktionen gemerkt haben – ist die Frage: Wie kann man eine Perspektive entwickeln, die tatsächlich große Teile der Bevölkerung einschließlich der Konservativen erfaßt, in eins gesetzt worden mit der Behauptung, daß ein parlamentarisches Zusammengehen mit der SPD erledigt sei. Das kann man ja auch daran sehen, daß sich viele das dann gar nicht anders vorstellen konnten, als daß Du an die Stelle eines taktischen Bündnisses mit der Sozialdemokratie nun das Bündnis mit der CDU stellen würdest.

*Bahro.* Aber das ist eher das Rezeptionsschema der bürgerlichen Öffentlichkeit, dem sich halt viele Grüne angeschlossen haben. Wer von einer Wahl zur nächsten denkt, der denkt ja eigentlich überhaupt nur taktisch, das „Am Grunde der Moldau, da rollen die Steine“ das fällt da weg aus diesen Erwägungen. Ich meine, alle, die bei uns in der Partei denken und die letzten

Jahre den Prozeß mitgemacht haben und eben noch in Erinnerung haben müßten, daß es vor der Wahl diese Konfrontation gab, die man Fundamentalopposition und Sozialreformismus nennen kann, und die Sache jetzt so auffassen, als wollte ich statt mit der SPD – wogegen ich immer war – jetzt mit der CDU irgendwelche taktischen Kombinationen machen Da müßten sie mir ja zutrauen, daß ich inzwischen vergessen habe, was ich vor drei Monaten gesagt habe.

*Kommune:* Aber man muß sich ja überlegen, woher das kommt. Ich glaube nicht, daß das einfach bloß daran liegt, daß eben viele einfach die Wahrnehmungsschemata der bürgerlichen Presse übernehmen, sondern daß das schon daran liegt, daß eine wichtige taktische Frage für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bei den letzten Bundestagswahlen aktuell gewesen ist, nämlich: Wie kann man eine reaktionäre Regierung verhindern? Und nicht bloß das, sondern: Wie kann man zu einer Kräftekonstellation kommen, die es unter Umständen sogar ermöglicht, Problemlösungen in der richtigen Richtung einzuleiten, etwa in der Nachrüstungsfrage?

*Bahro:* Eine solche Mehrheit habe ich nie für möglich gehalten.

*Kommune:* Und warum?

**„Wir haben doch das Wahlergebnis überhaupt nicht eingeschätzt, überhaupt nicht bewertet“**

*Bahro.* Ich habe doch am Vorabend der Wahl noch so einen Artikel in der *taz* veröffentlicht, wo ich gezeigt habe: Wenn schon, dann können wir von der SPD noch am ehesten eine halbwegs passable Haltung in der Nachrüstungsfrage erwarten, wenn sie mit uns zusammen in der Opposition gegen eine Minderheitsregierung der CDU ist. Ich habe die SPD immer so eingeschätzt, wie ich es jetzt in Hannover gesagt habe: Der Vogel hätte auch unterschrieben in Williamsburg. Ich glaube nicht, daß mit der SPD irgendeine der uns wesentlichen Sachen geht. Weißt Du, um Filter in die Schornsteine einzubauen das geht mit dem Zimmermann so gut wie mit jedem anderen Kandidaten des herrschenden Blocks, vielleicht besser Ich meine aber damit nicht, daß die CDU besser ist, sondern die konservative Partei der organisierte politische Konservatismus, die Leute, die fest in der Nato stehen und fest mit dem Kapital verbunden sind, die können Dinge, die letz-

ten Endes ja doch im Interesse wenn man es konventionell formuliert – des Gesamtkapitalisten sind, unbedenklicher durchführen als vielleicht die SPD Ich sehe auf dieser Ebene unserer ökologischen Punkte überhaupt keine Notwendigkeit, mit der SPD zu kooperieren, ich sehe wirklich nur ein einziges Feld, wo diese Unterscheidung für uns von Interesse ist, das ist die Innenpolitik, ich meine die Rechtsverhältnisse. Weil dort aus der Tradition heraus – die SPD war nie eine sozialistische Partei, aber sie war bei allen Einschränkungen, die man machen muß, weil sie eben etatistisch und cäsaristisch ist, wenn auch ohne Cäsar doch die demokratische Partei, im Vergleich jedenfalls. Genauer gesagt, sie war nicht so auf die autoritäre Charakterstruktur gegründet. Da gibt es den einzigen Unterschied, wo man in diesem taktischen Sinne von Bündnissen reden könnte, von einem Feld, wo es eine Art Verbindung gibt, die auch in unseren strategischen Überlegungen von Bedeutung ist. Aber sonst, was die Reparaturpolitik am Ökosystem betrifft, das drängt sich allen politischen Kräften auf. Wer hier regiert, muß sozusagen die gesamtgesellschaftlichen Interessen wahrnehmen, wie diese gesamtgesellschaftlichen Interessen eben durch den Machtkomplex durchgeschleust werden. Da sind Ministerien Ministerien, egal welcher Minister die kommandiert. Mein Eindruck ist eben, daß die Frage, wie

Du sie einleitend gestellt hast: Ich stell das auf der strategischen Ebene, andere wollten das nur auf der taktischen Ebene behandeln, daß dieser Schein einer taktisch anderen Behandlung in Wirklichkeit mit der weitgehenden Divergenz der strategischen Perspektiven zusammenhängt. Durch den Anschein, den Du aufgenommen hast, wird das nur verdeckt.

*Kommune:* Aber dadurch kommen diese strategischen Differenzen, über die wir vielleicht jetzt sprechen sollten, auch gar nicht raus, denn man kann ja nicht den sogenannten Realpolitikern einfach das Feld der Taktik überlassen. Du sagst selber in Deinem Referat: Vielleicht wird sich 1987 die Bündnisfrage mit der SPD auf Parlamentsebene stellen, aber nicht mehr mit den Grünen als Juniorpartner und als abhängige Variable der Sozialdemokratie.

Schwerpunktthema:



## Sowjetunion und Dritte Welt

Nr. 110 Juni 1983

Das sowjetische Verhältnis zur Dritten Welt Russischer Bär, Freund der Völker oder was? SU und Vietnam SU und Zimbabwe.

Außerdem:

**Nachrichten und Berichte zu:** BRD und Nato, Chile, Südafrika, Westpapua  
Nachruf auf Tonio Pflaum **Israel:** Eine Reise nach Israel...

Einzelpreis DM 5, Jahresabo: DM 40,  
(DM 30, für einkommensschwache  
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr  
Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Das Problem scheint mir daß man um die parlamentarische Ebene gar nicht herumkommt, sondern dort stellt sich nunmal die Frage, mit welchen Kräften und die sind nunmal als Partei organisiert – kannst Du für gesellschaftliche Umwälzungen überhaupt ein wenig den Weg freimachen.

**Bahro:** Wer noch lebt, sage nie niemals. Aber in Wirklichkeit kommt dann die Große Koalition, de jure oder de facto, das ist egal. Mit diesem Parlament, solange das politisch-psychologische Kräfteverhältnis im Lande nicht tiefergehend verwandelt ist, kannst Du nur ökologische Reparaturpoli-

tik am „Modell Deutschland“ machen. Da ist es egal, ob wir nun in einem Verbund sind oder nicht. Unser Vorhandensein übt Druck aus entweder auf die CDU/CSU oder auf die SPD in die Richtung, uns unsere Einzelpunkte zu stehlen was zu loben ist. Die Frage einer eigentlichen Koalition sehe ich nicht. Bei welchem Wahlergebnis auch immer ich würde uns auch 1987 nicht mit der SPD zusammenspannen. Warum auch? Wenn ich jetzt einen CDU-Wähler habe, aus welchem Grund soll ich wünschen, daß der wieder die SPD wählt? Daß er hin- und herwackelt?

**Kommune:** Das überhaupt nicht. Nehmen wir mal die Gegenposition. Die ist sowieso

mentarischen Ebene für die gesellschaftliche Bewegung wenigstens etwas Freiraum geschaffen werden kann, aber auch wie an bestimmten Punkten tatsächlich gesetzlich was durchgesetzt werden kann, sei es auf der Ebene der Rechtspolitik, sei es aber auch in solchen Fragen wie Energiepolitik, Abschaltung von Kernkraftwerken usw

**Bahro:** Der Punkt ist doch, wozu gibt es da eine Bündnisnotwendigkeit? Die seh ich nicht. Der Bündnisbegriff bezieht sich doch auf die Container Entweder den einen oder den anderen Container zu nehmen und da-

„Ich kenne die SPD gar  
nicht mehr als ein Subjekt,  
das für einen Reformblock  
anzusprechen wäre“

erstmal parlamentarisch und vertritt offensichtlich die Auffassung, die Grünen mal schlicht gesagt – die nehmen ein bißchen der SPD ab, und die SPD nimmt ein bißchen der CDU ab, und auf diese Weise kommt man auf 51 Prozent. Das ist in mehrerlei Hinsicht komisch und fehlerhaft. Erstens: Gegenüber der SPD können die Grünen nie eine selbständige Kraft werden, wenn sie sich einfach bloß drauf konzentrieren, an ihr Wählerpotential ranzukommen, und nicht versuchen, eine gesamtgesellschaftliche Perspektive zu entwickeln, die die Kräfte überhaupt neu sammelt gegenüber den beiden großen existierenden Parteien. Zweitens kann so herum eine Mehrheit gar nicht zustandekommen, weil die SPD tatsächlich nicht in der Lage sein wird, wesentliche Kräfte von der CDU überhaupt abziehen. In entscheidenden Fragen ist die Differenz nicht so furchtbar groß, aber die meisten Leute trauen der SPD keine Konzeption zu, aus der Krise herauszukommen. Insofern halte ich das für völlig verfehlt. Aber auf der anderen Seite erledigt sich doch damit nicht die Frage, wie die Grünen, wenn sie eine Partei werden, die der ganzen Gesellschaft eine Perspektive zeigen kann, die für diese Perspektive die Kräfte sammelt, und zwar sowohl Kräfte, die bisher an die SPD gebunden gewesen sind, als auch Kräfte, die bisher an die CDU gebunden gewesen sind wenn sie damit ein selbständiger Faktor werden, dann stellt sich doch trotzdem die Frage, wie – und das finde ich auch einen richtigen Aspekt bei den Baden-Württembergern – vor dem Jahr 2000 auf der parla-

mit uns zu kombinieren. Beliebige Gesetze sinitiativen – wir müssen uns ja nicht verweigern, im Gegenteil, wir können das vorantreiben. Wenn der Späth das richtige Ding vorschlägt oder genauer gesagt nicht das richtige, sondern das richtigste, das relativ richtigste Ding vorschlägt, weil er da dran ist, oder der Kiechle oder in Nordrhein-Westfalen meinerwegen der Bäume der nun gerade zurückgetreten ist

wer hindert uns, jeweils unsere Kraft dort in die Waagschale zu werfen? Ich sehe uns viel effektiver wenn wir uns nicht von der Frage abhängig machen: Verliert vielleicht die SPD oder die CDU oder wer immer über unser Votum die Regierung oder nicht?

**Kommune:** Die Position der Grünen vor der Bundestagswahl habe ich für halbherzig, für einen faulen Kompromiß gehalten, also diese Linie der Tolerierung gegenüber der SPD Darum ging es in diesen Wahlen nicht, sondern es ging um die Regierung. Von den Wählern aus. Das konnte man ja auch an den Umfragen sehen.

**Bahro.** Der Wähler war gar nicht dämlich, indem er gesehen hat, diese rot-grüne Kombination geht gar nicht.

**Kommune:** Die ging unter anderem deswegen nicht, weil die Grünen ihrerseits die Frage ausgesprochen dämlich aufgeworfen haben. Sie haben ja nicht gefragt: Was wollen wir erreichen langfristig – und wie können kurzfristig bereits die Weichen gestellt werden. Daß sie gesagt hätten, das sind die und die entscheidenden Punkte, und wir werden um eine entsprechende Regierung kämpfen. Hamburger oder hessische Verhältnisse können nicht dauern bei dieser Tolerierungsaktik oder sie versumpfen.

Diese Tolerierungstaktik überläßt den anderen die Initiative. Du bleibst doch in dieser Tolerierungsperspektive und sagst bloß, wir tolerieren jeweils das Richtige, von wem immer es auch kommt. Damit sparst du die Frage der Mehrheit auf Parlamentebene und damit auch die Frage der Regierungsbildung völlig aus.

**Bahro:** Deswegen ist es nämlich absolut nicht dasselbe. Das hat mit Tolerierung nichts zu tun. Die Tolerierungsdiskussion bezog sich auf eine Regierung, und ich rede davon, daß wir in beliebigen Sachfragen die uns am vernünftigsten, am realtiv vernünftigsten erscheinende Option unterstützen können und das Ganze drum vorantreiben können.

**Kommune:** Damit abstrahierst Du insgesamt von der Regierungsfrage.

**Bahro:** Nun, ich gehe davon aus, daß sie für uns erstmal nicht ansteht, das heißt, daß wir nicht für das Amt mit der Richtlinienkompetenz kandidieren und daß der Unterschied zwischen Schmidt und Kohl nicht erheblich ist. Gerade von unserer Programmatik aus ist das schwer zu sagen. Ich

der nächsten Zeit. Das sehe ich auch so. Demgegenüber aber haben die Grünen als Partei eine andere Funktion. Gegenüber der Bewegung sind die Grünen – was ihre Besonderheit ist – eine parlamentarische Partei (in meiner Sicht) und können sowie so bloß über das Parlament bestimmte Wege offenhalten, bestimmte – wie Du sagst

Beißhemmungen einbauen und müssen aber deshalb auch auf dieser Parlamentebene anders agieren als die Bewegung, können sich auch auf bestimmte Sachen einlassen, auf die sich die Bewegung nicht einlassen braucht und auf die sich die Bewegung auch nicht einlassen darf. Wenn die Grünen eine parlamentarische Partei sind und gerade darin ihre besondere Funktion auch für die Bewegung haben, dann glaube ich nicht, daß die Grünen die Regierungsfrage umschiffen können, um die es halt für die Leute bei den parlamentarischen Wahlen jeweils geht. Den Wählern geht es ja nicht um parlamentarische Konstellationen als solche, sondern es geht für sie immer um die Regierungsfrage: Wer

**Kommune:** Sicher nicht, aber wenn Du die Parallele ranziehst, da ist erstens ein Unterschied, daß die Bewegung viel mehr in der SPD aufging als das heute im Verhältnis von Bewegung und Grünen der Fall ist. Der zweite Unterschied ist, daß das kein parlamentarisches Regime gewesen ist vor 1918 und sich die Frage darum anders stellte. Ich glaube, man kann auf das heutige Parlament nicht Kennzeichnungen wie Schwatzbude oder bloße Tribüne des Klassenkampfes so einfach übertragen.

**Bahro:** Ja, Tribüne des Klassenkampfes ist eine veraltete Fassung. Aber Tribüne ist richtig geblieben, meine ich. Ich kann ja mal sagen, wie ich das Problem sehe. Zunächst: Viel anders formulieren würde ich's nicht als Du, als Fragestellung. Aber es geht jetzt um die Bewertung der Sache. Ich würde sagen, die Grünen, sicher die sind der konventionellste Zweig, sag ich immer dieser ganzen Bewegungen, auch insofern: Es lassen sich ja nur ganz bestimmte Leute aus dem Gesamtfeld der Bewegung darauf ein, ausgerechnet diese Politik zu machen und sich vier Jahre in diesen Betonsilos dort einzuschließen, wo wieder das Leben ausfällt für die, die sich da reinbegeben. Insofern spezialisiert.

Und dann die Frage, was wir dort machen. Sieh mal, insofern wir dort den Regeln gemäß funktionieren, und sei es noch so alternativ wirken wir an nichts weiter mit als an einer pseudoökologistischen Generalreparatur des „Modells Deutschland“. Mag sein, daß man doch noch einen Teil der deutschen Wälder rettet usw., also Dinge, die die Bevölkerung nochmal darüber beruhigen, daß man ja im Prinzip das Modell hier doch immer noch aufrechterhalten kann, das für die übrige Menschheit in seiner Gesamtanlage eigentlich unerträglich ist. Indem wir dort also fleißig mitwirken in punkto bestimmter Gesetzesinitiativen, kann nichts weiter passieren. Das heißt, wir werden ein Hilfsorgan, in bestimmter Hinsicht sogar eine letzte Spritze für den Kranken. Und ich sage das nur weil es nötig ist, sich über diese Sache realistisch klar zu sein, nicht weil ich sage, wir sollen da puristisch sein und uns nicht einlassen.

Und ich sehe das erstmal auf der Ebene der Gesetzesinitiativen, was Ökologie betrifft und Steuerpolitik und alle diese Dinge – da sehe ich uns durchaus funktional, so wie die Arbeiterbewegung – da es gelungen ist, sie unterzuordnen – auch funktional war. Das ist auf der Ebene noch nichts anderes. Wir befassen uns dort auf Parlamentebene mit Gefahrenabwehr würde ich das mal nennen, mit den Fragen von Raum- und Zeitgewinn, mit der Verteidigung von Spielräumen, sei es sozial, sei es daß wir uns dagegen wenden, den Abbau des Gesamtsystems ausgerechnet beim So-

„Da müßten die mir ja zufragen, daß ich inzwischen vergessen habe, was ich vor drei Monaten gesagt habe“

meine – das habe ich irgendwo mal zum allgemeinen Mißverständnis gesagt, das haben die alle nicht kapiert – also angenommen, die SPD wollte in Wirklichkeit raus aus dem Raketenbeschluß und die CDU wollte auch raus das mal als Annahme – dann kann die CDU eher als die SPD raus, und zwar aufgrund ihrer besseren Verankerung im Machtsystem überhaupt. Nixon konnte China anerkennen, oder umgekehrt in Frankreich kann der Mitterrand der Arbeiterklasse Dinge zumuten, für den sie den Giscard zum Teufel gejagt hätten. Offenbar ist das so dort.

**Kommune:** Lassen wir das mal so stehen. Du sagst, wir müssen jetzt was Positives zustande bringen. Das bezieht sich auf die Bewegung. Die Bewegung muß jetzt gesellschaftlich solche Positionen, Formen von Produktion und Leben entwickeln, und nicht nur in Worten ausmalen, sondern gesellschaftlich-kommunitäre Produktions- und Lebensformen bereits praktisch erproben. Das sei die entscheidende Frage

*macht* die nächsten vier Jahre in der Regierung das und das?

**Bahro:** Und wir sollen ihnen nun beibringen, indem wir das mitspielen, daß diese Frage wichtig ist? Wir sollen ihnen beibringen, daß es wichtig ist, ob die SPD oder die CDU regiert!? Das hieße das ja.

**Kommune:** Andererseits, warum kandidiert Ihr überhaupt für die parlamentarischen Wahlen, wenn es nicht darum geht, was dort gemacht wird?

**Bahro:** Weil ich Deinen Schluß falsch finde, rede ich so: daß also die Orientierung auf das Parlament bedeutet, daß wir Interesse haben am Mitregieren, an der Regierungsfrage.

**Kommune:** Ja, um die geht's halt im Parlament. Um was sonst?

**Bahro:** Wann hat die SPD angefangen zu regieren? Als es am schlimmsten war mit Friedrich Ebert. Und warum war sie vorher im Parlament? Hat die sich in den ganzen Aufstiegsjahren der Sozialdemokratie darauf eingestellt, an der deutschen Reichsregierung unter Wilhelm mitzuwirken? War die dazu im Parlament?

„Bei welchem  
Wahlergebnis auch immer,  
ich würde uns auch 1987  
nicht mit der SPD  
zusammenspannen“

zialstaat zu beginnen und ausgerechnet beim Rechtsstaat. Das verteidigen wir – mir scheint übrigens wichtig, daß wir einen Unterschied zu machen lernen zwischen Staat und Recht in gewisser Hinsicht. Also ich meine, die Verfassung ist nicht die schlechteste. Bestimmte Dinge, die wir nach 1945 hier von den Angelsachsen gekriegt haben, gehören sicher zu den besten Elementen politischer Kultur die verteidigungswert sind, die wir viel nötiger haben als irgendwelche anderen Kräfte. Insofern machen wir dort eben Politik, die sich noch unter Protest und Widerstand fassen läßt, wo ich aber dann eben sage, von dieser Politikebene wird für den Gesamtprozeß nichts bleiben.

Was wir verhindert haben und wo wir protestiert haben, Widerstand geübt haben, davon wird keine neue Gesellschaft, sondern entscheidend ist dann praktisch, ob wir damit, mit dieser Rolle im Parlament also wirklich das Organ für einen Aufbau sind, für das, was ich sage es lieber italienisch, weil das dann schon eine gute Konnotation hat ich *ordine nuovo* nennen würde. Und das Problem ist, daß wir das Organ für so etwas aber nur bleiben können, wenn wir – und das war eigentlich jetzt der Punkt – diesen Spezialisierungsvorschlag, den Dany da macht, nicht akzeptieren. Daß er sagt, wenn Ihr dann eine Parlamentspartei seid, dann seid bitte nur das.

Das finde ich genau falsch. Dann besteht die Gefahr daß wir uns reduzieren auf diese Hilfsbremsertätigkeit für das System und sozusagen darauf, daß wir unseren Freiraum für Widerstand reproduzieren, daß wir uns auch in den achtziger Jahren erst nach zwei Jahren aus den Häusern tragen lassen und daß wir immer noch gegen diesen und jenen industriellen und militärischen Wahnsinn demonstrieren können, daß sie das noch nicht völlig dicht gemacht haben. Das ist zu wenig. Der Punkt ist, ob wir uns bewußt verstehen als Organ dafür daß auf diesem Feld positiv was passiert, und wenn das der Fall ist, dann ist unsere Hauptfunktion am Ökonomischen ist das am sichtbarsten, es gilt aber auch für Sozialpolitik und für Rechtspolitik daß wir uns nicht länger befassen mit Umverteilungen auf allen diesen Ebenen im System, sondern umverteilen raus aus dem System. Das heißt, daß wir uns ökonomische und rechtliche und politische und soziale Startinvestitionen für diesen Neuanfang erobern, freimachen und daß wir Ihr kennt sicher das Buch von dem Josef Huber\* – daß wir statt uns hingebungsvoll der heraufziehenden fünften Kondratieff-Welle zu

verschreiben, sagen, wir müssen dieses Tal jetzt ausnutzen, um den Anfang der neuen Zivilisation zu stiften, was so tief geht, daß man von einem Bruch mit europäischen Grundmustern der Verhaltensdisposition reden muß. Das ist mehr als die allerletzte und endgültigste Vollendung der Prinzipien der französischen Revolution. Das geht über alles, was in den verschiedenen Grundwertekommissionen hier diskutiert wird, hinaus. Denn Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit das ist alles definiert auf dem Boden dieser individualistischen Konkurrenzstruktur. Ich habe das selbst sehr verinnerlicht gehabt früher der Emanzipationsimpetus bei Beethovens Symphonien ist machtbestimmt, ist Individualität durchsetzung in Konkurrenz mit anderen.

Das ist der Punkt, den ich da sehe, daß wir also praktisch diese Umverteilung machen, und die Hauptebene der Umverteilung – dafür lobe ich mir die Tribünen-

dem neuesten Stand sind, weil soviel Restriktionen, Gott sei Dank, da drin sind, wem kann das noch Spaß machen, hier irgendwas hochziehen zu wollen? Daß wir das Wertesystem auflösen helfen – ich finde inzwischen wichtig, daß wir nicht mehr so viel von zerschlagen reden.

Auf der rationalen Ebene, und das scheint mir übrigens die strategische Differenz zu sein mit den anderen, wobei dahinter dann psychologische Dinge stehen, die mit dem ganzen Minoritätsproblem und damit, daß wir immer geschlagen worden sind, zu tun haben; auf der rationalen Ebene handelt es sich darum. Wollen wir eigentlich den Zerfall bejahen oder wollen wir über die Spaltung der Gesellschaft klagen.

Das SB, nicht wahr und da ist sich die ganze Linke irgendwo eing, die neigen zunächst dazu, jetzt klagen wir mal über die Spaltung der Gesellschaft, die das große Kapital nach irgendeinem finsternen Plan, der nicht existiert, betreibt. Das verläuft aber ziemlich spontan, da gibt es dann ein paar Verstärkungen, sicher. Aber die Spaltung der Gesellschaft, um hier also mög-

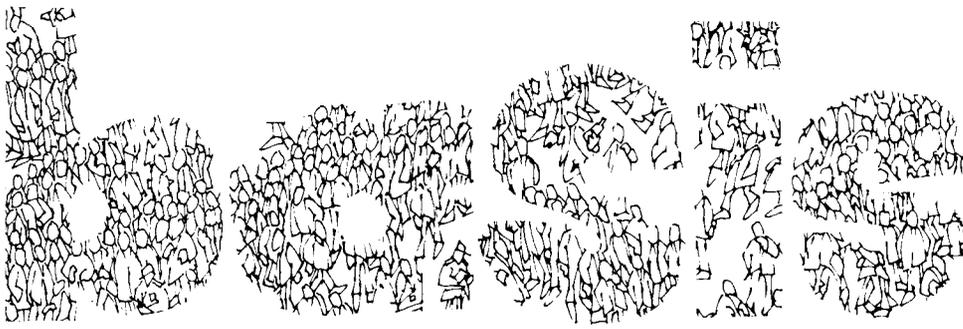


Grundstellung einer heranwachsenden Alternativen

funktion – noch wichtiger als alle Ökonomie, Politik, Soziales und so, ist die psychologische Umverteilung, also praktisch, daß wir über den Input, den wir dort in die öffentliche Meinung haben, den Abzug von Energien, von psychischen Energien aus sämtlichen alten Strukturen schaffen. Im letzten *Spiegel* steht, wie die Arbeitsmoral nachgelassen hat, und das gilt ja nun nicht bloß für die Malocher die berühmten, am Fließband, sondern wem kann das schon noch Spaß machen, nachdem die Investitionen jetzt auch hier nicht bloß in der DDR, zehn Jahre dauern und dann nicht mehr auf

lichst viel marginalisiertes Gegenpotential, das dann gefährlich wird, aufzubauen, das ist dem Kohl seine Strategie nicht. Es kommt zwar manches davon raus, weil eben Priorität hat, für Investitionen Kapital zu sammeln, das hat ja Konsequenzen. Aber der Blüm ist nicht zum reinen Betrug da, oder wenn sie sagen, wir sind die Regierung der Mitte, bringen sie ein strategisches Interesse zum Ausdruck. Sie wollen keine Straßenkämpfe hier. In der Metropole kann man sich das nicht leisten, wenn sie sowieso mehr und mehr in die Wagenburglage reinrückt.

\* Joseph Huber: Die verlorene Unschuld der Ökologie, Frankfurt (Fischer) 1982



Meiner Ansicht nach ist der Schluß völlig falsch, uns dem Verfall entgegenzustellen. Wir sollen reparieren helfen. Unser ganzes Sofortprogramm hat – ich meine nicht die Kritik an den einzelnen Maßnahmen, die einzelne Maßnahme im Sindelfinger Programm wird in den meisten Fällen wohl richtig sein, aber der Zusammenhang, in den die eingeordnet ist, ist genau der in Richtung Generalreparatur am „Modell Deutschland“ restabilisierend wird das funktionieren. Der einzige Punkt, wo wir sie etwas treffen, wo ich noch nichtmal sicher bin, für wen das am letzten Ende gut ist, weil die Investitionsstrategien sowieso nicht aufgehen werden, ist, daß wir sie hindern, Kapital anzusammeln, etwas hindern, weil wir den Abbau des Sozialstaats bekämpfen.

Das ist natürlich gut, jede Mark, die man ihnen wegnehmen kann, ist besser investiert an jeder anderen Stelle, bloß nicht bei denen, die da Beton draus machen. Aber diese Grundorientierung, die sich an das Reformistische und Gradualistische, an diese Reparaturstrategien anlehnt, ist eben bei uns im allgemeinsten, in einem welthistorischen Sinn eigentlich sozialdemokratisch. Und da wäre ich dafür daß wir auf allen Ebenen dem Zerfall uns anvertrauen und nicht die Frage stellen: Wie können wir die, die rausfallen, wieder in den alten Status zurückversetzen – noch etwas verschlechtern, weil es nicht anders zu machen ist sondern wie können wir denen einen Status einer neuen, anderen Gesellschaft verschaffen? Und nun verkenne ich nicht, daß wir damit nicht die Antworten haben für alle Individuen, die jetzt in ihre persönliche Krise geraten. Es ist aber auch wichtig, was wir machen. Nehmen wir mal an, die Bankangestellte, die, wenn sie über 40 ist, wie ich neulich hörte, keine Aussicht mehr hat, an den Job zurückzukommen: Wir können jetzt dieses erste halbe Jahr wo sie sich damit auseinandersetzt, daß sie kein anständiger Mensch mehr ist, weil sie nicht anständig arbeitet, versuchen, ihr beizubringen, wenn du dich sehr anstrengst und wenn wir noch fleißig kämpfen, kannst du doch wie der hinter deinen Schalter gehen; wir können aber auch versuchen, mit dieser seelischen Krise so umzugehen, daß sie sich überlegt, verdammt nochmal, was wäre eigentlich die nächsten dreißig Jahre meines Lebens gewesen, was hätte denn das gebracht, wenn alles so weitergeht, mit unserem Häuschen und so, in unserer Ehe ist es doch auch recht langweilig. Gibt's nicht eine Chance, eine andere Lebensform aufzu-

bauen? Und da beginnt für uns die Machtfrage, ob wir in der Lage sind, Mittel abzuleiten im weitesten Sinne. Das betrifft alles, das geht von Ökonomie bis Therapie und mehr als, besseres als Therapie. Und die Rechtsverhältnisse mitten drin.

*Kommune:* Das Problem bleibt natürlich, daß selbst schon die Frage von Mittel ableiten parlamentarische Mehrheiten voraussetzt.

*Bahro.* Ja, weißt Du, parlamentarische Mehrheiten in welchem Sinne? Nachdem die dort in Berlin gewonnen hatten, gab's doch nicht zufällig diese Staatsknete-Diskussion, weil die CDU dort zahlte. Und warum? Ich hab' die Wahlplakate in Berlin in Erinnerung. Ich weiß nicht mehr genau, was bei Weizsäcker stand. Aber klar war jedenfalls, daß er dort den Bürgern Ruhe versprochen hat in Berlin. Und Vogels Plakate hatten die Überschrift: Eine starke Hand für Berlin. Das will er dann sein. Also im Prinzip das Ordnungsbedürfnis preußischer Berliner Normalbevölkerung. Ich glaube nicht, daß die Lummer-Politik das ist, was die Mehrheit der Berliner Bevölkerung will, da gibt's immer ich weiß nicht, 13, 15 20 Prozent im schlimmsten Falle, die die Gewaltlösung wollen und sich genauso wie unsere Steinschmeißer am anderen Ende über den Krawall freuen, weil das ihren Aggressionspotentialen – stellvertretend zumindest entspricht. Die Polizei muß eben für sie dann die Knüppel nehmen. Aber die Mehrheit einer Bevölkerung will in diesem normalen Sinne Ordnung in der Stadt, will sich nicht gegenseitig die spätrömischen Köpfe einschlagen um die letzten Körner die der Augustus, oder wer das gerade ist, rangeschafft hat aus Afrika oder woher Unsere wirkliche Streitfrage könnte dann sein, ob es denn nun wirklich besser ist, mit Straßenschlachten durchkommen zu wollen, und ob die Argumente richtig sind, daß wir dann angeblich das System entlasten, wenn wir Leute im Extremfall in die Landkommune führen. In meinen Diskussionsbeiträgen in Hagen und Sindelfingen habe ich das vielleicht zu einfach auf die Landkommunen gebracht, wir können auch Stadtviertel erobern, oder besser aneignen, nicht erobern, und kooperieren mit Versorgungsmöglichkeiten draußen.

Weißt Du, wenn sie Mittelstandsprogramme beschließen, dann hängt das damit zusammen, daß es da eine gewisse Lobby gibt. Wir sind auch eine Lobby. Laß uns

drücken. Da laß uns mitspielen. Wenn sie das sehen, wie das in Krefeld, wie das an der Startbahn, wie das überall läuft, wenn ihr nicht wollt, daß das eskaliert – wir haben hier eben *ordine nuovo*, ein konstruktives Angebot, wenn ihr wollt, könnt ihr das sogar Arbeitsplätze nennen. Wir kennen das nicht so. Aber ihr könnt das ruhig so nennen, was wir da schaffen. In Berlin zählen sie schon 8000, wo jedenfalls das Arbeitsamt nicht zuständig ist. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde soll gerade das mit der SPD besser gehen als mit der CDU? Das sehe ich überhaupt nicht. Es ist eben doch eine Vereinfachung, die CDU nur als die Partei des großen Kapitals zu sehen. Da sind psychologische und ideologische Strukturen drin, die uns eigentlich erlauben würden, in bestimmter Hinsicht die Konfrontation zu verlagern von Minorität gegen Polizei, wo wir es mit dem Panzer wirklich aus Glasfaser Stahl und Wasserwerfern und was alles zu tun haben, in eine Konfrontation sozusagen viel mehr auf der wirklich kulturellen Ebene, daß wir also mit unseren Lebensformen in die Gesellschaft reinrücken und es dann aber mit den Menschen statt mit den Polizisten zu tun haben, die sicherlich so reagieren, da kommt der Input rein erstmal, und dann ist man empört und macht seinen Charakterpanzer wieder zu. Aber innen arbeitet das dann weiter das ist viel produktiver diese Strategie als der Kampf mit der Polizei. In Hannover in der Gruppe über Kommune Bewegung hat eine Frau erzählt, wie das auch auf dem Lande auf lange Sicht geht, daß friedliche Beziehungen herrschen mit der Dorfbevölkerung dort. Nun weiß ich nicht, wie radikal die dort in der Lebensform sind. Daß wir so dicht an die Leute ranrücken, wir jedenfalls eine Verankerung erstmal erreichen, wo die Polizei gar nicht mehr dazwischen kann

*Kommune:* oder jedenfalls schwer

*Bahro:* Auf der Ebene der sozialen Kräfte jetzt: Es hat ja am Anfang der Hausbesetzerbewegung in Berlin sowas gegeben, daß die Bevölkerung sympathisierte. Noch sind auch unsere eigenen Aggressionspotentiale uns dabei im Wege, das optimal auszuführen. Ich plädiere ja dafür daß wir uns im weitesten Sinne umbauen. Die Hannoveraner Versammlung hat das ja verständnisvoller aufgenommen als die grüne Öffentlichkeit, weil sie das mehr im Zusammenhang vorgeführt bekommen haben. Was die Bayern dort dann einer nach dem anderen, von August Hausleiter angefangen, erzählt haben, war doch: Nimm uns unser Feindbild nicht weg. Dem Zimmermann ist der Meineid vom Gericht bestätigt worden, ich will den auch weiter Betrüger nennen dürfen. Mein Gott, was ist das für eine Perspektive! Ich hab das Gefühl, daß von den Grundproblemen her um die sich die grüne Programmatik, und ich meine einfach das, was sich um den Ansatz der Ökologie und Friedensbewegung herum organisiert, daß



das so fundamentale Interessen sind, daß wir damit Organ der Gesamtgesellschaft sind.

*Kommune:* Noch einmal zurück. Sicher ist wahr daß ein großer Teil der Linken nicht mit Marx sagen könnte: Die Krise entwickelt sich großartig, und daß Deine Sichtweise, wenn man so will, eher marxistisch ist.

*Bahro.* Meine Mentalität find' ich im Ernst marxistischer als die vieler anderer Leute hier wenn auch meine Theorie vielleicht nicht mehr marxistisch ist.

*Kommune:* Sicher gibt es unheimlich viel Krisen- und Spaltungsgejammer bei der Linken, was bloß zeigt, daß, was als Linke existiert, in vielen Sachen dem Status quo verhaftet ist. Sonst könnte man ja sagen, die Krise entwickelt sich großartig; es zeigen sich Probleme auf neue Weise, die Leute fangen an, anders über sie zu denken. Statt dessen herrscht größtenteils Furcht vor und diese ganzen Sachen mit Kampf gegen rechts bringen in doppelter Hinsicht nicht viel: Es stimmt halt nicht, daß die Entwicklung mit „Faschisierung“ richtig

erfaßt wäre, und mit einer bloßen Verhinderungskonzeption kann man, wenn die Krise so tief geht, wie es aussieht, auch nicht auskommen. Aber was mich interessieren würde: Wie ist denn das Verhältnis zwischen diesem Aufbau von Ansätzen einer neuen Gesellschaft, also *ordine nuovo*, und der parlamentarischen Taktik? Wie ist das Verhältnis überhaupt zwischen Aufbau und Ansätzen einer neuen Gesellschaft und Staat? Wie sind da die Übergänge?

*Bahro.* Das würde ich fast, um es mal konventionell zu sagen, um es verständlich zu machen, auf der Ebene sehen wie die sozialistischen Staaten, als man noch meinte, das würden welche werden, das Problem der Außenpolitik gestellt haben: nämlich friedliche Bedingungen, günstige Bedingungen für den Aufbau sichern. Wir haben das Problem, vom Industriesystem, dieses verstanden als exterministisch mit all den Konsequenzen, befreite Gebiete zu schaffen. Das ist ein doppeltes Problem. Es gibt ein Sicherheitsproblem, und dafür tanzen wir auf dem politischen Karussell da mit, also die Frage, wie sichern wir uns den Raum? Die Hauptfrage ist natürlich, was bauen wir da auf? Mit dem Schwerpunkt im Aufbau der neuen Psychologie.

*Kommune:* Aber das betrifft ja nur die erste Phase. Sicher in der ersten Phase kommt es darauf an, einerseits zu versuchen, Ansätze von so einer neuen Gesellschaft aufzubauen und diese Ansätze auch zu sichern und von mir aus auch Beziehungen friedlicher Koexistenz zu entwickeln, die für das Neue günstig wären, weil das die größere Anziehungskraft ausübt. Aber so-

wie das Neue bedrohlich wird, stellt sich die Frage schon mal anders. Man hat das nicht immer selber in der Hand, wie von seiten der alten Gesellschaft oder von seiten der herrschenden Klasse reagiert wird. Um im Bild zu bleiben: Die Sowjetunion war ja bewaffnet.

*Bahro:* Hier hört diese Analogie zu der Sowjetmacht am Anfang dann wirklich auf. In den Metropolen geht nichts anderes als eine gewaltfreie Strategie. Das beschreibt der Politikansatz von Gramsci. Wir müssen uns vielleicht vorsorglich die Bedingungen der Angreifbarkeit vorstellen und die genau vermeiden. Ein kommunitäres Modell würde ja nun weder ökonomisch noch politisch hauptsächlich aggressiv funktionieren. Es würde also die Leute herausfordern im wesentlichen dadurch, daß die Menschen, die in den neuen Zusammenhängen arbeiten, anziehender sind als die, die immer noch in die U-Bahn-Schächte steigen müssen. Ich glaube, daß sich die Machtfrage in dem Sinne bei solchen kulturellen Übergängen nicht stellt. Der Unterschied ist doch: Alias Oktoberrevolution, Sturm aufs Winterpalais, hat sich doch die Sache für Rom auf den Spartacus-Aufstand hin gestellt, erstmal. Aber danach ging es nicht mehr um die Machtfrage in dem Sinn, wer stürzt den Kaiser? Das war dann nur der nächste Kaiser. Da kam nichts raus. Aber das ganze Ding bröckelte schließlich ab, und es war ein neues System da. Ich seh das so, daß wir von unten her in einer gewissen Weise auf nicht-antagonistischem Wege eine alternative institutionelle Struktur schaffen, daß wir eine Neu-Institutionalisierung ma-

„Meine Mentalität find ich im Ernst marxistischer als die vieler anderer Leute hier, wenn auch meine Theorie vielleicht nicht mehr marxistisch ist“

chen, für die wir also Konsens auch dadurch erwirtschaften, für die uns Konsens sogar erwirtschaftet wird durch die Unfähigkeit des bestehenden Systems, Rettungspolitik zu betreiben, also daß die den Wald nicht gerettet kriegen und daß denen für unsere Sicherheit nichts weiter einfällt als die Rüstung und solche Dinge. Es hat sich doch, wenn man vergleicht, vor '68 und nach '68 schon der Konsens völlig verändert, der ist jetzt bloß noch negativ. Der war positiv, der ist noch da, aber er ist negativ geworden. Ich sehe also, daß es auch Toleranz geben wird gegenüber lokalen Strukturen, Subsidiaritätsprinzip und so, wie die ändern das nennen.

Ich könnte mir vorstellen, daß jemand wie Oswald von Nell-Breuning, falls er noch 'ne Weile lebt, was ich ganz gut finden würde, daß man mit dem keine Meinungsverschiedenheiten hätte und daß uns da Kräfte zu Hilfe kommen würden. Dieses Buch von Franz Alt\* hat inzwischen 257.000 als jetzige Auflage, steht auf dem Plakat, und das ist ja noch nicht zu Ende. Da gibt es doch Kräfte in dem anderen Lager. Das ist gerade etwas, wo Gramsci uns gesagt hat, nun hört doch mal endlich auf, auf die Armierung der Maschine zu starren – natürlich kann die theoretisch. Die Amis hätten Vietnam fertig machen können. Die Russen Afghanistan und der Schah alle Schiiten.

**Kommune:** Wir haben uns da wahrscheinlich ein bißchen mißverstanden, denn mir kommt es da jetzt nicht auf die Gewaltfrage an.

**Bahro:** Die Protektion gegen die Eingriffe, weißt Du, das ist der Punkt, wenn ich von Versöhnung gesprochen habe aufs Jahr 2000 hin, dann habe ich diese Perspektive gemeint. Weil manche von uns so kurz denken, können sie sich nur vorstellen. Also wollen wir uns jetzt anpassen? Und Joschka Fischer sprach dann von dem Trachtenhut und dem Dirndl, mit dem wir in Bayern für uns werben gingen. Ich weiß nicht, weil er ungläubig ist in bezug auf eine Gesamtperspektive in der Richtung. Weil er sich nichts anderes vorstellen kann, als daß wir die Stelle auf dem Karussell uns freihalten, auf der wir tanzen dürfen.

**Kommune:** Worauf's mir ankam, war nicht die Gewaltfrage, sondern das Problem, wie da Du eben das Parlament, den Staat die ganze Zeit noch haben wirst, während so einer Phase des Aufbaus kommunitärer Strukturen überhaupt der Übergang vorzustellen wäre. Oder stellst Du Dir das so vor, daß sozusagen die alten Strukturen immer bleiben, neue entstehen, und die alten

irgendwann ganz leer sind? Das ist der eine Punkt, der andere ist, daß für eine solche Entwicklung von Ansätzen einer neuen Gesellschaft, weil in der Gesellschaft selber eine ganze Reihe Entwicklungsmöglichkeiten politisch blockiert sind, sich natürlich trotzdem die Frage stellt, was kannst Du über parlamentarische Mehrheiten, was kannst Du auch über eine Regierungspolitik machen zur Stützung solcher Entwicklung. Worauf ich raus will ist, daß auch dann, wenn man das so sieht, daß der entscheidende Punkt der Aufbau eigener Strukturen ist – das würd' ich auch so sehen – die Frage von parlamentarischen Mehrheiten und auch die Frage der Regierungsbildung, das heißt auch des Machens „von oben“ sich eben überhaupt nicht erledigen.

**Bahro:** Nochmal, das würd' ich dann so sehen, daß wir temporäre Mehrheiten suchen für die Dinge, die uns wichtig sind, ja?

Wenn wir uns da was rausschlagen wollen, müssen wir uns natürlich auch mit dem Gesamthaushalt befassen, das erfordert einfach die Kultur, daß man den Überblick übers Ganze dabei hat. Auf dem Gebiet gibt's bestimmt keine Meinungsverschiedenheiten. Das Problem ist wirklich die Perspektive, unter der wir dort mitwirken, ob unsere Perspektive ist, den Sozialstaat aufrechtzuerhalten und die schlimmsten Umweltsünden zu verhindern oder zu korrigieren, womit wir dann nur so ein Hilfsmotor sind für die Reparaturpolitik, ohne daß gegen den einzelnen Punkt was zu sagen sein muß. Oder ob wir alles unter dem Gesichtspunkt betreiben, wie können wir diese neue Sache hochziehen. Ich sehe unsere Chance vor allem darin, daß früher oder später dieses expansionistische Modell mit verzehnfachtem Material- und Energieverbrauch, das mit dem Weltmarkt zusammenhängt, mit der materiellen Weltmarktstruktur eben schlicht nicht mehr geht und die Kontraktionsphase für die Gesamgesellschaft unerlässlich wird. Meine Vorstellung ist eigentlich, daß wir praktisch den gesamten ökonomischen Prozeß – wenn man mal von da ausgeht – wirklich zusammenziehen in lokale Reproduktionszusammenhänge und der Austausch auf der Ebene über 50 km Reichweite, und im Maßstab der Länder und im Maßstab der Republik dann und Europas und der Welt usw. miniert wird und der Weltmarkt vielleicht von 100 auf 1 geht und der nationale Markt von 100 auf 10 und man nur so wie man früher Fernhandel für Luxusprodukte betrieben hat, jetzt eben Handel für Spezialmaterialien betreibt, die wirklich ausgetauscht werden müssen. Sicher wird da in dem einen oder anderen konkreten Fall der Austausch auch größer sein. Aber daß eben

\* Franz Alt: Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt, München (Piper) 1983



Die Broschüre beschäftigt sich mit den Personen und Gruppen, die zwischen 1945 und 1955 gegen die Eingliederung der beiden Teile Deutschlands in die von den USA und der Sowjetunion geführten Blöcke gekämpft haben. Sie fragt nach den Ansichten und dem Schicksal dieser Gruppen und versucht die Frage nach ihrem Scheitern zu beantworten.

Elisabeth Weber

**Die OPPOSITION gegen die BLOCKBINDUNG DEUTSCHLANDS 1945-1955**

Für die gegenwärtige Diskussion innerhalb der Friedensbewegung ist eine solche Untersuchung wichtig: Es geht um Traditionen und Erfahrungen, an die trotz veränderter politischer Bedingungen z.T. angeknüpft, aus denen auf jeden Fall gelernt werden kann.

**FÜR DIE DISKUSSION IN DER FRIEDENSBEWEGUNG**

**Elisabeth Weber  
Die Opposition gegen die Blockbindung Deutschlands 1945-55**

sender broschur  
48 Seiten, 5,00 DM



Aus dem Inhalt:

- Von der Kapitulation Deutschlands bis zum Beginn des Kalten Krieges
- Positionen der Blockfreiheit in der SBZ
- Die Opposition gegen die Westintegration der Bundesrepublik: pazifistische Strömungen, protestantische Kreise, neutralistische Zirkel, KPD, SPD, Gesamtdeutsche Volkspartei, Paulskirchenbewegung
- Der Weg der verschiedenen Kräfte nach 1955
- Einige Schlußthesen zur Bedeutung der damaligen Opposition für die heutige Friedensbewegung



Im Buchhandel erhältlich  
Einzelexemplare (nur gegen Vorauskasse  
Scheck von 5 DM + 3 DM Porto)  
erhältlich bei

Buchvertrieb Hager  
Postfach 111162 6000 Frankfurt 11

„Aber in solchen Phasen  
ist Rom einfach nicht  
zu halten“

die einfache Reproduktion, auf die sich überhaupt alles zurückziehen muß, nicht schon im Kern marktabhängig ist. Wenn man also den Reproduktionsprozeß, jetzt schalt ich mal von Produktion auf Reproduktion und meine damit nicht bloß die Wiederherstellung der Produktionsmittel, sondern das Gemeinwesen, wenn man diesen Reproduktionsprozeß sowohl kommunal als auch kommunitär organisiert, das ist dann irgendwo durchaus nicht identisch, aber rückt viel näher aneinander ran, wenn man dort den Schwerpunkt hinkriegt, ich meine im Lebensprozeß herstellt, dann werden die zentralen Institutionen jedenfalls im Verhältnis zu heute relativ abhängig von dieser Basisstruktur. Dann ist die Hauptfrage wirklich nicht, ob nun der Bundestag umgebaut, abgeschafft, neu konstituiert wird oder so, sondern dann – vielleicht erweist sich das eines Tages eben als das Räteparlament, ohne daß dazu irgendeine stürmische Aktion stattgefunden hat. Das ist vielleicht etwas harmonistisch jetzt vorgestellt, nur um zu sagen, daß wenn die Geschichte ihren Schwerpunkt auf das Feld der Kulturrevolution verschiebt und der Neukonstruktion sozialer Beziehungen ei-

nissen zu leben, den Aufbau solcher Lebensprozesse in Angriff zu nehmen, weil einfach der Verwertungsprozeß des Kapitals die Gesamtgesellschaft beherrscht. Das heißt dann eben für die Masse der Gesellschaft, daß sie halt nicht mal an Brot kommt, ohne sich an das Kapital zu verkaufen. Also Einverständnis darüber daß man sich heute eine gesellschaftliche Umwälzung nicht vorstellen kann, ohne daß die gesellschaftliche Entwicklung selber schon Anhaltspunkte für eine neue Produktion geschaffen hat, wo man sehen kann, wo s langgeht. Man kann mit dem Aufbau einer genossenschaftlichen kommunalen Produktion nicht nach der Revolution anfangen, sondern umgekehrt fängt die Revolution als soziale, kulturelle Umwälzung an, und zwar nicht nur im Kopf, sondern tatsächlich mit dem Aufbau neuer Strukturen. Bloß ob es dann nicht schon früh zwischen diesen zwei Gesellschaften, die aber in einer stecken, zu Konflikten kommt, die entweder so enden können, daß diese neuen Strukturen gar nicht über ein Modell rauskommen, dann auch Ge-

Boden in Angriff genommen wird – das ist ja, was wir wollen, also daß wir den Fortschritt zum freien Lohnarbeiter eigentlich rückgängig machen wollen.

*Kommune:* Mit dem Rückgängigmachen meinst Du's ganz ernst? Das ist ja auch widersprüchlich formuliert, wenn Du sagst, den Fortschritt rückgängig machen.

*Bahro:* Zugleich hab' ich positiv ja gesagt: Wiedervereinigung des Menschen mit seinen Arbeitsmitteln, eigentlich mit den Produktionsbedingungen, Produktionsmittel und Boden ist ja auch schon eine Trennung, die relativ spät ist, geschichtlich gesehen. Das ist doch der Punkt, daß wir gesehen haben, die große Maschine, oder um weniger mysteriös zu sprechen, irgendeine Konzernstruktur mit zehn Leitungsebenen, die am Weltmarkt hängt, von der ganzen Struktur von Produktion und Verkauf her von der Forschung her, die Filialen in verschiedenen Städten hat, da wird das bestimmt nichts mit Aufhebung der Entfremdung, mit Selbstverwaltung und alledem. Zu Hilfe kommt uns eben, daß wir mit dem Rücken an der Wand stehen, daß die Grenzen da sind, daß jetzt einfach aus vielerlei Gründen diese Kontraktion versus Expansion, wie das bisher war diese Kontraktion auf materieller wie auf psychischer Ebene, was dann heißt, die Energien viel mehr innen durchzuleiten als in Sachen machen, daß die also geschichtlich auf der Tagesordnung steht. Also die Großcomputer machen s offenbar nicht, das heißt, die optimieren so lange, bis alles schief geht. Also zeigt sich auf allen Ebenen, daß dieser Expansionsprozeß zu Ende geht. Daß diese Kontraktion wie am Ende des römischen Reiches jetzt ansteht. Das ist ja ein Weg von diesen Militärkaisern zu Benedikt.

*Kommune:* Du gehst da ziemlich stark in Analogie zur römischen Geschichte bzw zu bestimmten Interpretationen des Zerfalls des römischen Reiches vor etwa der Interpretation Raiths\*

*Bahro.* Ich hatte immer die Römer drauf, die römische Geschichte hab' ich lange als Modell drauf schon in diesen „Elementen einer neuen Politik“ beziehe ich mich immer wieder darauf. Das Buch hat mich nur bestätigt. Der Johan Galtung hat ein ähnliches Ding geschrieben über die Analogie zwischen unserer Epoche und dem Zerfall des römischen Imperiums. Weil's einfach darum geht, eine Gesamtformation wird krachen. Die Marxsche Hypothese war: Eine der Klassen, die auf der Formation stehen, die zweite industrielle Klasse wird das

„Ich finde inzwischen  
wichtig, daß wir nicht  
mehr so viel von  
Zerschlagen reden“

gentlich, der Wiederherstellung von Assoziationen, dann fallen die Entscheidungen nicht im politischen Machtkampf im unmittelbaren Sinne, sondern dann sind, was an Straßenkampf und Polizeieinsatz usw stattfindet, unliebsame Begleiterscheinungen des Prozesses. Aber in solchen Phasen ist Rom einfach nicht zu halten.

*Kommune:* Wobei es in der Gesellschaft selber eben Blockierungen gibt, und zwar jetzt nicht bloß Blockierungen durch die Politik, sondern durch die kapitalistischen Verwertungszusammenhänge, die eben auch ganz bestimmte Zwänge für die Angehörigen dieser Gesellschaft ergeben. Ich kann mir das nicht so harmonisch vorstellen, Ausstieg, der sich quantitativ immer mehr verbreitert, sondern ich glaube, daß eben solche kommunitären Entwicklungen nicht hinauskommen werden über gewisse Modelle und als solche in der Gesamtgesellschaft auch eine Anziehungskraft entwickeln können, daß es aber für den Großteil der Gesellschaft gar nicht möglich sein wird, seinerseits in entsprechenden Verhält-

fahr besteht, daß sie sich totlaufen oder daß sie aufgesogen werden. Das Ganze hängt ja sowieso davon ab, daß sie ständig Zustrom kriegen und daß ständig neue Kräfte hinzustoßen

*Bahro:* Ich meine, wir wissen ja, daß wir nicht mal für den heutigen Nachmittag eine Überlebensgarantie haben. Wer könnte versichern, daß wir da durchkommen werden, aber der Hintergrund ist doch, daß diese Kapitalverwertungsstruktur insgesamt an Grenzen stößt, und zwar äußerer Natur äußeres Proletariat, das heißt also die Bevölkerung der Dritten Welt minus Eliten, inneres Proletariat, das heißt also Bevölkerung der entwickelten Länder ohne Machtstruktur der Anteil jeweils der Leute, die da nicht konfirmiert sind. Der Verwertungsprozeß ist doch nach wie vor darauf angewiesen, daß lebendige Arbeit dort einströmt, ob nun unmittelbar oder indirekt, es sind nur Menschen, die das aufrechterhalten. Und wenn das also immer unbefriedigender wird, immer weniger Leute Lust haben dazu, das Management keinen Spaß mehr macht, auf der andern Seite diese Politik der Wiedervereinigung gewissermaßen von Mensch und Produktionsmittel und

\* Werner Raith: Das verlassene Imperium, Berlin (Wagenbach) 1982

lösen. In Wirklichkeit ist schon die Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft nicht einfach durch die Bourgeoisie gemacht, sondern es kam diese bipolare Formation herauf, Bourgeoisie, Städte und freie Leute, und diese Formation als ganze wird abgebaut, muß abgebaut werden. Insofern also der Vergleich mit Rom, wo das auch so gewesen ist.

Mir ist noch eine Ergänzung gekommen zu dieser SPD/CDU-Geschichte. Irgendwie denkt man durch diese Zweiteilung des politischen Potentials, wenn wir die FDP hier mal weglassen, automatisch in diesen beiden Parteien. Also diese beiden Parteien haben mich zumindest auf der CDU-Seite nicht interessiert. Sondern mich hat eigentlich die Gesamtbevölkerung interessiert, mit dem Akzent, daß eigentlich die Gesamtbevölkerung tendenziell konservativ ist. Und gegen die SPD hab ich's gerichtet, weil wir dort und nicht bei der CDU gefangen sind. Konzeptionell.

*Kommune:* Das geht auch aus dem hervor was Du in Hannover gesagt hast. In Deiner Rede hast Du gemeint, so 75 Prozent seien konservativ, und wenn wir eine Umwälzung erreichen wollen, können wir das nur, wenn wir einen beträchtlichen Teil dieser 75 Prozent auf unsere Seite ziehen. So weit so gut. Bloß trägt natürlich der Begriff konservativ nicht furchtbar viel aus.

*Bahro:* Also in dem Begriff liegt wirklich ein Problem. Selbst in dem Begriff wertkonservativ. Alle Werte, mit denen wir hier umgehen, kommen aus diesem europäischen Zusammenhang. Also eigentlich steckt die Denkstruktur dahinter die ich in dem 11 Kapitel meiner Alternative entwickelt habe. Dort gehe ich doch davon aus, es gibt also das absorbierte und das überschüssige Bewußtsein, und die beiden unterteile ich dann nochmal. Aber der Grundgedanke ist, es haben alle Leute in der Gesellschaft bis auf Extremfälle Anteil an allen diesen Ebenen.

Ich will mir die Leute dort nicht als CDU-Wähler definieren und auch nicht als SPD-Wähler, sondern ich will schauen, wo können wir eigentlich in dieses Bewußtsein rein. Ich will natürlich genau dort, wo Überschuß ist, wo das Bewußtsein nicht völlig eingebunden ist, ran und hoffe, daß man von dort aus dann innerhalb der Köpfe, traditionell gesprochen, Eroberungen machen kann. Daß sich in den Menschen dann die Kräfteverhältnisse ändern. Hier der Fred, der hier zu Gast ist aus England, der hat einen Bruder in München. Er erzählte mir ganz zufällig heute morgen hier beim Frühstück: Die Frau seines Bruders, jetzt mittleren Alters und in so typisch bayerische Mittelklassenverhältnisse eingebunden, vielleicht untere Mittelklasse, ich

weiß es nicht. Die Frau galt ihm immer als konservativ, katholisch und so, die hat die Grünen gewählt zu seiner Überraschung. Da haben also bestimmte Motive anders funktioniert. Da haben sich also Relationen verschoben, ohne daß plötzlich die Dinge, wegen denen sie immer den Strauß gewählt hat, plötzlich aus dem Kopf verschwunden wären. Würd' ich nicht behaupten. Das ist doch eigentlich der Zugang, den uns Gramsci gelehrt hat, meine ich.

*Kommune:* Ein Problem Deines analytischen Ansatzes hängt damit zusammen, daß Du, wenn ich es richtig verstanden habe, den Klassenbegriff jetzt ganz aufgegeben hast

*Bahro:* Nein, als Begriff nicht. Paß mal auf, wenn wir die Situation haben, für die Marx dann sagt – bei Rom das ist immer wichtig für mich es gibt Fälle, wo es nur mit dem gemeinsamen Untergang der beiden Klassen endet, wo also keine Klasse da ist, die das nächste trägt, da heißt das nicht, daß es keine Sklaven und keine Sklavenhalter mehr gibt. Wenn ich jetzt auf den Klassenbegriff politisch orientiere, muß ich mir doch davon versprechen, daß das einen Ausgang bietet. Und das ist der Punkt. Ich sehe, daß Kapital und Arbeit in Wirklichkeit kollaborieren, um diese verfluchte Formation aufrechtzuerhalten. Praktisch sehe

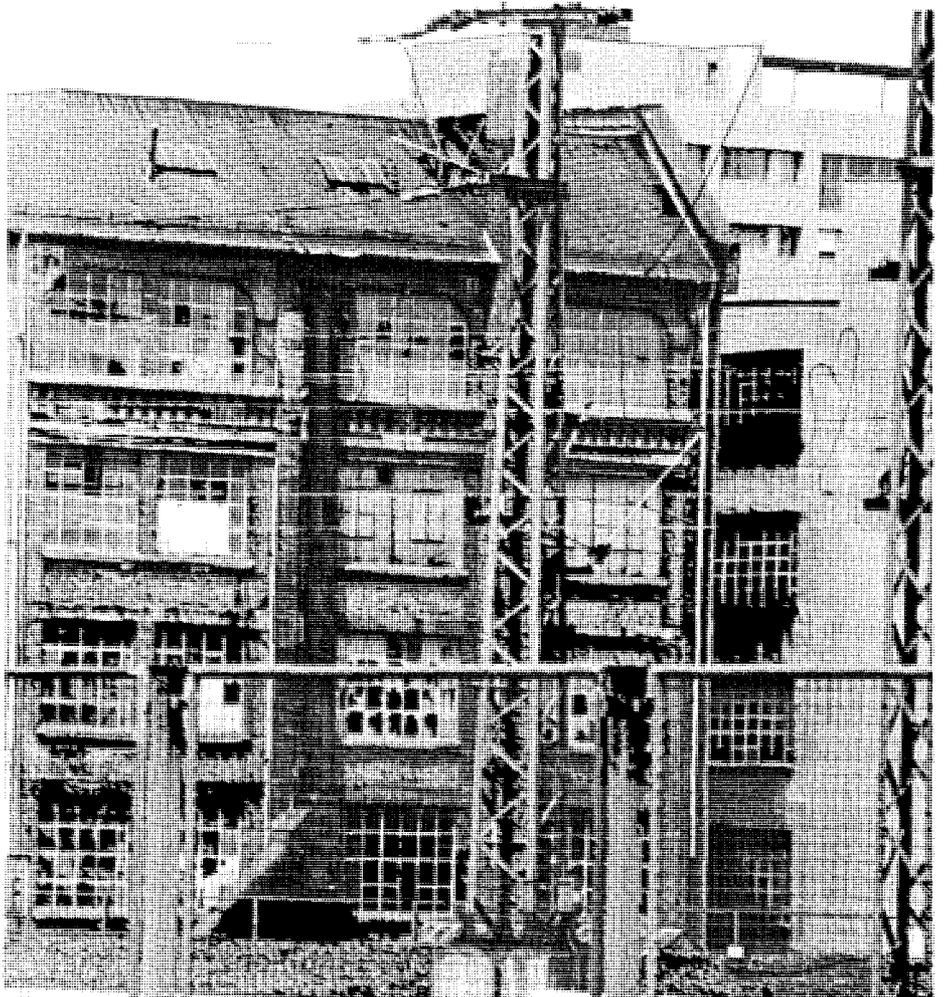
ich, was man Proletariat und Kapital nannte, ganz ähnlich funktionieren wie die Blöcke. Das sind beides industrielle Klassen, die uns auf diesem Karussell festhalten. Und ich muß das Karussell zum Stillstand bringen und möglichst die Kräfte davon ableiten. Und dabei darf ich die Leute nicht als Kapitalisten und Arbeiter angreifen oder fördern, sondern man muß sagen, ihr definiert euch damit als Menschen in die ablösungsbedürftige Formation rein.

*Kommune:* Das ist aber doch bloß der Fall, solange eben die Arbeiter funktionieren, wie sie auch müssen, als Ware Arbeitskraft. In dem Sinne sind sie natürlich voll dem System verhaftet. Aber die Frage ist ja, wo die Negation dieses Systems anfängt, ob die anfängt bei denen, die gezwungen sind, als Ware Arbeitskraft zu fungieren, oder ob die anfängt bei denen, die als Funktionäre des Kapitals agieren.

*Bahro:* Das ist dieselbe Frage wie die, wo die Abrüstung anfängt, bei den Russen oder den Amerikanern.

*Kommune:* Aha.

*Bahro:* Man muß dies als System begreifen, wo praktisch die Kämpfe, die Klassenkämpfe, man sieht das doch inzwischen empirisch, nur dazu gedient haben, das System in seiner Richtung weiter zu bewegen.



**Kommune:** Aber die ganzen emanzipatorischen Tendenzen und Kräfte entwickeln sich doch nicht einfach gleichmäßig, sie entwickeln sich innerhalb bestimmter Schichten der Lohnabhängigen, sie entwickeln sich in bestimmten Generationen, gesellschaftlichen und politischen Generationen der Lohnabhängigen. Ich finde, daß Du die Frage richtig aufgemacht hast, wie kann man überhaupt eine Mehrheit gewinnen für das, was wir wollen, aber Du hast sie noch kaum beantwortet.

**Bahro:** Meine These ist ja, nicht über das Interesse der Arbeiter als Arbeiter sondern als Menschen.

**Kommune:** Darin unterscheidest Du Dich aber auch nicht von Marx. Er sagt ja nur daß das Interesse an menschlicher Emanzipation und daran, sich als Mensch verwirklichen zu können, halt bei den Lohnarbeitern, den Lohnabhängigen entsteht oder entstehen kann, weil eben ihr *menschliches* Wesen gerade negiert wird.

**Bahro:** Wenn Du Dir etwa Thompsons „The Making of the English Working Class“ anschaust, dann siehst Du, daß die frühe Arbeiterklasse eigentlich populistisch funktioniert, das heißt, daß sie sich keineswegs auf die Perspektive der Emanzipation durch das Tal der Lohnabhängigkeit hindurch orientieren, sondern daß sie sich eigentlich zur Wehr setzen. Der Maschinensturm ist nur ein Aspekt der ganzen Geschichte und daß sie also eigentlich unmittelbar ihre Befreiung als Menschen insgesamt wollen. Daß also erst sozusagen in dem Maße, wie sie graue Kolonnen werden, dann also auch diese Verengung auf die Frage eintritt, nun präpariere mal das Lohnarbeitsinteresse als das wichtigste heraus und organisiere darum den Kampf, während also vorher und so war das wohl auch noch in Deutschland zu Zeiten Lassalles, die Sache andersrum läuft.

**Kommune:** Es gibt die Phase der Arbeiterbewegung, die Du beschreibst, in ihrer Entstehung, wo sich die Arbeiter wehren, aus relativ vielseitig entwickelten Individuen auf die Ware Arbeitskraft und zum Anhängsel der Maschinerie reduziert zu werden und als solche zu funktionieren. Dann hat sich der stumme Zwang der Verhältnisse, erstmal etabliert, als sehr wirksam erwiesen, so daß es auch gelungen ist, die Arbeiter weitgehend auf ihre Interessen als Lohnabhängige einzuschränken

**Bahro:** Bis zu einem gewissen Zeitpunkt und der ist überschritten.

**Kommune:** Genau. Aber warum soll angesichts der sich jetzt entwickelnden Bewegungen nicht von einer neuen Phase der Arbeiterbewegung ausgegangen werden, in



der die Individuen der lohnabhängigen Bevölkerung diesen engen Interessenshorizont zu überschreiten beginnen und als Menschen erneut das ganze Verhältnis wieder in Frage zu stellen beginnen?

**Bahro:** Aber Arbeiterbewegung, nachdem sie in ihrem ganzen Weg hineingeführt hat in die bürgerliche Klasse. Ihre Perspektive gar nun in den reichen Ländern hier werden bourgeois way of life auch für sich zu erlangen. Also aufzusteigen eigentlich in die Muster die die mittlere Bourgeoisie im vorigen Jahrhundert jedenfalls noch ziemlich gut gefunden hätte. Also Arbeit und Kapital, gerade wenn man bei Marx in der Beschreibung erstmal bleibt, sind doch korrelativ im Zusammenhang mit dieser Formation. Wie soll denn die Arbeiterklasse, zumal sie ja politisch pazifiziert ist in den reichen Ländern und über die Arbeitslosigkeit ja nicht die Arbeiterklasse sich formiert ich seh nicht wie das funktioniert. Ich seh einfach, daß in der Krise dieser Gesamtformation wie am Ende des Mit-

telalters sich die Kräfte eher populistisch strukturieren. Also mein Ideal ist Thomas Münzer

**Kommune:** Aber vielleicht können sich die Kräfte der Arbeiterbewegung gerade deswegen wieder populistisch entfalten, weil die Lohnabhängigkeit fast allgemein ist und allgemeine Lohnabhängigkeit auch gegenüber der Situation, in der es gerade gelungen war die Lohnabhängigkeit einem Teil der Arbeiter zu oktroyieren, die soziale Basis neuer populistischer Bewegungen abgibt. Auf dieser Grundlage können wieder alle oder fast alle angesprochen werden.

**Bahro:** Aber doch nicht auf der Lohnabhängigenbasis. Du hast schon Recht in der Beschreibung, abgesehen davon, daß ich gar nicht leugnen würde, daß es noch Differenzierungen innerhalb der Lohnabhängigen gibt – die sind auch wichtig. Aber das hieße doch auf die Verteilung am Kuchen zu gehen.

**Kommune:** Nein.

**Bahro.** Paß mal auf, in den Punkten, wo wir jetzt mobilisieren, sind sie doch nicht als Lohnabhängige herausgefordert.

**Kommune:** Nein. Der Fehler liegt ja vielleicht anders, daß man meint, das elementare Interesse der Lohnabhängigen sei eben auch die Lohnfrage. Das ist halt wahrscheinlich nicht richtig oder nur in einer bestimmten Phase der Arbeiterbewegung richtig. Die elementaren Interessen sind die, die durch die Lohnabhängigkeit gerade negiert werden, die menschlichen Interessen, sind solche Bedürfnisse wie sie sich jetzt in der Ökologiefrage äußern, sind solche Fragen wie die, woran sich die Friedensbewegung entzündet. Es ist aber doch kein Zufall, daß die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung doch Bewegungen von Lohnabhängigen und doch keine interklassistischen Bewegungen sind. Es sind Bewegungen von Lohnabhängigen, die sich aber nicht über die Lohnfrage bilden.

**Bahro:** Wenn das nun 85 Prozent der Leute sind, könntest Du dann nicht genauso gut sagen, es sind Bewegungen von Leuten, die alle Haare auf dem Kopf haben. Zumal es ja auch Leute gibt, die nicht lohnabhängig sind und da mitmachen. Schriftsteller etwa, die wie Unternehmer versteuert werden. Macht dieser Punkt was aus in der Frage, ob man für oder gegen die Raketen ist? Mag schon sein, wenn Du das statistisch anschaust, daß die Leute, die aus der Kapitaleignersphäre und den Selbständigen kommen, weniger beteiligt sind, aber ich glaub' einfach nicht, daß das geeignet ist, um Subjekt zu definieren. Wenn Du die Bewegung soziologisch definierst, da haben ja also am ehesten noch diejenigen – ich sage, aber nur beschreibend – Recht, die uns als irgendeine Kombination von einerseits neuer Mittelklasse und andererseits bestimmten Teilen der Jugend, die noch nicht endgültig klassifiziert ist, darstellen. Ich würde Dir das aber nicht entgegenhalten wollen. Das scheint mir nur für die Rekrutierung charakteristisch zu sein. Die Bewegungen sind aber nicht das Organ für die Sonderinteressen dieser Klassen und umgekehrt, diese Schicht, die sich hier formiert, geht für allgemeine Interessen, die eigentlich die Gesamtgesellschaft angehen, ins Gefecht, gegen die Wasserwerfer zumindest an.

**Kommune:** Ich würde Dir ja nicht bestreiten, daß die Arbeiterbewegung in dem Sinne Teil des Systems wurde und einen Block innerhalb des Systems bildet, wie es gelungen ist, sie dem Kapital als Lohnabhängige einzupassen, während sie sich vorher dagegen gewehrt hatten, das zu werden, und wo sie es dann aber geworden sind und sich auch mit der Rolle, Lohnabhängige zu sein, zunächst abgefunden haben.

**Bahro:** Und wo das sicher kein Gegenstand moralischer Kritik sein kann. Wir haben zu konstatieren, das war der Gang der Geschichte.

**Kommune:** Diese Phase der Verallgemeinerung der Lohnabhängigkeit, nachdem sie erstmal etabliert war hat auch eine bestimmte Gestalt der Arbeiterbewegung hervorgebracht, deren Anfänge schon Marx, wenn er sich mit der Sozialdemokratie auseinandersetzte, erkannt hat. Diese Phase der Arbeiterbewegung haben uns die zweite und die dritte Internationale nebst den diversen KPs zurückgelassen, die mit der Arbeiterbewegung überhaupt in eins gesetzt werden und deren Wege als Wege der Emanzipation gescheitert sind. Meine Differenz ist, daß Du mit einer Phase der Arbeiterbewegung gleich ihre ganze Geschichte als emanzipatorische Kraft abgeschlossen sehen willst. Qua Lohnabhängige gehören die Arbeiter zum System, das ist freilich wahr. Aber die Frage ist ja, wer das Kapital und die Lohnabhängigkeit negiert. Wer

zu leugnen, daß es diese Klassenstruktur noch gibt, nur daß sie konservativ, systemkonservativ im weitesten Sinne funktioniert und daß die Wege heraus sich über ganz andere Seiten des Subjekts formieren.

**Kommune:** Sicher funktioniert Lohnabhängigkeit konservativ wenn sie akzeptiert wird, und prägt insofern auch das Bewußtsein.

**Bahro:** Diese Prägung müssen wir auflösen, statt zu bestätigen, indem wir sie in der Richtung ansprechen.

**Kommune:** Das ist aber doch sowieso schon eine sozialdemokratische Ansprache, um Dein Wort zu benutzen, die Arbeiter als Lohnabhängige anzusprechen und zu sagen, als solche müßt ihr euch in der bestehenden Gesellschaft etablieren und erhalten.

**Bahro:** Es ist doch die Frage, wenn wir den Kumpel konkret vor uns haben: er hat also vielleicht zwei Stunden frei am Tag. Soll er

„Das sind beides industrielle Klassen, die uns auf diesem Karussell festhalten. Und ich muß das Karussell zum Stillstand bringen“

sonst als jene, deren menschliche Bedürfnisse durch Kapital und Lohnabhängigkeit negiert werden?

**Bahro:** Aber das ist wirklich wie mit den Haaren. Das ist ja nicht bestreitbar. Die Frage ist ja immer wenn du die Arbeiter nicht meinst, 85 Prozent der Bevölkerung, und dann von Mehrheit redest, wo geht denn da die Arithmetik auf. Natürlich kommt das aus den Lohnabhängigen, weil die Leute haben unter anderem die Eigenschaft, lohnabhängig zu sein. Bloß diese, wenn man so will Klasseneigenschaft, ist doch gerade eine, die retardierend funktioniert im historischen Prozeß jetzt, das heißt, die sie rückbindet an die Systemstruktur – das hast Du ja eben auch gesagt – also der Punkt ist doch nicht, daß ich nicht mehr sagen will, die sind lohnabhängig, sondern wenn wir intervenieren wollen

wir kriegen sie doch nicht über diese Ansprache. In dem Punkt muß eben der Betonfachtarbeiter wenn ich ihn als Lohnabhängigen anspreche, gegen die Hausbesetzer demonstrieren. Es geht gar nicht darum

das jetzt in der Gewerkschaft investieren oder soll er das in was anderes investieren? Wenn er's in nichts anderes investiert, würd' ich ja zugeben, es ist besser wenn er was in der Gewerkschaft macht. Aber die heißen Stellen, um aus dem ganzen Schlamm herauszukommen, liegen doch woanders. Das ist eben die rückwärtige Front. Den kleinen Finger der linken Hand soll er nehmen, damit es dort nicht aus dem Ruder läuft. Aber die Energien woanders lang.

**Kommune:** Aber damit überläßt Du doch die Gewerkschaften als größte Assoziationen der Arbeiter ganz dem Sozialdemokratismus. In Wirklichkeit ist es doch so, daß die aufgeschlossensten Kräfte in der Arbeiterbewegung, worunter man konkret heute sowieso bloß die Gewerkschaftsbewegung verstehen kann, sich mit den gleichen Problemen in den Gewerkschaften rumschlagen wie die Grünen anderswo. So sind sie ja auch in den Gewerkschaften tätig, ja nicht mit dem Ziel, es dabei zu belassen, die bloße Existenz als Lohnabhängige zu verteidigen, sondern eher wieder an dem Marxschen Gedanken anzuknüpfen, daß die Gewerkschaften ihren Beruf ganz verfehlen, wenn sie sich darauf beschränken.

„In dem Punkt muß eben  
der Betonarbeiter,  
wenn ich ihn als  
Lohnabhängigen  
anspreche, gegen  
die Hausbesetzer  
demonstrieren“



**Sozialismus** ist eine aktuelle 2-monatszeitschrift. Angesichts der breiten Bedrohung durch eine neokonservative Politik ist die Linke aufgerufen, konkrete und umsetzbare Alternativen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozialdemontage, Umweltzerstörung und Aufrüstung auszuarbeiten. **Marxistische Analysen** sind hierfür nötiger denn je.



**Sozialismus** erscheint 2monatlich im Großformat mit jeweils 96 Seiten und vielen Karikaturen und Abbildungen. Einzelheft: DM 8,- Jahresabonnement: DM 42,- + Porto

Kennenlernangebot: 2 Hefte für zusammen DM 10,- Schein oder Scheck an

VSA, Postfach 50 15 71, 2000 Hamburg 50

**Bahro:** Gewerkschaften und Gewerkschaftler ist natürlich nicht dasselbe. Soweit das existiert und solange sich Leute dort vereinigen, ist das ein Ort, wo subversiv gearbeitet werden muß, aber gegen das Industriesystem als Ganzes. Das heißt auch gegen die Grundinteressen der Arbeiter insofern sie zweite industrielle Klasse sind. Im Weltmaßstab gesehen gibt es doch das folgende Problem. Man hört immer ungern, wenn ich das sage, was den Kolonialismus betrifft. Das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen intern liegt einigermaßen fest. Wenn also der Kuchen hier so groß ist, die Segmente liegen fest, was ich kriegen kann im Verteilungskampf, die können sich dann noch um Millimeter verschieben. Und wenn mir nun, sage 60 Prozent an dem Kuchen zustehen im Verteilungskampf bei der überwältigenden Zahl, die die Lohnabhängigen sind, und ich will jetzt mehr haben, dann kommt die wirkliche Grundorientierung mit der Exportdiskussion raus, dann geht es also darum, am meisten ist zu machen, wenn der Kuchen wächst und sich vergrößert. Wenn er sich verkleinert, wirds noch kritischer. Neulich hab ich den Volker Fröbel darüber reden hören. Der hat das schön definiert, indem er sagte, seit 300 Jahren Kampf für und Kampf gegen die Marktkräfte. Ich sage, ja schön gegen die Marktkräfte insofern, als wir versuchen, das Wertgesetz für die Lohnarbeit außer Kraft zu setzen, ein bißchen jeweils, nicht, indem wir mehr rausholen, als uns nach der Wertdefinition zusteht. Das ist der politische Impact, den die Gewerkschaftsorganisation ja auch erfolgreich hat samt Verteuerung der Arbeit und all den anderen Dingen, die ihnen das Kapital dann vorrechnet. Aber der Markt als ganzer ist die unkritisch anerkannte Voraussetzung und anders kann Gewerkschaft nicht rangehen. Also in der jetzigen historischen Konstellation kann ich nicht zugleich gewerkschaftlich orientiert sein, strenggenommen, und für Auflösung des Weltmarktes und kommunitären Neuaufbau der Gesellschaft sein.

**Kommune:** Das würde ich anders formulieren. In Anerkennung der Lohnarbeit als Grundtatsache, an der man nicht rütteln will, kann man nicht für eine Umwälzung der Gesellschaft sein, die die Einverleibung der Arbeit ins Kapital überwinden soll.

Du solltest vielleicht mal genauer klären, wie es sich Deiner Ansicht nach mit Industrie und Industriesystem verhält. So wie ich das verstehe, willst Du mit der Überwindung des Industriesystems nicht einfach auch die ganze Industrie über Bord werfen.

**Bahro:** Also im Mittelalter hatten die Mühlen auch Industrie geheißen.

**Kommune:** Das sowieso.

**Bahro:** Also diese Formebene, Lohnarbeit und Kapital, ist ja eben doch nicht so ausschlaggebend. Wir haben ja doch lange zumindest oberflächlich so getan, als wäre diese Formebene für sich behandelbar. Als könne man, ich formuliere das gerne so, das Kapitalistische an der Akkumulation abschaffen und die Akkumulation selber im Prinzip akzeptieren. Nach zweihundert Jahren sind die doch so mit ihren Gesamthabensgewohnheiten mit der Logik des Kaufens, Verkaufens, Marktprobleme und so durchgesetzt, die denken doch jede Gehirnwinding der kapitalistischen Berechnung mit. Ich werf' das niemand vor. Es geht nur noch um die Frage, daß der Kuchen möglichst groß sein möge. Darin ist man sich völlig einig. Es geht nur darum, ob im Hinblick auf die Vergrößerung des Kuchens es nun besser ist, diese Verteilungsgrenze in den Segmenten noch ein bißchen da lang oder da lang zu schieben.

**Kommune:** Die Frage der Backstube ist kaum aufgeworfen, das stimmt. Wie sieht sie aus, wer backt und was, für wen?

**Bahro:** Sie optimieren mit an der Gesamtfunktionsfähigkeit des Systems. Wir müssen wirklich unterscheiden zwischen dem historischen Ort der Gewerkschaften und jetzt den Gewerkschaften als Ort, wo sich Menschen treffen und wo man natürlich diskutieren muß. Möglicherweise gibt's da einen Widerspruch in der Vermittlungsarbeit unsererseits. Daß man einerseits den Mythos der Gewerkschaften zerstören muß, damit aber nicht den sozialen Ort meint. Zumal es wichtige Interessen gibt, die das vermengen wollen. Daß man dort einen Haufen Mißverständnisse riskiert, ist klar, aber ich hab so den Eindruck, daß die vielen prinzipiellen Fragen, die es da gibt, von vielen Linken bei den Grünen einfach noch gar nicht mal bis zu Ende durchgedacht worden sind. Es fiel mir wirklich auf, daß es doch sehr begreifliche und naheliegende Schutzbedürfnisse einer Minderheit sind, die das wirkliche Kommando im linksgrünen Verstand da erteilen. Ohne die Gewerkschaften und ohne die SPD was sind wir denn da für ein hoffnungslos verlorenere kleiner Haufen. □

Wolfgang Krüger

# Entstaatlichung ohne „Entindustrialisierung“?

## Plädoyer für eine nicht (mehr) marxistische Staatstheorie

Im Begleitbrief zu seinem Manuskript schrieb uns Wolfgang Krüger: „Da ich sowieso gerade an dem Thema arbeitete, hat mich der Artikel von Adelheid Biesecker in der *Kommune* vom Mai zu einer Replik veranlaßt. Ich finde es nützlich, dies im Rahmen der Öffnung der *Kommune* zu einem ‚Projekt produktiver

Konflikt‘ zu dokumentieren. Es mag sein, daß ich den einen oder anderen Dissens überbewerte, aber das könnte dann ja klargestellt werden.“ Zunächst haben wir Adelheid Biesecker gebeten, nochmal Stellung zu nehmen. Ihr Kommentar und ein Leserbrief zu ihrem Artikel ist weiter hinten abgedruckt.

*Vorbemerkung:* Der nachfolgende Artikel basiert eigentlich, was die Gedanken betrifft, auf Vorbereitungen zu einem Seminar der Kölner Grünen über die „Staatsfrage“. Die Bedeutung einer Staatsdiskussion in der grün-alternativen Bewegung besteht dabei nicht nur vordergründig darin, daß die Grünen jetzt auch von „innerhalb“ der etablierten Struktur wirken. In dieser Situation kommt nur besonders deutlich hervor, daß in den Grünen fast alle wichtigen ideologischen Strömungen nebeneinanderher existieren, ohne daß ein produktiver Konflikt zwischen ihnen, unabhängig von oberflächlichen Einigungszwängen, organisiert würde.

Ein Großteil des grünen basisdemokratischen Anspruchs und Gedankenguts, soweit es auf direkte Demokratie, und, als ihre Bedingung, ökonomische und politische Dezentralisierung setzt, ähnelt im Grunde radikalen, plebiszitären Elementen der bürgerlichen Revolutionen. Manches davon auch dem Anarchismus – nicht, was das von ihm empfohlene Mittel der Zerschlagung des Staates betrifft, aber in der Richtung auf den Genossenschaftsgedanken, den Antizentralismus, die Räte- und Selbstverwaltungskonzeption.

Traditionell-marxistische Ansätze, die, insbesondere was eine grüne Wirtschaftspolitik betrifft, auf Verstaatlichung oder Staatseingriff versus „kapitalistische Anarchie“ setzen, nähern sich zunehmend dem linken Sozialdemokratismus.

Last not least: Für die meisten Mitglieder der Grünen scheint es, im Unterschied zu den Ideologen, gar nicht so sehr um die Frage zu gehen, wie und ob wir den Staatsapparat als notwendig repressive Instanz überwinden können. Für sie ist die Entwicklung basisdemokratischer Strukturen eher ein Korrektiv *innerhalb* der gegebenen staatlichen Struktur

Für die meisten in den neuen sozialen Bewegungen wird sich das in der Überschrift angedeutete Problem, ob wir eine marxistische oder nicht (mehr) marxistische Staatstheorie brauchen, nicht stellen.

Wenn ich dieses Problem trotzdem als Ausgangspunkt nehme, dann, weil ich zum Aufschreiben des Ganzen angeregt wurde durch den Artikel von Adelheid Biesecker „Verstaatlichung, Entstaatlichung – oder was?“

Mir scheint, hier wurde eine Chance vergeben, sich auf *neue* Art, für die alternative Bewegung produktiv dem Problem des Staates zu nähern.

\*

Verglichen mit der 68er-Linken ist die Staatstheorie heute in der Tat ein „toter Hund“. Die marxistischen *und* anarchistischen Visionen, wie wir uns den Moloch Staat vom Halse schaffen können, haben ihre Anziehungskraft vollständig verloren, wenn man von kleinen Zirkeln absieht und auf die gesellschaftliche Bewegung schaut. Die neuen sozialen Bewegungen stehen *notwendig* oft ihren eigenen Versuchen noch begrifflos gegenüber. Das „ganz Neue“ wäre eigentlich gefragt, aber die Zeit ist dafür noch nicht reif.

In dieser Situation ist eine Grundvoraussetzung eines produktiven Diskurses, daß wir selbst uns unseres Zugangs zum Thema „Staat“ vergewissern.

Nachdem in unseren Kreisen vor einigen Jahren die furchterregend-doktrinären Debatten über die „Diktatur des Proletariats“ gepflegt wurden, scheint es nun zurück zum „eigentlichen“ Marx zu gehen. Generationen ehemaliger Kommunisten haben dies übrigens lange vor uns durchgemacht, den Versuch, dem Leninismus, in dem der Stalinismus zumindest schon keimte, durch den „reinen“ Marx zu entkommen. Auch die Osteuropäer entdeckten nach der Tyrannei des Stalinismus zunächst die Kommune wieder, von der Adelheid Biesecker schreibt, sie habe „alle wesentlichen Prinzipien“ zur Lösung der Staatsfrage entwickelt. Es war immer nur ein Durchgangsstadium zur Abwendung vom Marxismus überhaupt.

Es mag sich schon die Frage stellen, ob man die Pariser Kommune überhaupt als einen Beweis nehmen kann für die Notwendigkeit, eine *marxistische* Staatstheorie zu rekonstruieren, wovon der Artikel unausgesprochen, aber im Geist, ausgeht. Die Marxisten hatten mit der Kommune praktisch-politisch nichts zu tun, und ihre theoretische Auswertung war der einzige Punkt, an dem sich die Kontrahenten Marx und Bakunin jemals annäherten.

Aber verwunderlicher erscheint, wie man heute eigentlich ernsthaft behaupten kann, der „tote Hund Staatstheorie“ müsse *nicht* „neu geboren“ werden.

Drei Faktoren gibt es meines Erachtens, die zu einer grundlegenden Überprüfung der „Staatsfrage“ drängen. Das ist erstens das Scheitern aller Strategien der Machteroberung in den Metropolen und die immer unwahrscheinlicher werdende Chance einer Entwicklung, die das auch nur ermöglichte.

Das ist zweitens die Entwicklung des „real existierenden Sozialismus“ dessen Versuch des Ausbruchs aus dem kapitalistischen Weltmarkt in staatlich-industriellem Despotismus endete.

Das ist drittens die ökologische Bewegung in den am meisten industrialisierten Ländern, für die, im Grundansatz anders als für den Marxismus, die Kritik an *Etatismus* und *Industrialismus* untrennbar zusammenhängen.

Letzten Endes scheint es mir dabei um die Frage zu gehen: Ist das Ziel der Überwindung des Staates (und der „Klassen“, soweit dieser Begriff noch angebracht) überhaupt möglich auf der Basis eines expansiven Industriesystems, das bei Marx ja geradezu als Vorbedingung des „Absterbens des Staates“ erschien.

Was die Staatstheorie im engen Sinn betrifft, die Kritik des spezifisch „bürgerlichen“ Staats, stellt uns schließlich gerade die osteuropäische Opposition vor völlig neue Fragen. Sie fordert, kurz gesagt, all das, was die Kommune verwarf, was die Marxisten und Anarchisten als „Betrug“ oder „Überbau der bürgerlichen Gesellschaft“ verwarfen: Parlamentarismus, Gewaltentwicklung, Rechtsstaatlichkeit etc., dies mehr oder weniger verknüpft mit plebiszitären Elementen direkter Demokratie. Es stellt sich die Frage: Liegt dies nur daran, daß in Osteuropa die positiven Elemente der bürgerlichen Revolutionen nicht „positiv aufgehoben“ sind, oder stößt nicht überhaupt der Gedanke der Rätedemokratie und -herrschaft auf historische Grenzen?

Mit dem Marxschen Ansatz sind, wie zu zeigen sein wird, beide Probleme gar nicht lösbar

## Der innere Widerspruch des Marxismus: Absterben des Staates auf der Basis schrankenloser industrieller Akkumulation

auch den *Staat als Staat*  
als Repräsentant der ganzen Gesellschaft

Laßt mich, in dem Bewußtsein, daß es eigentlich *die* marxistische Staatstheorie nicht gibt, zitieren, worin Engels in seinem „Anti-Dühring“ (sicher nicht die schöpferischste Schrift in der Entwicklung des Marxismus) die berühmte Perspektive des „Absterbens des Staates“ sah: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit

Der erste Akt, worin der Staat wirklich die Besitzer

greifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft – ist zugleich sein letzter selbständiger Akt *als Staat*. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. *An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen*. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab.“ (Hervorhebungen vom Verf.)

Marx und Engels konnten sich offenbar gerade wegen ihrer positiven Wertung der durch das Industriesystem hervorgebrachten Produktivkräfte „Vergesellschaftung“ nicht anders als durch Nationalisierung, Verstaatlichung vorstellen. Es mag geradezu prophetisch erscheinen, wenn Bakunin vorhersagte, der Marxsche „Staatssozialismus“ werde zur „Herrschaft einer intelligenten Minderheit“ führen, und der Staat als Eigentümer der Produktionsmittel mache „die ganze Gesellschaft zu seinen Lohnsklaven“

Das Problem der marxistischen Konzeption liegt in Wirklichkeit aber tiefer als die Frage „Staatseigentum ja oder nein?“ andeutet. Wenn Engels die Aufhebung des „Staats als Staat“ fordert, ist es nicht einfach eine Tautologie. Die sozialistische Revolution sollte ihn aufheben als *politischen* Staat, als „besondere Repressionsgewalt einer Klasse gegen die andere“ *Läßt sich aber nach den heutigen historischen Erfahrungen, die politische Repressionsgewalt so strikt trennen von der „Verwaltung von Sachen“ und der „Leitung von Produktionsprozessen“?*

Marx und Engels selbst waren sich durchaus des Herrschaftscharakters innerhalb von Produktionsprozessen auf hoher Stufe der Arbeitsteilung bewußt. „Die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung“ schrieb Marx im ersten Band des „Kapital“ „entspringt notwendig *überall*, wo der unmittelbare Produktionsprozeß die Gestalt eines gesellschaftlich kombinierten Prozesses hat und nicht als vereinzelte Arbeit der selbständigen Produzenten auftritt.“ Hier klingt eigentlich an, daß es *nicht* nur um die spezifisch-kapitalistische Form geht, nicht nur um die Form der Aneignung, sondern um den Inhalt der Arbeitsteilung selbst.

Aber andererseits erschienen Marx und Engels gerade die von der großen Industrie herausgebildeten Formen von Produktivkraftentwicklung und Arbeitsteilung als „materielle Basis“ die den Übergang zum Kommunismus ermögliche. Befangen im damals allgemeinen, gar nicht spezifisch sozialistischen Fortschrittsglauben, vollendet der Kommunismus die ökonomische Konzentration und Zentralisation, vollendet die Entwicklung der Produktivkräfte auf der Basis despotischer Organisation. Wir können die berühmte Passage in der Deutschen Ideologie, in der Marx die Utopie einer Aufhebung gesellschaftlicher Arbeitsteilung entwirft, wo man morgens fischen, mittags philosophieren und abends jagen kann, getrost den, von Marx und Engels später bekämpften, „utopischen Resten“ ihrer Lehre zurechnen.

Niemand anders hat dies deutlicher gemacht als Engels in seiner berühmten gegen Bakunin gerichteten Schrift „Von der Autorität“ „Nehmen wir einmal an“, fragt Engels, „eine soziale Revolution habe die Kapitalisten entthront, deren Autorität heutzutage die Produktion und Zirkulation der Reichtümer lenkt. Nehmen wir an, um uns ganz auf den Standpunkt der Antiautoritärer zu stellen, der Grund und Boden und die Arbeitsinstrumente seien zum kollektiven Eigentum der Arbeiter geworden, die sich ihrer bedienen, wird die Autorität dann verschwunden sein, oder *wird sie nur die Form gewechselt haben?*“ (Hervorhebungen vom Verf.)

Engels Antwort: „Wenigstens was die Arbeitsstunden betrifft, kann man über die Tore dieser Fabriken schreiben: *Laßt alle Autonomie fahren, die ihr eintretet!* Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen sich diese an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist. Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen: die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren.“

Die Vollendung der industriellen Akkumulation und die entsprechenden Formen von Arbeitsteilung als Kommunismus vorausgesetzt, hat Engels durchaus *recht*, wenn er den Fabrikdespotismus als „unabhängig von jeder sozialen Organisation“ kennzeichnet!

Jede Ökonomie, die vorrangig nach ökonomischer Effizienz auf dem Weltmarkt arbeitet, muß, glaube ich, das hervorbringen, was in Bahros „Alternative“ als „vertikale Arbeitsteilung“ gekennzeichnet ist: nicht nur die „horizontale“ Arbeitsteilung nach Berufen, die den einzelnen auf einen engen Kreis von Tätigkeiten fixiert; nicht nur die Trennung von Hand- und Kopfarbeit; sondern eine Staffelung von subalternen Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsniveaus bis hin zu den „synthetischen Tätigkeiten“ die sich auf den produktiven Gesamtprozeß beziehen.

Übrigens reproduziert sich dies auch in der politischen, der staatlichen Struktur. Die Frage, die wir uns heute stellen müssen, lautet daher: Kann auf der Basis eines expansiven Industriesystems die „freie Assoziation“ erreicht werden?

Zunächst: Die Engelssche Trennung zwischen Herrschaft über Menschen und Leitung von Produktionsprozessen funktioniert nicht. Historisch haben wir auf der Basis der durch das Industriesystem hervorgebrachte Formen von Arbeitsteilung nur zwei Funktionsweisen des Staates. In der ersten wird der hocharbeitsteilige Produktionsprozeß in der Hauptsache vermittelt über den Markt, basierend auf der Autonomie der einzelnen Warenproduzenten. Der Staat erhebt sich auf dieser Basis vor allem als politische Instanz. Konstituierend ist die Trennung von Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie – auch wenn der Staat überall da zum „ideellen Gesamtkapitalisten“ wird, wo die „freien“ kapitalistischen Marktkräfte versagen.

In der zweiten Formation wurde der Staatsapparat zu *der* industriellen Akkumulationsinstanz und zugleich zum politischen Staat als Herrschaftsinstrument, auch wenn man hier zunehmend zurückgreift auf Marktmechanismen, soweit und da die industrielle Staatsbürokratie unterlegen ist. Die eigentlich notwendige Revision geht aber tiefer: sie hat auch eine sozial-psychologische Fragestellung: Wie eigentlich sollen Menschen, die einen erheblichen Teil ihrer Lebenszeit mit der Verrichtung subalternen Tätigkeiten in einem hocharbeitsteiligen Produktionsprozeß beschäftigt sind, die Gesellschaft und den Staat leiten *können*. Wie soll die Köchin als Köchin den Staat regieren, ist die Gegenfrage zu Lenin. Bakunin stellte zu Lassalles Vorstellung, daß die Arbeiter den Staat regieren, schon treffend fest: „Mit Verlaub, die ehemaligen Arbeiter“

Allerdings konnte er auch keine wirkliche Alternative entwickeln. Der radikale Ruf nach Abschaffung des Staates wäre genauso eingeholt worden durch das Industriesystem. Die industriellen Formen der Arbeitsteilung, wie wir sie bisher kennen, verhindern die Entwicklung der Fähigkeiten und sogar des Bedürfnisses, „den Staat zu leiten“

Ich glaube, wir sollten alle noch einmal Gorz' Buch vom „Abschied vom Proletariat“ lesen, dort, wo er auf die Erfahrung der italienischen Fabrikrätebewegung eingeht. Seine These lautet, kurz gesagt, daß die Idee der Arbeitermacht früher, ich würde sagen bis zum II. Weltkrieg, noch eine materielle Basis darin hatte, daß die Arbeiter, speziell die Facharbeiter, *Macht im Produktionsprozeß* hatten. Mit der zunehmenden Taylorisierung der Arbeit sei dies immer weniger der Fall.

Ihr schreibt, oder Adelheid Biesecker schreibt, in der *Kommune*: „In der Produktion ist der Kapitalist Herr“ „Nein, liebe Genossin, das war einmal. Wäre Herrschaft wirklich *personal*, ließe sich die von Dir geforderte „Emanzipation der Arbeit“ (auf die noch zurückzukommen sein wird) leicht verwirklichen durch Räte, „Selbstverwaltung“ usw – ganz wie in der Pariser Kommune anvisiert. Aber sie ist es nicht. *Die Herrschaft im Industriesystem sitzt in der Struktur in der Zentralisation der Produktion, in der Taylorisierung der Arbeit, die die Subalternität der Produzenten von ganz alleine besorgt.*

Aus der treffenden Kritik von Gorz an der italienischen Fabrikrätebewegung: „Die Produktionszentren sind nicht länger Entscheidungszentren und Grundlagen ökonomischer Macht. Derselbe Prozeß technischer Spezialisierung und ökonomischer Konzentration, der die Autonomie der Produkteinheiten zerstörte, hat die Arbeiterberufe als Quelle der Arbeiterautonomie ausgelöscht

Für die Masse hat der Gedanke, ‚die Macht über die Produktion zu ergreifen‘, keinen Sinn, zumindest nicht in dem Betrieb *wie er ist.*“

Mir haben in dieser Hinsicht selbst manche Grüne nicht weit genug gedacht, wenn sie heute wieder die „Selbstverwaltung der Betriebe“ fordern. Selbstverwaltung eines Großbetriebes, der an Weltmarktexpansion orientiert und hochzentralisiert organisiert ist, ist *unmöglich*. Ließe man es doch nur einmal zu! Man würde schnell feststellen, daß die Arbeiter, meinetwegen bei Ford Köln, allenfalls die Taktzeiten „selbstverwalten“ können.

Hieran ist übrigens auch die, vor allem im Westen gepflegte, Phrase vom „Selbstverwaltungssozialismus“ zu messen, der, insofern er als vorwiegend industriell konkurrenzfähige Formation verstanden wird, in seinen beiden Komponenten (Sozialismus und Selbstverwaltung) *unmöglich* ist.

An den gleichen Punkt wird auch die osteuropäische Opposition kommen. Wenn Solidarność einerseits die Selbstverwaltung der Betriebe forderte, andererseits Walesa meinte, man bräuchte eine mit Japan vergleichbare ökonomische Effizienz, wäre dies ein Widerspruch in sich geworden. Der Industrialismus hätte schnell die Selbstverwaltung zur formalen Hülle gemacht.

## Ökonomische Grundbedingungen zur Überwindung des Staates

Wenn dies stimmt, dann entfallen alle Grundbedingungen, die die marxistische Staatstheorie zur Voraussetzung hatte und die in Deinem Artikel nochmal rezipiert werden:

1. Das *Subjekt* sozialer Emanzipation stimmt nicht mehr, wenn man immer noch glaubt, es als „proletarisch“ fixieren zu müssen, da für das Proletariat als Proletariat innerhalb der gegenwärtigen Formen von Arbeitsteilung die Forderung nach „Arbeitermacht“ keinen Sinn mehr ergibt.

2. Die Idee der Eroberung der politischen Macht als Schlüssel sozialer Emanzipation stimmt nicht mehr egal, ob „als Staat“ oder nicht, da auf der Basis des expansiven Industriesystems so allenfalls der von Engels treffend herausgearbeitete „Formwandel“ von Herrschaft stattfände.

3. Es stimmt nicht mehr, daß „der Stand der Produktivkräfte eine planmäßige, selbstbestimmte Arbeitsteilung der Produzenten und eine bewußte Entwicklung der Gesellschaftlichkeit“ möglich mache. Die Produktivkräfte „an sich“ im Unterschied zur „kapitalistischen Form“, dieses ganze Categoriesystem haut nicht mehr hin. Es ist schon in der Terminologie Marxsche Hegelei!

Die Produktivkräfte existieren „an sich“ nicht. Ihre Wirkung auf die Individuen und die Bedingungen gesellschaftlicher Transformation ist weder einfach positiv noch negativ

Als Faktor von dem wir heute ausgehen können und müssen, ist zu werten, daß die Produktivkraftentwicklung dazu geführt hat, daß die neu zu definierenden grundlegenden Bedürfnisse des Lebensunterhalts im Grunde mit einem Minimum an Arbeit zu befriedigen wären. Die von uns wahrscheinlich gar nicht verhinderbare gegenwärtige dritte technologische Revolution wird dies noch potenzieren. Aber *innerhalb* des Kapitalismus, der expansiv sein muß und die dafür nötige „Nachfrage“ im Zweifel auch künstlich schafft, können die Produktivkräfte nie „reif“ sein für das, was wir einmal Sozialismus nannten. Aber umgekehrt, hier verweise ich wieder auf Gorz, hat uns die Produktivkraftentwicklung das erhoffte Subjekt sozialer Emanzipation genommen, insofern die Idee der Arbeitermacht keine materielle Basis mehr hat. Weiter gefaßt: Geht es so weiter wie bisher daß selbst die klassischen „Berufe“ eliminiert werden, hat selbst der Gedanke der Macht der Individuen in der Produktion keine Basis mehr. Denn sie ist dann innerhalb der *Struktur* überhaupt nicht *möglich*.

Um das Grundproblem zu lösen, wie die Wechselbeziehung zwischen der Überwindung ökonomischer und politisch-staatlicher Herrschaftsstrukturen neue gefaßt werden muß, scheint es nur zwei mögliche Konzeptionen zu geben. Einerseits die Gorzsche These des Dualismus, andererseits die Vorstellung einer weitgehenden Reduzierung der Arbeitsteilung, bei der die vom Kapitalismus zerstörten Strukturen wie die „Berufe“ die Betriebe als Einheiten ökonomischer Entscheidung, die dementsprechende politische Kommune wieder und anders – in ihr Recht eingesetzt würden.

Zunächst zu Gorz. Mir scheint an seiner Konzeption des Dualismus, die ja darauf setzt, diejenige Arbeit, die weiterhin zum Bereich der „Notwendigkeit“ gehört, mit einem Minimum an Arbeitszeit staatlich zu organisieren und gleichzeitig die autonomen Tätigkeiten außerhalb dieses „formellen“ Sektors zu entwickeln, eines unabweisbar

Die Idee der „Emanzipation der Arbeit“ die auch Adelheid Bie secker wieder bemüht, hat für die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder keine Grundlage mehr. Die Marxsche Prognose, im Kommunismus könne die Arbeit das „erste Lebensbedürfnis“ werden, fußte ja auf der Vision, die Produktivkräfte könnten so weit entwickelt werden, daß alle Tauschwertbeziehungen überflüssig würden mit ihnen die Entfremdung – und wir übergehen könnten zu dem Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

Mir scheint dies schon immer ein Widerspruch in sich gewesen zu

sein, da es einen wesentlichen Überschuß der „Produktivkräfte“ über die „Bedürfnisse“ voraussetzt, davon abstrahiert, daß die materiellen Bedürfnisse, seien sie heutzutage noch so künstlich, durch die Produktivkräfte mitentwickelt, geschaffen, manchmal aufgezungen werden.

Wichtiger noch: Wenn wir die schrankenlose industrielle Akkumulation im Zeichen der ökologischen Krise für unmöglich *und* gar nicht wünschenswert halten, heißt das auch: Ein Teil der Arbeit wird hauptsächlich der Erlangung von Subsistenzmitteln dienen, im Marxschen Sinn *entfremdet* bleiben: Mittel zur Erreichung eines außerhalb ihrer selbst liegenden Zweckes. Es ist einfach naiv, einerseits zu sagen und zwar zu Recht – „Abschied von der kommunistischen Überfluggesellschaft“ und andererseits zu postulieren, es gäbe nur noch „gebrauchswertorientierte“ und „nicht-entfremdete“ Produktion. Das ist die Quadratur des Kreises!

Für die Individuen selbst ergibt die Idee der „Emanzipation der Arbeit“ wenn sie so verstanden ist, daß in der Sphäre der „Notwendigkeit“ die emanzipativen Kräfte allseitig entwickelter Individuen freigesetzt würden, auch keinen Sinn mehr. Die Gegenkonzeption zu Gorz könnte nur lauten: Die Arbeit wieder an die Spitze der Werteskala, deren sie gerade verlustig geht, zu setzen, indem Arbeitsteilung reduziert wird, handwerkliche oder industrielle Berufe wieder rekonstruiert, Dezentralisierung und Kommune verwirklicht werden.

Aber dies war historisch nur eine andere Form der Entfremdung: die Fixierung auf eine allzu enge „Heimat“ in einem engen Kreis beruflicher und sozialer Tätigkeiten.

Im Ergebnis scheint es, diese beiden Alternativen betrachtet, nur um die Emanzipation *von* der Arbeit zu gehen. Dies nicht nur weil die Sphäre der Notwendigkeit reduziert werden muß, dies auch, weil ein Großteil der industriellen Arbeit mittlerweile zerstörerisch gegen uns selbst wirkt.

Die Schwäche von Gorz' Dualismus scheint mir nur darin zu liegen: Gibt es auch das entsprechende duale Individuum, das zwischen, sagen wir drei Stunden „notwendiger“ und entfremdeter Tätigkeit bruchlos wechselt zu selbstbestimmter Entfaltung in freier gesellschaftlicher Tätigkeit?

Eine Kombination beider Elemente scheint nötig: Einerseits eine maximale „Abschaffung der Arbeit“ – als Arbeit, nicht nur als Lohnarbeit. Andererseits diese, so weit es in diesem Spannungsverhältnis möglich ist, so zu organisieren, daß sie der Emanzipation der Menschen zumindest keine großen Hindernisse in den Weg legt.

Konkreter: Wir müßten eintreten für die Abschaffung eines Großteils der heutigen industriellen Arbeit, die gegen uns und andere Destruktivkräfte erzeugt. Die „moderne Technologie“ kommt uns dabei in einigen ihrer Komponenten *zu gute*. Die verbliebenen Produktionsprozesse müßten so weit wie möglich dezentralisiert und die Teilung der Arbeit in ihnen nach Berufen und Hierarchien so weit wie möglich eingeschränkt werden.

„Entstaatlichung ohne Entindustrialisierung“ in der Überschrift meint daher vor allem: Entstaatlichung setzt voraus, daß eine soziale Organisation entsteht, die sich weder primär aus der Arbeit (und ihrer vermeintlichen Emanzipation) noch dem Industriesystem speist. Die Grundvoraussetzung dafür ist der bedingungslose Abschied von der marxistischen Perspektive, politische Herrschaft könne überwinden oder auch nur eingegrenzt werden auf der Basis schrankenloser industrieller Akkumulation. Alles, was wir über die „Entstaatlichung“ in der politischen Sphäre diskutieren, wird sonst schnell vom Industrialismus absorbiert werden.

## Die Organisation des Gemeinwesens: Über Plebiszit, Diktatur der Mehrheit und Demokratie als Forderung

Letztlich finden sich innerhalb der marxistischen Theorie durchaus *unterschiedliche* Ansatzpunkte zur Erklärung dessen, was der Staat sei. Wir haben die Engelsche Erklärung aus dem „Anti-Dühring“ gesehen, in der der „Staat als Staat“ wesentlich gefaßt wird als Repressionsinstrument einer *Klasse*. Der tieferliegende Erklärungsansatz findet sich da, wo Marx in der „Deutschen Ideologie“ beschreibt, daß mit der Entwicklung der Arbeitsteilung das individuelle und das Allgemeininteresse auseinanderfallen und somit der Staat als „illusorisches Gemeininteresse“ eingreifen muß, um den Zerfall der Gesellschaft überhaupt zu verhindern.

Hieran knüpft sich eine äußerst weitreichende Frage: Kann ein Zustand des vollkommenen Übereinstimmens von individuellen und gesellschaftlichen Interessen, der keinerlei Form des „übergesellschaftlichen“ Interessenausgleichs mehr nötig macht, erreicht werden – und wäre er überhaupt erstrebenswert?

Endete die Proklamation der „vollständigen Übereinstimmung von Individuum und Kollektiv“ nicht immer totalitär, indem die wirkliche *Nicht-Übereinstimmung* hinwegdefiniert und in die „Abnormalität“ gedrängt wurde? Die Thesen einer solchen Identität von Individuum und Gesellschaft stammen auf alle Fälle entweder aus faschistischer oder real-sozialistischer Volksgemeinschafts-Ideologie.

Selbst die heutige staatlich-industrielle Bürokratie einmal weggedacht, bleibt nicht die widerspruchsfreie Kommune. Die Engelsche These, daß es nur noch um die „Verwaltung von Sachen“ ginge, hat ja noch einen anderen Haken: Sie unterstellt (mit der Aufhebung der Klassen) *einen Zustand der gesellschaftlichen Widerspruchlosigkeit*.

M. E. müssen wir erkennen, daß dieser Zustand illusorisch ist.

Zum einen: Die klassische sozialistische Theorie stellte immer die Gesellschaft über das Individuum. Real – und diese Erkenntnis setzt sich in der „postindustriellen Gesellschaft“ immer mehr durch hat die „Herstellung von Gesellschaftlichkeit“ soweit sie nicht auf freiwillig eingegangenen sozialen Beziehungen beruht und soweit sie normativ wirkt, immer auch ein Element von Äußerlichkeit und Zwang.

Die nahtlose Identifikation des einzelnen mit dem Gemeinwesen zu fordern, ist freiwillig vielleicht in quasi-religiösen Zusammenhängen, gesellschaftlich nur totalitär möglich.

Zum anderen. Wer sagt uns eigentlich, es könne oder solle auch nur überwunden werden, daß die Menschen sich an Wendepunkten der Entwicklung immer mehr oder weniger in politische Strömungen teilen, daß sie schon gar nicht *eine* „Weltanschauung“ haben werden, können und sollen?

Mir scheint, daß das Element eines „übergesellschaftlichen“ Interessenausgleiches, im Sinne eines Konsenses, alle Gesellschaften prägen wird. Auch der heutige „bürgerliche“ Staat scheint mir einen Doppelcharakter zu haben. Natürlich setzt sich im Ergebnis der vorgefundene Zwang kapitalistischer ökonomischer Verhältnisse durch. Gleichzeitig finden wir aber auch das Element des Konsenses, des Ausgleichs, um die gesellschaftlichen Gegensätze nicht explodieren zu lassen. Ein solches Element hat auch der Parlamentarismus in sich. Daß Parteien, die aus der Arbeiterbewegung kommen, heute in den Staat hineingewachsen sind, ist einerseits

Ausdruck der Integration der Arbeiterbewegung, andererseits ist der Staat *nicht nur* der „geschäftsführende Ausschuß der Bourgeoisie“ Die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise setzt sich *strukturell* durch, indem alle, die Staatsmacht exekutieren, gezwungen sind, es auf der Basis des ökonomischen Status quo zu tun.

Wenn wir diesen „Doppelcharakter“ sehen, wenn wir anerkennen, daß auch in einer anderen Gesellschaft sich individuelles und Allgemeininteresse nicht einfach decken, müssen wir uns Gedanken machen, *wie* ein gesellschaftlicher Ausgleich, ein (immer relativer) Konsens geschaffen werden kann. *Die Losung von der Rücknahme der Staatsgeschäfte in die Gesellschaft reicht dafür gar nicht. Denn die Frage folgt auf den Fuß: Wer ist die „Gesellschaft“ wer hat die Definitionsmacht?* Auch die „Volksdemokratie“ reicht nicht. Wieder: Wer ist das „Volk“ wenn wir es nicht mythisch hochstilisieren als per se einheitlich, „gut“ und „revolutionär“?

Die Pariser Kommune hat darauf eine allen wirklichen Volksrevolutionen eigentümliche, aber nicht mehr ausreichende Antwort gegeben. Sie war ein Modell der „reinen“ Demokratie in Gestalt der *Herrschaft der Mehrheit*. Ihr plebiszitärer Charakter ist gar nicht *nur* proletarisch. Die Vorstellung, radikal die Demokratie der „Mehrheit des Volkes“ zu verwirklichen, prägte eigentlich alle großen Revolutionen.

Man kann einen erheblichen Teil des Marxschen „Bürgerkrieg in Frankreich“ quer lesen zu Jean-Jaques Rousseaus „Contrat social“ und wird, *was die politische Form betrifft*, weitgehend Übereinstimmung finden. Rousseau, einer der Tribune der Französischen Revolution, war ja alles andere als ein Anhänger der heutigen „repräsentativen“ Demokratie. Die Abgeordneten, so Rousseau, dürften keine „Stellvertreter“ sondern nur „Beauftragte“ des Volkes sein. Jedes Gesetz, das nicht durch Volksabstimmung zustande gekommen sei, sei „gesetzwidrig“ Da sich das Plebiszit allenfalls, nach den Erfahrungen der griechischen Polis, in Stadtstaaten verwirklichen ließe, seien die großen Einheiten und der Zentralstaat sowieso von Übel. Und selbst Rousseaus Theorie vom „Gesellschaftsvertrag“ trägt dieses erfrischend rebellische Odium direkter Demokratie: Er sei nur geschlossen, um die Freiheit des Volkes zu verwirklichen, werde diese verletzt, könne man ihn auch „kündigen“, vom Widerstandsrecht Gebrauch machen und die Obrigkeit stürzen.

Rousseau war *bürgerlicher* Revolutionär, das Privateigentum erschien ihm als Grundlage des Ganzen. Aber radikalplebiszitär Lest ihn noch einmal, und ihr findet eine fundamentalere Auflage des Grünen Bundesprogramms: Gegen den Zentralstaat, für die „Räte“ für das Plebiszit, für das Widerstandsrecht, gegen die „Stellvertreter“demokratie!

Das Programm der Pariser Kommune liest sich *ähnlich*, nachdem aus der Französischen Revolution notwendig der Moloch des Zentralstaats wieder emporgewachsen war: das Plebiszit sollte wieder regieren; es sollte nur die Macht des bewaffneten Volkes geben; die Kommune, nicht der Zentralstaat sollte die Basis für die Einheit der Nation bilden; die Beamten sollten zu Arbeiterlohn bezahlt werden

Die Gegenposition zu Rousseau fand ich neulich wieder bei Montesquieu: Das Volk, so Montesquieu, sei nicht dazu in der Lage, sich selbst zu regieren. Es komme darauf an, daß seine Repräsentanten demokratisch gewählt seien. Aber: Die Macht des Staates solle begrenzt sein (*im Unterschied zur Macht der Mehrheit bei*

## Adelheid Biesecker

Anmerkungen zu Wolfgang Krügers „Entstaatlichung ohne ‚Entindustrialisierung‘“

1. Wenn W.K. zu meiner Staatsanalyse meint, hier sei eine Chance vergeben, so läuft er selbst Gefahr, eine andere schon im Ansatz zu verpassen: die der vorurteilslosen Diskussion. In seiner Kritik an meinen Auffassungen finde ich nämlich häufig nicht mich, sondern eine bestimmte Marx-Rezeption wieder, die dann als meine Auffassung „abgeschossen“ wird. So wird z.B. Marx (und darüber mir) eine bestimmte Fortschrittsgläubigkeit unterstellt (m.E. existiert sie bei ihm nicht), die leicht als falsch kritisiert werden kann. So wird ihm (und mir) mit Hilfe eines Engels-Zitats ein Emanzipationskonzept über Verstaatlichung unterstellt, obwohl ich mich ausdrücklich gegen jede Form der Verstaatlichung ausgesprochen habe, wofür ich auch schon Kritik geerntet habe (vgl. den Leserbrief von Manuel Keller in der *Kommune* Nr. 6). Wenn wir aber die Öffnung der Debatte wirklich ernst nehmen, müssen wir aufhören, den anderen erst in ein Kästchen einzusortieren, um ihn dann mit Hilfe eines anderen Kästchens kritisieren zu können, und müssen uns auf seine Argumente einlassen. Ich kann hier nur einige von ihm entwickelte behandeln.

2. Gleich zu Beginn seines Artikels stellt W.K. mit Hilfe eines Zitats von Engels aus dem Anti-Dühring eine Staatsauffassung bei Marx und Engels fest, die den Staat nur als Repressionsgewalt ansieht, und fragt:

„Läßt sich aber, nach den heutigen historischen Erfahrungen, die politische Repressionsgewalt so strikt trennen von der ‚Verwaltung von Sachen‘, und der ‚Leitung von Produktionsprozessen‘?“ Nun ist es u.a. Zweck meines Aufsatzes gewesen zu zeigen, daß der Staat immer diese beiden Elemente beinhaltet, Staat als gesellschaftliche Instanz, als Allgemeininteresse, und Staat als Klassenorgan. Meine Staatsdefinition, auf Kurzform gebracht, lautet: Staat ist das klassenspezifische Allgemeine. Das ist eine notwendig widersprüchliche Formulierung, weil eben der Staat als Allgemeininteresse auf Klassenbasis die Gesellschaftlichkeit nur derart widersprüchlich aufnimmt. W.K. äußert sich über das, was der Staat ist, nur sehr verschwommen: er ist „politische Instanz“ und „industrielle Akkumulationsinstanz“, was das heißt, bleibt unklar. Später spricht er vom Doppelcharakter auch des heutigen bürgerlichen Staates, und meint damit, daß der Staat einerseits „Resultante der kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse“ ist, andererseits Elemente des „Konsenses, des Ausgleichs (enthält), um die gesellschaftlichen Gegensätze nicht explodieren zu lassen“. Die Arbeiterbewegung ist insofern (wie bei Poulanzas oder den SOST) immer schon im Staat präsent. Unter anderem kam es mir in meiner Untersuchung darauf an zu zeigen, wie die gesellschaftlichen Tätigkeiten, weil es den

Staat als ihren Repräsentanten gibt, durch ihn in Staatsform entwickelt werden und was das für die Lohnabhängigen heißt. Dieser Aspekt wird von W.K. gar nicht gesehen, ist aber mein eigentliches Anliegen gewesen. Das Verschwinden des Klassencharakters über die Ausdehnung der Arbeiterbewegung in diesem Staat halte ich für eine gefährliche Illusion.

3. Die Hauptfrage von W.K. lautet: Ist Entstaatlichung denkbar ohne Entindustrialisierung? Für ihn nicht, denn die Macht in der Gesellschaft begründet sich für ihn nicht, wie in meiner Analyse, aus dem Kapitalverhältnis als spezifischem Ausbeutungs- und Aneignungsverhältnis, sondern aus der Technik. Also ist Abbau der Macht, was er wohl mit „Entstaatlichung“ meint, nur bei Abbau der Technik, Entindustrialisierung, möglich. Selbstverwaltung industrieller Betriebe ist nicht möglich, da die Technik ihre Spielregeln aufzwingt. In meiner Analyse geht die Herrschaft nicht von der Technik aus, sondern das Kapital herrscht mit Hilfe der Technik, unterwirft alle Elemente der Produktion seinem Profitstreben, entwickelt die Technik als Kampfmittel gegen die Arbeitenden. Weil die Technik derart kapitalistisch formbestimmt ist, kann sie, da bin ich mit W.K. einer Meinung, nicht einfach übernommen werden, sondern ein Element der Emanzipation der Arbeit ist die Umgestaltung der Produktion i.S. der Veränderung der Produktionsbedingungen, der Produkte und der Entscheidungskriterien über die Produktion (Gebrauchswertorientierung anstelle von Profitorientierung).

Rousseau). Die Mechanismen dafür waren: die Gewaltenteilung, mitsamt der Unabhängigkeit der Justiz, der Parlamentarismus, die allgemeinen Wahlen, der Schutz der Menschenrechte.

Der Marxismus, in diesem Punkt ihm ähnlich der Anarchismus, verwarf all dies: Die Gewaltenteilung war Betrug, das „Volk“ sollte gesetzgebende und vollziehende Gewalt sein. Mit dem Mythos der Unabhängigkeit der Justiz sollte aufgeräumt werden, das „Volk“ sollte sich seine Beamten und Richter wählen usw. usf.

Nicht so sehr für Marx und Engels, auf alle Fälle für Lenin war auch der Parlamentarismus höchstens ein Gradmesser für die „politische Reife“ des Proletariats. Einmal ganz abgesehen von den Erfahrungen der osteuropäischen Opposition, die oft all dies wieder fordert, habe ich einen Einwand gegenüber der „reinen“ Form der direkten Demokratie: Die Forderung, daß die Mehrheit regiert, wirft die Frage *notwendig* auf: Wer schützt die Minderheit? Ich glaube, es ist auch ein *grundsätzliches* Problem, das praktisch bisher in keiner Gesellschaft gelöst werden konnte, ob die Mehrheit schrankenlos herrschen kann. Mir aller *gesellschaftlichen* Unterschiede bewußt: Wir müssen uns nur die Länder ansehen, die einen zumindest radikaleren Demokratismus praktizieren. In der Schweiz, schon von Lenin als Musterbeispiel des „Demokratismus“ gelobt, kommt *kein* Gesetz ohne Volksabstimmung durch. Die Gemeinden und Kantone sind weitgehend autonom (hier haben wir die *politische* Dezentralisierung). Ja, es existiert die allgemeine Volksbewaffnung.

Das *kapitalistische* Modell gedeiht auf dieser Grundlage hervorragend. Mehr noch. Per Plebiszit sind sie gerade dabei, die Ausländer rauszuwerfen. Ob die Frauen überhaupt wählen dürfen, mußten die Männer „basisdemokratisch“ und unter sich entscheiden. Per Plebiszit wird gerade die „Terroristengesetzgebung“ verschärft.

Sowohl die plebiszitären als auch die direkten Formen von Demokratie scheinen mir darüberhinaus ein gleiches Problem zu haben. daß zumindest historisch, von ihrem Ursprung her die Demokratie ein Luxus der privilegierten Minderheiten bleiben mußte. Schon Rousseau zerbrach sich den Kopf darüber warum die griechische Demokratie sich nur auf die Oberklassen auf der Basis des Sklavenhaltertums bezog. Die moderne Demokratie, basierend auf dem Industriesystem, krankt an einem ähnlichen Problem: Die Vereinigten Staaten etwa praktizieren teils ein „Mehr an Demokratie“ als wir Die Volksentscheide, die bei uns verfassungswidrig sind, können in den Bundesstaaten stattfinden, etwa über die Frage: Wollt ihr AKWs oder nicht?

Aber im Grundsatz war die amerikanische Demokratie immer kolonialistisch. Sie entstand auf der Basis der „Bill of rights“ und der Ausrottung der Ureinwohner des amerikanischen Kontinents. Demokratischer in der Form mußte sie wesentlich doch eine Veranstaltung der „Mittelklassen“ bleiben. Die amerikanische Demokratie war das Gegenstück zu der Tatsache, daß bis nach dem II. Welt

Bei dem, was ich Emanzipation der Arbeit genannt habe, meine ich folgendes: Das Kapital hat sich über die Enteignung der Produzenten diese formell unterworfen. Diese Unterwerfung hat es durch die Umgestaltung des Produktionsprozesses, wodurch der Arbeiter zum Anhängsel der Maschine wurde, fortgesetzt (reelle Unterwerfung). In der Reproduktion wird die Arbeit (werden die Arbeitenden) mit Hilfe des Staatsapparats formell und durch die Entfaltung der gesellschaftlichen Tätigkeit in Staatsform reell unterworfen. Ein Emanzipationskonzept muß sowohl die formelle und reelle Befreiung der Arbeit in der Produktion als auch in der Reproduktion beinhalten. Das heißt Enteignung der Kapitalisten, Umgestaltung der Produktion nach den genannten Kriterien, Zerstörung des staatlichen Gewaltapparats und Errichtung gesellschaftlicher Organe und Entstaatlichung i.S. von Wiederaneignung des Gesellschaftlichen durch die Gesellschaft. Alle Elemente stellen keine Reihenfolge dar, nur wird das eine nicht ohne das andere gehen. Die Art, wie W.K. diese Emanzipation interpretiert (bezogen auf den formellen Sektor), ist viel zu eng.

4. Die Frage von W.K. nach dem Subjekt der Emanzipation ist damit auch beantwortet: Subjekt sind alle Lohnabhängigen, die formell und reell vom Kapital in Produktion und Reproduktion unterworfen werden sollen, denn ihre Lebensperspektive, wollen sie nicht auf den Verkäufer von Arbeitskraft reduziert werden, kann nur über eine solch allumfassende Emanzipation entwickelt werden. (Dabei bleibt die Frage

nach der Konstitution von entsprechendem Bewußtsein hier unbeantwortet.) „Abschied vom Proletariat“ ist in meinen Augen ganz fehl am Platz, es hat seine Rolle als Teil in einem solchen Emanzipationskonzept. Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Staat führen heute andere Teile der Lohnabhängigen, die sogenannten „Neuen sozialen Bewegungen“, eben weil der Staat im täglichen Reproduktionsprozeß präsent ist, nicht im Produktionsprozeß. Dieses Emanzipationskonzept sieht, im Gegensatz zum Dualismus-Konzept von Gorz, auch die Emanzipation der Arbeit im „formellen“ Sektor als notwendigen Bestandteil der Emanzipation an. Es ist auch umfassender als das von W.K. angestrebte Konzept der Rücknahme der Arbeitsteilung, wobei die Aufhebung der Arbeitsteilung, wie sie der Kapitalismus entwickelt hat, zugunsten einer noch zu entwickelnden anderen Arbeitsteilung ebenfalls in ihm enthalten ist. Nun spricht die Breite eines Konzepts noch nicht für seine Richtigkeit, der entwickelte Kapitalismus läßt sich aber nicht durch Teilkonzepte überwinden. Geht man nicht vom kapitalistischen Charakter dieses Industriesystems aus, wird man es unterschätzen und bei Teilkonzepten wieder von ihm gefressen werden.

5. Meine Hauptkritik an W.K. ist, daß ihm die Einsicht in den widersprüchlichen Charakter des Staates verloren geht. Das wird auch deutlich, wenn er fragt: „Kann ein Zustand des vollkommenen Übereinstimmens von individuellen und gesellschaftlichen Interessen, der keinerlei Form des

„übergesellschaftlichen“ Interessenausgleichs mehr nötig macht, erreicht werden – und wäre er überhaupt erstrebenswert?“ Abschaffung des Staates heißt für ihn Identifizierung von Individuellem und Allgemeinem, heißt für ihn Unterwerfung des Individuums unter das Kollektiv. Selbstverständlich ist das nicht erstrebenswert, aber: Abschaffen des Staates heißt auch etwas anderes, heißt Aufheben des Klassencharakters des Allgemeininteresses, ermöglicht erst die Entwicklung von wirklicher Gemeinschaftlichkeit, in der das Individuum seine Interessen einbringen kann. Die Aufhebung des Staates schafft keinen Zustand der gesellschaftlichen Widerspruchslosigkeit, wie W.K. meint, wohl aber ist sie nur denkbar bei Aufhebung des antagonistischen Widerspruchs zwischen dem von unbezahlter Arbeit sich mehrenden Kapital und der von schlecht bezahlter Arbeit zehrenden Lohnarbeit.

6. Zum Schluß noch ein Wort zum „Zerbrechen der Staatsmaschinerie“. W.K. sieht hier das machthungrige Proletariat am Zuge. Nichts von dem ist gemeint. Vielmehr geht es einfach darum, daß der bürgerliche Staat schon genügend Macht repräsentiert, um nicht einfach zuzusehen, wie „die fortschreitende Begrenzung des Industriesystems und des Staates“ vonstatten geht. Er wird es auf Dauer nicht zulassen, daß die Menschen sich „der industriell-etatistischen Struktur entziehen“. Allein, um sich so oder im von mir angedeuteten Sinn zu emanzipieren, werden die Lohnabhängigen am Staat nicht vorbeikommen. Er kommt bestimmt zu ihnen! □

krieg noch die Schwarzen als Mittelding zwischen Mensch und Tier fungierten.

Natürlich ist dies in erster Linie ein Problem der ungleichen sozialen Verhältnisse. Aber soweit wir uns in dieser Struktur bewegen, stellen wir fest: *Die Diktatur der Mehrheit kann auch im wahren Sinne diktatorisch sein.* Zu einem demokratischen Verständnis von gesellschaftlicher Konfliktregelung gehört auch, daß gegen die Interessen von Minderheiten nichts geschehen darf, beschlösse man es auch noch so demokratisch.

Den Gedankensprung entschuldigt, muß man hinzufügen: Auch die sozialen Bewegungen, die ganz im Unterschied zum schweizerischen oder amerikanischen Kapitalismus sozial egalitär fungierten, kamen um das Problem der Mehrheit und Minderheit nicht herum. *Das Räteprinzip beruhte immer auf der Entscheidung der Mehrheit. Aber dies reicht nicht.*

Die repräsentative Demokratie hat immer das Problem in sich. „Alle Macht geht vom Volke aus, nur wo geht sie hin?“

Aber daraus resultiert für mich nicht Basisdemokratie im Sinne der einfachen Mehrheitsherrschaft. Dieser Gedanke scheint mir eine eher archaische Form von Volksdemokratie zu sein. Wenn wir etwa den Volksgesetzgeber wieder in sein Recht einsetzen, sollen entscheidende Überlebensfragen entschieden werden mit 51% gegen die Hälfte der Gesellschaft also? Oder wäre es nicht eine höhere Form demokratischer Kultur, institutionell zu sichern, daß in wichtigen Entscheidungen, nimmt aktuell etwa die Raketen, 20%

der Bevölkerung hier ihr Veto einlegen können und dann ein *Konsens* gefunden werden muß? Dieses Element der Konsensbildung ist ja auch in unserer Bewegung schon produktiver als mancher rigide Basisdemokratismus. Schließlich müßte auch die plebiszitär zustandgekommene Macht zersplittert und dezentralisiert werden, eben weil sie *Macht* ist. Das *reine* Räteprinzip tendiert dazu, daß die Minderheiten außerhalb der institutionellen Struktur bleiben.

Gerade zum letzten Punkt müssen wir auch die Erfahrungen der osteuropäischen Opposition berücksichtigen. Bekanntlich war in Polen gerade Kuron dagegen, daß die polnische Bewegung sich auf das Räteprinzip und die Forderung nach direkter Demokratie konzentriert. Im Unterschied zum Westen, so Kuron in seinen „Gedanken zu einem Aktionsprogramm“ müsse man „daran denken, daß ohne parlamentarische Demokratie jeder Versuch zur Einführung direkter Demokratie auf Gedeih und Verderb dem Staat ausgeliefert ist“

Konsequent wollte Solidarność gar keinen Übergang zur Räte-demokratie. Die „selbstverwaltete Republik“ setzte sich sozusagen aus Rousseau, Montesquieu und Richtungen des „Selbstverwaltungssozialismus“ zusammen. Parlamentarismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit (gegen die weitgehende Willkür der Staatsbürokratie gerichtet) waren die eine Komponente, Selbstverwaltung der Betriebe, Schulen, Hochschulen, Medien etc. die zweite. Meines Erachtens ist dies nicht eine osteuropäische Spezialität. Allgemeiner: Solange es im politischen Raum keine konkurrierenden

Formationen gibt, ist auch Basisdemokratie nicht möglich. Solange die Macht, wo immer sie herkommen mag, nicht zersplittert, klein gehalten ist, tendiert sie immer zum Despotismus – unter Umständen sogar im Gewande von „Basisdemokratie“ Fragen wie „Parlamentarismus“ und Mehrparteiensystem müssen heute *anders* gewertet werden.

*Das für uns eigentlich wichtige an der Pariser Kommune bezieht sich auf die Konzeption, daß die Kommune die Basis der Einheit der Nation bilden sollte, nicht der Zentralstaat.* Dies müßte in der Tat zum Ausgangspunkt der sozialen Organisation werden. Die Kommunen müßten dabei, um diesen Begriff zu übernehmen, *ökonomische und politische* Grundeinheiten sein, wobei nur wenige ökonomische Funktionen zu zentralisieren wären. Von daher geht es gar nicht ohne auch ökonomische Dezentralisierung. Die kommunalen Entscheidungen müßten im Grundsatz Priorität haben. Wo Kompetenzen der zentralen Ebene noch vorhanden und vonnöten wären, müßten die Kommunen ein Vetorecht haben, um den Zentralstaat institutionell zu begrenzen.

Für mich ergeben sich folgende Elemente, was die Organisation des Gemeinwesens betrifft, an denen wir ansetzen müssen:

- 1 die Kommune als ökonomische und politische Basis der Einheit der Nation;
2. die Begrenzung des Zentralstaats;
3. Entscheidungsfindung nach gesellschaftlichem Konsens statt entweder Repräsentation oder archaischer Mehrheits Herrschaft.
4. Weiterentwicklung der positiven Elemente der bürgerlichen Revolution, wie insbesondere Parlamentarismus, Mehrparteiensystem, wirkliche (da heute oft nur als Farce bestehende) Teilung der (übriggebliebenen) Gewalten.

Es kann natürlich kein Vorwurf an die Pariser Kommune sein, wenn sie als historischer Versuch von sieben Tagen diese Fragen gar nicht lösen konnte. Aber verkünden wir doch nicht, fernab historischer Erfahrung: Hier ist die endgültig gefundene Form!

### Eine Notiz zu Ernst Blochs „Naturrecht und menschliche Würde“

Es ist schließlich ein Anachronismus, heutzutage über die Staatsfrage zu diskutieren, *ohne* sich zu äußern über das gebrochene Verhältnis des Marxismus zum Problem der Menschenrechte. Auch dies kann nicht einfach hinfällig werden durch eine plebiszitäre Organisation.

In der Analyse hatte Marx *recht*, wenn er entwickelte, daß die Vorstellung eines „freien“ und „unabhängigen“ Staatsbürgers den „Überbau“ darstellte der Entwicklung zum „freien“ Lohnarbeiter, der nichts zu verkaufen hat als seine Ware Arbeitskraft. Zumindest *im negativen* hatte er hiermit recht. Als Staatsdoktrin wäre die Idee des freien und unabhängigen Staatsbürgers unmöglich gewesen in der Sklaverei, in der orientalischen Despotie, in der Leibeigenschaft. Marx hatte auch recht, wenn er konstatierte, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die juristische Gleichheit der Menschen nur das Pendant ist zur wirklichen, ökonomisch begründeten *Ungleichheit*. Aber was folgt daraus?

Folgte daraus, daß die Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ obsolet geworden ist, oder folgte daraus, daß ihre Verwirklichung gerade durch die kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse *gehemmt* würde?

Genau genommen scheint der Fehler der Marxschen Konzeption schon in der *Analyse* zu liegen. Die naturrechtliche Lehre, daß jeder Mensch „angeborene“ und unveräußerliche Menschenrechte habe, ist ja älter als die bürgerliche Revolution und die Entwicklung des Industriesystems. Ernst Bloch scheint mir, obwohl in der Terminologie noch zu marxistisch, das Problem der Menschenrechte am richtigsten gefaßt zu haben in seiner nach der Emigration aus der DDR entstandenen Schrift „Naturrecht und menschliche Würde“ In Kürze, da heutzutage wenig geläufig, seine Hauptthesen. So wie der Marxismus versuchte, die Gedanken des utopischen Sozialismus, der englischen politischen Ökonomie und der deutschen Philosophie aufzunehmen, so hätte er als „vierte“ Quelle das Naturrecht positiv in sich aufheben müssen. Während die ökonomische Befreiung des Proletariats die Forderung der Bergpredigt nach der Befreiung der Mühseligen und Beladenen verwirklichte, postuliere das Naturrecht die Emanzipation der Erniedrigten und Beleidigten.

Das eine verwirklichte die Freiheit von ökonomischer Not und Ausbeutung, das andere den aufrechten Gang.

Wenn ich erwähnte, daß mir dies in der Terminologie noch zu marxistisch ist, meine ich vor allem die blitzblanke Addition einer „vierten“ Quelle des Marxismus, der aber im Grundgedanken noch angenommen wird als Überwissenschaft im Stile der alten deutschen Philosophie. Die eine kohärente *Weltanschauung* ist wahr scheinlich weder erstrebenswert noch möglich.

Die Stärke des Blochschen Ansatzes liegt woanders: Wenn betont wird, daß es nicht nur auf die Überwindung ökonomischer Ausbeutung, sondern auf aufrechten Gang ankommt, des Individuums in seinem Umfeld der gesellschaftlichen Verhältnisse, dann wird der Horizont klassisch-marxistischer Emanzipationsvorstellungen erweitert: Es geht nicht mehr nur um die Emanzipation des Lohnarbeiters als Lohnarbeiter sondern – im weitesten Sinn – um ein selbstbestimmtes Leben.

Die zweite Stärke dieses Ansatzes scheint mir im Verhältnis von Sozialismus und Christentum zu liegen. Wenn das Paradies nicht ins Jenseits verlegt wurde, war es immer streitbar Die naturrechtlichen Lehren teilten sich immer in zwei Richtungen, soweit sie in der Zeit vor der Französischen Revolution christlichen Traditionen vor allem entsprangen. Die einen, die den Staat als Ausfluß der natürlichen und göttlichen Ordnung in einem betrachteten; die anderen, die die „angeborenen Menschenrechte“ als Forderung begriffen, die im Zweifel auch gegen die weltliche Obrigkeit durchgesetzt werden müsse – mit allen fließenden Übergängen. Das Problem heute besteht darin: Müssen wir das zweite Element nicht erneut aufnehmen, unterstützen, ermutigen? Ist es wirklich ein Zufall, daß gerade die kritisch-christliche Strömung sich zuerst der Verwirklichung der Menschenrechte, des aufrechten Gangs annimmt?

Vom Marxismus auf alle Fälle kommt hier am wenigsten. Schon deshalb, weil im gesamten historischen Determinismus fast alles gerechtfertigt war, geschah es nur im Namen der „Entwicklung der Produktivkräfte“ Marxens Analyse, daß das Kapital „aus allen Poren bluttriefend“ zur Welt kam, ist perfekt – nur daß dies als historischer Fortschritt erschien. So weit, daß nicht nur die englische Industrialisierung, sondern auch die Kolonisierung Indiens der „fortgeschrittenen Produktionsweise“ den Weg bahnte. Innerhalb dieser Grundannahme, daß die industrielle Produktionsweise über die ganze Welt verallgemeinert werden müsse, um *letztlich* zu sozialer Emanzipation zu gelangen, *mußte* das Mittel gegen den

## Wenn das gesellschaftliche Verhältnis der Geschlechter nicht mal als Problem auftaucht . . .

Anmerkungen zum Artikel von Adelheid Biesecker, „Verstaatlichung, Entstaatlichung – oder was?“, in *Kommune* 5/1983

In ihrem „Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft“ will die Autorin „Gesellschaftsformationen ins Gedächtnis zurückrufen, die ohne Staat auskamen“, denn, so glaubt sie, „in den Entstehungsbedingungen für den Staat müssen sich seine Überwindungsbedingungen finden lassen.“ (S. 40)

Sehr frühe Herrschafts- und Kontrollmechanismen in „Gesellschaften ohne Staat“ läßt sie leider aus; vom „Urzustand“ – ohne Privateigentum, ohne Arbeitsteilung, ohne ökonomische Grundlage für Klassenbildung – kommt sie flugs zu Formationen, in denen Arbeitsteilung und Spezialisierung unter Männern widersprüchliche Entwicklungen fördern.

Nun ist die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern (Sammlerinnen, Jäger) älter als seßhafte „naturwüchsige“ Gentilgesellschaften, und die demokratische Idylle solcher Formationen, die die Autorin beschwört („... gesellschaftliche Aufgaben ... werden gemeinsam gelöst bzw. durch Wahl und Abwahl von Verantwortlichen“, ebd.) von ethnologischen Forschern längst begründet in Zweifel gestellt. So hat z.B. Claude Meillassoux (Die wilden Früchte der Frau, Ffm 1976) Herrschaftsformen in häuslichen Produktionsgemeinschaften aufgrund seiner westafrikanischen Studien analysiert. Auch ohne arbeitsteilige Spezialisierung männlicher Produzenten, finden hier „politische Unternehmen“ (Meill., S. 61) statt; nicht von gewählten Verantwortli-

chen, sondern von Autoritäten, deren Macht an das Geschlecht (Mann, was sonst?) und an das Alter gebunden ist. Sie haben folgende gesellschaftliche Aufgaben in der Hand: die Rückverteilung des Saatguts aus dem vorangegangenen landwirtschaftlichen Zyklus an die Mitglieder ihrer eigenen Produktionsgruppe (häusliche Gemeinschaft) und die Verteilung der Frauen unter den verschiedenen Reproduktionsgruppen (um deren Erhalt in angemessener Größe zu sichern). Der Handel mit Frauen zur Aufrechterhaltung der Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, den die jeweils Ältesten in der Hand haben (Heiratsversprechen), erscheint Meillassoux als Fortschritt, als beste Lösung, um die „differentielle Fruchtbarkeit“ der Frauen mit friedlichen Mitteln auszugleichen; daß Frauen nicht als Produzentinnen erscheinen – sie sind nur über Männer an die Rückverteilung des Saatguts, bzw. der Nahrung, angebunden –, versteht sich schon fast von selbst.

Interessant scheint mir für den Zusammenhang mit Erörterungen über die Entstehungsbedingungen für den Staat, daß sich hier Kontroll-, Verwaltungs- und Herrschaftsfunktionen manifestieren, in denen das allgemeine Interesse daran, das genetische Wachstum den Erfordernissen anzupassen, die Degradierung von Frauen zu Tauschobjekten, ihren Ausschluß qua Geschlecht aus den Verhandlungen über das politische Unternehmen Frauenzirkulation,

(die jüngeren Männer können wenigstens selbst einmal Älteste werden), die Aneignung der weiblichen Gebärfähigkeit, wenn man so will, hervorgebracht hat.

Von hier bis zur heutigen gesellschaftlichen (!) Organisation der physischen (und psychischen) Reproduktion ist der Sprung groß. Was aber soll dabei herauskommen, wenn in Überlegungen über die Entwicklung der „demokratischen Kommune“ zum „gesellschaftlichen Kampforgan“ (laut A. B. ein „Element des Aufbaus gesellschaftlicher Machtorgane gegen die Staatsorgane“, S. 47) das gesellschaftliche Verhältnis der Geschlechter nicht einmal als Problem auftaucht? Wahrscheinlich liegt es an den Frauen selbst, ihre Funktion als Reproduzentinnen von Produzenten, als materielle und psychische Versorgerinnen, als Zuarbeiterinnen für diejenigen, die versuchen, ihre Macht in kommunalen Organen auszubauen, zu durchbrechen? Traurig genug! Ärgerlich aber, daß zum x-ten Mal Vorstellungen über Arbeitsteilung, Eigentum und Entstehung von Klassen aus dem 19. Jahrhundert wiedergegeben werden, die das Eigentum an Frauen, die Herrschaft über das weibliche Geschlecht, ignorieren. Wenn in den Auseinandersetzungen im Umkreis der Grünen „Benachteiligungen“ von Frauen nur formal aufgegriffen werden (Frauenproporz/Forderung eines Frauenausschusses/Forderung, Hausarbeit als gesellschaftlich notwendige anzuerkennen usw.), aber die Entstehungsbedingungen und heutigen Ausformungen der Unterdrückung eines ganzen Geschlechts nicht in Theoriebildungsprozesse einbezogen werden, so wird eine große Chance vertan.

Trotzdem schöne Grüße!  
Sabine Will, Hamburg

Zweck gleichgültig sein. Im Grundsatz argumentiert der Marxismus vom Standpunkt einer in sich selbst immer fortschreitenden „Geschichte“, auch wenn sie den Individuen äußerlich und feindlich ist. Die Sichtweise der „Erniedrigten und Beleidigten“ muß dabei als sekundäres Problem erscheinen. Von dieser deterministisch-fortschrittsgläubigen Komponente des Marxismus, die notwendig die Relation von Zweck und Mittel ausblendet, führt ein ideologischer Strang hin zum Stalinismus, ohne deshalb Marx Stalin in die Schuhe schieben zu wollen.

Die Blochsche These von der „Klassenlosen Quintessenz“ im Naturrecht scheint mir einen Ausweg aus diesem Dilemma anzudeuten. In Eurem Artikel taucht immer wieder die Formel der „Demokratie des Volkes für das Volk“ auf. Die Gegenfrage: Wer ist das Volk, wer definiert, was „für“ das Volk ist? Die ganzen Debatten in unserer Tradition, daß die „Widersprüche im Volk“ demokratisch gelöst, die „zum Volk“ diktatorisch behandelt werden müssen, haben das *Grundproblem* des Marxschen Ansatzes doch nur auf die Spitze getrieben.

Was die Menschenrechte und die politischen Freiheiten betrifft, muß jede Einschränkung überwunden werden, darf Demokratie nicht als „für“ das Volk, sondern muß *allgemein* konzipiert werden.

Kritisiert werden müssen gerade die *Beschränkungen* der Menschenrechte. Das Eigentum und das Erbrecht gehören sicher nicht so uneingeschränkt dazu.

Die Konzeption der Menschenrechte als Abwehrrechte gegenüber dem Staat muß erhalten werden, aber ist begrenzt: Sie müssen weiter gefaßt werden als *positive* Forderung nach gesellschaftlichen Verhältnissen, die den aufrechten Gang möglich machen.

### Macht- eroberung und/oder Autonomie? Welchen Typus von Bewegung brauchen wir?

Adelheid Biesecker will offenbar auch in dieser Frage den Weg der Pariser Kommune gehen. Zwar könne es schon in der „bürgerlichen Gesellschaft“ Elemente der Rücknahme des Staates in die Gesellschaft geben, aber der qualitative Umschlag könne erst erreicht werden durch das „Zerbrechen der Staatsmaschine“ und der Gesellschaft. Nur daß sie sich nicht „als Staat“ konstituieren solle.

Zunächst ganz ohne Wertung: Mir scheint, daß diese ganze Strategie einfach keine soziale Basis mehr entwickeln wird. In der Ar

beiterbewegung entsprach sie einer Phase, in der, wie oben beschrieben, die Idee der „Arbeitermacht“ noch Sinn hatte, ausgehend von den Produktionserfahrungen. Was die sozialdemokratische Strömung angeht, war „Machteroberung“ vom sozialen Inhalt her sowieso eine „Machteroberung“, die erstens dazu diente, ein gleichberechtigter Teil der bürgerlichen Gesellschaft zu werden, zweitens dazu, negative Macht auszuüben, das heißt den ruinösesten Folgen kapitalistischer Verhältnisse entgegenzuwirken.

In der Arbeiterbewegung gibt es einfach keinen materiellen Grund, der andeuten könnte, daß die Idee der Machteroberung im Sinne der Kommune wieder entstehen könnte.

Bei den neuen sozialen Bewegungen ist dies auch nicht absehbar. Die Idee, Macht zu erobern, setzt die Idee voraus, die Gesellschaft nach eigenem Bilde umzuformen und dies zu einem neuen einheitstiftenden Prinzip zu machen. Eben so wie die alte Arbeiterbewegung die Gesellschaft nach dem „Bilde der Arbeit“ umformen wollte. Und genau dies haben die Schichten, die die neuen sozialen Bewegungen tragen, gar nicht.

Die Identifikation mit der Arbeit war die Basis des Kollektivismus der Arbeiterbewegung, egal ob der reformistischen oder der kommunistischen. Mit der Krise der einen folgt die Krise des anderen. Wahrscheinlich gerade weil die Bedeutung der Arbeit abnimmt, werden die Ziele vom Individuum her definiert, eigentlich von dem her, was Marx mit den allseitig entwickelten Individuen meinte.

Krise der Arbeit und des Industriesystems haben einen doppelten Aspekt. Zum einen: Mit der Entwicklung der Arbeitsteilung vom Taylorismus über die wissenschaftliche Arbeitsorganisation bis zur nun stattfindenden Automation hat die Arbeit für die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder keine sinnstiftende Funktion mehr

Zum anderen: Es wird deutlich, daß das weitere Wachstum zunehmend destruktiv wirkt.

Die Möglichkeit, daß wir mit einem Minimum an Industrieproduktion und Arbeit besser lebten, führt zu einer Verschiebung des ganzen emanzipatorischen Ansatzes. Die Bedeutung der keiner ökonomischen Effizienz unterworfenen Bereiche und der postmaterialistischen Werte wächst. Sie sind ihrem Wesen nach unstrukturiert. Die Gesellschaft, so weit es nicht freiwillig eingegangene Gesellschaftlichkeit ist, und der Staat erscheinen demgegenüber äußerlich, als Instanzen der Sphäre der Notwendigkeit. Es handelt sich dabei letzten Endes um eine, hier sei wieder Gorz zitiert, „kulturelle Mutation“. Das Münchner Institut für Sozialforschung untersuchte in diesem Jahr wieder einmal die „Werte“ und „Lebensziele“ der Bundesbürger. Es stellte erschreckt fest: All das, was die Deutschen berühmt gemacht hat, die Identifikation mit der Arbeit, das protestantische Arbeitsethos, geht bergab. In den 50er Jahren standen „Arbeit und Beruf“ immer an der obersten Stelle der Werteskala der Deutschen, jetzt an vorletzter. Die neuen Spitzenplätze belegten nun Selbstverwirklichung in der Freizeit, Beziehungen und Familie – alles vom Individuum her definiert, nicht einer „Klasse“ oder gar der „Menschheit“

Der Bezug auf den Staat, mit dem die Arbeiterbewegung noch die „proletarische Lebensweise“ verallgemeinern wollte, wird daher zunehmend ein rein negativer. Er soll unsere Erde nicht ruinieren, keinen Krieg anfangen und uns unsere Freiheit lassen. Der

notwendig negative Bezug der neuen Bewegungen zur Macht überhaupt zeigt sich übrigens auch bei denen, die sich, wie die Grünen jetzt, nur unter dem Gesichtspunkt auf sie einlassen, selbst keine Macht ausüben zu wollen.

Ein neues allgemeingesellschaftlich-sinnstiftendes Prinzip kommt auch nicht aus der Ökologiebewegung. „Friede mit der Natur“ und die Verhinderung des vollständigen Ruins der Erde durch das Industriesystem ist zunächst auch nur ein negatives Ziel, konstituiert keine die ganze Gesellschaft prägende Lebensweise. Das Ziel der „Geschichte“ wird nicht neu gefaßt, sondern wir argumentieren gar nicht mehr in ihrem Namen. Wir wollen die Gesellschaft „nur“ so strukturieren, daß sie unsere Entfaltung möglichst wenig behindert – aber das ist wahrscheinlich mehr als die Forderung nach ihrem „Fortschritt“

Die Bewegungen, die zentral auf Machteroberung setzten, mußten in ihrer emanzipativen Zielsetzung scheitern. Gerade weil die Macht, auch die Staatsmacht, strukturell ist, mußte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, soweit sie an ihr partizipierte, den gleichen Herrschaftszusammenhang mit antreiben.

Die Idee der kommunistischen Machteroberung hingegen hätte in den Metropolen schon lange nur noch Minderheiten mobilisiert und wäre daher libertär gar nicht möglich gewesen.

Die Tatsache, daß die Idee der Machteroberung keine gesellschaftliche Basis mehr hat, hat übrigens auch dafür gesorgt, daß Marxismus und Anarchismus in dieser Komponente nach 1968 nur noch als Farce möglich waren. Ob K-Gruppen oder anarchistisch angehauchte Sponti-Szene: Das Konzept „Zerbrechen der Staatsmaschine“ war noch als minoritärer linker Militarismus möglich.

Mit der Verschiebung der Ziele müssen so die Mittel völlig neu gefaßt werden.

Wenn die neuen Bewegungen gegen die Arbeit (da und soweit die Naturgrundlagen zerstörend und entfremdet) und den Staat (im Sinne seiner fortschreitenden Begrenzung) sind, kann das Mittel nur sein:

Eine ähnliche Situation wie in Polen schaffen: die Gesellschaft, gemeint die Gesellschaftsmitglieder dem Staat zu entziehen, und, im Unterschied zur polnischen Entwicklung, der Macht des Industriesystems. Sie wäre wesentlich eine kulturevolutionäre Bewegung, was den Inhalt betrifft, eine „evolutionäre“, was die Form betrifft.

Mit „kulturevolutionär“ meine ich die Verschiebung der Werteskala und Lebensziele: weg von der Identifikation mit „Arbeit“ schrankenloser Reichtumsakkumulation im materiellen Sinne und „Staatsräson“, hin zum Ausgleich mit der Natur und der Entwicklung selbstbestimmter Lebensfelder wobei das letzte sich notwendig einer allgemein-gesellschaftlichen Normierung entzieht.

Mit „evolutionär“ meine ich: Natürlich kollidiert all dies mit der kapitalistischen Produktionsweise, die auf schrankenlose Kapitalakkumulation angewiesen ist. Die Überwindung des Kapitalismus ist aber nur noch Mittel, nicht Ziel. Das „revolutionär in der Form“ ist nur bürgerkriegsmäßig denkbar hat so noch nicht einmal eine gesellschaftliche Basis – und wird sie nicht wieder entwickeln. Die fortschreitende Begrenzung des Industriesystems und des Staates müßte angestrebt werden. Der Gedanke, die Menschen der industriell-etatistischen Struktur zu entziehen, ist dabei wahrscheinlich subversiver als der alte Gedanke der Eroberung der Macht. □

Manchmal

Leo Kofler  
Zur Kritik der

„ALTERNATIVEN“

VSA

Leo Kofler will  
in seinem neuen Buch  
„Zur Kritik der Alternativen“  
deren Vorstellungen  
von gesellschaftlicher  
Veränderung begegnen.

Doch nicht unbedingt  
erstrebenswert,  
was dabei  
an eigenen Auffassungen  
herauskommt.

erstaunlich

borniert

spiel nennt, und weist ihr entscheidende Funktionen zu: „In einer Zeit der ideellen und politischen Dekadenz bildet der vielseitige Gebrauch des humanistischen Wortes die wichtigste Tat.“ Diese Elite müsse sich mit einer Schicht von „Volkstribunen“ aus der Arbeiterklasse verbünden und verbinden. Aber niemals sei die Arbeiterklasse aus sich fähig, die Grenzen ihres eigenen, mit „Alltagsverstand“ umrissenen, Positivismus zu überschreiten. Selbst Lenin habe sich ziemlich verschätzt, als er davon ausging, „die Köchin“ könne mitregieren.

Wie weit sich Kofler in dem Zusammenhang verschätzt, kommt vielleicht am deutlichsten heraus in seiner bornierten Behandlung der Entwicklung in Polen: „Wie

Von Jürgen Walla

Als eine „wenig zimperliche, aber offene Kritik“ wird das Buch auf dem Umschlag angekündigt. Vielleicht ist diese Kritik deshalb so wenig *überzeugend*, weil sie es sich so leicht macht. Kofler verfährt nämlich nach der Methode, sich ein Bild des kritisierten Gegenstands zu verfertigen, und dieses *Bild* dann zu kritisieren. Er macht sich nicht die Mühe, sich mit den „Alternativen“ selber also: ihren Aussagen, ihren Positionen, wie sie formuliert werden, auseinanderzusetzen. Sondern er begnügt sich damit, einen eigenen Entwurf dessen, was nötig sei, aufzuschreiben, und dann zu urteilen, inwieweit die „Alternativen“ dem nicht entsprechen.

So bleibt die Kritik auf jeden Fall blaß. Kofler spricht von einem ökonomistischen, einem biologistischen und einem praktizistischen Irrweg. Mit dem ökonomistischen Irrweg sind offenbar jene „Alternativen“ gemeint, die sich als Marxisten verstehen, also die traditionelle ML-Bewegung. Wie weit sind die der Alternativbewegung zuzurechnen? Wie weit ist ihre Anlehnung oder Anpassung an das Spektrum, sagen wir zwischen Ökologie und Friedensbewegung, nicht bloßem Überlebenwollen geschuldet, während die grundlegenden Auffassungen gleich geblieben sind? (Und, um es vorwegzunehmen, manchen Koflerschen Überlegungen durchaus verwandt, etwa in ihrem Verhältnis zum „realen Sozialismus“) Unbestimmt, was mit dem „biologistischen“ Irrweg gemeint ist. Er pflège sich

„an Vorstellungen anzulehnen, die sich um solche Begriffe wie Sexualität, Aggression, Sinnlichkeit, Trieb, Nähe zum Tierreich (z.B. Vorformen des Bewußtseins bei den Hominiden usw.), ‚Natur‘ des Menschen überhaupt artikulieren.“ Am ehesten noch wird klar was mit dem praktizistischen Irrweg gemeint ist („mehr oder weniger unreflektierte Handlungen wie Demonstration, Aktion und Rebellion“).

Die ganze Schwammigkeit der Kritik, und das ist einer der Mängel des Buches, beruht auf dem Fehlen einer *direkten* Auseinandersetzung. Kein „Ökonomist“ und kein „Grüner“ wird zitiert, mit Ausnahme von Harich, und der in einer Kofler zustimmenden Aussage.

Dann schlägt Kofler den Weg ein, selbst auszuführen, was er für nötig hält. Er plädiert für die „Reerotisierung des Alltags“ Erotik dabei übergreifend zu verstehen, mit dem Begriff des Schönen als Ausgangspunkt, mit dem Zusammenfallen von Ästhetik und Anthropologie, von Spiel und Arbeit – er entwirft eine positive Utopie, die allseitig entfaltete Menschen, die Aufhebung der Entfremdung zum Inhalt hat und eine Überflußgesellschaft zur Voraussetzung, ebensowohl aber eine Umerzierung des Menschen.

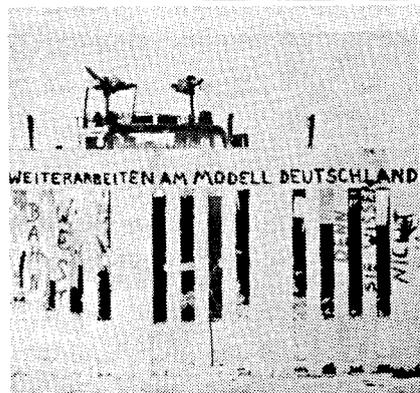
Auf dem Weg dorthin ist Kofler eine „humanistische Elite“ unabdingbar. Er setzt sie in Gegensatz zu einer „nihilistischen Elite“ wofür er Hitlers SS als Bei-

wir gezeigt haben, ist der östliche Sozialismus trotz seiner Erfolge noch nicht so weit, und eingefahrene bürokratische Traditionen sind nicht so leicht abzubauen. Fast wären die ersten Schritte in Richtung der Lockerung der verhärteten stalinoiden Verhältnisse in Polen gemacht worden mit der Anerkennung der Gewerkschaft ‚Solidarität‘ im August 1980; dann haben sich wiederum Elemente (faschistoide in Danzig, bürgerliche in der KOR, religiös-konservativ gestimmte in der Arbeiterschaft) eingemischt, die die Errungenschaften in Frage stellen. Ein stabilisierter Erfolg der neuen Gewerkschaft auf dem Stand von August 1980 hätte einen großen unaufhaltsamen Einfluß auf den gesamten Osten gehabt; dies alles ist durch die Schuld der Initiatoren selbst ein Beispiel für die von den Alternativen hergewünschte ‚Basisdemokratie‘ zunichte gemacht worden.“ Die Kritik ist nur konsequent für einen, der im „realen Sozialismus“ einen zwar mit stalinistischen Entartungen und Mängeln behafteten Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus sieht, und die Frage gar nicht einmal denkt, ob es sich nicht da um einen Irrweg, eine Sackgasse handelt, vom Kapitalismus weg, aber nicht zum Sozialismus hin. „Die Schuld der Initiatoren“ wird zur Rechtfertigung der Militärdiktatoren.

Kofler ist tatsächlich in manchen Fragen erstaunlich borniert (was er den „Alternativen“ gerade vorwirft). Das Konzept einer „übergeordneten Partei“ denn die humanistische Elite allein reicht nicht aus, ist ihm keineswegs fraglich. Und so verfährt er nach dem Muster die Denker Dialektiker Humanisten ins Töpfchen, alle ändern ins Kröpfchen. Sein Entwurf, wenn als Gegenentwurf zur Realität der „Alternativen“ gedacht, bleibt kraftlos, unabhän-

# ROTE ROBE

11. Juni 1983 Heft 2 + 3 1983



Heft 2 – 3/1983

## Ausverkauf des Demonstrationsrechts?

**Landfriedensbruch in der Wende ★  
Steine schmeißen und die Folgen ★  
Die Demonstrationskostenverordnung  
ist rechtswidrig ★ Der starke Staat ★  
Gummigeschosse**

**Ergebnisse des 7. Strafverteidigertags**

**Die Struktur der Paranoia. Zum  
Freispruch von Flemming Sörensen**

**Was damals Recht war, kann heute  
nicht Unrecht sein! — Schlußbetrach-  
tung**

**Über die schwere Kränkung des Man-  
nes bei Ehebruch**

**Das Arbeitsrecht der kirchlichen Mit-  
arbeiter**

**Haftgrund Ausländer: Prüfungsmaß-  
stab des Freiheitsentziehungsrichters  
bei Anordnung von Abschiebehäft**

**Abschaffung von Resozialisierungs-  
maßnahmen für ausländische Gefan-  
gene auf kaltem Wege**

**Der Angestellte hat Verschwiegen-  
heit zu wahren. Die arbeitsrechtliche  
Schweigepflicht im öffentlichen  
Dienst bei der Offenlegung innerber-  
trieblicher Mißstände**

Einzelheft 5 DM  
Jahresabo (6 Ausgaben) 30 DM

Einzelexemplare (gegen Vorauszahlung) für  
5 DM + 3 DM Porto zu beziehen bei

Buchvertrieb Hager  
Postfach 1111/2  
6000 Frankfurt 11

gig davon, ob die Konzeption stimmig in sich ist und der Wirklichkeit entspricht, denn sie wird selbst nicht mit anderen Konzeptionen konfrontiert. Am Beispiel der „Elite“. Wenn zur Basisdemokratie nicht mehr gesagt wird als jenes Vernichtungsurteil über den Gang der polnischen Ereignisse, dann behält angesichts der Wirklichkeit die Basisdemokratie-Konzeption allemal mehr Recht als die Konzeption einer Elite, die den wirklichen Vorgängen so idealistisch-einseitig gegenübersteht wie ihr Exponent Kofler

Ähnlich seine Verharmlosung z.B. der Gefahren von Kernkraftwerken, unter Berufung darauf, daß bisher noch nichts Größeres passiert sei, bei einer beträchtlichen Zahl bereits existierender Kraftwerke. Ähnlich seine Auffassung zu den „östlich-sozialistischen Ländern“: „Die ideell-politischen Verhältnisse tendieren auf ein Ziel, wie es Marx vorschwebt, nämlich auf die Verwirklichung des Kommunismus, dagegen erweisen sich die ökonomisch-technischen Bedingungen, trotz der großen Fortschritte, als dem noch nicht gewachsen.“

Mit der Kritik der „Alternativen“ an den östlichen Ländern, wie sie konkret geführt wird, setzt sich Kofler nicht auseinander. Er führt sie auf a) Unkenntnis, b) fehlende Berücksichtigung der dortigen Bedingungen, c) antikommunistische Vorurteile, d) Theorielosigkeit und mangelnde Dialektik zurück. Wie er mit dieser Position etwa einem Bahro beikommen will, ist nicht vorstellbar

In vieler Hinsicht bleibt das Buch Koflers also apologetisch, sei es gegenüber dem „realen Sozialismus“ sei es gegenüber der großen Industrie, wie sie ist.

Übrigens ist Koflers Position in sich schlüssig, aber belanglos. Was die Einführung des „Schönen“ als neuer zentraler Kategorie bringt, leuchtet nicht ein. Ob man mit dem frühen Marx von der Überwindung der Entfremdung des Menschen als Produzent, als Naturwesen und als Gattungswesen ausgeht, oder mit dem späten Marx von der Überwindung des Warenfetischismus, der Aufhebung der Ausbeutung und dem Erreichen eines „Vereins freier Menschen“, immer ist die Aufgabenstellung klarer und einsichtiger als wenn zunächst die Kategorien der Erotisierung des Alltags, des Spiels und des Schönen eingeführt werden, um dann ihre Bedeutung überschreitend gebraucht zu werden, also ihre eigentliche Bedeutung zu verlieren, ohne eine hinlänglich scharfe neue Bedeutung zu gewinnen. Vollends unscharf wird die Sache, wenn das positiv Entwickelte zum kritisierten Gegenstand in keinem wirkli-

chen Zusammenhang steht. Was sich an Zusammenhang herstellt, ist die Rolle der „humanistischen Elite“. Aber gerade da muß sogar jemand, der das Konzept einer die Meinungen der Massen zusammenfassenden, konzentrierenden, verallgemeinernden kommunistischen Partei durchaus nicht für erledigt hält, die Kritik einer elitären „Haltung“ also der Borniertheit und des Sektierertums, die Kofler an die „Alternativen“ richtet, gegen Kofler selber wenden.

Allerdings schließt all dies nicht aus, daß einzelne Erscheinungen richtig benannt werden, wenn auch nicht bewiesen. Der Leser erkennt seine eigenen Erfahrungen wie der wenn den „Alternativen“ Asketismus, Sektierertum, Positivismus, Aktionismus, Perspektivlosigkeit vorgeworfen wird. Bloß, was sollen solche Vorwürfe bewirken? Richtiggehend ärgerlich ist in dem Zusammenhang, daß Kofler dort, wo er sich mit Positionen auseinandersetzt, das nicht mit genuin alternativen tut, sondern mit einfach bürgerlichen. Er reitet dann eine Philippika gegen das Marxismus-Bild des Stern aber was tut das zur Sache?

Kofler billigt den „Alternativen“ zu, die Bedeutung des Alltags für die Emanzipation des Menschen erkannt zu haben. Sowohl in der Produktions- als auch in der Reproduktionssphäre ist dieser Alltag entfremdet. Kofler geht davon aus, diese Entfremdung mit Hilfe der Entwicklung der Technik (Nutzung der Kybernetik etc., Arbeitszeitverkürzung), mit Umleitung der Kapitalien vom Rüstungssektor in den kulturellen Sektor mit Befähigung der Massen, sich Kultur anzueignen durch ein weitverzweigtes Umerziehungssystem (Aufgabe der „Elite“!), und durch die Überwindung des Hungers zu erzielen. Er kritisiert an den „Alternativen“ daß sie eben keine Alternativen hätten, sondern von einem Exodus aus dem Industriesystem träumten. So sehr seine Kritik an einer Position der bloßen Verbesserung des Bestehenden, statt radikalen Umwälzung zuzustimmen ist, so wahr es ist, daß politische Mystik in die Haltung der inneren Einkehr mündet und das Bestehende erhält, ist doch auf der anderen Seite nichts mit der Phrase „vollkommene Umorganisation der Industrieländer“ gesagt, während mit den Ansätzen genossenschaftlichen Produzierens immerhin etwas getan ist. Die Konzeption einer Umerziehung durch die humanistische Elite und ihre Partei ist bereits durch die Wirklichkeit diskreditiert. Aber auch schon durch Marxens dritte Feuerbachthese, die davon ausgeht, daß der Erzieher selbst erzogen werden muß. □

Leo Kofler, Zur Kritik der Alternativen, Hamburg (VSA-Verlag) 1983, (12,80 DM)

Schimpfen aufs Fernsehen gehört ja zum Alltag. Programmöde, Wiederholungssucht, Langeweile, Rechtslastigkeit und „zuviel Fernsehen ist sowieso nicht gut“ das sind Stichworte, die uns häufiger begegnen, wenn wir sie nicht selber empfinden. Die Ablehnung von „Glötze“ gehört zumindest in Teilen der Linken auch zur „politischen Grundeinstellung“. Die Folge davon ist häufig die „weiße Stelle“ oder das „schwarze Loch“ in Sachen Medienkritik, die vielleicht noch der *FR* überlassen bleibt. Scheiße bleibt Scheiße, was soll Mensch sich noch weiters damit auseinandersetzen. Viele ziehen dann auch ein gutes Buch vor, einige schon aus prinzipiellen Gründen.

Das ursprünglich für Berlin erscheinende *tip-magazin*, heute eine bundesweite Kulturzeitschrift (14-tätig), hat sich kürzlich unter dem Motto „Die öffentlich-rechtlichen Langweiler“ das Fernsehen vor-

## tip SERIE

# Die öffentlich-rechtlichen Langweiler

### Teil IV

geknöpft (Heft 7-10/83). Einige Redakteure (über Redakteuren kann nicht berichtet werden) hatten sich die Mühe gemacht, die Programme etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Werner Mathes nahm die Qual auf sich und zog sich 14 Tage lang alle „Kultursendungen“ rein. In seiner Abrechnung spüren wir die Frustration, die in ätzende Polemik umschlägt, deutlich. Sein erstes Opfer sind die „Aspekte“ im ZDF. Da kritisiert er die langweilige Präsentation des Kino-Teils durch die Moderatoren, „weil Kino in ‚Aspekte‘ etwa so trivial wie eine Rostbratwurst vom Schnellimbiss behandelt wird.“ Und Mathes dreht weiter auf: „Peinlich wird's in ‚Aspekte‘ immer dann, wenn über die Jugendkultur oder das, was man davon hält, geplaudert wird. Das hört sich in unserer Sendung heute abend dann etwa so an: Während Peter Stein sein Punk und Nullbock-Drama zu artistischer Theater Szenerie hochlifet, drehte der Berliner Filmema-

cher Klaus Tuschen einen authentischen Film über die Nullbock-Generation in Berlin. Wenn in öffentlich-rechtlichen Funkhäusern über diese Generation schwadroniert wird, hört sich das meist so an, als wenn eine Stammtischrunde von pensionierten Studienräten über die Leistungsfähigkeit von Mährescher-Motoren aus der UdSSR diskutiert.“

Dann kommt die „Arena“ Sendung aus den ARD an die Reihe: „Das Plauderstündchen um Mitternacht, das diesmal vom NDR verantwortet worden ist, kommt meistens vom Sender Freies Berlin (SFB), der seinen Redakteur Justus Boehnken an die unbequeme Front schickt. Der tapst denn auch manchmal ins Fettnäpfchen, das er sich selbst in den Weg gestellt hat wenn er etwa den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler darauf hinweisen muß, daß der nicht auf ein Schild (von Zuschauern unvermittelt herausgezogen) durch Drohungen („Ich geh jetzt auf der Stelle, wenn dieses Transparent nicht sofort eingezogen wird“) aufmerksam machen darf: „Das sieht doch keiner die Kamera zeigt das doch gar nicht, Herr Geißler“

Stück für Stück nimmt Mathes die Kultursendungen in den verschiedenen Programmen auseinander ihre Langeweile, ihre gequälten und gekünstelten Versuche von Selbstfindung, Dialog und dergleichen. Auf den Punkt bringt es aber Jörg Fauser in einem Kommentar über die Fernsehserie „Spiel ohne Sieger“ (ein „Kommunikationsspiel“), in dem sich ausuchte Sensible über ihre Träume unterhalten dürfen. Jörg Fauser:

„Erfreulich, daß es so etwas im Fernsehen gibt. Ich meine, die Träume zum Beispiel der Hamburger Werftarbeiter oder der Stahlwerker im Pott haben wir ja nun so oft in der Glötze, da ist es doch nur angemessen, daß die vielen Sensiblen im Lande auch ihr Plauderstündchen haben. Und dann ist es ja auch so, was hätten die uns schon zu sagen? Am Ende nur: „Ja, Arbeit ist für uns das Wichtigste“ das käme doch mit den Phantasien der negerfreundlichen Lektorin oder des vom Maulkorb träumenden Fernsehmoderators gar nicht zusammen. Oder: „Entdecken, was noch keiner kennt!“ Und dann der strahlende, nach innen gerichtete Blick: also von der Welt der Walzstraße ist das mehr als ein Sonnensystem entfernt. Und das ist auch gut so: Damit die einen von der Selbstverwirklichung träumen dürfen, müssen die anderen die Schlotte zum Rauchen brin-

gen. Damit die einen scheißen können, müssen die anderen die Pumpe bedienen. Anders gesagt: Die einen erlegen die Beute, und die anderen fressen das Aas.“

Fauser schneidet damit eine bestimmte Arbeitsteilung im Fernsehen an. Für die „einfachen Leute“ „Dalli-Dalli“ um 19.30 Uhr, für die intellektuellen und kulturellen „Minderheiten“ die gehobene Sendung ab 22.30 Uhr. Jörg Fauser entwickelt das in seiner Polemik fast wie eine Klassenspaltung, aber wie das Fernsehen milieugezielt und -steuernd bestehende Zustände festschreibt, wenn nicht verstärkt, immer unter dem Motto, der „Zuschauer will es ja so“ das ist schon richtig markiert.

So ist es auch nur konsequent, wenn in der Serie gerade auch gegen die Einschaltquotenparade geschossen wird, wo das Programm-macherschielen auf die Quoten nur als Alibi dient für die dreistesten Untaten. Famos hat dies jüngst wieder das ZDF gemacht, als es die Samstagabendsommerlangeweiler den Zuschauern selber zur Auswahl übergab. Unter drei Spielfilmen (natürlich Wiederholungen) dürfen die Zuschauer auswählen. Für den Schrott, der dabei herauskommen kann, sind sie eben selbst verantwortlich. Mit solcher Art Programmgestaltung wird dann das Niveau weiter gesenkt.

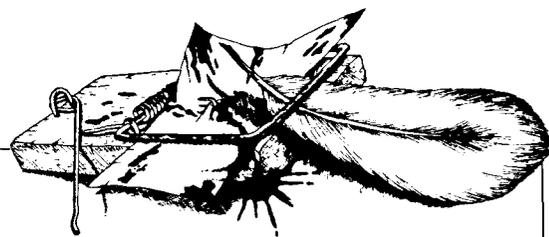
Die *tip*-Serie hat das Verdienst, auch andere Bereiche des Fernsehens angegangen zu haben. Beispielsweise die Unterhaltungssendungen. Hier wurde sich allerdings darauf beschränkt, George Morse, einen der bekanntesten Regisseure von engagierten Fernsehproduktionen, über den Zustand der Unterhaltungssendungen zu befragen. Er weist darauf hin, daß viele Filmemacher sich aus dem Fernsehbetrieb zurückzögen, denn „für viele Filmemacher ist es abschweulich, ignoriert zu werden und nur im Nach- und Vorspann kurz genannt zu werden.“ Im übrigen würden viele durch die absolut konservative Fernsehkritik in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Zeitungen verschreckt: „Die haben sich selbst erkoren zu Hütern des gesunden Volksempfindens. Wehe du machst etwas, was ein bißchen anders ist, dann hauen sie gleich zu“ Frank Elstner das ist ihr

Held. Da wissen sie wenigstens, was jede Woche passieren wird. Die reden und tun auch immer so, als ob sie jeden Abend mit 10000 Fernsehzuschauern essen würden.“

In einem anderen Teil darf der bayerische Satiriker Gerhard Polt über das Verhältnis der Anstalten zur Satire sprechen; und über die „Schere im Kopf“ „Ich glaube schon, daß sie einsetzt, ob man will oder nicht. So frei kann man nicht sein.“ Und mit der Wende steigt seine Überzeugung darüber „daß die Situation der Satire im Fernsehen tatsächlich immer schwieriger werden wird.“

Ja, so wird es wohl sein, und nicht nur bei der Satire. Die Absetzung des Films „Im Zeichen des Kreuzes“ über eine fiktive Atom-müllkatastrophe aus dem Hauptprogramm der ARD war ein Beispiel. Wie jetzt Schwarz-Schilling Druck auf die ARD-Redaktion ausübt, damit in Zukunft Edmund Gruber das Monopol über „Tages-schau“ und „Tagesthemen“ bekommt und dazu seine Vertragsverlängerung durchgesetzt wird, ist ein anderer wichtiger Fall. Und daß das ZDF jetzt den Koordinierungsvertrag mit den ARD aufgekündigt hat, weil der WDR mit seiner „Aktuellen Stunde“ (von 19 bis 20 Uhr) den „heute“-Nachrichten einen Teil des Fernsehpublikums abgeknöpft hat (ein leichtes, wenn die „heute“-Sendungen immer mehr zur Statement- und Feature-Sendung für die Regierung verkommen), paßt auch in's Bild einer sich entwickelnden Wende im Fernsehen.

An diesem Punkt fangen aber auch die Schwierigkeiten der *tip*-Serie an. Atmosphärisch ist sie nicht schlecht erarbeitet, eindrucksvoll manche Studien und Polemik. Aber wie ist das mit der öffentlich-rechtlichen Konstruktion, dem Parteienproporz in den Rundfunkräten, der Veränderung der politischen Landschaft? Wie gestalten sich da eigentlich die Machtverhältnisse konkret, wie hat sich die Struktur des Programms entwickelt? Solche Fragen bleiben hinter Beschreibungen und Einzelkritiken am Programm zurück. Das soll nicht unbedingt ein Vorwurf sein, zeigt vielleicht nur wie wenig entwickelt auf diesem gesellschaftlichen Feld die Auseinandersetzung noch ist. □



## Besser Stammtischphilosophie als Revolutionsmythos

Anmerkungen zu „Fatalismus ohne Erkenntniswert“ — Helmut Veils Kritik des Films „Danton“ in Kommune 6/1983

Selten ist mir ein Film so unter die Haut gegangen, wie Wajdas „Danton“. Der Kritizismus der geschichtswissenschaftlichen Experten, denen, wie Helmut Veil, zu diesem Film nur einfällt, daß er keinen „sozial-historischen Bezug“ hat, läßt mich demgegenüber völlig kalt. Warum, um Himmels willen, muß dieser Film, der ja ein Gegenstand der Kunst ist und zudem den Titel „Danton“ und nicht „Die große französische Revolution“ trägt, auch in das Schema der ehernen Gesetze historischer Erkenntnistheorie gepreßt werden? Ich jedenfalls habe nicht das Bedürfnis einer Inszenierung à la Soboul. Sehr treffend schreibt Cohn-Bendit: „Wieviele historische Schinken, die sich zur Aufgabe gemacht haben, nur die Vergangenheit zu restituieren, lassen uns kalt und gleichgültig, während dieser Danton mich ergriffen hat, weil er Geschichte und Gegenwart vermischt und die Geschichte so gegenwärtig erscheinen läßt.“ (*Pflasterstrand* 157 S. 32)

Mich hat es erregt, diesen abgehalfterten Wohlfahrtsausschuß zu sehen, der nicht nur meint, das Recht zu haben, sondern tatsächlich über Leben und Tod entscheidet. Den jungen, voll blinder Bessenheit handelnden Saint-Just. Den intellektuell erfahrenen Robespierre, der Gefangener seiner eigenen Gedankenlogik ist, aber Kraft dieser Logik die Demagogie aufbringen kann, einen aufgebrachten Konvent auf seine Seite zu ziehen. Ist es nichtwitzig wie psychologisch eindeutig, daß er sich dabei auf Zehenspitzen stellt, um größer zu scheinen als er wirklich ist? Ja und selbst Danton ist für mich nicht der „lebensfrohe“ und „sympathische“ Held, wie Veil die Darstellung in Wajdas Film interpretiert, sondern eine Geburt der Widersprüchlichkeiten der französischen Revolution und speziell der zweiten Phase der Revolution. Unverständnis und Nidergeschlagenheit empfinde ich, als er auf die Guillotine marschiert und so tut, als wäre er immer noch der große Volksheld von einst („Zeigt meinen Kopf dem Volk von Paris, denn er ist es wert“). Bei dem Prozeß gegen Danton und seine Freunde glaube ich, habe ich zum ersten Mal die grausame Praxis des Ausspruchs „Die Revolution frißt ihre Kinder“ begriffen. Und ich habe an die Sowjetunion, an Polen, an Vietnam gedacht,

aber auch an mich, meine eigenen Ziele und Hoffnungen. Und wie fatal ist es, wenn alles von der Notwendigkeit der Politik durchdrungen wird, wenn alles zu Politik gerinnt. Ich denke an die Szene mit dem Kind, das die Prinzipien der Freiheit angstvoll und unter Zwang auswendig lernen mußte. — Aber ich höre schon, was soll das? Was zählen schon deine Gefühle, was zählt schon die Moral im Vergleich mit den gewaltigen Urkräften historischer Notwendigkeiten?

Nun gut, eröffnen wir also den Geschichtsunterricht von und mit Helmut Veil. „Das Problem“ belehrt er uns, „läßt sich von einer höheren geschichtsphilosophischen Warte aus nicht lösen, der Erkenntniswert von ‚Danton‘ ist deshalb gleich null.“ Voilä — so einfach ist das, die Weltgeschichte und mit ihr unser Gewissen kann ruhig weitermarschieren!

„Das Problem“ ist die politische Unterdrückung und der Terror der Revolution, den Veil vorsichtshalber als „Verbrechen von Revolutionären“ definiert, denn keineswegs sollte man ja auf den Gedanken kommen, daß die Dynamik der Revolution selbst die Revolutionäre zu Verbrechern macht. Schließlich weiß doch jedes Kind, daß die Revolution der Motor der Geschichte ist! Und unter der „höheren geschichtsphilosophischen Warte“ die sich anscheinend für einen historisch-materialistisch denkenden Geschichtsexperten nicht ziemt, haben wir die „moralische Elle“ zu verstehen, wie Veil zynisch den Film etikettiert, weil „er nur (!?) den Mechanismus von Gewalt und Terror beschreibt“. In der Tat, der Film zeigt in schonungsloser Offenheit, in einem atemlosen, scheinbar unaufhaltsamen Dahinrasen der Ereignisse, den Terror derer die unter der Flagge der Freiheit angetreten sind, und den Freiheitskampf der anderen, die den Terror der sich nun gegen sie selbst richtet, mit ermöglicht haben. Die Revolution tötet, daran wird sie sterben, das ist die Aussage. Wajda wird angeklagt, daß er nur dieses eine Moment des Gesamtprozesses, „nur“ den Terror zeigt, den blutigen Preis der Revolution, ohne auf die historischen Notwendigkeiten einzugehen, „ohne klar“ zu machen, wie es zum Terror „gekommen ist und warum er ausgeübt wird“ (Veil). Weil uns das Wajda nicht

klarmacht, tut es Veil in der ehrenwerten Absicht, daß uns der „düstere Gewaltmechanismus des Films nicht einfach einschüchtert“. Die meisten Leser werden sich die Neuigkeiten denken können, die nun folgen. Die Konterrevolution hat gedroht! Nicht nur im Inland, nein das ganze aristokratische Europa hat die Zähne gewetzt! Und daß diese Konterrevolution bewaffnet war versteht sich von selbst. Die Quintessenz dieser „Fakten“ liegt auf der Hand. Sie reicht vom Verständnis bis zur Rechtfertigung des Terrors der Revolution. Zumindestens aber, wird man sagen, sieht man die Ursachen, warum es dazu gekommen ist. Na, ich danke schön für ein solches geschichtliches Verständnis, das die Fakten zur Kenntnis nimmt und ansonsten auf die Suche nach der Dialektik der Ereignisse geht, um diese schließlich zu rechtfertigen. Ich fühle mich an Robespierre erinnert, als er selbst Gefangener dieser Gedankenwelt der historischen Notwendigkeiten, sagt: „Verlieren wir den Prozeß gegen Danton, ist die Revolution verloren, gewinnen wir ihn, ist sie auch verloren.“

Nein, Helmut Veil kann nicht im Ernst erwarten, daß sich unsereins, für den die Revolution das große Ziel, der Beginn unserer Utopien und Sehnsüchte war, mit einer Standpauke über Geschichte zufriedengibt bei der Besprechung dieses Films. Ich kann nicht mehr daran glauben, daß Revolutionen, insofern sie Terror ausüben, befreien. Die Phase der Schreckensherrschaft in der französischen Revolution ist kein einzelnes Beispiel der Geschichte geblieben. Viele Revolutionen nach ihr sind, trotz all ihrer Differenziertheit, ähnlich verlaufen und haben in Menschenverachtung geendet. Sie haben gezeigt, daß auf den Trümmern dieser Menschenverachtung keine neue Gesellschaft unserer Wünsche entstehen kann. Politische Unterdrückung und Terror sind nicht einfach ein Reflex auf die Konterrevolution, denn sie haben weiterregiert, als die Konterrevolution längst nicht mehr existiert hat. Terror und Unterdrückung verselbständigen sich zu einem eigenen System. Und das Fatale der Revolutionen ist, daß sie ohne Unterdrückung und Terror nie ausgekommen sind, selbst dann nicht, wenn sie gesiegt hatten. Die Minderheit, die die Revolution an die Macht gespült hat, hat vergessen, daß sie eine Minderheit ist, sondern ist durch die Revolution erzogen worden, für Mehrheiten zu

denken und zu handeln. Fritz Güde kritisiert in seinem Artikel zum selben Thema, daß die Massen in Wajdas Film fehlen. Aber nicht Wajda hat die Massen vergessen, sondern die Revolution selbst. Für den Wohlfahrtsausschuß existieren die Massen nicht mehr.

Der redaktionelle Vorspann zu den beiden Artikeln bemerkt spöttisch, daß „an den Stammtischen der Szene philosophiert wird. Seit nett zueinander, ist die banale Lehre etlicher 68er aus ihrer Geschichte“. Nun gut, sollen die, die es angesichts dieses Themas anscheinend nötig haben, weiter spötteln und sich lustig machen. Nota bene: es ist viel schwerer mit einem Teil seiner eigenen Identität zu brechen, als sie mit kindischen Geschichtsstunden zu retten.

Horst L., Frankfurt

## Gutes und Fehlerhaftes

Leser- und Autorenbemerkung

Eure Zeitschrift hat sich m.E. wirklich ganz gut gemacht. Die Mischung von politisch aktuellen Diskussionsbeiträgen und Berichten sowie Bemühungen um die Weiterentwicklung einer emanzipativen Strategie ist durchaus nützlich.

Eine Vertiefung würde ich mir wünschen in der Frage vom (klassischen, aber nicht nur dem aktuellen) Verhältnis von Reform und Revolution. Konkretisiert bezogen auf die Repräsentanz von oppositionellen Bewegungen in bürgerlichen Parlamenten und deren Verhältnis zur herrschenden Klasse und deren Parteien.

Thomas Sonnenschein, Westberlin

In den Artikel „Entfesselung der Produktivkräfte oder Entfesselung des Menschen und der Natur“ (*letztes Heft*), den Ihr sehr übersichtlich präsentiert habt, haben sich zwei kleine Satzfehler eingeschlichen. Seite 43 schreibt Ihr statt „... an der Natur des Menschen, damit an der Natur, an der Natur damit am Menschen“ „... an der Natur des Menschen, damit an der Natur, damit am Menschen“ (Allerdings ist unsere Satzkonstruktion nicht sehr übersichtlich — es wäre wohl besser gewesen, nach dem ersten „Natur“ einen Gedankenstrich zu machen.) Bei der Literaturangabe zu David Bohms zweitem Buch habt Ihr aus den beiden Städten Boston (Mass.) und Henley-on-Thames den Verlag „Boston und Henley“ gemacht. Beides zum Glück nicht besonders schlimm.

Werner Heuler Bremen



## Revolutionäre Künstler Mexikos

**Diego Rivera,  
Tina Modotti, Frida Kahlo**

Der Freskenmaler **Diego Rivera**, die Fotografin **Tina Modotti** und die Malerin **Frida Kahlo** — das ist zunächst das faszinierende, bei uns noch wenig bekannte Potential der revolutionären mexikanischen Kunst, einer künstlerischen Entwicklung, die bestenfalls vergleichbar ist mit den frühen Jahren der Sowjetunion.

Tina Modotti und Frida Kahlo, lange Zeit von einer von Männern geprägten Kunstkritik totgeschwiegen — das ist gleichzeitig ein Beitrag zur Frauenbewegung und zur Debatte um eine feministische Ästhetik.

Der neue **UMBRUCH** enthält dazu 18 Sonderseiten mit zahlreichen, teilweise vierfarbigen Abbildungen und einem Vierfarbposter.

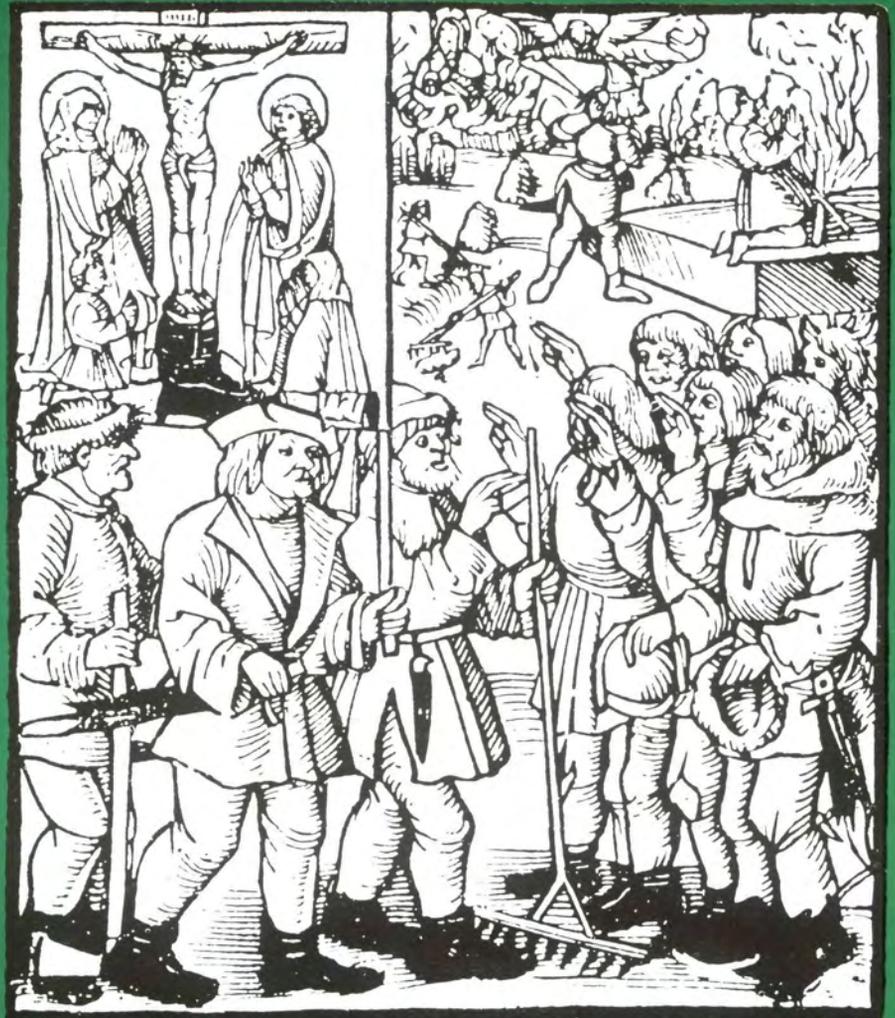
Außerdem im neuen Heft: Ein Bericht über die **Freie Berliner Kunstausstellung**, ebenfalls teilweise farbig • ein Artikel über **Blues • Arno Klönne** schreibt über das „Dampfboot“, eine zu Unrecht vergessene Zeitschrift aus den Tagen von Marx und Engels • über **science fiction-Film** • „Alles Siffi“, **Aufzeichnungen eines Wehrpflichtigen** beim Bund mit Kamera und Notizblock ...

**UMBRUCH** 7/8 erscheint als Doppelheft am 25. Juli und kostet 6 DM. Wer immer noch kein Abo hat und uns im Buchladen nicht findet, kann das Heft zum **Kennenerpreis von 5 DM** (inkl. Versand; Schein oder Briefmarken beilegen) bestellen beim

**UMBRUCH**

Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Abbildung: Diego Rivera, *Der Agitator* (Ausschnitt); aus dem im Isp-Verlag erschienenen Bildband *Nicaragua* mit Gemälden von Rivera und Texten von Ernesto Cardenal



**D**ie Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines *wirklichen* Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.

**D**ie Kritik hat die imaginären Blumen an der Kette zerpflückt, nicht damit der Mensch die phantasielose, trostlose Kette trage, sondern damit er die Kette abwerfe und die lebendige Blume breche. Die Kritik der Religion enttäuscht den Menschen, damit er denke, handle, seine Wirklichkeit gestalte wie ein enttäuschter, zu Verstand gekommener Mensch, damit er sich um sich selbst und damit um seine wirkliche Sonne bewege. Die Religion ist nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, solange er sich nicht um sich selbst bewegt.

*Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*